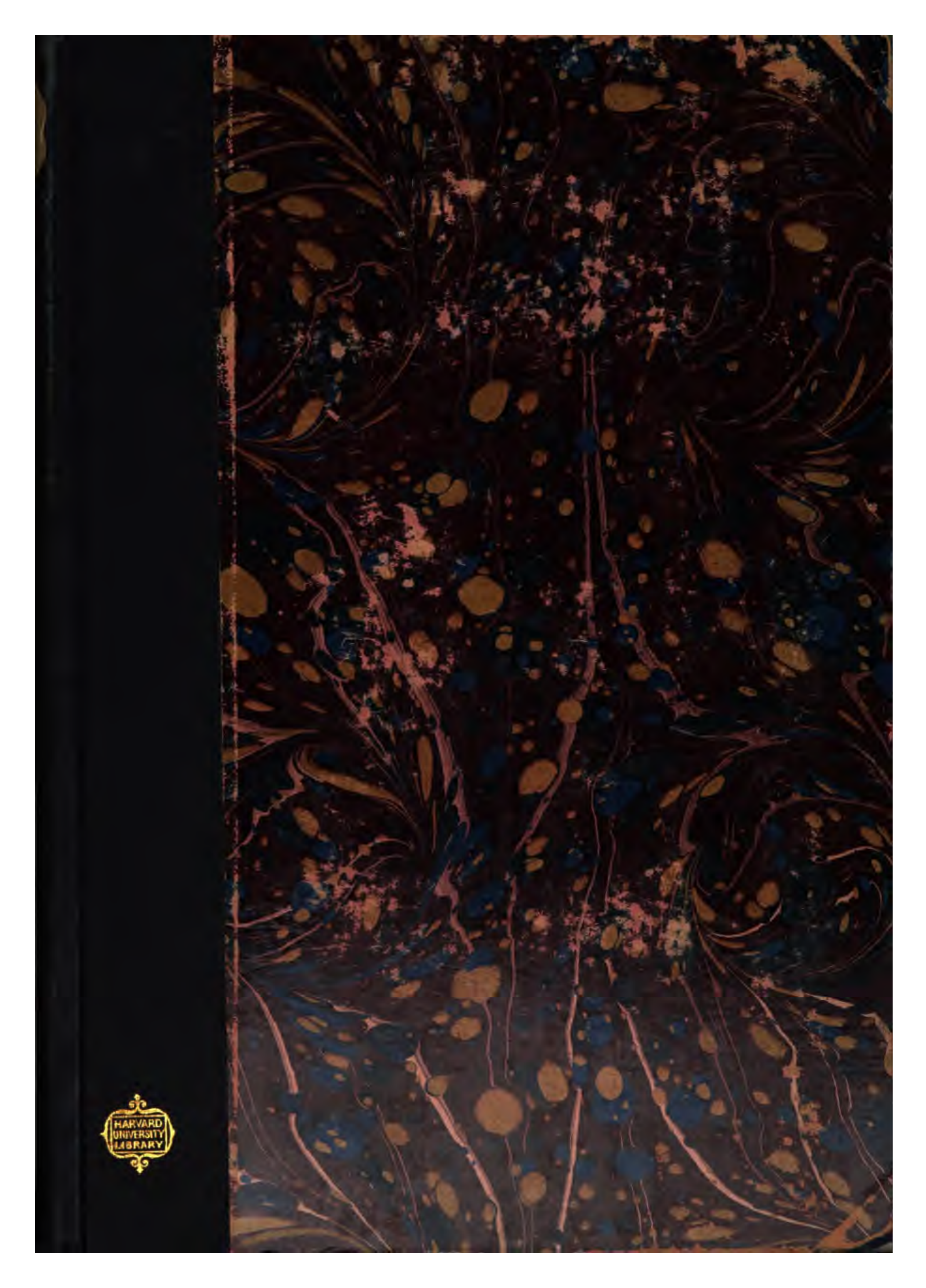
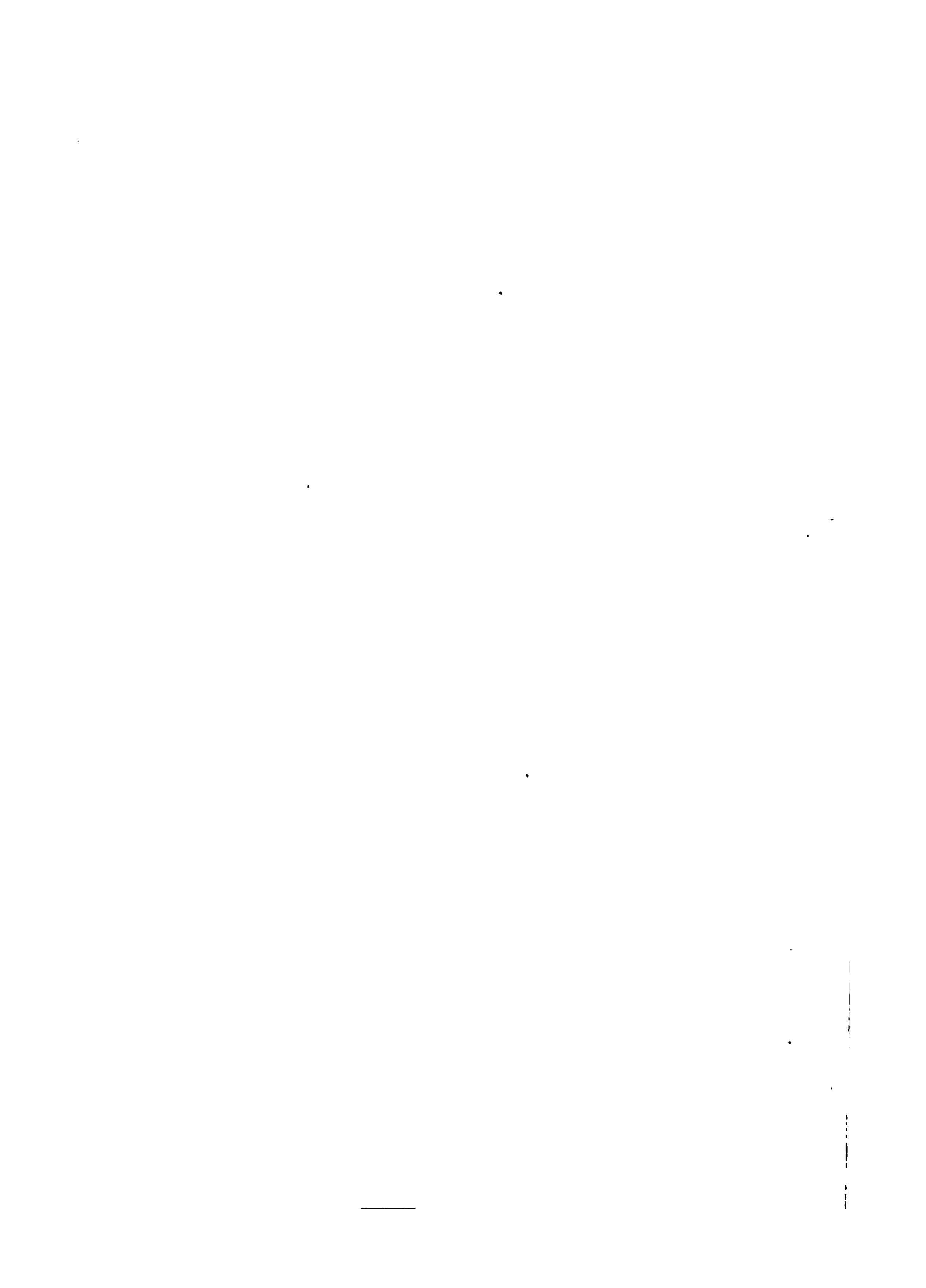

HARVARD
UNIVERSITY
LIBRARY





Von deutscher Kolonial- und Weltpolitik

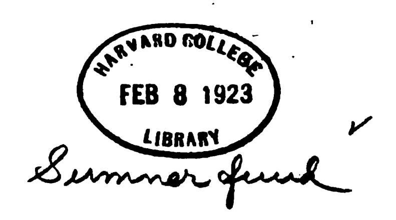
Von

Paul Dehn

Mit 4 Textillustrationen und einer Karte

Zweite  Auflage

Berlin
Allgemeiner Verein für Deutsche Literatur
1907


HARVARD COLLEGE
FEB 8 1923
LIBRARY

Inhaltsverzeichnis



Zur weltwirtschaftlichen Entwickelung.

Einem mittelalterlichen Bürger hat Goethe in seinem Faust die charakteristischen Worte in den Mund gelegt:

> „Nichts bessres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen,
> Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
> Wenn hinten weit in der Türkei
> Die Völker aufeinander schlagen.“

Diese Zeiten sind vorüber. Heute sieht es auf der Erde anders aus. Die Menschheit erscheint fast wie ein großer Organismus. Wenn da an der einen oder andern Stelle Schmerzen ausbrechen, empfindet es die Gesamtheit. Fällt heutzutage irgendwo ein Kanonenschuß, dann erregt er allerwärts Alarm. Ein Krieg, selbst in fernster Ferne, wirkt unmittelbar auf Europa zurück, nicht nur auf die Diplomaten und Politiker, sondern noch empfindlicher auf das ganze Geschäftsleben, verschlechtert den Goldstand, dämpft die Unternehmungslust, macht den ganzen Verkehr unsicher. Wenn es an den Börsen von Kalkutta oder Newyork kracht, kracht es auch in London und Berlin. Eine gute Ernte in Amerika, wie sie das Jahr 1906 gebracht hat, wirkt bis auf die entlegensten Industriebezirke Europas und Deutschlands belebend zurück. An allen Kulturfortschritten sind alle Völker beteiligt, alle sozialen Sorgen und Kämpfe werden ihnen gemeinsam.

Das ist es, was Weltwirtschaft genannt wird, ein Zustand der Solidarität unter den Völkern in wirtschaftlicher, politischer und selbst in sozialer Hinsicht.

Worin besteht diese internationale Solidarität? Wirtschaftlich in der Abhängigkeit der Völker voneinander bei der Deckung ihres Bedarfes an solchen Gütern, die sie nicht selbst erzeugen, wie bei dem Absatz solcher Waren, die sie über den eigenen Bedarf hinaus herstellen, ferner in ihrer Abhängigkeit von dem Mittelpunkt der Weltwirtschaft, von dem Weltmarkt und seinen Konjunkturen.

Aus der wirtschaftlichen hat sich eine politische und soziale Solidarität der Völker heranzubilden begonnen.

Entstanden ist die Weltwirtschaft mit ihrer Solidarität aus den Bedürfnissen der europäischen Völker nach Erzeugnissen fremder Zonen, gefördert wurde sie durch ihren Wandertrieb, ausgebaut endlich durch ihre Ausdehnungskraft.

Zur Weltwirtschaft drängte die ganze Entwickelung, nachdem allmählich alle Länder entdeckt und in den Verkehr einbezogen waren. Von Jahr zu Jahr wird die Weltwirtschaft umfangreicher, ihre Solidarität inniger.

In der Geschichte des Verkehrs lassen sich zwei große Abschnitte unterscheiden. Bis vor hundert Jahren waren die Verkehrsmittel ungenügend, mühsam und langwierig. Für die Beförderung kannte man nur Lasttiere, Strömungen, Windrichtungen und die menschliche Kraft. Der Verkehr war nur ein gelegentlicher, ein individueller. Seit hundert Jahren ist darin eine tiefgreifende Wandlung eingetreten durch das Heranziehen der Naturkräfte, von Dampf und Elektrizität, durch die Gestaltung eines organisierten Massenverkehrs. Jetzt kann jeder sozusagen jeden Tag nach Amerika oder Ostasien Reisen oder Sendungen

machen. Das war früher nicht der Fall, man mußte eine Gelegenheit abwarten oder selbständig eine Fahrt veranstalten.

Bis vor hundert Jahren war der Güterverkehr namentlich mit dem Auslande im wesentlichen ein Luxusverkehr. Befördert wurden nur hochwertige Güter, Schmuck, Gold, Edelsteine, Zobelpelze, Gewürze und andere feine Genußmittel, nur in verhältnismäßig geringen Mengen, nur für die ganz Reichen. Später traten dazu Kaffee, Tee, Zucker, Tabak, Kakao usw. Zu Ende des 18. Jahrhunderts vollzieht sich nun langsam der Umschwung zum Massenverkehr. Europa kann diese Genußmittel nicht selbst erzeugen, hat aber immer größeren Bedarf danach trotz zeitweiliger Verbote, trotz späterer Steuern. Auch der ärmere Mann verlangt sie. Europa bezieht steigende Mengen davon, kann aber natürlich nicht in barem Gelde zahlen, sonst wäre es bald verarmt, sondern zahlt im Austausch durch Fabrikate aller Art, hauptsächlich durch Werkzeuge und Kleider, die stets und überall Anwert finden. Um dieselbe Zeit beginnt man rechtzeitig, oder richtiger — dazu gedrängt, den industriellen Wert der Baumwolle als einen geeigneten Rohstoff für die Massenherstellung von Kleidern zu erkennen. Baumwolle kann sozusagen in unbeschränkten Mengen erzeugt werden. Gleichzeitig gelangt man zu einer rascheren Verarbeitung des neuen Rohstoffes, die Spinn- und Webemaschinen werden erfunden. Der Güterverkehr wächst zusehends.

Europa verbraucht immer mehr Kaffee, Tee usw., und um seinen Bedarf zahlen zu können, erzeugt es immer mehr Waren zum Austausch. Was ist die Folge? Die alten Verkehrsmittel, die Lasttiere, Strömungen und

Windrichtungen genügen nicht mehr. Größere Gütermassen müssen befördert werden, und sie müssen rascher befördert werden. Neue Verkehrskräfte werden erforderlich. Dieses Bedürfnis empfand Fourier, der phantastische französische Sozialist, richtig. Er ahnte, was notwendig war. Für seinen Zukunftsstaat verkündete er die Anwendung neuartiger, erstaunlicher Verkehrsmittel. Man werde Löwen aus der Wüste züchten und zähmen, damit sie die größeren Lasten leichter bewältigen, und Walfische dressieren, damit sie die Schiffe rascher durch die Wogen ziehen.

Inzwischen wurde die neue Kraft gefunden, als der Verkehr sie benötigte und weil er sie benötigte: die Dampfkraft, diese Grundlage des modernen Verkehrs, diese Befreierin des Menschen von der Scholle, diese Vermittlerin aller wirtschaftlichen und geistigen Güter. In ihr vereinigen sich die wichtigsten Fortschritte des modernen Verkehrs, denn sie befördert schnell, billig und massenhaft.

Nun konnten Gütererzeugung und Güterverkehr sozusagen ins Unendliche gesteigert werden und nahmen einen erstaunlichen Aufschwung, vor allem im überseeischen Verkehr seit dem andauernden Rückgange der Seefrachten mit Hilfe der Dampfschiffahrt.

Als Cobden die Freihandelslehre verkündigte, ging er von der Auffassung aus, daß der englischen Landwirtschaft gegen die überseeische Konkurrenz stets ein natürlicher Schutz verbleiben würde. Damals waren die Seefrachtsätze hoch, und selbst Sachverständige wie Adam Smith und Friedrich List hielten die Ausfuhr lebenden Viehes von Deutschland nach England auf dem Seewege für ausgeschlossen.

Inzwischen ist man durch die tatsächliche Entwicklung eines besseren belehrt worden. Nicht nur lebendes Vieh wird zur See auf weite Entfernungen hin verfrachtet, sondern auch geringwertiges Gut. Es gibt kein Erzeugnis, das nicht seewärts auf weite Entfernungen hin versandt werden kann und versandt wird.





Deutschlands handelspolitische Lage.

In der neuzeitlichen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Entwicklung ist Deutschland groß und stark geworden. Aus trübseligen Zuständen heraus hat es sich glänzend entfaltet, durch den Zollverein den Grund gelegt zu seinem wirtschaftlichen und nationalen Gedeihen, sich unter der Führung Wilhelms des Ersten und seines Bismarck zu einem mächtigen Reiche konsolidiert, mit Hilfe einer unternehmungslustigen und arbeitstüchtigen Bevölkerung eine konkurrenzfähige Industrie geschaffen und sich durch seine stolzen Handelsdampfer und Kriegsschiffe wachsende Seegeltung errungen.

Neben den beiden großen Weltreichen Großbritannien und der Nordamerikanischen Union tritt Deutschland als das Weltreich des europäischen Festlandes kraftvoll hervor.

Deutschlands wirtschaftliches Aufsteigen fällt mindestens zeitlich mit dem Einsetzen der Bismarckschen Schutzzollpolitik zusammen. Unvermeidliche Rückschläge traten ein. Die ganze Entwicklung geht aber entschieden weiter aufwärts.

Der Gesamtwert der deutschen Gütererzeugung beläuft sich nach halbamtlichen Mitteilungen auf rund 50 Milliarden Mark jährlich. Präsident Dr. van der Borght vom Statistischen Amt schätzte im Jahre 1906

den Bruttowert der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugung auf 15 Milliarden Mark und den Bruttowert der deutschen gewerblichen Erzeugung auf 36 Milliarden Mark. Nur die Nordamerikanische Union und Großbritannien haben noch höhere Zahlen aufzuweisen. Deutschlands Ausfuhr war im Jahre 1906 auf 6,5, seine Einfuhr auf 8,4 Milliarden Mark gestiegen. Wie Graf Posadowsky feststellte, hat sich seit dem Jahre 1886 in keinem europäischen Staate die durchschnittliche Zunahme der Ein- und Ausfuhr so gesteigert wie innerhalb des deutschen Wirtschaftsgebietes.

Ein Vergleich dieser Zahlen, so ungenau sie immerhin sein mögen, zeigt vor allem die überwiegende Bedeutung des heimischen Marktes für das gesamte deutsche Erwerbsleben. Die Ausfuhr tritt dagegen stark zurück. Überdies ist sie durchschnittlich weniger gewinnbringend. Viele Geschäftsleute pflegen für das Ausland billigere Preise zu stellen. Nicht wenige Kartelle geben den Überschuß ihrer Erzeugung zu niedrigeren Preisen an das Ausland ab. Ein großer Teil der deutschen Industrieausfuhr, wie namentlich die Erzeugnisse der Hausindustrie und der Konfektion, wird erst ermöglicht durch die Minderwertigkeit der Arbeitsbedingungen und stellt sich dar als eine Ausfuhr von Arbeitskraft auf Kosten der Volksgesundheit.

Allein die deutsche Ausfuhr ist notwendig und verdient, soweit sie auf gesunder Grundlage beruht, nachdrückliche Förderung, da sie Gegenwerte schafft zur Bezahlung der deutschen Einfuhr.

Wie alle Kulturstaaten, so ist auch Deutschland mit seiner Ausfuhr von Industrieerzeugnissen und Rohstoffen, Genußmitteln und bis zu einem gewissen Grade

in Lebensmitteln abhängig vom Auslande — in letzter Hinsicht nicht entfernt so abhängig wie England, dessen Lebensmittelvorräte nur für sieben Wochen ausreichen, im allgemeinen aber doch abhängiger als die meisten übrigen Kulturstaaten.

Auf die Sicherung seines Außenhandels, seiner großen Ausfuhr und seiner noch größeren Einfuhr muß Deutschland sorgsam und weitblickend bedacht sein. Diesem Zwecke dienen zunächst die Handelsverträge.

In den Jahren 1904 und 1905 hat das Deutsche Reich mit neun europäischen Staaten (Österreich-Ungarn, Rußland, Italien, Belgien, Rumänien, Schweiz, Serbien, Bulgarien, Schweden) Tarifverträge auf die Dauer von 12 Jahren abgeschlossen und für den Güteraustausch mit diesen Staaten feste Verhältnisse bis 1917 geschaffen. Aber von dem deutschen Außenhandel des Jahres 1905 mit rund 13,3 Milliarden Mark entfällt nur ein Drittel mit rund 4,6 Milliarden Mark auf die europäischen Tarifvertragsstaaten. Zwei Drittel des deutschen Außenhandels verteilen sich auf Staaten, mit denen Deutschland nur in einem mehr oder minder gesicherten Meistbegünstigungsverhältnis steht. Unkündbar ist das Meistbegünstigungsverhältnis mit Frankreich auf Grund des Frankfurter Friedens, dauernd mit der Türkei, Ägypten, Marokko, Abessinien und China infolge internationaler Abmachungen, kündbar mit den übrigen Staaten. Vertragslos besteht es mit Großbritannien und einigen seiner Kolonien.

Zum größeren Teile beruht der deutsche Außenhandel auf einer vertragsmäßig nicht genügend gesicherten Grundlage.



Die unkündbare Meistbegünstigung mit Frankreich.

Deutschlands Handelsbeziehungen mit Frankreich sind festgelegt durch die unkündbare Meistbegünstigung des Frankfurter Friedens. In Artikel 11 verpflichteten sich die deutsche und französische Regierung, „ihren Handelsbeziehungen den Grundsatz der gegenseitigen Behandlung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation zugrunde zu legen.“ Alle Zugeständnisse, die einer der beiden Staaten an England, Belgien, Holland, Schweiz, Österreich-Ungarn und Rußland macht, treten ohne weiteres auch für den beiderseitigen Verkehr in Kraft. Praktisch gilt diese Bestimmung aber in bezug auf alle Vertragsstaaten. Denn wenn Deutschland oder Frankreich Zollzugeständnisse an Italien oder an die Nordamerikanische Union macht, so haben auf diese Zollzugeständnisse infolge der vertragsmäßigen Meistbegünstigung auch die in Artikel 11 genannten Staaten Anspruch und deshalb mittelbar auch Deutschland oder Frankreich selbst.

Die Meistbegünstigung des Frankfurter Friedens zwischen Deutschland und Frankreich ohne Zeitbegrenzung war ein handelspolitisches Novum. Bismarck hatte ursprünglich die Verlängerung des damals laufenden Handels- und Meistbegünstigungsvertrages mit Frankreich um zehn Jahre, bis zum Jahre 1881, vorgeschlagen. Dar-

auf wollte Pouyer-Quertier, der französische Unterhändler, nicht eingehen, weil er mit Rücksicht auf die vermehrte Staatsschuld Frankreichs eine Erhöhung der französischen Einfuhrzölle für unvermeidlich hielt.

Schließlich einigte man sich über die unkündbare Meistbegünstigung. Bismarck gab seine Zustimmung, weil er annahm, daß die ewige Meistbegünstigung beiden Teilen zugute kommen und das Hervortreten handelspolitischer Gegensätze verhüten würde. Noch anfangs 1881 äußerte Bismarck zu Mitgliedern des Volkswirtschaftsrates:

„Würde Deutschland heute bei Frankreich anfragen, ob es diesen Vertrag mit der Meistbegünstigungsklausel aufheben wolle, so würde es sich sofort mit Freuden dazu verstehen, denn es würde dann in die Lage kommen, in seinem Zolltarif Revanche gegen uns zu nehmen."

Tatsächlich haben die französischen Schutzzöllner die unkündbare Meistbegünstigung des Frankfurter Friedens von Anfang an mit unfreundlichen Augen angesehen und darin eine lästige Fessel für ihre Handelspolitik erblickt. Nur als beim Abschluß der Caprivischen Handelsverträge die Möglichkeit erörtert wurde, ob nicht ein Ausgleich zu finden sei, der es dem Deutschen Reiche gestatte, gewisse Zollermäßigungen an Österreich-Ungarn zu gewähren, ohne sie zugleich für Frankreich in Kraft setzen zu müssen, erhoben sich in Frankreich schutzzöllnerische Stimmen zugunsten des Artikels 11 und traten für seine unveränderte Aufrechterhaltung ein. Ende Oktober 1890 schrieb die Pariser „Nation":

„Der Frankfurter Friede ist, wie er ist. Er kann unmöglich umgeändert werden. Wenn Deutschland den Artikel 11 beseitigen will, dann kann man den ganzen Ver-

trag zerreißen. Wir werden nicht so einfältig sein, eine für uns so vorteilhafte Klausel fallen zu lassen."

Um dieselbe Zeit erklärte Herr Pouyer-Quertier, der handelspolitische Unterhändler Frankreichs vom Jahre 1871:

„Bona fide kann Deutschland den Artikel 11 nicht streichen. Wenn es zu einer solchen Maßregel griffe, so wäre das so gut wie eine Kriegserklärung."

Seit Anfang der neunziger Jahre zeigte sich die französische Regierung bestrebt, die Meistbegünstigungsklausel, wenn auch nicht gerade zu umgehen, so doch für Deutschland möglichst wertlos zu machen. Frankreich kündigte 1892 die alten und schloß keine neuen Tarifverträge mehr ab, um nicht auch dem Deutschen Reiche Zollermäßigungen einräumen zu müssen, sondern begnügte sich damit, zwei Zolltarife aufzustellen, einen Generaltarif mit höheren Zöllen für die Nichtvertragsstaaten und einen Konventionaltarif mit niedrigen Sätzen für die Vertragsstaaten. In der Regel vermied es Frankreich, weitere Zugeständnisse zu machen, mußte aber zuweilen doch Ausnahmen zulassen. Überdies gelangte Frankreich durch die Caprivischen Handelsverträge ohne Gegenleistung in den Genuß der damaligen deutschen Zollermäßigungen.

Diese Handelspolitik hatte für Frankreich, wie die Handelsstatistik erwies, greifbare Vorteile zur Folge. Bis zum Jahre 1890 war die Ausfuhr Deutschlands nach Frankreich mehr oder minder höher gewesen als die Ausfuhr Frankreichs nach Deutschland. Langsam verminderte sich sodann die deutsche Ausfuhr nach Frankreich, während die französische Ausfuhr nach Deutschland stieg. Im Jahre 1891 balancierte der beiderseitige Güteraustausch. Frankreich bezog von Deutschland für 297, Deutschland

von Frankreich für 295 Millionen Mark Waren. Nach 1890 ging die deutsche Ausfuhr nach Frankreich empfindlich zurück und erhob sich erst in den letzten Jahren wieder bis auf 293 Millionen Mark, während Frankreichs Ausfuhr nach Deutschland bald eine Zunahme zeigte und auf 409 Millionen Mark im Jahre 1905 anwuchs. Frankreich bezieht von Deutschland u. a. jährlich für 40 Millionen Mark Koks und Steinkohlen, meist unter den deutschen Preisen, Deutschland von Frankreich Kammzug, Weine usw.

Erst seit dem Inkrafttreten der neuen Bülowschen Handelsverträge ist die handelspolitische Lage Deutschlands auch gegenüber Frankreich verbessert worden. Bei Abschluß dieser neuen Verträge gewährte Deutschland an Frankreich auf Grund des Frankfurter Friedens die Meistbegünstigung in Gestalt seines Vertragstarifes. Aber dieser Vertragstarif brachte mit der größeren Spezifikation des deutschen Generaltarifs eine ganze Reihe von Zollerhöhungen. Dadurch fühlten sich französische Interessenkreise betroffen und haben in Frankreich eine erneute Verstimmung gegen die deutsche Handelspolitik und gegen die Meistbegünstigungsklausel des Frankfurter Friedens hervorgerufen. Ist doch behauptet worden, daß manche deutsche Zollerhöhungen sich besonders gegen französische Erzeugnisse richteten. Diese Behauptung ist unzutreffend. Wie deutsche Sachverständige glaubhaft versichern, hat bei der Spezialisierung und Erhöhung des neuen deutschen Zolltarifes eine besondere Tendenz gegen die französische Einfuhr nicht mitgewirkt. Indessen liegt es in der Natur der Dinge, daß bei dem Inkrafttreten des neuen deutschen Vertragstarifes französische Interessen nicht besonders begünstigt werden konnten, weil Frankreich an den

Handelsvertragsverhandlungen gar nicht teilnahm, keine Forderungen erhob und keine Zugeständnisse anbot.

Inzwischen hat die französische Regierung einen Versuch gemacht, auf einem Umwege eine Art von Revanche zu nehmen. In den langwierigen Vertragsverhandlungen mit der Schweiz hat Frankreich seinen bisherigen Zollsatz auf gestickte Spitzen von 800 auf 1400 Frcs. erhöht, um ihn später wieder auf 1050 Frcs. zu ermäßigen. Diese Erhöhung trifft natürlich nicht nur die Spitzen schweizerischer Herkunft, sondern alle Spitzen, besonders auch diejenigen Plauens, das eine ansehnliche Ausfuhr nach Frankreich aufzuweisen hat. Wie es heißt, soll die französische Regierung noch andere Zollerhöhungen vorbereiten, von denen hauptsächlich deutsche Erzeugnisse betroffen werden. Nach Lage der Dinge muß man sich deutscherseits diese französischen Zollerhöhungen ebenso gefallen lassen, wie man französischerseits den deutschen Vertragstarif mit seinen Zollerhöhungen hinzunehmen genötigt war. Alle bisherigen Zollerhöhungen, die deutschen wie die französischen, hielten sich innerhalb des Rahmens der Meistbegünstigungsklausel des Frankfurter Friedens und ließen sich nicht beanstanden, so unangenehm sie auch beiderseits empfunden werden mochten.

Von Plauener Interessentenkreisen ist damals die Frage aufgeworfen worden, ob die unkündbare Meistbegünstigung des Frankfurter Friedens zweckmäßig sei, ob sie nicht die Gefahr politischer Spannungen in sich trüge. Ja, es wird behauptet, daß diese Meistbegünstigungsklausel für beide Völker zu einer Quelle des Mißtrauens geworden sei, dessen Beseitigung angestrebt werden müsse. Nach einem Vorschlage des Syndikus der Plauener Handelskammer sollten die Beziehungen zwischen Deutschland und

Frankreich durch einen Tarifvertrag geregelt werden. Ein solcher Vertrag biete keine besonderen Schwierigkeiten; eine Verständigung über die Weinzölle sei sehr wohl möglich. Auch könnte man die beiderseitigen Industrie-interessen ausreichend wahren. Mit der unkündbaren Meistbegünstigung müsse gebrochen werden.

Was die Plauener Interessenten vorschlugen, läßt sich kaum durchführen. Die Abänderung eines so wichtigen Vertrages, wie es der Frankfurter Friede von 1871 ist, erscheint von vornherein bedenklich, selbst wenn es sich nur um eine untergeordnete Bestimmung handelte. Keinesfalls könnte die Initiative dazu von deutscher Seite ausgehen. Politische Gründe sprechen dagegen. Überdies würde Frankreich schon aus einer deutschen Anregung dieser Art Kapital schlagen, um daraufhin Zugeständnisse zu erlangen. So lange in Frankreich der Frankfurter Friede als ein unabänderliches Ganzes angesehen wird, muß man auch in Deutschland daran festhalten. Die unkündbare Meistbegünstigung des Frankfurter Friedens hat ihre Schattenseiten, sie legt die Handlungsfreiheit der beiden Mächte in handelspolitischen Angelegenheiten auf unabsehbare Zeit fest, aber sie bildet einen Teil des Friedensvertrages, an dem nicht gerüttelt werden darf.

Sie hat zur Folge gehabt, daß seit dem Jahre 1871 handelspolitische Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich überhaupt nicht geführt wurden. Man begnügte sich beiderseits mit der ausbedungenen Meistbegünstigung. Damit konnte und mußte man sich begnügen, so lange die Beziehungen der beiderseitigen Regierungen kühl blieben. Indessen ist es durchaus keine logische Folge des Artikels 11, auf handelspolitische Abmachungen untereinander für alle Zukunft zu verzichten. Es erscheint sehr

wohl denkbar, daß bei freundlicher Gestaltung der beiderseitigen Beziehungen die beiden Regierungen sich über die Abänderung von Zollsätzen verständigen, die von besonderem Interesse für ihren Handel oder für ihre Industrie sind. Das würde für beide Länder den Vorteil bieten, handelspolitische Interessen, die bisher in Ermangelung unmittelbarer Verhandlungen nicht wahrgenommen werden konnten, zu befriedigen. Vorerst scheinen aber noch nicht alle Vorbedingungen dazu vorhanden zu sein.

Das Verlangen nach Beseitigung des Artikels 11 kann durch deutsche Initiative nicht erfüllt werden. Sollte Frankreich einen dahingehenden Antrag stellen und Deutschland zustimmen, so würde das Zustandekommen eines Tarifvertrages zwischen Deutschland und Frankreich, wie ihn die Plauener Handelskammer für zweckmäßig hält, immerhin noch nicht sichergestellt sein. Vielmehr könnten im Falle einer Nichteinigung zwischen den beiden Reichen unangenehme handelspolitische Differenzen ausbrechen und schließlich einen Zollkrieg hervorrufen, der auch nicht ohne politische Rückwirkungen bleiben würde.

Hierdurch ist jedenfalls vorläufig die Aufrechterhaltung des Artikels 11 geboten. Mindestens wird dadurch formell, im wesentlichen auch materiell der Fortbestand eines erträglichen handelspolitischen modus vivendi zwischen beiden Reichen auch ohne politische Entente gesichert. Besondere Abmachungen, wie sie die Plauener Handelskammer zugunsten ihrer Spitzenindustrie gegenwärtig für wünschenswert erachtet, lassen sich nötigenfalls, wenn beiderseitige Geneigtheit dazu vorhanden sein sollte, auch unter der Geltung des Artikels 11 treffen.



Das Handelsverhältnis zu England.

Seitdem England im Jahre 1897 auf Chamberlains Andrängen, um sich die Bahn zur Schaffung eines großbritischen Zollverbandes freizumachen, seine Handelsverträge kündigte, da sie auch die Kolonien in die Meistbegünstigung gegenüber den Vertragsstaaten einschlossen, hat es sich zu dem Abschlusse neuer Verträge nicht herbeigelassen. Nach dem Ablauf wiederholt verlängerter Handelsvertragsprovisorien mit Deutschland sah sich die Reichsregierung veranlaßt, zuerst Ende 1903, sodann Ende 1905 im Wege deutscher Gesetzgebung dem britischen Reiche die Meistbegünstigung zuzusprechen, damit in dem großen beiderseitigen Güteraustausch keinerlei Störung eintreten konnte. Dieses eigentümliche vertragslose Verhältnis, das in der englischen Zollfreiheit seine Erklärung findet, läuft Ende 1907 ab und wird voraussichtlich verlängert werden, so lange die zollfreie Einfuhr nach England bestehen bleibt.

Mit keinem Lande steht Deutschland in so lebhaftem Güteraustausch wie mit England. Deutschland sandte im Jahre 1905 für 1057 Millionen Mark Waren nach England und bezog von dort für 784 Millionen Mark. Der Überschuß der deutschen Ausfuhr wird freilich mehr als ausgeglichen, wenn man die britischen Kolonien in Be-

tracht zieht, von denen Deutschland für etwa 356 Millionen Mark mehr einführt, als es dorthin ausführt. Darüber sehen die englischen Schutzzöllner hinweg, um die Gefahr, ja die Überlegenheit der deutschen Ausfuhr über die englische zu behaupten.

Im Hinblick auf die Gestaltung des deutsch-englischen Güteraustausches äußerten die „Times" Anfang Oktober 1906, daß England im Grunde genommen an Deutschland nur Rohstoffe und Maschinen zur Stärkung der deutschen Konkurrenz liefert, dagegen überwiegend von Deutschland Industrieerzeugnisse bezieht, die aus den von England gelieferten Rohstoffen mit den von England gelieferten Maschinen erzeugt werden. „Sind wir," frug das deutschfeindliche Blatt, „in bezug auf unsere industrielle Leistungsfähigkeit schon soweit unter die Deutschen gesunken, daß wir nur noch als ihre Holzhauer oder Wasserzieher handeln können, daß wir sie mit einem Markt für ihre Erzeugnisse versorgen müssen, die wir nicht selbst anfertigen können?" Diese Ansicht erklärten die „Times" für absurd, um alsdann für die Gestaltung des deutsch-englischen Güteraustausches den deutschen Zolltarif verantwortlich zu machen, der willkürlich mit dem fremden Handel verfahre. Der deutsche Zolltarif zwinge die Engländer, ihre Schuld an Deutschland durch Ausfuhr von Rohstoffen zu begleichen. Die freie Einfuhr deutscher Fabrikate nach England nehme den englischen Erzeugnissen den heimischen Markt und vermindere den eigenen Bedarf an Rohstoffen. So habe die gegenseitige Stellung der beiden Länder in einem Menschenalter eine vollständige Umwandlung erfahren. Mit Bedauern wiesen die „Times" ferner darauf hin, daß England mit seinem Freihandel ohne Zolltarif keine Grundlage für Verhandlungen

besitzt, keine Zugeständnisse bieten und keine Gegenzugeständnisse erwirken kann.

Tatsächlich sind die Klagen der englischen Schutzzöllner nicht ganz unbegründet. In dem deutsch-englischen Güteraustausch hat sich allmählich eine erstaunliche Wandlung vollzogen. Es gab eine Zeit, da Deutschland von England überwiegend Industrieerzeugnisse bezog und nach England Lebensmittel und Rohstoffe ausführte. Diese Zeit ist längst vorüber. Heute ist es England, das aus Deutschland ganz überwiegend Fabrikate bezieht, und Deutschland, das von England Rohstoffe und Halbfabrikate entnimmt. Von der englischen Ausfuhr des Jahres 1905 nach Deutschland in Höhe von 784 Millionen Mark entfielen nur 46 Millionen Mark auf fertige Fabrikate (Textilerzeugnisse und Maschinen), ferner 136 Millionen Mark auf Garn, das nur als Halbfabrikat gelten kann. Was England sonst nach Deutschland ausführte, waren ganz überwiegend Rohstoffe und Lebensmittel, darunter für 108 Millionen Mark Steinkohlen, ferner Metalle, Kautschuk, Wolle usw., auch für 36 Millionen Mark Fische.

Dagegen bestand die Ausfuhr Deutschlands nach England zum größten Teil aus Fabrikaten. Da werden aufgeführt für mehr als 220 Millionen Mark Textilerzeugnisse, für 140 Millionen Mark Zucker, für mehr als 93 Millionen Mark Eisenerzeugnisse, für 25 Millionen Mark Farbendruckbilder, für 20 Millionen Mark Spielzeug, für 18 Millionen Mark Teerfarben, für je 13 Millionen Mark Klaviere und Holzwaren usw. Darunter mögen sich auch manche Halbfabrikate befinden, aber die fertigen Fabrikate überwiegen. In der Entwicklung des deutsch-englischen Güteraustausches hat demnach die

deutsche Industrie große Fortschritte und die englische Industrie entsprechende Rückschritte gemacht. Die Ursachen dieser bemerkenswerten Wandlung sind im allgemeinen bekannt und werden im einzelnen von Sachverständigen noch darzulegen sein. Unter den Eisenwaren, die Deutschland nach England sandte, sind Maschinen und Maschinenteile im Werte von 17 Millionen Mark hervorzuheben, während Deutschland von England Maschinen und Maschinenteile ebenfalls für 17 Millionen Mark bezog. Im Austausch von Maschinen besteht demnach ein genaues Gleichgewicht, und durchaus falsch ist die Behauptung der „Times", daß Deutschland die Fabrikate, die es nach England liefert, mit englischen Maschinen herstellte. In dieser Hinsicht hat sich Deutschland gegenüber England volle Ebenbürtigkeit errungen.

Wie diese Zahlen ergeben, hat die deutsche Industrie erfreuliche Fortschritte gemacht und bekundet ihre Konkurrenzfähigkeit hervorragend gerade auf dem englischen Markt. Gleichwohl erscheinen die Klagen der englischen Schutzzöllner übertrieben. Zunächst ist England für einen erheblichen Teil seiner Ausfuhr nicht Verbrauchsland, sondern nur Durchfuhrland. Zahlreiche fremde Industrieerzeugnisse gehen durch englische Vermittlung weiter nach den Kolonien und nach anderen überseeischen Ländern, selbstverständlich mit entsprechendem Gewinn. Das gilt besonders für die Einfuhr aus Deutschland. Vermutlich werden gerade deutsche Waren in großem Umfange weiterversandt, was sich leider des Genaueren nicht feststellen läßt, weil sie vielfach adaptiert als englische Erzeugnisse zur Wiederausfuhr kommen dürften. Hier befindet sich England mit seinen älteren überseeischen Verbindungen noch immer in der Vorhand, obwohl der deutsche Handel

mit Erfolg bemüht war, unmittelbare Beziehungen mit Übersee anzuknüpfen, namentlich seitdem die deutschen Waren bei der Einfuhr nach England den Stempel „Made in Germany“ aufweisen müssen, als deutsche Waren erkennbar und als solche beliebt geworden sind. Außerdem macht England erhebliche Gewinne bei der Ausfuhr von Rohstoffen nach Deutschland, weil diese Rohstoffe überwiegend nichtenglischer Herkunft sind.

England ist trotz der Nordamerikanischen Union noch immer das reichste Land der Erde. Äußerlich erscheint seine Handelsbilanz nicht günstig. Im Jahre 1905 belief sich seine Ausfuhr auf 6732 Millionen Mark, seine Einfuhr dagegen auf 9945 Millionen Mark. Der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr stellte sich demnach auf 3213 Millionen Mark. Dieses Defizit der Handelsbilanz wird indessen überreichlich gedeckt durch die Eingänge der im Auslande arbeitenden englischen Kapitalien mit mindestens 2000 Millionen Mark, ferner durch den Gewinn an Schiffsfrachten mit 1800 Millionen Mark, sodann durch die beträchtlichen Provisionen aus Bank- und anderen Kommissionsgeschäften. Die englische Zahlungsbilanz schließt mit einem hohen Überschuß ab, der das englische Volksvermögen von Jahr zu Jahr noch vermehrt.

Im Güteraustausch mit Deutschland findet England unbedingt seine Rechnung. Noch steht seine Industrie auf einem Höhepunkt. Wenn die deutsche Industrie relativ stärkeren Aufschwung genommen hat und größere Leistungsfähigkeit bekundet, so liegen die Ursachen nicht in dem deutschen Zolltarif wie überhaupt nicht in den Zöllen, deren Wirkungen allgemein überschätzt werden. England entwickelt sich allmählich zum Rentnerstaat. Großer Reichtum macht satt und bequem. Die Land-

wirtschaft geht zurück, weil der große Reichtum weite Ländereien ankauft und zu Luxuszwecken verwendet. Die Industrie arbeitet zwar weiter. Doch haben die reichen Unternehmer keinen rechten Anreiz zu Vergrößerungen oder Neuanlagen. Inmitten des Genießens fehlt der Ansporn des Erwerbens. So erklärt sich der relative Rückgang der englischen Industrie, die von der deutschen und noch rascher von der nordamerikanischen überflügelt wird.

In der Zeit von 1884 bis 1901 verminderte sich Englands Ausfuhr an Baumwollwaren außer Garn von 860 auf 740 Millionen, an Kammgarnwaren von 560 auf 180, an Eisenkurzwaren von 80 auf 18, an Leinen und Leinenwaren von 100 auf 80, an Alkalien von 40 auf 22, an landwirtschaftlichen Maschinen von 17 auf 14, an Farbstoffen von 14 auf 7, an Glas von 11 auf 7 Millionen Mark usw.

Indessen darf man England als Industrieland keineswegs unterschätzen. Es wird noch lange seine große Bedeutung behalten. Die Entwicklung zum Rentnerstaat, in die England eingetreten ist, vollzieht sich langsam, sie benötigt Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte. Aber sie ist logisch und natürlich, sie entspricht dem Werden und Vergehen des einzelnen, wie der Völker und der ganzen Menschheit.



Frankreich durch einen Tarifvertrag geregelt werden. Ein solcher Vertrag biete keine besonderen Schwierigkeiten; eine Verständigung über die Weinzölle sei sehr wohl möglich. Auch könnte man die beiderseitigen Industrieinteressen ausreichend wahren. Mit der unkündbaren Meistbegünstigung müsse gebrochen werden.

Was die Plauener Interessenten vorschlugen, läßt sich kaum durchführen. Die Abänderung eines so wichtigen Vertrages, wie es der Frankfurter Friede von 1871 ist, erscheint von vornherein bedenklich, selbst wenn es sich nur um eine untergeordnete Bestimmung handelte. Keinesfalls könnte die Initiative dazu von deutscher Seite ausgehen. Politische Gründe sprechen dagegen. Überdies würde Frankreich schon aus einer deutschen Anregung dieser Art Kapital schlagen, um daraufhin Zugeständnisse zu erlangen. So lange in Frankreich der Frankfurter Friede als ein unabänderliches Ganzes angesehen wird, muß man auch in Deutschland daran festhalten. Die unkündbare Meistbegünstigung des Frankfurter Friedens hat ihre Schattenseiten, sie legt die Handlungsfreiheit der beiden Mächte in handelspolitischen Angelegenheiten auf unabsehbare Zeit fest, aber sie bildet einen Teil des Friedensvertrages, an dem nicht gerüttelt werden darf.

Sie hat zur Folge gehabt, daß seit dem Jahre 1871 handelspolitische Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich überhaupt nicht geführt wurden. Man begnügte sich beiderseits mit der ausbedungenen Meistbegünstigung. Damit konnte und mußte man sich begnügen, so lange die Beziehungen der beiderseitigen Regierungen kühl blieben. Indessen ist es durchaus keine logische Folge des Artikels 11, auf handelspolitische Abmachungen untereinander für alle Zukunft zu verzichten. Es erscheint sehr

wohl denkbar, daß bei freundlicher Gestaltung der beiderseitigen Beziehungen die beiden Regierungen sich über die Abänderung von Zollsätzen verständigen, die von besonderem Interesse für ihren Handel oder für ihre Industrie sind. Das würde für beide Länder den Vorteil bieten, handelspolitische Interessen, die bisher in Ermangelung unmittelbarer Verhandlungen nicht wahrgenommen werden konnten, zu befriedigen. Vorerst scheinen aber noch nicht alle Vorbedingungen dazu vorhanden zu sein.

Das Verlangen nach Beseitigung des Artikels 11 kann durch deutsche Initiative nicht erfüllt werden. Sollte Frankreich einen dahingehenden Antrag stellen und Deutschland zustimmen, so würde das Zustandekommen eines Tarifvertrages zwischen Deutschland und Frankreich, wie ihn die Plauener Handelskammer für zweckmäßig hält, immerhin noch nicht sichergestellt sein. Vielmehr könnten im Falle einer Nichteinigung zwischen den beiden Reichen unangenehme handelspolitische Differenzen ausbrechen und schließlich einen Zollkrieg hervorrufen, der auch nicht ohne politische Rückwirkungen bleiben würde.

Hierdurch ist jedenfalls vorläufig die Aufrechterhaltung des Artikels 11 geboten. Mindestens wird dadurch formell, im wesentlichen auch materiell der Fortbestand eines erträglichen handelspolitischen modus vivendi zwischen beiden Reichen auch ohne politische Entente gesichert. Besondere Abmachungen, wie sie die Plauener Handelskammer zugunsten ihrer Spitzenindustrie gegenwärtig für wünschenswert erachtet, lassen sich nötigenfalls, wenn beiderseitige Geneigtheit dazu vorhanden sein sollte, auch unter der Geltung des Artikels 11 treffen.

zollung und gestattet derjenigen Macht, die in dem betreffenden exotischen Lande maßgebenden Einfluß übt, weitgehende Begünstigungen ihrer Angehörigen und Sonderinteressen.

Der Grundsatz der offenen Tür versagt also gerade da, wo er als besonders zweckentsprechend eingeführt worden ist, zunächst in gewissen exotischen Staaten, deren Regierungen ihre Selbständigkeit nicht behaupten konnten und sich fremdem Einfluß fügen mußten. In solchen Staaten verbürgt der Grundsatz der offenen Tür gar nicht oder nicht ausreichend, was man ursprünglich voraussetzte, die erforderliche volle Gleichberechtigung aller Staaten an der wirtschaftlichen Entwicklung des betreffenden Landes. Diese Erfahrung werden die Franzosen in bezug auf Ägypten ohne weiteres als richtig zugeben. Was sich in Ägypten zum Schaden der nichtenglischen Staaten vollzogen hat, würde sich in Marokko zum Nachteile der nichtfranzösischen Staaten wiederholen, wenn es den Franzosen gelingen sollte, in Marokko eine anerkannte vorherrschende Stellung zu erlangen.

Von zweifelhaftem Wert ist die offene Tür auch für Korea und die Mandschurei, wie sie Japan unter dem Druck der Mächte, insbesondere Englands, zugestanden hat. In diesem Zugeständnis glaubte der erste Rektor der Berliner Handelshochschule Professor Dr. Jastrow, ein freihändlerischer Parteigänger, im fernen Osten einen Sieg des Freihandels erblicken zu dürfen. Welche Kurzsichtigkeit! Mit allen Mitteln war Japan bestrebt, trotz der offenen Tür die Märkte von Korea und der Mandschurei für sich zu erobern und den europäischen Handel daselbst zu verdrängen. Die Mandschurei wurde zwar geöffnet, aber der japanische Andrang war in der ersten Zeit zu

groß, so daß Angehörige anderer Nationen nicht eintreten konnten. Später mußten sie sehen, wie die Japaner ihnen vorausgekommen waren und überall die besten Plätze besetzt hatten. Englische und amerikanische Sachverständige, die in der Mandschurei das Verfahren Japans untersuchten, urteilten: Japan habe zwar bereitwillig die Theorie der offenen Tür anerkannt, in der Praxis aber die gleiche Bereitwilligkeit nicht betätigt.. Auf Grund ihrer Überlegenheit durch die nähere Lage, durch die Kultur- und Sprachenverwandtschaft wird es den Japanern voraussichtlich gelingen, die offene Tür für Korea und die Mandschurei illusorisch zu machen und das europäische Geschäft daselbst zu untergraben. In Korea beherrschen sie Gesetzgebung und Verwaltung wie die Engländer in Ägypten. In der südlichen Mandschurei suchen sie das Verkehrswesen wie den Bergbau zu monopolisieren und alle Fäden der wirtschaftlichen Entwicklung in ihren Händen zu vereinigen. Bald wird der abendländische Handel nur noch durch japanische Vermittlung daselbst Geschäfte machen können und nur in Waren, die Japan noch nicht zu liefern vermag.

Wo in schwachen exotischen Ländern eine Großmacht überwiegenden Einfluß übt, wie England in Ägypten, Japan in Korea usw., da werden unter dem Einfluß der tonangebenden Macht die Erzeugnisse ihrer Angehörigen trotz der Meistbegünstigung bevorzugt, zunächst bei Ausschreibung von Lieferungen für die Verwaltung, für die Eisenbahnen usw., ferner bei Beschaffung des Bedarfs für andere Anstalten städtischer oder privater Art, selbst für Banken, Fabriken und Unternehmer, die sich dem Einfluß der vorherrschenden Macht nicht entziehen können. Was aber von allergrößter Wichtigkeit ist, bei Erteilung von

Konzessionen für Eisenbahnen, Häfen, Bergwerke usw. wird die ausschlaggebende Macht mit Erfolg darauf bedacht sein, die Bevorzugung ihrer Angehörigen durchzusetzen.

Theoretisch nimmt sich die offene Tür nicht übel aus. Praktisch ist sie aber nicht gleichbedeutend mit der unbedingten Meistbegünstigung nach allen Richtungen hin, sondern nur die Anwartschaft auf die formelle Meistbegünstigung bei der Warenverzollung.

Voraussichtlich werden in Zukunft über Theorie und Praxis der offenen Tür noch ernste Reibungen, wenn nicht blutige Kriege entstehen zwischen denjenigen Mächten, die auf Grund imperialistischer oder sonstiger Expansionspolitik gewisse wichtige Märkte minder starker Staaten monopolisieren und die offene Tür daselbst schließen, und zwischen anderen Mächten, die auf der Aufrechterhaltung der offenen Tür bestehen, weil ihnen die strittigen Staaten mit ihren Märkten wertvoll oder unentbehrlich erscheinen.





Handelsverträge statt Kolonien.

Von freihändlerischer Seite ist gelegentlich behauptet worden, daß eine kluge, weitsichtige Handelspolitik wirtschaftspolitisch wertvoller sei als der Besitz von Kolonialgebieten. In diesem Sinne hat sich Anfang 1907 vor der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin der Legationsrat a. D. Dr. Alfred Zimmermann ausgesprochen und am Schlusse seines Vortrages über „Wert oder Unwert kolonialer Politik" die Behauptung aufgestellt, daß der Besitz von Kolonien für aufstrebende Staaten keine wirtschaftliche Notwendigkeit sei, weil jedes Bedürfnis heute durch die Handelspolitik befriedigt werden könne. Wie ein Blick auf die handelspolitische Weltlage zeigt, ist diese Auffassung durchaus verfehlt.

Wie denken sich die Freihändler den Abschluß vorteilhafter Handelsverträge mit Ländern, die es überhaupt ablehnen, auf Handelsverträge einzugehen? Als England im Jahre 1897 seine Handelsverträge mit Deutschland und anderen europäischen Staaten kündigte, ließ es sich eine Zeitlang herbei, Handelsprovisorien zu vereinbaren, verhielt sich aber später so zugeknöpft, daß auch provisorische Abmachungen nicht mehr zustande kamen und schließlich jener vertragslose Zustand eintrat, wie er heute noch zwischen Deutschland und England besteht.

Das konservative Ministerium in England wollte keine neuen Handelsverträge abschließen, und das liberale Ministerium hat noch nicht zu erkennen gegeben, daß es bereit ist, neue Handelsvertragsverhandlungen zu führen. Die konservativen Politiker in England strebten entweder mit Chamberlain nach der Schaffung eines größerbritischen Zollverbandes auf Grund von Vorzugszöllen oder mit Balfour mindestens nach der Einführung von Industriezöllen für England, um daraufhin Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Staaten aussichtsvoller einleiten zu können. Mögen auch dem gegenwärtigen liberalen und freihändlerischen Ministerium diese Ziele nicht vorschweben, so scheint es doch, als ob es durch Aufrechterhaltung der splendid isolation in handelspolitischer Hinsicht, d. h. der Vertragslosigkeit, dem Mutterlande wie den Kolonien freie Hand für die nächste Zukunft erhalten wolle. Kanada, Britisch-Südafrika und Neuseeland haben bereits Vorzugszölle zugunsten Englands eingeführt, Australien will folgen, und das liberale Ministerium scheut offenbar davor zurück, diese Zugeständnisse der Kolonien an das Mutterland durch irgendwelche Vertragspolitik zu durchkreuzen. Der größerbritische Zollverband ist zwar durch die letzten Wahlen in den Hintergrund gerückt worden, aber der Weg zu diesem Ziel wird durch das freihändlerische Ministerium vorsichtig offen gehalten oder mindestens durch den Abschluß von Handelsverträgen nicht verlegt. Gegenüber England und seinen Kolonien ist auf dem Wege von Handelsverträgen für Deutschland und andere Staaten vorläufig nichts zu erreichen.

Noch aussichtsloser erscheint eine bloße Handelspolitik, sei sie noch so freihändlerisch entgegenkommend, im Verkehr mit den amerikanischen Staaten. Hier liegen

die Gefahren nicht in der Erneuerung des Handels-vertragsverhältnisses zwischen Deutschland und der Nord-amerikanischen Union. Es handelt sich um eine fernere Zukunft, um die Verwirklichung der allamerikanischen Be-strebungen in wirtschaftlicher Hinsicht, wie sie von Washington aus tatkräftiger als je angestrebt wird. Die Nordamerikanische Union will die übrigen amerikanischen Staaten in einen Zollverband mit gegenseitigen Vor-zugszöllen drängen, um die europäische Konkurrenz aus ganz Amerika leichter vertreiben und alle amerikanischen Märkte unter ihre Kontrolle bringen zu können. Sollte die Union ihr Ziel erreichen, so würden große wirtschaft-liche und finanzielle Interessen der europäischen Völker, namentlich der Engländer und der Deutschen, in Mittel- und Südamerika geschädigt und vor allem die bedeutende Ausfuhr Deutschlands und Englands nach Südamerika bedroht werden. Diese Gefahr kann durch eine bloße Handelspolitik, sei sie auch noch so klug und weitsichtig, nicht verhütet werden.

Außerdem besteht die Besorgnis, daß noch andere große Absatzgebiete sich trotz der weisesten Handelspolitik der fremden Einfuhr mehr und mehr verschließen. In den meisten Staaten nimmt die schutzzöllnerische Strömung zu. Die großen Hoffnungen, die vielfach auf die Er-schließung des chinesischen Marktes gesetzt werden, dürften kaum in Erfüllung gehen. Vielmehr ist mit der Möglichkeit verschärfter Konkurrenz auf dem Weltmarkt auch vom fernen Osten her zu rechnen. Frankreich be-findet sich auf dem richtigen Wege, wenn es sich bemüht, ein großes Kolonialreich zu schaffen, wie es seinen wirt-schaftlichen Bedürfnissen entspricht.

Will ein Reich inmitten der neuzeitlichen Weltwirt-

schaft eine gesicherte Stellung behaupten, so muß es zunächst eine Industrie besitzen, die leistungsfähig und womöglich konkurrenzüberlegen auf dem Weltmarkte hervortreten kann. Sodann muß das Reich bestrebt sein, günstige Handelsverträge abzuschließen, um seinem Außenhandel eine feste Grundlage zu geben. Diese beiden Vorbedingungen genügen aber noch nicht, da sie durchkreuzt werden können durch eine imperialistische Politik anderer Reiche, durch Vorzugszölle und Zollverbände. Deshalb war auch das Deutsche Reich genötigt, Kolonial- und Weltpolitik zu treiben, um seine wachsenden überseeischen Interessen und Beziehungen wirksamer, als es durch Handelsverträge allein geschehen könnte, wahrzunehmen.





Deutschlands Kolonialberechtigung.

Hervorgegangen ist die deutsche Kolonialpolitik zunächst aus der politischen und nationalen Notwendigkeit, den Menschenüberschuß des deutschen Volkes dem Deutschen Reiche zu erhalten. Seit Jahren bewegt sich zwar die deutsche Auswanderung in engen Grenzen und ist seit 1897 im Durchschnitt auf 25 000 jährlich zurückgegangen. Doch war sie im Jahre 1891 auf über 120 000 gestiegen und hatte für die Jahre 1880 bis 1885 die Höhe von insgesamt einer Million erreicht. Diese Auswanderung richtete sich ganz überwiegend nach der Nordamerikanischen Union. Tüchtige Kräfte gingen dem Reiche verloren und stärkten die fremde Konkurrenz. Das war für Deutschland eine doppelte Schwächung.

In den siebziger Jahren belief sich die Bevölkerung des Deutschen Reiches auf 40 Millionen. Im Jahre 1905 ist sie auf 60 Millionen angewachsen und wird voraussichtlich in 30 Jahren 80 Millionen betragen. Mit der Bevölkerung nimmt entsprechend die gewerbliche Erzeugung zu.

Somit wird sich in Deutschland über kurz oder lang ein starkes Ausdehnungsbedürfnis unwiderstehlich geltend machen. Englische Stimmen haben die Forderung erhoben, es mögen womöglich in aller Form die Deutschen ein

für allemal auf jede Ausdehnung verzichten. Eine derartige Zumutung kann unmöglich ernsthaft genommen werden.

Die Antwort darauf gab Fürst Bülow, als er im Reichstage am 28. November 1906 äußerte:

„Die Frage steht nicht so, ob wir kolonisieren wollen oder nicht, sondern wir müssen kolonisieren, ob wir wollen oder nicht. Der Trieb zur Kolonisation, zur Ausbreitung des eigenen Volkstums ist in jedem Volke vorhanden, das sich eines gesunden Wachstums und einer kräftigen Entwickelung erfreut. Darum war das Deutsche Reich seit seinem Eintritt in die Weltgeschichte, seit 2000 Jahren, ein kolonisierendes Volk, und wir werden es bleiben, solange wir bestehen."

An Menschen hat das Deutsche Reich größeren und zugleich wertvolleren Überschuß als irgend ein anderes europäisches Land. Bisher wanderte Deutschlands überschüssige Kraft namentlich in Gestalt von Kapitalisten, Unternehmern, Technikern und Kaufleuten in die Fremde und ließ sich dort in vielen Fällen entnationalisieren.

Ein günstiges Gebiet der Tätigkeit fanden die Deutschen u. a. in den britischen Kolonien. Noch besteht dort für die deutsche Einwanderung die offene Tür. Indessen machen sich bereits Stimmen und Interessen dagegen geltend. Willkommen sind die Deutschen dort nur, wenn sie sich entnationalisieren lassen. Keinesfalls dürfen sie sich darüber beklagen, daß man in den britischen Kolonien trotz der freihändlerischen Politik des Mutterlandes die eigenen Staatsangehörigen und diejenigen des Mutterlandes ebenso wie die englischen Erzeugnisse selbst zu bevorzugen sucht. Diese Bevorzugung entwickelt sich

zu einer Zurücksetzung der Deutschen, und auch mit Rücksicht darauf sah sich Deutschland zur Gründung eines eigenen Kolonialbesitzes gedrängt.

Unter allen Umständen wird die sicherste Grundlage für die Betätigung der wirtschaftlichen Kräfte einer Nation außerhalb der engeren Reichsgrenzen immer dort bleiben, wo die nationale Flagge weht. Unter deutscher Oberherrschaft darf der Deutsche darauf rechnen, feste und günstige Grundlagen für seine Kenntnisse, Unternehmungen, Kapitalsanlagen, Handelsgeschäfte usw. zu finden.

Deutschland mußte eigene Kolonien gründen, einmal, um für seinen Volksüberschuß Ansiedlungsraum zu schaffen, und sodann, um sich die Möglichkeit zu eröffnen, tropische Erzeugnisse, Rohstoffe und Genußmittel unter deutscher Flagge zu beschaffen.

Mit Hilfe von Kolonien will auch Deutschland sich in nationaler und wirtschaftlicher Hinsicht stärker und unabhängiger machen.

Für eine Großmacht wie Deutschland sind Kolonien nicht nur ein unentbehrliches Erfordernis, sondern geradezu Lebensbedingung. Ebenbürtig steht das Deutsche Reich neben den großen Weltreichen da, seine Seegeltung wächst. Dicht bevölkert und intensiv bewirtschaftet ist das deutsche Land, und fruchtbar an überschüssiger Kraft zeigt sich das deutsche Volk. Alle Vorbedingungen kolonialpolitischer Betätigung sind demnach vorhanden. Nicht aus Ehrgeiz oder Laune, sondern aus innerem Drange heraus ist die deutsche Kolonialpolitik entstanden.

Ein Anrecht zu weltwirtschaftlicher und kolonialpolitischer Betätigung besitzt Deutschland nicht zuletzt auf Grund seiner Seeinteressen und seines Kohlenreichtums.



Deutschland und das Meer.

Wer zum erstenmal das Meer erblickt, ist erstaunt, ja bestürzt über seine Größe, seine Ruhe, seine Gewalt. Ins Endlose dehnt sich die Wasserfläche aus. Lebendiger als das Land erscheint das Meer dem schärfer zusehenden Auge, das nicht nur an der Oberfläche und an den Schiffen haftet. Zwar bietet das Meer dem Menschen keine Heimstätte, doch ist es ihm ein unentbehrliches Verkehrs- und Lebensbedürfnis geworden. Schon zu vorgeschichtlicher Zeit erkannten die Völker in dem Meere eine unerschöpfliche Quelle von Kraft und begannen mit der Ausbeutung dieser Kraft. Nach den Annahmen vieler Anthropologen sind sogar die Anfänge der Entwicklung des Menschen an der Meeresküste zu suchen. Dort erst soll sich der Mensch durch das Waten und Fischen im Wasser den aufrechten Gang angewöhnt haben.

Von der Küste aus mögen sich die Menschen zuerst in das Meer hinausgewagt haben, um Nahrungsmittel, Fische, Muscheln, Vogeleier usw. zu suchen. Heyck weist in seiner „Deutschen Geschichte" darauf hin, daß die ältesten Begräbnisstätten sich nirgends so sehr häufen wie an den Küsten und auf den Inseln. Am Meere fanden die Menschen geeignetere Bedingungen des Daseins als in den Urwäldern und Sümpfen des Binnenlandes.

Poseidon ist die griechische Verpersönlichung des Meeres und seiner ganzen gewaltigen Kraft. Majestätisch hält er den Dreizack in der Rechten, und mit den Zügeln in der erhobenen Linken lenkt er das stolze Viergespann der Wellenrosse vor seinem Wagen, während sein Gewand im Sturmwind flattert. Er kann zürnen, daß die Erde erschüttert, und doch ist er trotz seiner Gewalt unbehilflich und muß der Menschheit dienen. Er schlug die Erde mit seinem Dreizack und das Roß sprang hervor, sein Sinnbild, das Sinnbild der bewegenden Kraft und der Raschheit, das Sinnbild des Verkehrs. Die Kraft des Meeres dient überwiegend dem Verkehr. Von dem Meere werden die Schiffe getragen, von seinen Strömungen und Winden getrieben.

Wo die Schiffahrt ihren Ursprung gehabt hat, läßt sich nicht ergründen. Als einen wichtigen Mittelpunkt frühester Schiffahrt nennt Ferdinand Freiherr v. Richthofen, der Berliner Universitätsprofessor, der Kiautschou sozusagen für Deutschland entdeckt hat, den Malaiischen Archipel. Aus der Verbreitung der Stämme dieser Rasse und der Typen ihrer Fahrzeuge schloß er, daß bei ihnen die Kunst der Schiffahrt in früherer Zeit hochgediehen sei und sich einerseits nach den Inselgruppen des Stillen Meeres, anderseits nach dem nahen Festlande Ostasiens und längs der japanischen Küste ausbreitete. Unabhängig davon ist nach seiner Meinung im Westen des Indischen Meeres gleichfalls eine Schiffahrt erwachsen, hat zu lebhaftem Verkehr geführt und muß nach einer langen Geschichte zu höherer Vollendung gediehen sein, als die Phönizier sie nach dem Mittelmeer verpflanzten und dort sogleich mit leistungsfähigen Schiffen hervortraten. Früh waren auch die Germanen mit der Schiffahrt vertraut. Voller

uralter Bezugnahme auf die Wasserfahrt ist die deutsche Sprache. Tacitus erzählt von den Meer- und Inselfahrten der norddeutschen Küstenvölker zur Abhaltung ihrer Bundesfeiern. Schweden und Norwegen sind von Süden her besiedelt worden. Auch die Anfänge der Schiffahrt an den nordwestlichen Küsten liegen im Dunklen. Jahrhunderte vor Christi Geburt bestand sie bereits, vielleicht infolge der Küstenansiedlungen germanisch-skandinavischer Seefahrer. An Wagemut, kühnem Unternehmungsgeist und seemännischem Geschick standen, wie Richthofen hervorhebt, die Seefahrer der skandinavischen Fjorde voran. Mit ihren kompaßlosen Schiffen wagten sie sich Jahrhunderte hindurch über das stürmische Meer bis an das Mittelmeer, ja bis nach Grönland. Das ist erstaunlich. Heyck erinnert daran, wie der brasilianische Kleinschiffer sich mit seinem höchst ursprünglichen Segelfloß oder mit dem einbaumartigen Kanu erheblich weit auf das Meer hinauswagt. Mit solchen Fahrzeugen mögen die verstreuten Inselgruppen des Stillen Meeres besiedelt worden sein. Angesichts dieser Kühnheit rühmte Horaz denjenigen, der sich zuerst auf das Meer hinauswagte:

„Machtvoll starrte dreifach Erz
Jenem Mann um die Brust,
Der das zerbrechliche Floß
Grausem Wogengewühl zuerst hingab.“

Jahrtausende sind seitdem verstrichen. Große Reiche erstanden und erblühten, sämtlich in unmittelbarer Verbindung mit dem Meere und unter Heranziehung seiner Kräfte. Alle wichtigeren Staaten liegen am Meer. Mit Hilfe des Meeres sind auch die entlegensten Länder des Erdballs in die Verkehrswelt einbezogen worden. Alle

Völker stehen im Güteraustausch miteinander, und der Träger dieses weltwirtschaftlichen Güteraustausches ist im wesentlichen das Meer, das von Jahrhundert zu Jahrhundert an Belebtheit zunimmt und als internationale Straße an Schnelligkeit, Pünktlichkeit und Sicherheit den Eisenbahnen nahezu gleichkommt, ihnen aber in bezug auf Billigkeit weitaus überlegen ist. Gegenwärtig verkehren auf dem Meere, die Kriegsschiffe nicht gerechnet, etwa 40 000 größere Handelsschiffe, Dampfer und Segler, mit 25 Millionen Netto-Register-Tonnengehalt und mit einer Beförderungsfähigkeit von 61 Millionen Tonnen zu je 1000 Kilogramm. Darunter befinden sich Dampfer von solcher Größe, daß sie die ganze Einwohnerschaft einer kleinen Stadt aufnehmen können.

Inzwischen war auch die Wissenschaft bemüht, das Meer bis in seine dunkelsten Tiefen zu durchleuchten. Begründet wurde die Erschließung des Meeres von der deutschen biologischen Station in Neapel, diesem Vorbild vieler ähnlicher Anstalten, und weiter ausgebildet durch die deutsche Seewarte in Hamburg, die unter ihrem genialen Schöpfer Neumayer eine Pflegstätte der Förderung praktischer Ziele der Seefahrt mit allen Hilfsmitteln strengwissenschaftlichen Betriebes geworden ist. Die Errungenschaften und Aufgaben der heutigen Meereskunde hat Richthofen in seiner Rektoratsrede vom Jahre 1904 dargelegt.

Als vor vier Jahrzehnten das erste unterseeische Kabel gelegt wurde, schritt man zunächst mit verbesserten, genaueren Methoden zur Messung der Meerestiefen und gelangte dadurch zur Erkenntnis, daß das Meer die Wasserausfüllung zusammenhängender Hohlformen an der Oberfläche des Planeten ist, daß in der festen Erdrinde, trotz der großen Unebenheiten ihrer Oberfläche, eine regionale

Gleichförmigkeit in der Wasserverteilung besteht, indem die Minderbeträge der Dichte in den aufragenden Kontinentalmassen durch Überschüsse der Dichte in den versenkten Ozeanböden ausgeglichen werden.

Auch die Wassermasse des Meeres wurde berechnet. Wenn die feste Erde eine glatte Kugel wäre, so würde das darüber gleichmäßig ausgebreitete Wasser des Meeres eine Schicht von 2500 Metern Dicke bilden und das aus der Verdunstung des Wassers ausgeschiedene Salz auf derselben Kugel eine Schicht von 40 Metern Dicke, d. h. eine Schicht, die genau so groß ist, wie die über das Meer aufragenden Festlandsmassen von Europa und Nordamerika mit ihren Gebirgen und Hochländern, also wie der fünfte Teil aller Festlandsmassen des Erdballs.

Auch die Eigenbewegungen des Meeres hat die Wissenschaft erforscht. Als Zöppritz den Beweis erbrachte, daß für die konstanten Strömungen der Urgrund in den konstanten Winden der Passatzone und der offenen Südozeane, für die periodischen Triften dagegen auf wiederkehrenden Luftströmungen beruht, erschloß sich ein klarer Einblick in den Mechanismus des großen Systems von Kreisläufen in den Strömungsbewegungen des Ozeans.

Eingedrungen ist die Wissenschaft endlich in die geheimnisvollen Tiefen des Meeres, wo in loser Verkettung Welten von Organismen auf die Vernichtung anderer angewiesen sind, um ihre Lebensfunktionen auszuüben, und wo Milliarden von Keimen aufgewendet werden, um die Erhaltung der Arten zu sichern. Mit den Säugetieren des Meeres hat der Mensch furchtbar aufgeräumt. Seitdem das Schleppnetz für die Zwecke der Seefischerei in größtem Umfange verwendet wird, kehrt es, wie Richthofen sagt, als ein ungeheurer Dampfpflug die Meeres-

gründe planmäßig ab und ergänzt die zerstörende Wirkung der gigantischen Fangnetze der höheren Schichten. Nachdem die Werkzeuge der Massenvernichtung rasch vervollkommnet wurden, ist das Verlangen nach einer zweckmäßigen Bewirtschaftung des Meeres gebieterisch hervorgetreten. Die unermeßlichen Schätze des Meeres beruhen nicht in den vorhandenen Beständen, sondern in der Kraft ewiger Forterzeugung aus dem Bestehenden. Aufgabe der biologischen Meereskunde muß es sein, die Grundsätze für diesen wichtigen Zweig der Volkswirtschaft zunächst theoretisch festzulegen, damit daraus praktische Maßnahmen gewonnen werden können, um die Ertragsfähigkeit der Hochseefischerei zu sichern. Jährlich bringt sie den Engländern über 180 Millionen Mark, den Deutschen (durch 220 Fischdampfer) nahezu 25, den Franzosen 10 Millionen Mark.

Von Bedeutung für die Seeschiffahrt ist die neueste Errungenschaft der Technik, die Funkentelegraphie, die zu einem unentbehrlichen Verkehrsmittel im Dienste der Kriegs- und Handelsflotte geworden ist. Nach den Angaben des Staatssekretärs Krätke bestehen dafür bereits 400 Küstenstationen, und mit Radiotelegraphenapparaten sind fast alle größeren Kriegsschiffe sowie etwa 250 Handelsschiffe ausgerüstet. Die Funkentelegraphie erhöht die Sicherheit der Schiffahrt, ermöglicht es bedrängten Schiffen, nach Hilfe zu rufen, und erleichtert die Befehlsübermittlung auf weite Entfernungen im Kriegsfalle.

Wenn einmal die Kohlenvorräte der Erde zu Ende gehen oder nicht mehr abbaufähig werden sollten, dann wird sicherlich auch das Problem der Verwertung der Kraft, die in den bis zu 12 Meter hochgehenden Wellenbergen, insbesondere in Ebbe und Flut liegt, seiner endgültigen

Lösung entgegengehen. Noch ist die Energie der Meeresbewegungen ein großer ungehobener Schatz.

Vom Meere sagt der Chor in Schillers „Braut von Messina“:

> „Wer das grüne kristallene Feld
> Pflügt mit des Schiffes eilendem Kiele,
> Dem vermählt sich das Glück,
> Dem gehört die Welt.“

Das Meer erklärte Friedrich List als den Tummelplatz der Kraft und des Unternehmungsgeistes für alle Völker. Wer an der See keinen Teil hat, der ist ausgeschlossen von den guten Dingen und von den Ehren der Welt. Wie die Geschichte lehrt, brachte der Seeverkehr den Völkern Reichtum und Macht und die Mittel zu innerem Fortschritt auf allen Gebieten der Kultur.

Die Erkenntnis von der politischen Bedeutung des Meeres haben am umsichtigsten die Engländer betätigt. Dazu wurden sie durch die Lage ihres Landes mitten im Meer befähigt und gedrängt. „Der Anblick des Weltmeeres macht die Menschen mutiger, unternehmender, freisinniger“, hat Zachariä vor hundert Jahren in seinen „Vierzig Büchern vom Staate“ gesagt. „Das freie Meer befreit den Geist“, heißt es im zweiten Teil des Goetheschen „Faust“. England kann seine Landgrenzen nicht erweitern; es mußte aufs Meer hinaus, um für seine Bevölkerung und ihre Kräfte Raum zu schaffen. England ist auf das Meer geradezu angewiesen. Deshalb war es in den letzten Jahrhunderten durch eine kluge und kühne Politik darauf bedacht, in erster Linie seine Seeinteressen zu begünstigen und seine Seemacht zu stärken. Schließlich errang es die Oberherrschaft zur See.

Heute ist allen Kulturvölkern die ausschlaggebende

Bedeutung der Oberseeherrschaft für die ganze Weltpolitik klar geworden. Zu den unvergleichlichen Verdiensten Kaiser Wilhelms II. gehört unzweifelhaft das Streben nach Erhöhung der Seegeltung des Deutschen Reiches in Frieden und Krieg. In der Erkenntnis, daß nur, wer Seegeltung besitzt, sich in der modernen Weltwirtschaft und Weltpolitik behaupten kann, hat er das Verständnis für den Wert und die Wichtigkeit des Meeres in dem deutschen Volke erweckt.

Deutschlands Seekante ist nur 1270 Kilometer lang, sie beträgt nur ein Viertel seiner Landgrenzen, während Frankreich nach drei Seiten hin an das Meer grenzt und über Küstenstrecken von insgesamt 3175 Kilometern verfügt.

Gleichwohl haben Seeschiffahrt und Seehandel, von England abgesehen, nirgends so großen Aufschwung genommen als in Deutschland. Weshalb? Hauptsächlich weil Deutschland durch seine großen Ströme offener daliegt und enger mit dem Meere in Verbindung steht als die anderen Reiche des europäischen Festlandes. Diese Ströme haben die Seeinteressen Deutschlands viel tiefer ins Binnenland hineinfluten lassen als anderwärts.

Ohnehin sind seit der Vervollkommnung der modernen Verkehrsmittel die Seeinteressen nicht mehr ausschließlich wie früher auf die Küstenprovinzen beschränkt. Zwar lassen sich die großen deutschen Ströme nicht gerade als Ausbuchtungen des Meeres ansehen, weil sie mit Seeschiffen nicht befahren werden können, erscheinen aber mit ihren Ufern wirtschaftlich als binnenländische Fortsetzung der Seeküste, sozusagen als mittelbares Küstengebiet. Infolge ihrer natürlichen Verbindung mit dem Meere sind die deutschen Stromhäfen wie Köln, Frankfurt a. M., Mannheim u. a. erstaunlich aufgeblüht. Mit einem jährlichen Verkehr von mehr als 10 Millionen

Tonnen Schiffsraum und mit 5 bis 6 Millionen Tonnen Gütern allein in der Ankunft steht Mannheim-Ludwigshafen neben Hamburg! Mannheims Verkehr ist überwiegend überseeisch und setzt sich in der Einfuhr aus überseeischen Erzeugnissen, namentlich aus Lebensmitteln und Rohstoffen zusammen, die in Rotterdam oder Antwerpen umgeschlagen werden.

Zwischen den Rheinhäfen von Köln abwärts verkehren regelmäßig See- und Schleppdampfer unmittelbar mit deutschen, skandinavischen, russischen und englischen Häfen.

Wie Mannheim, so zeigen auch Ruhrort, Duisburg, Düsseldorf und Köln mit ihrem erstaunlich gestiegenen Verkehr längst das Gepräge deutschrheinischer Seehäfen.

Großbritannien mit seinen vielgestaltigen Küsten liegt zwar für die Entwicklung des Seeverkehrs so günstig wie keine andere europäische Großmacht. Aber es fehlt den Engländern ein entsprechendes Hinterland, das sie sich erst in ihrem Kolonialbesitz geschaffen haben. Dagegen besitzen die deutschen Häfen ein natürliches Hinterland von großem Reichtum, das sich bis über die Grenzen Deutschlands hinaus, bis in Österreich und die Schweiz hinein erstreckt.

Bei Abwägung der deutschen Seeinteressen ist nicht zu übersehen, daß der bevölkerte und industriell vorgeschrittene Westen des Reiches unter dem Zwang der Verkehrswege seinen überseeischen Güteraustausch durch Vermittlung holländischer und belgischer Häfen vollzieht. Wie Professor Dr. Eckert in seiner Schrift über „Die Seeinteressen Rheinlands und Westfalens" (1906) berechnet hat, erfolgt ein Drittel der ganzen Seeeinfuhr des Deutschen Reiches und weit über ein Fünftel seiner gesamten Seeausfuhr über holländische und belgische Häfen. Der Ge-

samtwert der überseeischen Handelsinteressen für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk wird auf weit über eine Milliarde Mark veranschlagt.

Noch ist die Überlegenheit der englischen Schiffahrt geradezu erdrückend. Zwar besitzen die Deutschen erstklassige Eil- und Personendampfer, aber in bezug auf Zahl und Tonnengehalt steht die deutsche Handelsflotte, wenn auch an zweiter Stelle, so doch weit hinter der englischen zurück. Anfang 1907 zählte die Geschäftsstelle „Veritas" 14 656 Dampfer mit 18,9 Millionen Registertonnen. Davon fielen auf England 6249 mit 9,8 Millionen, auf Deutschland 1351 mit 2,1, auf die Nordamerikanische Union 885 mit 1,2 und auf Frankreich 586 mit 0,7 Millionen Tonnen. Auch an den Segelschiffen mit insgesamt 26 579 von 7,5 Millionen Registertonnen war England mit 6338 und 1,8 Millionen Tonnen am stärksten beteiligt. Daran schlossen sich die Nordamerikanische Union mit 3695 Schiffen und 1,5 Millionen Tonnen, Frankreich mit 1356 und Deutschland mit 991 und je 0,5 Millionen Tonnen Gehalt. In der Zeit von 1882 bis 1905 stieg im Suezkanal nach dem Tonnengehalt der englische Schiffsverkehr um 103, der deutsche aber um 1561 Prozent!

Die deutsche Handelsschiffahrt macht erfreuliche Fortschritte. Aber nicht ohne Grund konnte der englische Handelsminister Lloyd-George Ende 1906 behaupten, daß England von der deutschen Schiffahrt nichts zu befürchten habe. England habe in sechs Jahren seine Handelsflotte um mehr Schiffe vergrößert, als der ganze Wettbewerb Deutschlands ausmache. Dadurch werden sich die Deutschen nicht entmutigt, sondern zu immer größerer Seebetätigung angespornt fühlen!



Deutschlands Kohlenkraft.

Von dem Riesen Antäus erzählt die Sage, daß er durch die Berührung mit der Mutter Erde seine Kraft verdoppelte und unüberwindlich wurde. Antäus ist die Menschheit. Aus der Erde zieht sie ihre Nahrung und verdoppelt sie ihre Kraft durch die Gewinnung der Kohle. Um 1700 zählte Europa etwa 100, um 1800 etwa 180 und im Jahre 1900 etwa 380 Millionen Bewohner. Dabei waren von 1800 bis 1900 mindestens 20 Millionen Europäer ausgewandert. Sonach hat sich die Bevölkerung unseres Erdteils im Laufe des vorigen Jahrhunderts mehr als verdoppelt.

Die Hauptursache dieser außergewöhnlichen Zunahme ist in der industrialistischen Entwicklung der Neuzeit zu suchen. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse drängten zunächst zu rascheren und billigeren Beförderungsgelegenheiten und, als sie nach Erfindung der Dampfkraft in die Wege geleitet waren, zur Anwendung der neuen Kraft auch auf die Arbeitsmaschinen. Der Güteraustausch zwischen den Völkern der Erde nahm erstaunlich zu mit Hilfe der Dampfschiffe und Eisenbahnen, die immer rascher und billiger selbst auf weiteste Entfernungen hin verfrachteten. Im Laufe dieser Entwicklung erfolgte eine gegenseitige Befruchtung. Der industrielle Aufschwung nötigte zur

stärkeren Ausbeutung der Kohlenlager. Immer mehr Eisenbahnen wurden gebaut. Sie förderten die Eisenindustrie, erleichterten die Beschaffung des Kohlenbedarfs nach allen Richtungen hin und wurden zuletzt selbst die stärksten Kohlenverbraucher. Mit dem Übergang der Haushaltungen von der Holz- und Torf- zur Kohlenfeuerung entstand erneute Massennachfrage nach den schwarzen Diamanten. Wärme unmittelbar und Licht mittelbar spenden sie am reichlichsten und billigsten. Ohne Kohle könnten die meisten Maschinen nicht betrieben, Stoffe in so großem Maße nicht erzeugt, Eisenbahnen nur wenig und teuer gebaut, Tunnels nicht durchbohrt, Stahlkanonen nicht gegossen werden.

So schöpfen aus den unterirdischen Schätzen ihres Bodens die arbeitsfreudigen Bewohner der nördlichen Länder, namentlich der gemäßigten Zone, gesteigerte Erzeugungskraft und tausend Annehmlichkeiten und Erleichterungen des Lebens.

Wo reiche Kohlenlager vorhanden sind, wie in England, Deutschland, Belgien und der Nordamerikanischen Union, gruppiert sich am dichtesten eine vielgestaltige Industrie oder wird sich noch, wie in China, entwickeln. Für die Eisengroßindustrie sind Kohlenlager geradezu die Grundlage des Bestehens. Eine Erschöpfung der Eisenerzlagerstätten kann durch Heranziehung fremder Eisenerze ausgeglichen werden. Wo aber die Kohlenlagerstätten geleert sind, wird auch die Eisenindustrie wenigstens mit ihren bisherigen Betriebsmethoden in Verfall geraten. Auf den Kohlenlagern beruht zu einem beträchtlichen Teil die wirtschaftliche und selbst die politische Kraft der drei großen, industriell führenden Mächte, Großbritanniens, Deutschlands und der Nordamerikanischen Union.

Grundlegend für den Kohlenreichtum, aber vorerst nicht maßgebend für dessen Ausbeutung ist der Flächenraum der Kohlenlagerstätten. Nach einer amerikanischen Statistik finden sich auf der Erde Kohlenfelder unter einem Flächenraum von rund 1 500 000 Quadratkilometern. Davon entfallen 520 000 auf China, 500 000 auf die Nordamerikanische Union, 169 000 auf Kanada, 91 000 auf Britisch-Indien, 62 000 auf Neusüdwales, 52 000 auf Rußland, 31 000 auf England, 14 000 auf Spanien, 13 000 auf Japan, 5400 auf Frankreich, je 4600 auf Österreich, Ungarn und Deutschland sowie 1300 auf Belgien. Die Ausbeutung hängt ab von der Tiefe, Güte und Lage der Kohlenfelder.

* * *

Nach englischen Ermittelungen wurden im Jahre 1905 insgesamt etwa 840 Millionen Tonnen Steinkohlen im Werte von annähernd 6 Milliarden Mark zutage gefördert.

Steinkohlenerzeugung auf der Erde 1905

	in Mill. t	Anteil	Auf den Kopf
Nordamerikanische Union	350,8	41 Proz.	$4^1/_4$ t
Großbritannien	236,1	28 "	$5^1/_2$ "
Deutschland	119,3	14 "	2 "
Frankreich	34,8	4 "	1 "
Belgien	21,5	2,7 "	3 "
Rußland	19,—	2,3 "	
Japan	10,—	1,2 "	
Britisch-Indien	8,4		
Kanada	7,8		
Australien	9,8	3,5 "	
Britisch-Südafrika	3,6		
Andere Länder	19,1		
	840		

An der Gesamterzeugung waren die drei großen Kohlenstaaten mit 83 Prozent beteiligt.

Noch vor wenigen Jahrzehnten wurden in England ebensoviel Steinkohlen gefördert wie in allen übrigen Ländern zusammengenommen. Im Laufe der letzten zwanzig Jahre hat sich die Erzeugung der Nordamerikanischen Union verdreifacht und seit dem Jahre 1899 die englische Erzeugung, die sich im Jahre 1906 auf 251 Millionen Tonnen belief, mit 396 Millionen Tonnen überholt. In der Zeit von 1883 bis 1903 vermehrte sich der Kohlenverbrauch in England um 24, in Deutschland um 102 und in der Nordamerikanischen Union um 129 Prozent. Selbst die Kohlenausfuhr Englands, wennschon sie die erste Stelle behauptete, nahm nicht so rasch zu wie die Ausfuhr der beiden konkurrierenden Staaten.

Raschere Fortschritte als die englische hat auch die deutsche Steinkohlenerzeugung gemacht und sich in den letzten zwanzig Jahren mehr als verdoppelt. In der englischen Statistik kommt Deutschlands Bedeutung als Kohlenland nicht zum vollen Ausdruck, da die Braunkohlenförderung nicht berücksichtigt wird. Hierin steht aber Deutschland weitaus an erster Stelle. Deutschlands gesamte Kohlenerzeugung belief sich im Jahre 1906 auf 226 Millionen Tonnen, darunter 136 Millionen Tonnen Steinkohlen, 56 Millionen Tonnen Braunkohlen, 20 Millionen Tonnen Koks und 14 Millionen Tonnen Briketts.

Nach Abzug der Ausfuhr und mit Einschluß der Einfuhr berechnen die englischen Ermittlungen den heimischen Steinkohlenverbrauch der wichtigsten Staaten für das Jahr 1904 wie folgt:

Großbritannien	167	Mill. t	und 3,89	t vom Kopf
Nordamerikanische Union	308	„	„ 3,76	„
Belgien	21	„	„ 2,98	„
Deutschland	107	„	„ 1,80	„
Frankreich	46	„	„ 1,16	„
Österreich-Ungarn . . .	18	„	„ 0,39	„
Italien	6	„	„ 0,18	„
Rußland	23	„	„ 0,16	„
Japan	7	„	„ 0,14	„

Wenn der Braunkohlenverbrauch mit berücksichtigt wird, stellen sich die für Deutschland angegebenen Zahlen nahezu um die Hälfte höher. Erheblicher als anderwärts ist in der Nordamerikanischen Union der Verbrauch an Holz, Torf, Öl und Spiritus für die Feuerung. Dasselbe gilt von Rußland.

Ende der achtziger Jahre versuchte man in England, die Verteilung der einheimischen Kohlenerzeugung zu ermitteln. Danach entfielen dort auf die Industrie 41 Proz. (17 allein auf die Metallindustrie), 7 auf den Bergbau, 8 auf die Dampfschiffahrt, 6 auf Gaswerke, 4 auf die Eisenbahnen, 17 auf den Gasverbrauch und 15 auf die Ausfuhr.

Ein anderes Bild des Verbrauchs ergaben die Ermittlungen der staatlichen Saarkohlengruben für 1906, wo 11,1 Millionen Tonnen Steinkohlen (Gesamtgewinnung in Deutschland 1906: 136 Millionen Tonnen) gefördert wurden. An dem Absatz der staatlichen Saargruben waren im Jahre 1906 beteiligt die Industrie mit insgesamt 43 Proz., wovon allein auf die Metallindustrie 28,3 Proz. entfielen, ferner Hausbedarf und Handel mit 24,3 Proz., die Gasanstalten mit 10,8, die Eisenbahnen mit 8,9 Proz., und endlich verbrauchten die Saargruben selbst für ihren Betrieb 13,3 Proz. Kleinere Mengen

kamen auf den übrigen Bergwerksbetrieb und nur 0,07 Proz. auf die Binnenschiffahrt. Die Ausfuhr war dabei nicht in Betracht gezogen.

* * *

Mit der Förderung der Kohle sind auf der Erde annähernd dritthalb Millionen Arbeiter beschäftigt, davon in der Nordamerikanischen Union (1905) rund 626 000, in England 810 000, in Deutschland (1904) 491 000 und außerdem in Braunkohlenbetrieben 53 000, in Preußen (1906) allein 553 000, in Frankreich 165 000, in Belgien 140 000, in Österreich 122 000 Arbeiter. In der Nordamerikanischen Union ist die Kohle am leichtesten abzubauen. Dort wird mehr als ein Viertel der Arbeit durch Kohlenförder- und Schrämmaschinen geleistet, so daß auf den Kopf jährlich 520 Tonnen entfallen. In Großbritannien beträgt die höchste Durchschnittsleistung jährlich 278 Tonnen, in Deutschland 242, in Frankreich 198, in Belgien 166, in Österreich 172 (bei Braunkohlen 400).

* * *

Ehedem galt der Bergbau für kaum weniger gefährlich als der Krieg selbst. Inzwischen hat die Unfallverhütung große Fortschritte gemacht. Aber die Opfer, die der Bergbau fordert, sind doch noch sehr beträchtlich. Nach dem Bericht der deutschen Knappschafts-Berufsgenossenschaft sind im deutschen Bergbau seit 1885 nahezu 21 000 Arbeiter tödlich verunglückt, im Jahre 1905 allein 1235. Die Zahl der angemeldeten Unfälle in dem genannten Zeitraum hat sich, bei 647 000 Versicherten, auf etwa 82 000 belaufen. Verursacht waren die Unfälle überwiegend durch die Schuld der Verletzten. Zum Schutze des Lebens und

der Gesundheit aller beim Bergbau beschäftigten Leute sind noch wirksamere Maßnahmen erforderlich.

Besorgniserregend sind die Arbeiterausstände im Kohlenbergbau. In der Regel ziehen sie gewaltige Arbeiterscharen samt ihren Angehörigen und mittelbar große Bezirke in Mitleidenschaft. Mit Hilfe der modernen Verkehrsverhältnisse greifen sie immer leichter von dem einen Kohlenland auf das andere über. Bei längerer Dauer können sie sogar, wenn alle Vorräte erschöpft sind, das ganze wirtschaftliche Leben zum Stillstand bringen, da die Kohle ein geradezu unentbehrlicher Rohstoff geworden ist. Noch in frischer Erinnerung steht der große Ausstand im Ruhrbezirk von Anfang 1905. Am 3. Februar erreichte er mit 197 000 feiernden Arbeitern seinen Höhepunkt. Die Arbeiter setzten einige ihrer Forderungen durch, erlitten aber empfindliche Lohnausfälle.

Mit den Kohlenpreisen erhöhten sich auch die Wochenlöhne: in England von 27,25 Mark im Jahre 1898 auf nahezu 34 Mark im Jahre 1900, in Deutschland von 22,5 Mark im Jahre 1895 auf 25,68 Mark bei den staatlichen Saargruben und auf 28,86 Mark im Ruhrbezirk zu Anfang 1905, in Preußen das jährliche Durchschnittseinkommen von 848 Mark in 1895 auf 1201 Mark in 1906. Allein im Jahre 1906 stiegen die Löhne der Belegschaft des Dortmunder Bezirks um 18 Proz. Seit dem Entstehen des Kohlensyndikats 1893 gingen die Löhne bis 1906 um 26 Proz., die Verkaufspreise um 25,3 Proz. in die Höhe.

Unter den Rückwirkungen des beispiellosen Grubenunglücks von Courrieres mit seinen 1200 Opfern traten Mitte März 1906 rund 80 000 französische Kohlenarbeiter in den Ausstand und erzielten auch Lohnvermehrungen.

Der größte Kohlenarbeiterausstand brach 1902 in der Nordamerikanischen Union aus. Er umfaßte 537 000 Arbeiter und dauerte 26 Wochen.

* * *

Je nach der Konjunktur unterliegen die Kohlenpreise erheblichen Schwankungen. Im Jahre 1899 belief sich der durchschnittliche Wert an der Grube nach Th. Hassel „Der internationale Steinkohlenhandel" (Essen 1905) in England auf 7,58 Mark, in Deutschland auf 7,77, in Frankreich auf 9,98, in Belgien auf 9,94 und in der Union auf 4,71 Mark.

Nach den Ermittlungen des englischen Handelsamts stellte sich der durchschnittliche Preis einer Tonne Kohlen an der Grube für das Jahr 1905 in Deutschland auf 8,80 Mark, in England auf 7 Mark, in der Nordamerikanischen Union auf 5,66 Mark. Die Preise waren demnach in Deutschland stärker gestiegen als in England und der Nordamerikanischen Union.

Die amtliche Statistik ergab für Deutschland im Jahrzehnt von 1886 bis 1906 folgende Steigerung der Preise:

	Für die Tonne in Mark:		
	Jahresdurchschnitt		Steigerung
	1886	1906	
Niederschlesische Gas- und Stückkohle	12,6	15,88	26,0 %
Oberschlesische Gas- und Stückkohle .	8,9	11,08	24,5 „
Ausfuhrkohle Dortmund	9,0	11,75	30,5 „
Puddelkohle „	7,9	10,00	26,6 „
Flammkohle Saarbrücken	9,4	12,16	21,4 „
Fettkohle „	8,4	11,52	37,1 „
		Durchschnittlich	29,0 %

Die Kohlenpreise sind zwar im allgemeinen von der Geschäftslage abhängig, werden aber im einzelnen von

großen Unternehmergruppen festgestellt, an der Ruhr von dem Kohlenkartell. Die Preispolitik der deutschen Kohlenvereinigungen darf nicht einseitig und willkürlich sein, sie muß auch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber dem Auslande wie die wirtschaftliche Lage der Verbraucher überhaupt berücksichtigen. Ernste Anfechtung findet die Tatsache, daß nach dem Auslande, insbesondere nach Frankreich, Belgien und Skandinavien, deutsche Kohlen und Koks billiger abgegeben werden als in Deutschland selbst.

Angesichts der hohen Unternehmer- und Kartellgewinne im Kohlenbergbau sowie der willkürlichen Stilllegung von Betrieben aus Gründen der Kartellpolitik wird man in Preußen eine für die Allgemeinheit vorteilhaftere Gestaltung des Berggesetzes, insbesondere bei Neuverleihung von Bergwerksrechten eine Bevorzugung des Staates durchführen. Mehrfach hat man auch eine Verstaatlichung des gesamten Kohlenbergbaues verlangt.

Der preußische Staat ist bereits Eigentümer umfangreicher Kohlenfelder an der Saar und in Oberschlesien. Am Unterrhein hat er Mutungen für 40 Millionen Mark erworben. So sucht er seinen Besitz immer weiter auszudehnen. Die Erwerbung von Hiberniaaktien führte vorerst noch nicht zum Ziele. Vor einer Verstaatlichung des gesamten Kohlenbergbaues schreckt man in Preußen zurück. Als Inhaber der Eisenbahnen und anderer Betriebe ist der preußische Staat der größte Kohlenverbraucher. Im Jahre 1906 haben seine Eisenbahnen 8,2 Millionen Tonnen bezogen, und annähernd dieselbe Menge liegt als eiserner Bestand auf den großen Bahnhöfen aufgestapelt.

Eine Erschöpfung der Kohlenlager ist in absehbarer Zeit nicht zu besorgen. Von einer Verdrängung der Kohlen

durch Elektrizität kann nicht im Ernst die Rede sein, weil elektrische Kraft nur aus fallendem Wasser, also nur in Gebirgsländern zu gewinnen ist. Solange die Kohle das einzige zuverlässige Mittel für die Erzeugung von Kraft bleibt, wird sie an Wert und Bedeutung immer mehr zunehmen. Aufgabe der Technik muß es sein, eine bessere Ausnützung der Kohle zu ermöglichen, da bei der bisherigen Feuerung etwa 92 bis 94 Proz. des Brennstoffes wirkungslos verfliegen.

Sollte in später Zukunft einmal ernsthafte Kohlennot entstehen, dann wird die Frage der Kraftbeschaffung allerdings dringend hervortreten. Vorläufig läßt sie sich noch nicht beantworten. Bei allgemeinem Kohlenmangel wird indes die erforderliche Kraft sicher anderweitig erzeugt werden, eben weil sie unentbehrlich ist. Auf welchem Wege sich dies bewerkstelligen läßt, ob mit Hilfe der Ebbe und Flut, der Meereswellen, des Windes, ob durch die Sonnenstrahlen mittels zweckmäßiger Motoren, diese und ähnliche Fragen können vorderhand nur gestreift werden. Die Not wird auch hier die Mutter der Erfindung sein.





Englisch-deutsche Kohlen- und Schiffahrtskonkurrenz.

Im internationalen Güteraustausch ist die Kohle zu einer in jeder Hinsicht gewichtigen Handelsware geworden. Nach dem Rückgange der Frachtsätze auf den Eisenbahnen wie besonders im Seeverkehr kann Kohle auf weite Entfernungen hin versandt werden. Noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts glaubte man nicht an eine Ausdehnung des Kohlenhandels, wie er sie seither erlangt hat. Bei der Eröffnung des Suezkanals galt der Kohlenversand durch diese neue Straße für ausgeschlossen. Im Jahre 1906 gingen 200 000 Tonnen englischer Kohlen durch den Suezkanal nach Ostindien, ein verschwindender Bruchteil der englischen Kohlenausfuhr, der aber die sozusagen unbegrenzte Beförderungsfähigkeit der Kohle auf dem billigen Seewege deutlich genug markiert.

Von Jahr zu Jahr ist in den kohlenstarken Staaten mit dem heimischen Verbrauch auch die Ausfuhr, in den kohlenschwachen Staaten dagegen infolge der heimischen Verbrauchssteigerung die Einfuhr größer geworden, Rußland ausgenommen, wo seit 1900 infolge gesteigerter eigener Erzeugung ein kleiner Rückgang der Einfuhr erfolgt ist.

Jahr		Kohlen- Ausfuhr in Mill.	Kohlen- Einfuhr Tonnen:
1906	Großbritannien	58	0,003
„	Deutschland	19,5	9,2
„	Belgien	6,3	5,8
„	Nordamerikanische Union	9,6	1,6
1904	Japan	2,9	0,6
„	Australien	1,6	0,0
1906	Frankreich	1,5	17,0
1905	Österreich-Ungarn	9,2	6,9
1906	Italien	0,03	7,7
1904	Rußland	0,01	3,7
„	Kanada	1,5	6,2
„	Schweden	0,0	3,3
1906	Spanien	0,004	2,4
„	Holland	2,0	8,0

Englands Kohlenausfuhr erreichte im Jahre 1906 die erstaunliche Höhe von nahezu 58 Millionen Tonnen im Werte von 630 Millionen Mark und richtete sich, abgesehen von Australien, nach allen Erdteilen. Von Jahr zu Jahr hat sie zugenommen, trotz vermehrter heimischer Erzeugung in Deutschland und Rußland, und Rückgänge nur erlitten in Amerika durch die wachsende Konkurrenz der Union und im fernen Osten durch die Vermehrung der indischen und australischen Ausbeute.

Hauptabnehmer der englischen Kohle sind die europäischen Staaten. Fast dreiviertel der englischen Kohlenausfuhr wird nach dem festländischen Europa und dem Mittelmeer verschifft, weitaus die größere Hälfte auf dem nördlichen Seeweg, die kleinere Hälfte nach den Mittelmeerhäfen. In nächster Nähe verbleiben der größere Teil der französischen Einfuhr mit insgesamt 9,4 Millionen Tonnen, die holländische Einfuhr mit 2,3, die belgische

mit 1,4, die deutsche mit 7,6, die dänische mit 2,5, die schwedische mit 3,6, die norwegische mit 1,5 und ein Teil der russischen Einfuhr mit 2,9 Millionen Tonnen. Auf der Nord- und Ostsee bringt England jährlich 30 Millionen Tonnen Kohlen zur Versendung.

Fast ausschließlich herrscht englische Kohle im ganzen Mittelmeergebiet. Ein reichliches Drittel der englischen Kohlenausfuhr mit mehr als 20 Millionen Tonnen richtet sich dorthin, etwa 3 Millionen Tonnen nach Südfrankreich, 1 Million Tonnen nach Portugal und den Azoren, 2,7 Millionen Tonnen nach Spanien und den Kanarischen Inseln, 7,6 Millionen Tonnen nach Italien, 0,7 Millionen nach Algerien, je 0,4 Millionen nach Gibraltar und Malta, je 0,5 Millionen Tonnen nach Griechenland und der Türkei, 2,6 Millionen Tonnen nach Ägypten, endlich größere Mengen nach den rumänischen und russischen Häfen des Schwarzen Meeres.

Immerhin ist Englands Übergewicht bei der Versorgung der europäischen Länder mit Kohle nicht so groß und bedenklich wie das der Union in bezug auf Baumwolle. Ein so unbedingtes Abhängigkeitsverhältnis wie von nordamerikanischer Baumwolle besteht hinsichtlich der Kohle für die europäischen Länder schon deshalb nicht, weil sie äußersten Falles ihren Bedarf in Deutschland und Nordamerika decken könnten.

Noch weit über Europa hinaus wird englische Kohle verfrachtet nach Britisch-Südafrika mit 0,1 Million Tonnen, nach Brasilien mit 0,8, nach Argentinien mit 1,6, nach Uruguay mit 0,4 und nach Chile 0,3 Millionen Tonnen. In Chile konkurriert bereits australische Kohle.

An ihren Flottenstützpunkten, etwa 40 an der Zahl, die in allen Erdteilen zu finden sind, haben die Engländer

große Kohlenlager eingerichtet, vielfach die Regierung selbst, aber auch freie Unternehmer. Solche Kohlenlager bestehen in Gibraltar, Malta, Perim, Aden, Sansibar, Bombay, Colombo, Kalkutta, Seyschellen, Borneo, Singapore, Hongkong, Weihaiwei und an verschiedenen australischen Punkten, ferner in Cap Coast Castle, Kapstadt, Freetown, Simonstown, Lagos, St. Helena, endlich an den britisch-amerikanischen Küsten in Halifax, Barbados, Esquimault usw. Die dort aufgestapelten Vorräte zählen nach Millionen Tonnen. Peez hat einmal diese Kohlenlager die Signalstangen der englischen Oberseeherrschaft genannt.

* * *

Die Kohlenausfuhr ist überwiegend ein Frachtgeschäft. Ausschlaggebend sind nicht die Kohlenpreise, sondern die Beförderungskosten, die sich mit der Entfernung des Bestimmungshafens sehr beträchtlich erhöhen.

Anfang 1907 stellten sich die Preise für Bunkerkohle in Cardiff auf 14,60 bis 15 Mark, in Bordeaux auf 25 Mark, in Lissabon auf 25 Mark, in Gibraltar auf 24 Mark, in Marseille auf 25, in Fiume auf 26 Mark, in Konstantinopel auf 25, in Smyrna auf 27½, in Port Said auf 26, in Suez auf 36, in Aden auf 31½, in Colombo auf 33½, in Singapore auf 35, ferner in Madeira auf 30½, in St. Vincent auf 30½, in Buenos Aires auf 36, in Montevideo auf 38, in Rio de Janeiro auf 40½, in Bahia und Pernambuco auf 45½ Mark.

Berechnet man die Frachtkosten der englischen Kohlenausfuhr nach den verschiedenen Ländern durchschnittlich nur auf 5 Mark für die Tonne, so ergibt sich bei einer Gesamtausfuhr von 58 Millionen Tonnen im Jahre 1906

für die englische Schiffahrt eine jährliche Einnahme an Fracht in Höhe von nahezu 300 Millionen Mark.

Englands vorherrschende Stellung auf dem Kohlenweltmarkt beruht nicht in erster Reihe auf seinen ausgedehnten Gruben vorzüglicher Kohle, sondern auf der günstigen Lage dieser Gruben in nächster Nähe des Meeres. Mit Hilfe des billigen Seeweges konnte es seine Kohlenausfuhr nach allen Richtungen hin, selbst nach entfernten Ländern, entwickeln.

Mit der Kohlenausfuhr steht das Gedeihen der englischen Schiffahrt in innigster Verbindung, ja die Kohlenausfuhr ist einer der wichtigsten Grundpfeiler des englischen Handels- und Schiffsverkehrs geworden.

Bei kurzer Fahrt, d. h. im Verkehr mit Nordfrankreich, Belgien, Holland, Deutschland und den andern Nord- und Ostseeländern, werden in der Regel reine Kohlendampfer verwendet, die in Ballast zurückkehren. Indessen erhält schon Hamburg einen sehr erheblichen Teil seiner Kohleneinfuhr aus England durch englische Stückgutdampfer, die regelmäßig verkehren. Meist handelt es sich da um Kohle in Konsignation, die zur Entlastung des englischen Marktes nach den großen Häfen des europäischen Festlandes versandt wird. Mit dieser Kohle ist gewöhnlich der untere Raum des Schiffes angefüllt, während der obere Raum für Stückgüter benutzt wird. Nicht nur äußerlich ist die Kohle die Grundlage des Frachtgeschäftes, sondern auch für die Bemessung der Seefrachtsätze nach vielen Richtungen hin und sie wirkt hier verbilligend, also vorteilhaft.

Bei Verkehrsbeziehungen längerer Fahrt muß stets auf Rückfracht gerechnet werden, und sie ist am massenhaftesten da vorhanden, wo England Rohstoffe oder Lebensmittel

bezieht, deren Beförderung nach England dadurch verbilligt wird.

England verfrachtet durchschnittlich in weit größeren Schiffen als Deutschland wesentlich infolge seiner Kohlenausfuhr. Je größer das Schiff, desto sicherer und billiger die Fahrt — dieser Erfahrungssatz wird von den Deutschen mehr mit Bezug auf den Personenverkehr genützt.

* * *

Als Anfang 1901 in England die Erhebung eines Kohlenausfuhrzolles vorgeschlagen wurde, erhob in der Londoner „Society of Arts" der Marineoffizier Bellairs Bedenken dagegen und wies darauf hin, daß Kohlen dem Gewichte nach über 70 Prozent der englischen Ausfuhr und die Ausladung von etwa 50 Prozent aller englischen Frachtschiffe ausmachen. Nach anderen Angaben entfielen von den 43 Millionen Registertonnen, die im Jahre 1899 in England zur Verschiffung kamen, nicht weniger als 28⅔ Millionen Tonnen auf Kohlen und nur 14⅓ Millionen Tonnen auf sonstige Güter. Von einer Beschränkung der Kohlenausfuhr befürchtet man eine Schädigung des englischen Seehandels, der englischen Eisenindustrie, die höhere Frachten für Eisenerze zahlen müßte, ja des englischen Schiffbaues.

Englands Einfuhr besteht überwiegend aus Massenerzeugnissen, aus Rohstoffen und Lebensmitteln, seine Ausfuhr dagegen mehr aus Fabrikaten, die nicht so schwer ins Gewicht fallen. Hier tritt die Kohle als Ballast in erwünschter Ergänzung zur Vervollständigung der Ausfuhrladungen ein, stellt gewissermaßen, wie Peez vor Jahren einmal zutreffend angedeutet hat, die Gewichts-

bilanz im englischen Seehandel her, sichert der englischen Schiffahrt eine nicht zu unterschätzende Überlegenheit und wirkt für den Handel sozusagen als Ausfuhrprämie.

In der Ausfuhr von Kohle erblickt der englische Handel eine Vorbedingung seines Gedeihens, eine wertvolle Stütze seines Verkehrs, insbesondere die Ermöglichung häufigerer und billigerer Verschiffungsgelegenheiten für die Ausfuhr und noch mehr für die Einfuhr. Wo die Kohlenausfuhr abnimmt, glaubt man alsbald eine Erschwerung und Verteuerung des Schiffsverkehrs wahrzunehmen.

Nicht ohne Grund hat man die Kohle den Pionier des englischen Handels genannt. Denn sie tritt sozusagen überall auf, sie zeigt, daß die englische Industrie über den besten, billigsten Brennstoff verfügt, sie verleitet das Ausland zu dem Schluß, daß auch die englischen Waren die besten und billigsten sein müssen.

Auf seinem großen Kohlenverkehr beruht im wesentlichen das Übergewicht von Englands Schiffahrt und Handel vor allem in den Ländern des Mittelmeers, wo Steinkohlenlager entweder nicht vorhanden sind oder aber, wie in der Türkei, noch wenig ausgebeutet werden, oder endlich, wie in Südrußland, dem heimischen Bedarf nicht genügen.

Auf der breiten Grundlage des Kohlengeschäfts hat sich der umfangreiche Güteraustausch zwischen England und den Mittelmeerländern unter besonders günstigen Bedingungen entwickeln können. Österreich-Ungarn wurde aus seiner früher vorherrschenden Stellung in der Levante ganz zurückgedrängt. Frankreich und Italien konkurrieren nur in engen Grenzen, und selbst Deutschland vermag sich

trotz aller Anstrengungen nicht recht zur Geltung zu bringen.

* * *

Wohl hat sich auch die deutsche Kohlenausfuhr entwickelt und ist im Jahre 1906 auf 19,6 Millionen Tonnen gestiegen. Aber sie benutzt nur in geringen Mengen den Seeweg (meist nur nach den skandinavischen Ländern) und versorgt in der Hauptsache die nächsten Nachbarstaaten im Binnenverkehr je nach der Lage der Abbaustätten. Nach Österreich-Ungarn gingen 6,9 Millionen Tonnen, nach Rußland 1 Million Tonnen aus Oberschlesien, nach Holland 4,5, nach Belgien 3,1 und nach Frankreich 1,9 Millionen Tonnen aus Westfalen, nach der Schweiz 1,4 Millionen Tonnen aus dem Saargebiet. Von der Saar erhielt auch Italien 218000 Tonnen über die Gotthardbahn, während es von dem fernen England gegen 8 Millionen Tonnen bezog.

Die Überlegenheit des Seeweges über die Eisenbahn hat sich nicht weniger handgreiflich im Verkehr mit Rumänien gezeigt. In den achtziger Jahren wurde es der oberschlesischen Kohle ermöglicht, durch günstige Tarifvereinbarungen mit der österreichischen Strecke Krakau—Lemberg—Czernowitz—Jassy auf den Märkten der Moldau die Konkurrenz mit der englischen Kohle aufzunehmen. Die Eisenbahnfracht Kattowitz—Jassy (915 Kilometer) stellte sich auf 20½ Mark. Die Seefracht Cardiff—Galatz (7000 Kilometer) auf 10 bis 12 Mark. Allein die englische Kohle konnte schließlich auch in Jassy konkurrieren und ein erheblicher Absatz für deutsche Kohle in der Moldau nicht geschaffen werden.

Die deutschen Abbaustätten liegen weit vom Meere

entfernt. Bevor sie den Seeweg erreicht, wird die deutsche Kohle mit zu hoher Vorfracht belastet, obwohl die Eisenbahnen bereits Zugeständnisse gemacht haben.

Deutschlands Kohleneinfuhr stieg von 6,3 Millionen Tonnen in 1901 auf 9,2 Millionen Tonnen in 1906 und stammte, abgesehen von 0,8 Millionen Tonnen aus Österreich (Mähren) und von 0,5 Millionen Tonnen aus Belgien, ausschließlich aus England.

Leider ist es bisher noch nicht gelungen, die englische Kohle aus dem Nord- und Ostseegebiet zu verdrängen. Bezieht doch selbst Berlin noch ein Sechstel seines Bedarfs (meistens Gaskohle) aus England.

Ein billiger Ausnahmetarif (Ruhrbezirk—Hamburg, 350 Kilometer, durchschnittlich für 5,50 Mark die Tonne, also $1^4/_7$ Pfennig für den Tonnenkilometer) ermöglicht der deutschen Kohle die Konkurrenz in Hamburg, aber noch nicht ausreichend genug.

Da ist es eine Aufgabe der deutschen Kohlenvereinigungen in Verbindung mit den deutschen Eisenbahnen und Binnenschiffahrtsunternehmungen, der deutschen Kohle ihr natürliches Absatzgebiet zu sichern. Diese Aufgabe hat das westfälische Kohlensyndikat durch Errichtung besonderer Geschäftsstellen in Berlin und Hamburg übernommen. Es handelt sich hier nicht nur um die Zurückdrängung eines fremden, vielfach vielleicht erwünschten Rohstoffes, sondern auch um die Bekämpfung eines in seinen Ursachen noch nicht gewürdigten Übergewichts, das Englands Schiffahrt und Handel auf Grund der Kohlenausfuhr erlangt haben und zu nützen wissen.

Deutschland verfügt über reichhaltigere Kohlenlager als die Staaten des europäischen Festlandes

zusammengenommen. Sicher kann sich die deutsche Kohlenausfuhr noch weit ausdehnen und zunächst im nördlichen Europa das Übergewicht erlangen. Eine weitere Folge dieser Entwicklung wäre auf Kosten der englischen das Aufsteigen der deutschen Schiffahrt und Seegeltung.

Seit 1902 sind durch die deutsche Kohlendepotgesellschaft Kohlenlager in Port Said, Algier, Genua, Neapel, Madeira, Montevideo und Buenos Aires begründet worden, um die deutsche Schiffahrt von den englischen Kohlenlagern im Auslande unabhängig zu machen. Jährlich werden durch die deutsche Kohlendepotgesellschaft etwa 500 000 Tonnen deutscher Kohle abgesetzt.

* * *

Ein Rückgang der englischen Kohlenausfuhr steht vorläufig nicht in Aussicht. Nach dem Bericht der königlichen Untersuchungskommission von 1901 belaufen sich die Vorräte der englischen Kohlenlager bis zu über 1000 Metern Tiefe auf 100 Milliarden Tonnen, genügen also noch für 400 Jahre. Die Kommission hielt eine künstliche Einschränkung der Ausfuhr nicht für notwendig, dagegen aus physikalischen Gründen, hauptsächlich wohl wegen des Anwachsens der Förderungskosten mit der weiteren Vertiefung des Abbaues, ein Andauern der bisherigen Steigerung der Kohlenausbeute für unwahrscheinlich. Voraussichtlich werde die Steigerung langsamer werden, später stillstehen und dann allmählich abnehmen.

Mr. Price-Williams, ein Mitglied der Kommission, hat abweichende Ansichten veröffentlicht und eine Erschöp-

fung der englischen Steinkohlenlager schon innerhalb 200 Jahren angenommen, falls nicht wesentliche Ersparnisse im Kohlenverbrauch gemacht werden sollten.

In den kommenden Jahrzehnten wäre somit, wenn nicht eine Erschöpfung, so doch eine Abnahme der englischen Kohlenausfuhr zu erwarten. Wie Hassel in seinem Buche über „den internationalen Steinkohlenhandel" (Essen 1905) meint, wird England im Laufe des Jahrhunderts mit seinem Bedarf an billigen Kohlen mehr und mehr von der Union abhängig werden und deren Konkurrenz zunächst in den Mittelmeerländern und in Südamerika verspüren. Nach Eröffnung des Panamakanals wird nordamerikanische Kohle bis Asien dringen.

* * *

Während der Kohlenteuerung der Jahre 1900/01 wurden von der Union aus Versuche gemacht, nordamerikanische Kohle auf die europäischen Märkte zu bringen. Im Jahre 1901 kamen 635 000 Tonnen aus der Union nach Europa und gingen meist nach den Mittelmeerländern und Rußland, 45 000 Tonnen auch nach Deutschland. Doch war diese Einfuhr nordamerikanischer Kohle im Kalenderjahr 1906 auf 100 000 Tonnen zurückgegangen, wovon Italien 68 000 Tonnen bezog. Immerhin hat auch Europa mit erneuten Ausfuhrversuchen der Union zu rechnen.





Deutschlands Kolonialbedürfnis.

Ein nationales Gebiet sollen die deutschen Kolonien eröffnen für deutsche Unternehmer und Kapitalisten, damit Deutschlands großer Bedarf an tropischen Erzeugnissen, an Rohstoffen und Genußmitteln, unter deutscher Flagge wenigstens in solchen Mengen gewonnen werden kann, daß die deutschen Abnehmer nicht mehr in unbedingter Abhängigkeit vom Auslande verbleiben müssen und nichts mehr zu besorgen haben von den Preistreibereien fremder Trusts, von etwaigen Ausfuhrzöllen der Erzeugungsstaaten oder von sonstigen Maßnahmen zur Erhöhung der Preise.

Wäre es nicht eine Vermehrung des deutschen Nationalreichtums, frug Bismarck, als er am 13. März 1885 im Reichstage gegen Manchestertum und Sozialdemokratie für die erste Dampfersubventionsvorlage kämpfen mußte, wenn ein Teil der Baumwolle und des Kaffees, den wir einführen, auf deutschem Grund und Boden übersee wüchse? „Wir zahlen", sagte er am 26. Januar 1889, „für tropische Erzeugnisse, die wir bei uns nicht produzieren können, gegenwärtig schon ungefähr 500 Millionen bar ans Ausland. Wenn wir von dieser Einfuhr von 500 Millionen, die wir bar bezahlen müssen, auch nur den zehnten Teil abrechnen, oder den hundertsten Teil mit 5 Millionen einstweilen für deutsche Eigentümer erwer-

ben könnten, welche in Sansibar und in den Küstenländern unter sicherem Schutze des Reichs ihren Tabak, ihre Baumwolle, ihren Kakao bauen könnten, so würde ich das doch für einen erheblichen wirtschaftlichen Gewinn halten und auch für einen volkswirtschaftlichen insofern, als eine Menge der überschüssigen Kräfte, die wir in unseren Gymnasien und höheren Schulen erziehen, dort als Leiter von solchen Einrichtungen eine Verwendung finden könnten, die wir im Lande doch nicht überall haben und vielleicht mit der Zeit immer weniger haben werden."

Seither hat sich Deutschlands Bedarf an tropischen Erzeugnissen erstaunlich vermehrt. In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts bezog Deutschland nahezu für eine Milliarde Mark tropischer Rohstoffe und Genußmittel, für 400 Millionen Mark Baumwolle, für 210 Millionen Mark Kaffee, Kakao und Tee, für 122 Millionen Mark Tabak, für über 100 Millionen Mark Kautschuk, für 60 Millionen Mark Palmkerne und Kopra, für 60 Millionen Mark tropische Spinnstoffe wie Jute, Hanf und Ramie, für 20 Millionen Mark Gewürze, ferner Elfenbein, tropische Hölzer usw.

Rechnet man dazu die deutsche Einfuhr an Schafwolle mit 330 und an Kupfer mit 160 Millionen Mark jährlich, so stellt sich der Gesamtbedarf Deutschlands an allen diesen Erzeugnissen auf rund 1½ Milliarden Mark.

Sind die deutschen Kolonien imstande, wenigstens einen Teil dieses Bedarfs zu beschaffen? Diese Frage ist durch die Tatsachen bereits bejaht worden. Im Jahre 1905 führten die deutschen Kolonien aus für 0,6 Millionen Mark Baumwolle aus Deutschostafrika und Togo, für 1 Million Mark Hanf aus Deutschostafrika, für 7 Millionen Mark Kautschuk und Guttapercha meist aus Neu-

guinea, für 7,3 Millionen Mark Ölfrüchte, für 1,3 Millionen Mark Kakao, für 0,4 Millionen Mark Kaffee.

Das sind erste Anfänge. Aber die Erzeugung der Kolonien wächst von Jahr zu Jahr.

Von großem Wert wäre für die hochentwickelte deutsche Kautschukindustrie die gesicherte Beschaffung ihres Bedarfes aus den Kolonien. Im Jahre 1906 belief sich die Kautschukerzeugung der Erde auf 68 Millionen Kilogramm. Deutschland bezog abzüglich der Ausfuhr 13,5 Millionen Kilogramm im Wert von 103 Millionen Mark. Haupterzeugungsland ist Brasilien. Man befürchtet von den Kapitalisten der nordamerikanischen Union die Gründung eines Kautschukringes, dessen Preisen sich die deutsche Kautschukindustrie fügen müßte. Belgien hat im Kongostaat einen großen Kautschuklieferanten, Frankreich und Portugal versorgen sich ebenfalls in ihren afrikanischen Kolonien, England betreibt die Anlage von Kautschukkulturen in Ceylon und in den Straits Settlements. Für Kautschukpflanzungen sind Kamerun, Deutschostafrika, Neuguinea und Togo wohl geeignet und könnten bei genügenden Arbeitskräften noch weit mehr als den ganzen Bedarf der deutschen Industrie erzeugen.

Im neuen Jahrhundert ist die Kaffeeernte der Erde auf über 1000 Millionen Kilogramm jährlich angewachsen. Brasilien liefert zwei Drittel, den Rest zum größeren Teil Mittelamerika, zum kleineren Teil Ostindien. Nächst der nordamerikanischen Union ist Deutschland mit einer jährlichen Einfuhr im Werte von 170 Millionen Mark der größte Abnehmer, zwei Drittel seines Bedarfs bezieht es aus Brasilien. Seit Jahren klagen die brasilianischen Pflanzer über allzu niedrige Preise infolge von Zuvielerzeugung. Um die Preisbildung wirksam zu beeinflussen,

hat der brasilianische Kaffeestaat Sao Paolo zwei Anleihen in Höhe von 160 Millionen Mark aufgenommen, kauft große Kaffeevorräte ein, hält sie zurück und will sie erst dann auf den Markt bringen, wenn infolge ungünstiger Ernte oder steigender Nachfrage die Preise eine annehmbare Höhe erreichen. Dieser neuartige Versuch einer Verstaatlichung des brasilianischen Kaffeehandels kann unter Umständen zum Ziele führen und stellt eine mehr oder minder empfindliche Erhöhung der Kaffeepreise in Aussicht.

Auch dieser Möglichkeit könnte sich Deutschland mit Hilfe seiner Kolonien entziehen. Usambara lieferte im Jahre 1905 Kaffee im Werte von 423 000 Mark.

Die Kakaoernte der Erde wird auf 150 Millionen Kilogramm veranschlagt. Haupterzeugungsstaaten sind Mittel- und Südamerika mit nahezu zwei Dritteln, ferner die portugiesischen Thomasinseln, die englische Goldküste. Seit 1896 hat sich Deutschlands Kakaoeinfuhr verdreifacht und stellte sich im Jahre 1906 auf 35 Millionen Kilogramm im Werte von 38 Millionen Mark. Am 1. März 1906 wurde der deutsche Kakaozoll von 35 auf 20 Pfennig für das Kilogramm ermäßigt. Da indessen eine starke Preissteigerung eintrat, wurde die Zollermäßigung kaum verspürt. Vielmehr hatte sie eine Masseneinfuhr von billigem Kakao zur Folge.

Der Anbau von Kakao wird in Kamerun und Togo wie auf Samoa betrieben und ergab im Jahre 1905 einen Ertrag von 1,4 Millionen Kilogramm im Werte von 1,3 Millionen Mark. Nach Herstellung der erforderlichen Verkehrsmittel werden die deutschen Kolonien den ganzen Kakaobedarf des Mutterlandes beschaffen können.

Die Kupfererzeugung der Erde belief sich im Jahre 1905 auf 762 000 Tonnen (gegen 154 000 Tonnen im Jahre 1880). Davon entfielen 420 000 Tonnen auf die nordamerikanische Union. Seit Anfang der achtziger Jahre sind die früheren Kupferländer, wie Chile, Spanien usw., in den Hintergrund gedrängt worden. Deutschlands Kupfererzeugung stieg von 11 000 Tonnen in 1880 auf 33 000 Tonnen in 1905, aber in derselben Zeit seine Einfuhr von 13 000 auf rund 100 000 Tonnen im Werte von annähernd 150 Millionen Mark, davon über 90 Prozent aus der Union. Mit dem Aufschwung der Elektrotechnik ist vor allem auch in Deutschland der Kupferverbrauch außerordentlich gestiegen und zugleich die Preise. Auf dem englischen Markt stellte sich die Tonne Kupfer im Jahre 1880 auf 1260, sank im Jahre 1886 auf 800 Mark, wurde aber durch den Kupferring im Jahre 1888 auf 1520 Mark hinaufgetrieben. Nach dem Zusammenbruch des Kupferrings fielen die Preise und hoben sich langsam wieder mit dem wachsenden Bedarf in Deutschland nach den amtlichen Ermittelungen durchschnittlich auf 1406 Mark im Jahre 1905 und auf 1734 Mark im Jahre 1906. Anfang 1907 waren weitere Erhöhungen eingetreten.

Bei der Deckung ihres Kupferbedarfs sind die deutschen Industriellen wesentlich von Nordamerika abhängig, d. i. von den dortigen Trusts und Spekulantengruppen, die bei jeder Gelegenheit Preistreibereien versuchen. Die Kupferausfuhr der Union hatte im Jahre 1906 einen Wert von 340 Millionen Mark, wovon Europa für 306 Millionen Mark erhielt.

Für Deutschland besteht gute Aussicht, in Deutsch-Südwestafrika sich einen erheblichen Teil seiner Kupfer-

einfuhr unter deutscher Flagge zu beschaffen. An die Ausbeutung der Otaviminen werden große Hoffnungen geknüpft. Die Tsumeb-Mine wird jährlich 30 000 bis 36 000 Tonnen Erze mit mindestens durchschnittlich 15 Prozent Kupfer fördern und verhütten, also allein 4500 Tonnen erzeugen und ihren Betrieb noch verdoppeln können. Abbauwürdige Kupferlager finden sich bei Otjizongati und Garob, ferner auch bei Rehoboth wie im Süden. Vorbedingung vorteilhafter Entwickelung ist auch dort die Schaffung von Verkehrsmitteln.

Greifbare Erfolge wurden in Deutschostafrika mit dem Sisalhanf für die deutsche Seiler- und Kabelindustrie erzielt. Die deutsche Agavengesellschaft, 1900 begründet, konnte für 1906 7 Proz. Dividende verteilen.

Für 1903 berechneten englische Sachverständige die Gesamterzeugung der Erde an Schafwolle auf 1200 Millionen Kilogramm. Hauptausfuhrland ist Australien, das im Jahr 1905 rund 350 Millionen Kilogramm nach Europa sandte. Argentiniens Ausfuhr ist auf 300 Millionen Kilogramm, die Erzeugung der Kapkolonie auf 160 Millionen Kilogramm zurückgegangen.

Deutschlands Wollerzeugung, die früher so erheblich war, ist allmählich auf annähernd 10 Millionen Kilogramm gesunken und deckt nicht entfernt den Bedarf der deutschen Industrie, der auf jährlich 170 Millionen Kilogramm angegeben wird. Deutschsüdwestafrika bietet die Möglichkeit der Erzeugung von Schafwolle unter deutscher Flagge.

Weitaus am stärksten zeigt sich Deutschlands Kolonialbedürftigkeit bei der Beschaffung seines Baumwollbedarfs.



Die Baumwolle.

1. Bedeutung, Erzeugung und Verbrauch.

Kein zweiter Faserstoff eignet sich so vorzüglich zur industriellen Verarbeitung wie die Baumwolle. Billiger als Flachs, Hanf und Wolle hat sie diese Faserarten, die noch vor hundert Jahren vorherrschten, in jeder Hinsicht weit überflügelt und den Anstoß gegeben zu der Erfindung von Spinn- und Webemaschinen, ja zu der neuzeitlichen industrialistischen Entwickelung überhaupt, Tausenden und Millionen Brot, Kleidung und Reichtum verschafft. Aus der unscheinbaren Pflanze werden erstaunliche Werte erzeugt.

Die jährliche Welternte in Baumwolle mit durchschnittlich 16 Millionen Ballen zu je 500 Pfund englisch (= 225 Kilogramm) hat bei einem Preise von 1 Mark für das Kilogramm einen Wert von rund 3½ Milliarden Mark. Der Wert der Ernte in der Union für 1906 wurde amtlich auf 2688 Millionen Mark angegeben. Dazu kamen noch 250 bis 400 Millionen Mark für Nebenerzeugnisse, namentlich Samenöl.

Mit der Verarbeitung dieser Ernte sind gegen 3 Millionen Arbeiter an 125 Millionen Spindeln und 3 Millionen Webstühlen beschäftigt. Der Wert dieser Ma-

schinen wird auf über 10 Milliarden Mark geschätzt. Millionen von Menschen finden ihren Erwerb in der Hausindustrie, Konfektion, Stickerei, im Fracht- und Handelsgeschäft.

Deutschland bezieht jährlich 370 Millionen Kilogramm Baumwolle = 6,15 Kilogramm für den Kopf. Versponnen, verwebt und sonst verarbeitet erhöht sich der Wert von 1 auf annähernd 6 Mark für das Kilogramm. Die Gesamterzeugung der deutschen Baumwollindustrie mit den Hilfsgewerben ist auf 2 Milliarden Mark zu veranschlagen, ihre Arbeiterzahl auf 500 000!

Noch größere Zahlen hat die englische Baumwollindustrie aufzuweisen; sie soll mit annähernd 800 000 Arbeitern mehr als das Doppelte des Wertes der deutschen erzeugen. Die Ausfuhr erreichte im Jahre 1906 die Höhe von 2 Milliarden Mark.

Der Gesamtwert der jährlich hergestellten Baumwollenerzeugnisse in allen Staaten dürfte mit 7 bis 10 Milliarden Mark zu beziffern sein.

Nach Berichten der „British Cotton Growing Association" stellt sich die Gesamternte aller Länder im Durchschnitt der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts auf 9, in den neunziger Jahren auf 12,5 Millionen Ballen zu je 500 englische Pfund. Für die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts wurden folgende Angaben veröffentlicht:

Gesamte Baumwollernte (in Mill. Ballen)

	1900	1903	1905	1906
Union	9,1	10,6	11,3	12,5
Ostindien	1,5	2,7	3,0	4,4
Ägypten	1,3	1,2	1,0	1,2
Brasilien rc.	0,3	1,1	1,0	1,0
	12,2	15,6	16,3	19,1

Nach amtlichen Schätzungen erhöhte sich die Ernte in der Union für 1906/07 auf 13,3 Millionen Ballen.

Für die Union ist Baumwolle das wichtigste Ausfuhrerzeugnis. Dem Werte nach entfällt ein volles Viertel ihrer Ausfuhr auf die Baumwolle — im Jahre 1905/06 3,6 Milliarden Pfund zu 11 Cents für 1,7 Milliarden Mark. Davon bezieht Europa für 1,5 Milliarden Mark jährlich.

Der Gesamtverbrauch der Erde steigerte sich von 14,5 Millionen Ballen in 1903 auf 16,5 Millionen Ballen in 1906.

Nach einer halbamtlichen Zusammenstellung der Unionsregierung belief sich im Jahre 1905/06 die Zahl der Baumwollspindeln der Erde auf 120 Millionen mit einem Baumwollverbrauch von 4000 Millionen Kilogramm. Verbraucht wurden von den 25 Millionen Baumwollspindeln der Union 1110 Millionen Kilogramm, von den 49 Millionen Baumwollspindeln Englands 876 Millionen Kilogramm, von den 9,7 Millionen Baumwollspindeln Deutschlands 396 Millionen Kilogramm und von den 25 Millionen des übrigen Europas 990 Millionen Kilogramm.

Die wichtigsten Verbrauchsländer liegen in Europa, das keine Baumwolle erzeugen kann. England verbrauchte in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts 3,3, Deutschland 1,6, die übrigen europäischen Staaten 3,4 Millionen Ballen jährlich.

Seit Jahren steht Rohbaumwolle an der Spitze der deutschen Einfuhr (1905 einschließlich Abfälle mit 434 Millionen, wovon für 36 Millionen Mark wiederausgeführt wurden). Selbst Weizen und Wolle bleiben dahinter zurück. Im Jahre 1904 stellte sich der Wert der deutschen

Baumwolleinfuhr abzüglich der Wiederausfuhr auf 457 Millionen Mark. Von der gesamten Einfuhr des Jahres 1905 mit 434 Millionen Mark kamen für 301 Millionen aus der Union, für 50 Millionen Mark aus Ostindien, für 48 Millionen Mark aus Ägypten usw.

Die deutsche Einfuhr an Rohbaumwolle mit 400 bis 500 Millionen Mark wird reichlich ausgeglichen durch die deutsche Ausfuhr an Baumwollfabrikaten in gleichem Werte.

Nach einer Berechnung des Statistischen Amtes in Washington hat sich der Baumwollenverbrauch Europas und Amerikas in der Zeit von 1831 bis 1894 verzehnfacht, nach einer englischen Statistik für alle Industriestaaten in der Zeit von 1885 bis 1906 verdoppelt — trotz der Preiserhöhungen der letzten Jahre.

Englands Baumwollbezüge vervierfachten sich im Laufe der zweiten Hälfte, diejenigen Deutschlands im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts. Deutschlands Baumwollverbrauch stieg für den Kopf der Bevölkerung von 2,85 kg in 1871 auf 6,15 kg in 1905.

Als vorübergehend in der Union das Ernteerträgnis rückgängig erschien, wurde in den Pflanzerkreisen behauptet, daß bei der zunehmenden Erschöpfung des Bodens, wegen Verschlechterung der Saaten und durch das Auftreten von Schädlingen eine Ernte von mehr als 11 Millionen Ballen nicht zu erwarten sei. In Ermangelung von Arbeitskräften könnten größere Flächen nicht bebaut werden. Diese Auffassung erwies sich als pessimistisch, da im Jahre 1906/07 mit 13,3 Millionen Ballen die größte aller Ernten erzielt wurde. Für die Jahre 1901 bis 1906 stellte sich der Wert aller Ernten auf 11,4, der Wert aller Ausfuhr auf 7,7 Milliarden Mark.

Dadurch erhöhte sich der Wert der Baumwollpflanzungen nach amtlichen Schätzungen um 40 Prozent. Dem Arbeitermangel wird durch stärkere Wiederheranziehung der Neger wie durch Förderung der italienischen Einwanderung abgeholfen werden können. Auch sonst sind die Aussichten vielversprechend.

In den Südstaaten der Union wurde die Anbaufläche von 6,2 Millionen Hektar in 1880 auf 12,6 Millionen Hektar in 1906 vergrößert. Nach der Ansicht von Sachverständigen eignen sich 75 Prozent der Getreidefelder in den Süd- und Südweststaaten auch für den Baumwollbau. Selbst im bisherigen Baumwollgebiet wird nur die Hälfte mit Baumwolle bepflanzt. Allein in Texas sollen noch 10 bis 12 Millionen Hektar anbaufähig sein. Oppel berechnet in seinem Werke „Die Baumwolle" (Bremen 1902) das gesamte baumwollbaufähige Land in der Union gar auf 156 Millionen Hektar und dessen Ertragsmöglichkeit bei nur halber Ausnutzung auf mindestens 50 Millionen Ballen jährlich.

Nach den Berechnungen eines englischen Statistikers gehen von den 1500 Millionen Bewohnern der Erde nur 500 Millionen stets und vollständig bekleidet, 750 Millionen nur teilweise, 250 Millionen gar nicht. Allmählich werden auch die entlegensten Völker in die Zivilisation einbezogen. Nachfrage nach Baumwolltüchern ist die nächste Folge. Auch wer daraus keine Schlüsse ziehen mag, wird eine erhebliche Zunahme des Baumwollverbrauchs in Zukunft annehmen. Sachverständige haben diese Zunahme auf mindestens 500000 Ballen jährlich berechnet, so daß nach zehn Jahren ein Mehrbedarf von mindestens 5 Millionen Ballen jährlich entstanden sein würde. Diese Berechnung fußt auf dem Zuwachs der letzten Jahre.

2. Die Börsenspekulation.

Eine andere Frage ist es, ob in Zukunft der Verbrauch, die Baumwollindustrie, rascher zunehmen wird als die Erzeugung, der Baumwollbau. Die Spekulanten an den Börsen von New York und New Orleans haben diese Frage bejaht und wie schon 1900 so in den Jahren 1903/04 ein zügelloses Haussetreiben nach bekannten Mustern entfacht. Dagegen ist von den Pflanzern der Südstaaten versichert worden, daß die Union trotz der Zunahme ihres eigenen Verbrauches noch lange Zeit in der Lage sein wird, den gesamten Weltbedarf an Baumwolle zu decken. Ein Mangel sei nicht zu besorgen.

Nachdem die Spekulanten die Ernte des Jahres 1902 billig an sich gebracht hatten, sperrten sie die Vorräte und trieben die Preise von 37 Pfennig Ende 1902 bis auf 63 Pfennig Mitte 1903. Nach Eingang der neuen Ernte drückte man den Preis bis auf 30 Pfennig herunter und steigerte ihn bis Februar 1904 wieder auf 75 Pfennig. Zeitweilig sollen einzelne Spekulantengruppen über Terminbaumwolle im Wert von 120 Millionen Mark verfügt haben! Der Preis stand völlig unter der „Kontrolle" der großen Spekulanten, bis Ende 1903 und Anfang 1904 die Zusammenbrüche an der New Yorker Börse erfolgten, wobei es nicht ohne Prügeleien abging.

Mit ihren Preistreibereien an der Börse erlitten einige Spekulanten, wie Th. H. Price, große Verluste, während andere noch größere Gewinne machten, so Daniel J. Sully Mitte 1903 über 20 Millionen Mark, W. P. Brown im Herbst 1903 mehr als 50 Millionen Mark. Mitte 1904 berechnete H. Macaros, der Obmann des Verbandes der englischen Baumwollspinner, die Ge-

winne der Spekulanten, Makler usw. an den Börsen von New York und New Orleans auf über 2 Milliarden Mark.

Wie die vom Reichsamt des Innern herausgegebenen Berichte für Handel und Industrie (1904, Nr. 17) mitteilten, waren die hohen Baumwollpreise auf die Umtriebe der Haussiers zurückzuführen. Diese Leute legten es in einem Rundschreiben den Fabrikanten von Baumwollwaren nahe, das Publikum an höhere Preise für ihre Waren zu gewöhnen, und ersuchten sie, zur Schaffung eines Fonds von 300 000 Mark beizutragen, der zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung zugunsten höherer Baumwollwarenpreise bestimmt war.

Auch in den Jahren 1905 und 1906 kam es zu empfindlichen Preisschwankungen zwischen 31 und 61 Pfennig, 1906 mit dem hohen Durchschnittssatz von 50 Pfennig trotz verminderter Qualität.

Zwar liefert die Union nur 70 Prozent des Weltmarktbedarfs. Doch wird von dort aus die Preisbildung völlig beherrscht, da ägyptische Baumwolle nur für feinere Gespinste usw. verwendet wird, indische Baumwolle aber minderwertig ist und nur mit einem Drittel der Ernte auf die europäischen Märkte kommt. So konnten die Börsenspekulanten in New York mit Hilfe des Terminhandels die Herrschaft über den Baumwollmarkt an sich reißen und die Preisbewegung durch künstliche Treibereien vergewaltigen.

Von New York her sind auch in Zukunft empfindliche Preissteigerungen zu erwarten, falls wirklich der Verbrauch vorübergehend der Erzeugung voraneilen sollte. Einer der Hauptspekulanten, D. J. Sully, leugnete Anfang 1904 in der „North Americ n Review", daß künstliche

Preistreibereien vorgekommen seien, da zu einem wirksamen „Baumwollkorner" mindestens 2 Milliarden Mark erforderlich seien. Sollten die Großspekulanten in die Lage kommen, dieses Geld zusammenzubringen, so werden sie nicht zögern, einen „wirksamen Baumwollkorner" mit noch nicht dagewesenen Preisen zu veranstalten . . .

Im Landwirtschaftsdepartement der Union war man über die Baumwollspekulanten sehr aufgebracht und nannte sie Spieler. Einige Zeitungen der Union erblickten in den Bestrebungen der europäischen Staaten, unabhängig von dem amerikanischen Baumwollmarkt zu werden, eine Gefahr für Amerika und beklagten die künstliche Preissteigerung der Baumwolle als die eigentliche Ursache solcher Bestrebungen lebhaft. Aber was können sie machen gegen die anscheinend unantastbare Freiheit der Spekulation?

Die Abhängigkeit der europäischen Baumwollindustrie bei der Versorgung mit Rohbaumwolle von den Ernten und, was noch schlimmer ist, von den Spekulantenringen der Union wird von Jahr zu Jahr unerträglicher und übt die schädlichsten Rückwirkungen auf das effektive Geschäft, auf die arbeitende Industrie.

3. Rückwirkungen der Spekulation.

Von dem Börsenterminhandel wird behauptet, daß er zu große Preisschwankungen verhindere und Erzeugern wie Verbrauchern nütze. Diese Behauptung ist schon oft durch grelle Vorkommnisse entkräftet worden. Die Millionen und Milliarden, die bei den Baumwollspekulationen der Jahre 1903/04 gewonnen wurden, flossen in die Taschen weniger glücklicher Börsenjobber. Alle übrigen Kreise erlitten Verluste, die Pflanzer und noch mehr die

Verbraucher, die Fabrikanten und nicht zuletzt die Arbeiter.

Nach dem Preissturz von 1904 äußerten die Pflanzer der Union entschiedener als je zuvor den Wunsch, den spekulierenden Mittelsmann auszuscheiden. Wir werden es nicht länger zugeben, ließen die Vertreter der Baumwollpflanzer in den Südstaaten der Union Ende Mai 1907 auf dem internationalen Kongreß in Wien erklären, daß der Preis der Baumwolle durch eine Gesellschaft von Spielern und Spekulanten festgesetzt wird, die weder an der Erzeugung des Rohstoffes noch an seiner Verarbeitung beteiligt sind. Oft genug hatten sie erfahren, daß sie bei guten wie bei schlechten Ernten ihren Vorteil verloren, weil, wie das deutsche Konsulat in New York Ende 1904 berichtete, „die allmächtige Spekulation es verstand, die Preise je nach Belieben zu drücken." Anfang 1905 hielten die Baumwollpflanzer der Südstaaten mit ihren Mitinteressenten einen ersten, von 3000 Personen besuchten Kongreß ab und begründeten die Southern Cotton Growers Association mit der Aufgabe, die Erzeugung mit der Nachfrage ins Gleichgewicht zu bringen und, wo nötig, mit Hilfe von Lagerhäusern unter Lombardierung der eingelieferten Ernten angemessene Baumwollpreise durchzusetzen. Ob man zum Ziele kommen wird? Bei allzu niedrigen Preisen will man die Anbaufläche einschränken, ja es wurde der Vorschlag gemacht, die überschüssige Baumwolle zu verbrennen, um dadurch das Angebot zu vermindern und die Preise zu steigern.

Vorläufig hat die Baumwollpflanzervereinigung es durchgesetzt, daß in sechs Südstaaten der Union das Termingeschäft in Baumwolle, Getreide usw. verboten wurde.

Die Pflanzervereinigung hofft, eine Ausdehnung dieses Verbots auf die ganze Union durch die Bundesgesetzgebung zu erwirken. Das Streben der Pflanzer nach einer gewissen Stetigkeit der Preise ist gerechtfertigt.

Nach stetigen Preisen strebt auch der Fabrikant, um mit Sicherheit kalkulieren zu können. Preisschwankungen sind ihm schädlich. Sein Feind ist der Terminhandel, der die Preise nicht ausgleichend beeinflußt, sondern die wildesten Spekulationen ermöglicht. In dem Kampf mit dem Terminhandel, wo er solche Auswüchse zeitigt, wie 1903/04 an den Baumwollbörsen der Union, zieht der Fabrikant den kürzeren. Er muß für den unentbehrlichen Rohstoff entweder übertrieben hohe Preise zahlen oder aber darauf verzichten und seinen Betrieb einstellen. In den Jahren 1903/04 haben sich viele Spinnereien in der Union, England und Deutschland genötigt gesehen, ihren Betrieb einzuschränken, ja die Fabrik zu schließen. Mitte August 1903 waren in der Union über 50000 Spinnereiarbeiter brotlos. Der Ausfall an Arbeitslöhnen wird von der englischen Baumwollindustrie für das Jahr 1903 auf 40 Millionen Mark veranschlagt.

Von den Preistreibereien der New Yorker Börse wurde die Baumwollindustrie aller Länder betroffen, ja bedenklich erschüttert. Auch die deutsche Industrie mit ihrer bedeutenden Ausfuhr hatte empfindlich darunter zu leiden.

„Die wilde Spekulation", sagte die Zittauer Handelskammer in ihrem Bericht für 1903, „belastete den europäischen Markt zugunsten der amerikanischen Spekulanten um mehrere hundert Millionen Mark über den Betrag, der den natürlichen Verhältnissen entsprochen haben würde." Nicht minder groß waren die Verluste der

Baumwollindustrie auch Deutschlands nach dem jähen Preissturz im Jahre 1904 durch die Wertverminderung der Vorräte an Rohstoff, Garnen und Geweben.

Nur zu oft sieht sich der Fabrikant selbst zur Teilnahme an der Spekulation gedrängt, wenn er, was an sich nicht tadelnswert ist, Garne und Gewebe verkauft, ohne seinen Bedarf an Rohstoff gedeckt zu haben. Auch hierbei sind viele Fabrikanten durch die Preistreibereien zu Schaden gekommen. Andererseits haben in der Haussezeit manche Fabrikanten ihren Rohstoff unverarbeitet wieder verkauft, um an der Preisdifferenz zu gewinnen, und Mitte 1903 sind verschiedene Schiffsladungen nordamerikanischer Baumwolle von Europa nach Amerika zurückgegangen!

Die schwierige Lage der deutschen Industrie bei der Versorgung mit Baumwolle hat Staatssekretär Dernburg ziffernmäßig veranschaulicht. Eine Preissteigerung um 4 Pfennig für das Pfund verteuert den Baumwollverbrauch der Erde um 320 Millionen Mark. Die Preissteigerungen seit 1899 beliefen sich aber auf Milliarden! Deutschland verbrauchte 1905 1,6 Millionen Ballen und zahlte zuletzt je nach den Preisschwankungen der New Yorker Haussespekulanten 150 bis 200 Millionen jährlich mehr als früher, d. i. das fünf- bis siebenfache seiner jährlichen Zuschüsse an die Kolonien. Von dieser Steuer, von diesem Tribut an das Ausland muß es sich befreien.

Um sich den Einwirkungen der Börsenspekulation zu entziehen, bereisen englische Händler und Fabrikanten immer häufiger die Südstaaten und decken ihren Bedarf an Ort und Stelle. Englische Fabrikanten haben große Strecken Landes in Texas angekauft, um dort selbst Baumwollzucht zu betreiben oder die Felder in Pacht zu geben.

4. Die Industrie der nordamerikanischen Südstaaten.

Wo Rohbaumwolle erzeugt wird, also am billigsten und bequemsten zu erhalten ist, zeigte man sich am erfolgreichsten bestrebt, den Rohstoff mehr und mehr in eigener Industrie zu verarbeiten. Die Baumwollindustrie der Union erzeugte 1850 für 260, 1900 für 1424 Millionen Mark, 1905 für 1890 Millionen Mark Waren und entwickelt seit 1900 eine zunehmende Ausfuhr an gröberen Waren, namentlich nach Ostasien, während feinere Gewebe aus Europa bezogen werden.

In der Union erhöhte sich die Spindelzahl von 14,6 Millionen in 1890 auf 23,2 Millionen in 1906, in den Südstaaten allein von 1,2 Millionen in 1890 auf 8,5 Millionen in 1905.

Mit der Zunahme der Baumwollindustrie in der nordamerikanischen Union vermehrte sich ihr eigener Verbrauch an Rohstoff. Von 1890 bis 1905 stieg der Baumwollverbrauch der Union von 2,1 auf 4,2 Millionen Ballen, und zwar in den Nordstaaten von 1,9 auf 2,1 Millionen Ballen, in den Südstaaten von 0,2 auf 2,1 Millionen Ballen. Der Verbrauch der Union betrug 1906 4,8 Millionen Ballen (gegen nur 3,6 Millionen Ballen in Großbritannien und 1,6 Millionen in Deutschland). Anfang der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts verbrauchte die Union 20, in den 80er Jahren 32, in den 90er Jahren 35, seit 1900 bis 40 Prozent ihrer Ernte.

Den Aufschwung ihrer Baumwollindustrie verdankt die Union nicht nur dem heimischen Rohstoff, sondern auch den Vorzügen ihres Betriebes, der Massenerzeugung für den gewaltigen, in seinen Bedürfnissen einheitlichen

Inlandsmarkt, der weitestgehenden Arbeitseinteilung, der höchsten Anspannung der Arbeitskräfte und der Verwendung neuester, leistungsfähigster Maschinen.

Indessen bieten die Südstaaten der Union den Unternehmern auch besonders günstige Betriebsbedingungen. Dort kann man die Baumwolle „über den Zaun" kaufen und die beträchtlichen Fracht- und Vermittelungskosten sparen, die von den europäischen Spinnern auf 10 bis 20 Prozent des Rohstoffwertes berechnet werden.

So entwickelt sich rascher als anderwärts in dem eigentlichen Anbaugebiet der Baumwolle die Industrie. Aus Neu-England kommen viele Unternehmer und nützen die Konjunktur durch Anlage neuer Spinnereien, ja es sollen sich große Spinnertrusts gebildet haben, um die Ernte mehr und mehr im Lande selbst zu verarbeiten.

Ist man in der Union nicht mehr darauf angewiesen, für den größeren Teil der Baumwollernte Absatz im Auslande zu suchen, dann gestaltet sich die Versorgung des Weltmarktes mit Baumwolle zu einer Machtfrage. Dann wird man sich in der Union fragen, ob es nicht kurzsichtig und unwirtschaftlich ist, gewaltige Massen von Rohstoffen nach Europa auszuführen, und später diese Rohstoffe zu Geweben, Spitzen usw. verarbeitet und entsprechend verteuert wieder zurückzuführen, ob es nicht gescheiter wäre, dieses vorteilhafte Geschäft selbst zu machen? Und mit der Tatkraft, die den Unternehmern der Union eigentümlich ist, werden sie das Geschäft an sich zu bringen suchen, nachhaltig unterstützt von dem Patriotismus der Bevölkerung, die alles Amerikanische rühmt und bevorzugt.

Diese Entwicklung ist natürlich. Aber sie birgt eine Gefahr für alle Staaten, die Baumwolle industriell ver-

arbeiten, ohne sie selbst zu erzeugen. Und diese Gefahr wird drohend, falls die Union, was über kurz oder lang zu erwarten ist, die Neigung bekunden sollte, der europäischen Baumwollindustrie die Zufuhr des unentbehrlichen Rohstoffes durch Auferlegung eines Zolles auf Rohbaumwolle zu erschweren und zu verteuern.

Auch in Ostindien tritt das Bestreben hervor, die Ernte mehr und mehr im Lande selbst zu verarbeiten. Von den erzeugten 3,4 Millionen Ballen bleiben 1,8 Millionen im Lande, während 0,8 Millionen nach Europa, 0,9 Millionen Ballen nach Ostasien gehen, dessen Nachfrage merklich zunimmt.

Selbst in Ägypten sind trotz des englischen Widerstrebens Spinnereien entstanden. Die Ernte mit 1,2 Millionen Ballen wird je zu kleineren Hälften in England und auf dem europäischen Festlande und mit geringeren Mengen in der Union verarbeitet.

5. Ausfuhrzölle.

Ausfuhrzölle galten lange Zeit für überwunden, als sie Anfang 1901 von den Engländern aus der Rüstkammer des alten Merkantilismus wieder hervorgeholt wurden. Damals schritten die Engländer zur Einführung eines Ausfuhrzolles auf Kohlen, um mit seiner Hilfe einmal neue Einnahmen zu erzielen und sodann die nationalen Kohlenlager besser zu schützen. Nicht logisch, aber praktisch. Ende 1906 wurde der Kohlenausfuhrzoll wieder aufgehoben, obwohl er sich nicht unzweckmäßig erwiesen hatte.

Ausfuhrzölle müssen von den einführenden Verbrauchsländern getragen werden, wenn das den Zoll erhebende Erzeugungsland für den betreffenden Gegenstand

entweder ein Monopol oder mindestens das erdrückende Übergewicht auf dem Weltmarkte besitzt. Diese Voraussetzung war in bezug auf englische Kohle vorhanden und ist auch für eine ganze Reihe anderer Stoffe gegeben. Chile hat ein Weltmarktmonopol für Salpeter und besteuert mit seinem Ausfuhrzoll die europäische Landwirtschaft. Auf Grund der gleichen Voraussetzung ist die Einführung von Ausfuhrzöllen angeregt worden in Indien für Jute, in Britisch-Südafrika für Diamanten, in Österreich für Rohholz, in Schweden für Eisenerze, endlich in Deutschland für Kalisalze, auch für Kohlen und Lumpen.

Nichts hindert die Union, nach Bedarf einen Ausfuhrzoll auf Baumwolle einzuführen. Eine Bestimmung ihrer Verfassung richtet sich zwar gegen Ausfuhrzölle. Aber die Tragweite dieser Bestimmung wird bereits bestritten, und nötigenfalls läßt man sich von dergleichen Zwirnsfäden nicht zurückhalten.

Von einem Baumwollausfuhrzoll der Union hätte die europäische Textilindustrie empfindliche Nachteile zu befürchten. Ein solcher Zoll würde die Zufuhr des unentbehrlichen Rohstoffes erschweren und verteuern, ihre Erzeugungsbedingungen verschlechtern, dagegen der nordamerikanischen Konkurrenz eine nicht zu unterschätzende Vorzugsstellung sichern. Ein Baumwollausfuhrzoll der Union wäre geeignet, ihre ohnehin begünstigte Baumwollindustrie auf dem Weltmarkte nicht nur konkurrenzfähig, sondern sogar konkurrenzüberlegen zu machen. Schon jetzt merklich begünstigt durch billigeren Bezug des Rohstoffes und im Besitz eines unvergleichlich großen, aufnahmefähigen und zollgeschützten heimischen Marktes wird sie immer ausfuhrkräftiger hervortreten und nicht nur in China, sondern auch bei der Versorgung des Welt-

marktes die englische und europäische Industrie zurückdrängen und zwar noch viel rascher, als bisher zu besorgen ist, wenn sie dazu durch Baumwollausfuhrzölle auf Kosten der europäischen Konkurrenz ermuntert wird.

Zunächst würde die englische Baumwollindustrie mit ihrer gewaltigen Ausfuhr auf dem Weltmarkte ihr bisheriges Übergewicht verlieren und an die Union abtreten müssen. Daran würden sich bedenkliche und unabsehbare Verschiebungen des internationalen Güteraustausches knüpfen. Das wirtschaftliche Übergewicht der Union über die alte Welt, das im wesentlichen auf der Baumwolle beruht, erhielte eine gewaltige Stärkung, ihr Rohbaumwollmonopol könnte sich zu einem Baumwollwarenmonopol gestalten, der Größenwahn ihrer sog. Industriekapitäne müßte ins Ungemessene steigen.

Nächst der englischen würde die deutsche und in entsprechendem Grade die Baumwollindustrie aller übrigen Staaten von einem nordamerikanischen Ausfuhrzoll betroffen.

Ist es möglich, daß von der Union Baumwollausfuhrzölle differentiell eingeführt werden können? Diese Frage würde sich aufdrängen, falls die europäischen Festlandsstaaten sich für eine wirtschaftspolitische Annäherung und Zusammenfassung entschließen sollten. In diesem Falle würde man es in der Union für zweckmäßig halten, England von dem Baumwollausfuhrzoll frei zu lassen. Wie ein differenzierter Baumwollausfuhrzoll von der Union durchgeführt werden würde, läßt sich freilich nicht absehen. Immerhin kann seine Durchführbarkeit nicht bestritten werden. Sollte England nordamerikanische Baumwolle ohne Ausfuhrzoll zu beziehen in der Lage sein, so würden die übrigen europäischen Staaten versuchen,

ihren Bedarf durch englische Vermittlung zu erhalten. Die unmittelbare Beförderung von Baumwolle aus der Union nach den europäischen Festlandsstaaten würde dann wohl aufhören. Die Folge wäre eine empfindliche Schädigung des Handels der europäischen Festlandsstaaten, so weit es sich um die Beschaffung von Rohbaumwolle handelt, da England dieses Geschäft übernehmen würde. Außerdem müßte an England ein nicht unerheblicher Zwischengewinn bezahlt werden, der sich durch einen Teil des ersparten Ausfuhrzolles noch erhöhen würde.

In bezug auf Masse und Verhältnis ist England mit seinem Baumwollbedarf noch weit abhängiger von der Union als die europäischen Festlandsstaaten. Außerdem hat es noch mehr als diese von einem Baumwollausfuhrzoll der Union zu fürchten. Solange die Union als Hauptbezugsland für den Rohstoff der englischen Textilindustrie unentbehrlich ist, kann sie die größerbritischen Zollverbandsbestrebungen durch bloße Androhung eines Baumwollausfuhrzolles gegenüber England wirksam durchkreuzen, ja sogar alle politischen oder wirtschaftlichen Maßnahmen verhindern, die ihr nachteilig erscheinen.

Wer darf es wagen, gegen die Union Krieg zu führen? Alle Hochachtung vor der englischen Flotte und ihrer Überlegenheit. Aber diese englische Flotte würde durch Blockierung der Union und ihrer Häfen dem eigenen Vaterlande den größten Schlag versetzen, denn mit der Blockade würde sie der heimischen Baumwollindustrie den unentbehrlichen Rohstoff abschneiden.

Als Beherrscherin des Baumwollmarktes verfügt die Union in dem Ausfuhrzoll über eine ungemein scharfe Waffe gegen Europa. Um jeden Preis müssen sich die europäischen Staaten von diesem Damoklesschwert be-

freien. Kein Opfer kann ihnen zu hoch sein. Es handelt sich in letzter Reihe um eine Machtfrage, die sich aber in friedlicher Arbeit überwinden läßt.

6. Ziele europäischer Baumwollpolitik.

Auf Anregung des Kolonialwirtschaftlichen Komitees vereinigten sich nach den Auswüchsen der New Yorker Baumwollspekulation von 1903 die Vertreter der europäischen Baumwollindustrie zu internationalen Kongressen Mitte 1904 in Zürich, April 1905 in Brüssel, Juni 1906 in Manchester und Mai 1907 in Wien, um Abwehrmaßregeln zu beraten. In der Hauptsache forderten sie die europäischen Industriestaaten auf, alle aussichtsvollen Bestrebungen zur Ausdehnung des Baumwollanbaues zu unterstützen, da die Vermehrung der Rohstoffversorgung für die Erhaltung der Baumwollindustrie, von der das wirtschaftliche Gedeihen der Staaten Europas in so hohem Grade abhängt, unerläßlich sei.

Die Abhängigkeit der europäischen Baumwollindustrie von der Union bei der Versorgung mit Rohstoff muß durch Massenanbau von Baumwolle in geeigneten Ländern außerhalb der Union, deutscherseits in den deutschen Schutzgebieten, durchbrochen werden, so daß eine übermäßige Verteuerung des Rohstoffes ausgeschlossen erscheint, die Haussetreibereien der New Yorker Börsenspekulation auf die Union beschränkt bleiben und den leitenden Politikern in Washington die Einführung eines Baumwollausfuhrzolles, ob nun als Kampf-, Finanz- oder Konkurrenzzoll gedacht, als unwirksam und deshalb zwecklos verleidet wird.

Um zu diesem Ziele zu gelangen, ist es nicht notwendig, daß die europäischen Staaten ihren gesamten

Baumwollbedarf in eigenen Kolonien oder außerhalb Amerikas decken. Vielmehr genügt, wenn nur ein allerdings erheblicher, allmählich zunehmender Teil ihres Bedarfs unabhängig von der Union beschafft werden kann. Wie die Erfahrung lehrt, lassen sich die Preistreibereien von Spekulantenringen mit verhältnismäßig geringen Mengen in Schach halten. Nicht die Summe des Angebots macht den Preis, wie Staatssekretär Dernburg zutreffend ausführte, sondern nur die Differenz, die zwischen Angebot und Nachfrage besteht. Ist die Nachfrage auch nur um ein Geringes höher als das Angebot, so wird der Preis unverhältnismäßig in die Höhe getrieben, während ein Überschuß eine große Herabsetzung des Gesamtwertes bedeutet. Nach der Meinung von Sachverständigen würde sich die deutsche Industrie den Raubzügen der New Yorker Börsenspekulanten schon entziehen können, wenn die deutschen Kolonien jährlich 500 000 Ballen lieferten.

Nach der sogenannten Baumwollhungersnot infolge des amerikanischen Bürgerkrieges wurden in den verschiedensten Ländern Anbauversuche gemacht, leider aber eingestellt, als der Baumwollbau in der Union rasch wieder auflebte und durch Massenerzeugung zu billigen Preisen die Konkurrenz erdrückte.

Eine solche Konkurrenzierung von seiten der Union ist aufs neue zu besorgen, sobald die europäischen Baumwollanbauversuche in Afrika Früchte bringen. Man wird in der Union nichts unversucht lassen, um diese Bestrebungen zu durchkreuzen und zu ersticken durch Vermehrung der Anbauflächen, durch Zuvielerzeugung, durch Preisunterbietungen. In der Union berechnen die Pflanzer ihre Selbstkosten auf 9 Cents. Doch sollen sie auch auf

5 bis 6 Cents herabgedrückt werden können. Wie man dort glaubt, ist Baumwolle von gleicher Stapelstärke und Spinnfähigkeit anderwärts mit Gewinn nicht herzustellen.

Diese Schwierigkeiten sind in ihren Rückwirkungen nicht zu unterschätzen, da sich dadurch alle, auch die aussichtsvollsten Anbauversuche entmutigen lassen.

Mit Rücksicht darauf müssen die europäischen Regierungen entschlossen sein, für die Förderung des Baumwollbaues kein Opfer zu scheuen, für billige Verkehrsmittel zu sorgen, die Erziehung der Eingeborenen zur Arbeit in die Wege zu leiten und anfänglich selbst Ausfuhrprämien zu bewilligen, um es den neuen Pflanzungen zu ermöglichen, bei Bemessung der Herstellungskosten und Preise die natürliche Konkurrenz des Weltmarktes zu bestehen und auch die künstlichen Treibereien der Spekulation zu überwinden.

7. Deutsche Anbauversuche.

Die Förderung des Baumwollbaues unter deutscher Flagge ist eine der wichtigsten Aufgaben deutscher Kolonialwirtschaft und Kolonialpolitik. Das erkannte schon Bismarck, als er bei Beratung der Dampferunterstützungsvorlage im Reichstage am 13. März 1885 darauf hinwies, daß der deutsche Nationalreichtum vermehrt werden könne, wenn ein Teil der Einfuhr an Baumwolle und Kaffee auf deutschem Grund und Boden übersee wüchse.

„Wir kaufen jetzt," sagte Bismarck, „die sämtliche Baumwolle von Amerika und sind auf ein gewisses Monopol der Amerikaner angewiesen, weil die indische und ägyptische Baumwolle nicht in der Vollkommenheit bearbeitet und vorbereitet wird, daß sie sofort leicht in Verbrauch zu nehmen ist wie die amerikanische. Wenn

wir dem gegenüber mit der gleichen Intelligenz, wie die Amerikaner ihre Baumwolle pflanzen und bearbeiten, in Gegenden wie Neu-Guinea, wie Kamerun, wie die afrikanischen äquatorialen Gegenden Baumwolle züchten könnten, die wir nicht mehr von Ausländern, sondern von deutschen überseeischen Besitzern kaufen würden, so wäre das ein Vorteil für unser Nationalvermögen, während jetzt das Geld, das wir für Baumwolle, Kaffee, Kopra und alle solche äquatoriale Erzeugnisse ausgeben, rein à fonds perdu herausgeht aus unserem Vermögen."

Ende 1889 ersuchte Bismarck den Gouverneur von Kamerun um einen Bericht über die Aussichten des Baumwollbaues in den deutsch-westafrikanischen Besitzungen. In dem Anbau von Baumwolle erblickte Bismarck eines der wichtigsten Mittel zur Förderung überseeischer Gebiete. Auf Bismarcks Veranlassung ging ein Baumwollpflanzer aus der Südsee 1890 nach Togo und Kamerun, wo schon damals Versuchspflanzungen angelegt wurden. Bismarck trat zurück. In den beteiligten Kreisen bestand für die Sache wenig Interesse. Baumwolle war im Überfluß vorhanden, und so erachteten die deutschen Spinner eine Vermehrung der Erzeugung in den deutschen Kolonien nicht für erforderlich. Inzwischen haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert.

In einer Denkschrift von Anfang 1900 empfahl Karl Supf die Förderung des Baumwollbaues in den deutschen Kolonien zur Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Deutschlands, als Mittel der Erziehung der Eingeborenen zur Arbeit, endlich im Interesse der Ertragsfähigkeit der Kolonien.

Ende 1900 sandte das Kolonialwirtschaftliche Komitee geeignete weiße und farbige Baumwollpflanzer aus den

Südstaaten Nordamerikas nach Togo und Kamerun, um daselbst die Bedingungen des Anbaues zu erforschen, insbesondere die passende Saat und Pflanzzeit festzustellen.

Mit Anbauversuchen wurde in Togo, wo der Baumwollstrauch heimisch ist, 1901 begonnen, hauptsächlich durch Heranbildung der willigen Eingeborenen für die Kleinkultur. In der Baumwollschule zu Nuatschä erhalten die Eingeborenen Unterweisung für den Anbau und für die maschinelle Erntebereitung. Außerdem wurden Einkaufsmärkte mit Entkernungs- und Preßstationen eingerichtet.

Allmählich soll die Pflugkultur eingeführt werden. Die Ernte in Togo stellte sich 1901 auf 25 000, 1902 auf 50 000, 1903 auf 100 000, 1904 auf 200 000, 1906 auf 430 000 Pfund im Werte von 245 000 Mk. bei gewinnbringenden Preisen.

Die Togobaumwolle ist der nordamerikanischen ähnlich, an Güte überlegen und erzielte auch etwas höhere Preise. Auf der landwirtschaftlichen Ausstellung in Palime (Togo) Ende Januar 1907 waren sechs verschiedene Gattungen, namentlich Togo-, Sea Island- und Kpandu-Baumwolle und 426 Eingeborne als Aussteller vertreten. Die beste Baumwolle lieferte der Bezirk Misahöhe.

Für Deutsch-Ostafrika, wo die ersten Anbauversuche 1902 erfolgten, kommen zunächst in Betracht: der südliche Teil um Kilwa und Lindi, der mittlere Teil um Saadani und weite Gebiete am Viktoria-See, für welch letztere die Möglichkeit der Ausfuhr über die englische Ugandabahn besteht.

Neben der Förderung der Eingeborenenkultur sind größere Pflanzungen angelegt worden. Das Kolonial-

wirtschaftliche Komitee richtete auch dort eine Baumwollinspektion zur Beratung der Pflanzer ein, gewährte Anbauprämien, Saatgut, Ginmaschinen, Baumwollpressen und übernahm den Ankauf der Ernte.

Die Ausfuhr belief sich 1906 auf annähernd 600 000 Pfund. Geerntet wird dort ein dem hochwertigen ägyptischen gleichkommendes Erzeugnis.

In den Küstenbezirken waren Anfang 1904 über 2000 Hektar bebaut. Am weitesten vorgeschritten ist die Kultur in Saadani. Dort haben deutsche, ägyptische und griechische Interessenten eine Art von Baumwollbau- und Dampfpfluggenossenschaft gebildet und ein zusammenhängendes Baumwolland von über 20 000 Hektar vorläufig in Pacht genommen. Ein großer Dampfpflug mit zwei Lokomobilen ist in Tätigkeit.

Wie Staatssekretär Dernburg mitgeteilt hat, besteht sogar eine gewisse Gefahr, daß jene Gegenden den deutschen Pflanzern entzogen werden, da die griechischen Unternehmer in Ägypten sich dafür interessieren. In Ostafrika ist Baumwolland noch billig und um 4 bis 6 Mark das Hektar zu haben, während es in Ägypten über 2000 Mark und in Texas nicht unter 1200 Mark kostet.

Durch die Usambarabahn westlich von Mombo werden 20 000 Hektar Baumwolland aufgeschlossen. Weitere Baumwollanpflanzungen erfolgten im Kilwabezirk, werden im Rufijidelta und im Gebiet der Eisenbahn Daressalam—Morogoro geplant und ausgedehnter vorbereitet in der Gegend südlich des Viktoriasees, wo über 200 000 Hektar vorzüglich geeignet sein sollen. Auch auf der Insel Ukereme im Viktoriasee hat die Missionsstation eine Pflanzung eingerichtet.

Eigene Baumwollpflanzungen im Gebiet des Viktoriasees erwarben die Leipziger Baumwollspinnerei, Aktiengesellschaft, Leipzig-Lindenau mit 60000 Hektar, Heinrich Otto, Reichenbach in Württemberg, mit 20000 Hektar.

In Kamerun eignen sich die weiten Hochlandsgebiete des Inneren vorzüglich für den Baumwollbau. Im Bamum- und Bali-Lande und insbesondere in Adamaua bis zum Tschadsee hin besteht schon eine nicht unerhebliche Eingeborenenkultur. Durch den Wasserweg Niger—Benue und insbesondere durch eine Fortsetzung der Duala—Manenguba-Eisenbahn können weitere Gebiete des Hochlandes dem Baumwollbau erschlossen werden.

In Deutsch-Südwestafrika hat die Otavi-Gesellschaft kleinere Pflanzungen angelegt. Auch in Neuguinea wird Baumwolle gebaut.

Schon jetzt steht die gedeihliche Entwickelung des Baumwollbaues in Togo und Ostafrika außer Zweifel. Wo er als Kleinkultur betrieben wird, da bietet sich auch die Möglichkeit, einen eingeborenen freien Bauernstand zu organisieren.

Vorbedingung ist überall die Schaffung billiger und leistungsfähiger Verkehrswege, namentlich von Eisenbahnen.

Für die Förderung des Baumwollbaues hat das Kolonialwirtschaftliche Komitee erhebliche Mittel aufwenden können. Aus freiwilligen Beiträgen und aus der Wohlfahrtslotterie zu Zwecken der deutschen Schutzgebiete flossen ihm bis Mitte 1904 gegen 700000 Mark zu. Zur Unterstützung von weiteren Anbauversuchen bewilligten für das Jahr 1907 die Kolonialabteilung 105000 Mark und das Reichsamt des Innern 50000

Mark in der Voraussetzung, daß die deutschen Industriellen auch ihrerseits erheblich die gemeinsame Sache unterstützen. Die Vereinigungen und Verbände der deutschen Baumwollindustriellen wollen ihre Mitglieder veranlassen, dem Kolonialwirtschaftlichen Komitee für Anbauversuche Beihilfen in Höhe von 10 Proz. der Berufsgenossenschaftsbeiträge zu leisten. Auch österreichische und schweizerische Industrielle werden sich beteiligen. Für Baumwollbau-Unternehmungen konnte das Komitee im Jahre 1907 insgesamt 235000 Mark aufwenden.

Auf Anregung des Kolonialwirtschaftlichen Komitees ist unter Beteiligung deutscher Interessenten des Textilgewerbes in Berlin eine „Afrikanische Baumwollgesellschaft" mit einem Grundkapital von 10 Millionen Mark begründet worden, um in den deutschostafrikanischen Küstengebieten Saadani, Kilwa und Lindi, ferner in den Interessengebieten der Daressalam—Morogoro- und der Tanga-Mombo-Eisenbahn und der Nachbarschaft der englischen Ugandabahn am Viktoriasee, ferner in Togo längs der Innenlandbahn und in Kamerun längs des schiffbaren Benue Baumwollerzeugungsgebiete zu erschließen und zu erweitern durch Erwerb und Bestellung eigener Pflanzungen, durch Förderung der Eingeborenenkultur, durch Betrieb von Entkernereien, Pressen, Ölfabriken usw., endlich durch Vertrieb der Ernten.

Englische und nordamerikanische Sachverständige rühmten das erschöpfende, wissenschaftliche und planmäßige Vorgehen des Kolonialwirtschaftlichen Komitees und verhießen einen guten Erfolg. In einem seiner Berichte von 1904 äußerte der nordamerikanische Generalkonsul Mason zu Berlin: „Es mag eine Reihe von Jahren vergehen, ehe der europäische Kreuzzug für koloniale

Baumwollkultur alles erreicht, was er sich als Ziel vorgesteckt hat, aber — ob es uns gefällt oder nicht — der Tag wird kommen, früher oder später, an dem die Baumwolle unserer Südstaaten außerhalb der Vereinigten Staaten nicht mehr alleinherrschend sein wird."

Erfolge von heute auf morgen sind auch hier nicht zu erwarten. Jahrzehnte waren notwendig, bis in den Südstaaten der Union und später in Ägypten nennenswerte Mengen geerntet wurden. Rußland benötigte dreißig Jahre, um in Mittelasien die Hälfte seines Bedarfs zu erzeugen.

In dem Baumwollanbau haben sich schon früher große Verschiebungen vollzogen. Bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts war die Baumwollindustrie von Westindien abhängig, von wo 70 Prozent des Gesamtbedarfs kamen. Im Jahre 1784 traf die erste Sendung (8 Ballen) aus den Südstaaten der Union in Liverpool ein und wurde dort anfänglich für westindisches Erzeugnis gehalten, weil man den Baumwollbau in der Union für unmöglich hielt. Gute Preise ermunterten die Pflanzer der Südstaaten. Im ersten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts lieferten sie bereits 24, im nächsten Jahrzehnt 53 Prozent des Weltmarktbedarfs. In Ägypten wird seit 1820 Baumwollbau betrieben.

Durch die Förderung des Baumwollbaues in den Kolonien erlangt Deutschland nicht nur Aussicht auf gesicherte Beschaffung des unentbehrlichen Rohstoffes, sondern die Kolonien selbst werden dadurch in ihrem Gedeihen nachhaltig begünstigt und entwickeln sich als Abnehmer deutscher Industrieerzeugnisse.

Von dem Baumwollbau in den deutschen Kolonien erwartet der Sozialdemokrat Calwer Vorteile auch für

die deutschen Arbeiter. „Gelingt es Deutschland, in einer eigenen Kolonie Baumwolle zu bauen, so gewinnt es nicht nur als Verkäufer Einfluß auf dem Rohbaumwollmarkt, sondern wird auch seinen Rohstoff billiger einkaufen können. Das wäre aber ein großer, wenn auch zunächst indirekter Vorteil für den Arbeitsmarkt der deutschen Textilarbeiter. Denn billigerer Rohstoff bedeutet eine Herabsetzung der Gestehungskosten, bedeutet weiter bei einer starken Organisation der Arbeiter die Möglichkeit höherer Löhne, während bei den starken Schwankungen des Baumwollpreises in den letzten Jahren Lohnbewegungen im Baumwollgewerbe ziemlich aussichtslos sein mußten. Es ergibt sich so für den deutschen Arbeitsmarkt sehr wohl die Möglichkeit, daß unsere Kolonien ihm erhebliche indirekte Vorteile bringen. Diese Möglichkeit ist jedenfalls wahrscheinlicher, als die gegenteilige, wonach die Kolonien gänzlich wertlos sein sollen." (Sozial. Monatshefte 1907, 3. Heft.)

Die Förderung des Baumwollbaues mit deutschem Kapital und unter deutscher Leitung in Mittel- und Südamerika hat Dr. August Etienne in seiner Schrift über „Die Baumwollfrage vom Standpunkt deutscher Interessen" (Berlin 1904) als eines der großen Mittel empfohlen, um die deutsche Stellung auf jenen Märkten nachdrücklich zu verteidigen.

8. Britische Anbauversuche.

Für die britische Baumwollindustrie, die mit annähernd 50 Millionen Spindeln fast ein Drittel der gesamten Ernte verspinnt, ist die Förderung des kolonialen Baumwollbaues geradezu eine Lebensfrage. In dieser Erkenntnis begründeten Mitte 1902 auf Anregung der

Handelskammer zu Oldham englische Baumwollindustrielle unter Beteiligung von Arbeitergewerkvereinen mit einem Kapital von 10 Millionen Mark in Anteilen von 20 Mark die „British Cotton Growing Association" in Liverpool mit der Aufgabe, die Baumwollkultur in den britischen Kolonien zu heben, so daß Großbritannien möglichst seinen ganzen Bedarf an Baumwolle aus seinen Kolonien beziehen kann und von den hohen und ungeregelten Preisen des nordamerikanischen Marktes unabhängig wird. Leider hat die Gesellschaft bei den Interessenten kein genügendes Verständnis gefunden, da ihr Verwaltungsrat in seinem Bericht für 1906 die mangelhafte Unterstützung der englischen Baumwollindustriellen ernstlich beklagt.

Viele englische Kolonien liegen in der Baumwollzone, etwa 40 Grad nördlich und südlich vom Äquator.

Zu umfangreichen Anpflanzungen mit zunehmenden Erträgen ist man vorerst nur in Ostindien und Ägypten gelangt. In Ostindien wurde die Qualität vernachlässigt. Eine erhebliche weitere Ausdehnung des Anbaues in Ägypten ist ausgeschlossen. Doch hofft man, durch Erhöhung des Staudammes von Assuan den Ertrag der Pflanzungen steigern zu können. Mehr erwartet man vom Sudan, wo zwischen der Atbara, dem blauen und weißen Nil ein Gebiet von 4 Millionen Hektar zur Bepflanzung in Aussicht genommen ist.

Der Sudan verspricht große Mengen zu liefern, doch erst nach Ausführung kostspieliger Bewässerungsanlagen und einer Eisenbahn Suakim—Berber. Einst wurde auch auf Cypern Baumwolle gebaut. Auf Malta sind Versuche gemacht worden. In Britisch-Südafrika sind die Aussichten nicht günstig. Dasselbe gilt von Britisch-

Ostafrika und Uganda. Britisch-Mittelafrika wäre geeigneter, doch ist die Beförderung zu kostspielig. Westindiens alte Baumwollpflanzungen sollen erneuert werden. Auf Jamaika und Barbados wurden erfolgreiche Versuche angestellt.

Günstigere Aussichten eröffnen sich in den westafrikanischen Kolonien auf Grund von Lage, Klima, Boden, Beförderungs- und Arbeiterverhältnissen. Im Jahre 1906 arbeitete die Britische Gesellschaft, abgesehen von kleineren Gebieten in Westindien und anderen Gegenden, hauptsächlich in Westafrika. Erzielt wurden 1906 in Lagos 4500, in Nord-Nigeria 700, in Süd-Nigeria 140, an der Goldküste 175 und in Sierra Leone 175 Ballen zu je 250 Kilogramm, ferner in Ostafrika 2450 Ballen.

In einzelnen Gebieten soll der Stand der Baumwollkultur bereits so vorgeschritten sein, daß reine Erwerbsgesellschaften in Tätigkeit treten können. In anderen Kolonien dagegen muß noch viel gemeinnützige Arbeit aufgewendet werden. Bestimmte Gebiete werden für europäische Großkultur, andere, wie in Westindien, für europäische Farmkultur, die west- und ostafrikanischen Gebiete namentlich für die Eingeborenenkultur als geeignet bezeichnet.

Bei Eintritt der Baumwollteuerung während des amerikanischen Bürgerkrieges führten die hohen Preise zu beträchtlichen Anpflanzungen in Queensland, wo die Regierung Anbauprämien zahlte. Nach Beendigung des Krieges, als die Preise wieder sanken, gingen die Pflanzungen ein. In den Nordgegenden Südaustraliens finden sich große geeignete Landstrecken, doch fehlt es an Arbeitern, da die Einwanderung Farbiger verboten ist.

Livingstone glaubte, daß Mittelafrika zu einem ge-

waltigen Baumwollerzeugungslande gemacht werden kann. Immerhin erscheint die Versicherung des stellvertretenden Obmannes Hutton von der Cotton Growing Association etwas optimistisch, wonach Westafrika fähig sei, jährlich 20 Millionen Ballen zu liefern.

9. Fremde Anbauversuche.

Nach deutschem Vorgehen haben außer England auch Frankreich, Spanien, Italien und Belgien Pflanzungs-versuche unternommen.

Frankreich gewinnt Baumwolle in Algier und Tunis. Mit Anpflanzungen in Algier hatten französische Industrielle schon Ende der sechziger Jahre begonnen. Auch elsässische Häuser waren daran beteiligt. Die Aus-fuhr betrug aber in den letzten Jahren nur einige Tausend Kilogramm. Indessen sind die Versuche in größerem Maßstabe unter Einrichtung einer vollständigen Ginan-lage wieder aufgenommen worden. Mit Hilfe der Asso-ciation Cotonnière Coloniale, die Anfang 1907 ein Kapital von 80000 Franken gesammelt hatte, hofft man, ge-eignete Gebiete in Westafrika, namentlich in Französisch Guinea, im französischen Sudan, in den Uferlandschaften des Niger und in Dahomey bebauen zu können. In Dahomey sind die ersten Versuche günstig ausgefallen.

An der Anlage von Anpflanzungen in dem portu-giesischen Angola wollten sich englische Kapitalisten be-teiligen. Die Regierung ist entschlossen, den Baumwollbau zu fördern und die kolonialen Ausfuhrzölle aufzuheben.

Belgien will im Kongostaat Anpflanzungen be-günstigen.

Von spanischer Seite hat man mit gutem Erfolge Anbauversuche in Andalusien und auf den Balearen ge-

macht. Auch Süditalien soll günstige Bedingungen für den Anbau bieten. Versuche in Apulien fielen befriedigend aus.

Rußlands Baumwollerzeugung in Mittelasien und Transkaukasien stieg von 50000 Doppelzentnern in 1890 auf etwa 3 Millionen in 1906 und deckte zuletzt die Hälfte des Bedarfs seiner Industrie.

An Baumwollpflanzungen größeren Umfangs in Mesopotamien kann erst nach Fertigstellung der Bagdadbahn und nach umfangreichen Bewässerungsanlagen gedacht werden. Beides steht noch in weitem Felde. Dagegen werden die geplanten Anpflanzungen bei Adana in Kleinasien rascher zu Ergebnissen führen.

In Mexiko stellte sich die Ernte für 1903 auf 22,5 Millionen Kilogramm, wurde aber im Lande selbst verbraucht und genügte noch nicht für den heimischen Bedarf.

Lebhaftes Interesse für die Einführung des Baumwollbaues zeigt sich in Argentinien, wo im Norden geeignete Bodenflächen vorhanden sind. Mehrfache Versuche hatten günstige Ergebnisse. Im Jahre 1903 wurden 5542 Kilogramm Baumwolle nach England geliefert. Eine nordamerikanische Aktiengesellschaft will 7500 Hektar im Chaco bebauen.

Schon seit Jahren wird der Baumwollanbau in Peru betrieben. Es besteht eine heimische Baumwollindustrie. Die Ausfuhr stieg von 5600 Tonnen in 1897 auf 8000 Tonnen in 1901.

Brasilien erntete im Jahre 1903/04 rund 490000 Ballen von je 85 Kilogramm, überwiegend in Pernambuco. Eine Entwickelung des brasilianischen Baumwollbaues im großen Maßstab soll nicht ausgeschlossen sein.

Die Ausfuhr stieg von 12 Millionen Kilogramm in 1901 auf 32 Millionen Kilogramm in 1906.

Vielgerühmt wird die Baumwolle von Paraguay.

China erzeugt 1,3 Millionen Ballen gute Baumwolle, bessere als Indien, verspinnt sie zum größten Teile selbst und führt indische Baumwolle ein.

Japan beabsichtigt, den Baumwollbau in Korea nachdrücklich zu fördern, um dort seinen eigenen Bedarf ganz decken zu können.





Kolonialbahnen.

Zu den wichtigsten Aufgaben praktischer Kolonialwirtschaft gehört die Schaffung von Verkehrsmitteln.

Ende 1905 besaßen Amerika 460 000, Europa 309 000, Asien 81 000, Australien 28 000, Afrika aber nur 26 600 Kilometer Eisenbahnen. Mit dem Bau von Eisenbahnen wurde in Afrika später als in anderen Erdteilen begonnen. Doch wird das Versäumte nachgeholt. Seit 1890 hat sich die Gesamtlänge der afrikanischen Eisenbahnen verdreifacht.

Immerhin wird die Entwickelung der afrikanischen Eisenbahnen noch lange auf die Küstenländer beschränkt bleiben. Als weites Binnenland mit buchtenlosen Küsten ist Afrika von der Seeseite her schwerer zugänglich als Europa mit seinem vielgestaltigen Gestade und wäre mehr auf Eisenbahnen angewiesen, wenn nicht sein Klima eine Bebauung des Bodens auf große Strecken des Binnenlandes ausschließen würde.

Die ersten Eisenbahnen in Afrika waren kürzere Küstenstichbahnen. Denen folgten längere Erschließungsbahnen. Einige wichtige Bahnen sind gebaut worden, um Stromschnellen und Wasserfälle zu umgehen und fahrbare Stromstrecken dahinter zur Aufschließung des Binnenlandes nutzbar zu machen, so vor allem die Kongo=

bahn von Matadi nach Leopoldville zur Umgehung der untern Kongoschnellen und die Strecke Wadyhalfa-Chartum zur Überwindung der Nilkatarakte.

Alle Eisenbahnen Afrikas wurden von Europäern gebaut. England verfügt in Afrika über 18 369, Frankreich über 5657, Deutschland über 1398 Kilometer, Portugal über 1173, Italien über 115 und der Kongostaat über 642 Kilometer Eisenbahnen. Am weitesten entwickelt ist das Eisenbahnnetz Britisch-Südafrikas, Ägyptens und Algeriens, wo sich fruchtbare oder erzreiche Gebiete darboten. Am tiefsten ins Land hinein geht, abgesehen von den ägyptischen Bahnen bis Chartum und den südafrikanischen Bahnen bis Broken-Hill nördlich von den Viktoriafällen des Sambesi, die englisch-ostafrikanische Ugandabahn von Mombasa nach dem Viktoriasee.

Mit seinen Kolonialbahnen ist Deutschland weit hinter England und Frankreich zurückgeblieben. Nach Vollendung der im Bau begriffenen Eisenbahnen werden die deutschen Kolonien in Afrika erst 2000 Kilometer Eisenbahnen aufzuweisen haben.

			Eröffnungsjahr
Ostafrika: Usambarabahn	129	Kilometer	1905
Mrogorobahn	222	"	1908
Südwestafrika: Windhukbahn	382	"	1902
Otavibahn	560	"	1906
Lüderitzbahn	370	"	1908
Kamerun: Manengubabahn	160	"	1910
Togo: Anecho-Lome-Palime	165	"	1907

Die englisch-deutsche Südwestafrikagesellschaft will im Anschluß an ihre Bahn Swakopmund—Otavi—Tsumeb eine Abzweigung nach Grootfontein (90 Kilometer) bauen.

Für Deutsch-Ostafrika werden zunächst drei Er-

schließungsbahnen vorgeschlagen: eine Nordbahn von Tanga an dem Viktoriasee (700 Kilometer), ferner die von Professor Dr. Hans Meyer schon längst mit guten Gründen befürwortete Südbahn von Kilwa nach Wiedhafen am Njassasee (700 Kilometer), die beide zu Baumwollgebieten wie zu belebteren Punkten führen, und endlich der Weiterbau der Zentralbahn von Mrogoro nach dem Tanganjikasee (1000 Kilometer). Erwähnt zu werden verdient noch der Plan einer deutschen Bahn quer durch Kamerun über den Benue zum Tschadsee.

Für Deutschland besteht die Gefahr, daß es wie in Deutsch-Ostafrika auch in Togo und vielleicht selbst in Kamerun, also auf eigenem Gebiete, durch fremde Konkurrenzbahnen überflügelt wird.

Eisenbahnen schließen entlegene Länder auf und wirken auf die Bevölkerung wirtschaftlich erziehend. Wo weder Eisenbahnen noch Wege vorhanden sind, wo wie vielfach in Afrika die Beförderung von Gütern durch Träger bewirkt wird, da können viele Waren überhaupt nicht befördert werden, weil sie verderben oder nicht zerlegbar sind. Da sind die Frachtkosten außerordentlich hoch, mindestens 1 Mark für den Tonnenkilometer, d. i. für die Beförderung einer Tonne von 1000 Kilogramm auf 1 Kilometer, oft noch höher, während auf den afrikanischen Eisenbahnen sich die Fracht für den Tonnenkilometer durchschnittlich auf 30 Pfennig stellt.

Gedeiht im Innern Afrikas, etwa 500 Kilometer von der Küste aus, die Baumwolle ausgezeichnet, so bleibt sie unverkäuflich, weil die Frachtkosten etwa ebenso hoch oder höher sind wie der Wert der verfrachteten Ware. Selbst in einer Entfernung von 200 oder 100 Kilometern von der Küste aus sind die Frachtkosten noch

zu hoch. Erst nach Anlage von Eisenbahnen wird Baumwolle oder Kautschuk oder irgend ein anderes Erzeugnis aus dem Innern versandfähig und findet Anwert. Dadurch werden die Eingeborenen veranlaßt, mehr Baumwolle zu bauen oder sonstigen Rohstoff zu gewinnen. Sehen sie, daß sie mehr verdienen, dann verbrauchen sie auch mehr und, um immer mehr verbrauchen zu können, arbeiten sie mehr. Jeder Ballen Baumwolle oder Hanf oder Felle, jeder Sack Kautschuk oder dergleichen, den wir aus den Kolonien ausführen, bedeutet, wie das Kolonialwirtschaftliche Komitee einmal ausgeführt hat, eine entsprechende Bestellung bei der heimischen Industrie.

Bei Kolonialbahnen kann nicht die unmittelbare Ertragsfähigkeit, sondern muß der mittelbare Nutzen maßgebend sein, den sie durch Vermehrung der Steuereinnahmen, durch Erhöhung der Bodenwerte und durch Belebung des ganzen wirtschaftlichen Lebens der Kolonie bringen.

Mit Hilfe von Eisenbahnen lassen sich besonders fremde weite Länder besser verwalten und leichter beherrschen, Aufstände schneller niederschlagen oder rechtzeitig unterdrücken.

Alle diese mittelbaren Vorteile der Kolonialbahnen sind für Privatunternehmungen ohne Wert. Deshalb hält man es in den leitenden deutschen Kreisen für zweckmäßiger, wie anderwärts Eisenbahnen auf Rechnung der Kolonien erbauen zu lassen.

Für Kolonialbahnen eignet sich im allgemeinen nicht die Normalspur. Meist genügen Schmalspurbahnen, die verhältnismäßig billig und selbst in schwierigen Geländeverhältnissen angelegt werden können.

Die finanzielle Lage großer Eisenbahnen in Afrika ist keineswegs ungünstig. In den Eisenbahnen der Kapkolonie sind bisher 580 Millionen Mark angelegt worden. Nach den Berechnungen der Handelskammer in Kapstadt ergeben diese Bahnen, wenn man die Zinsen des Anlagekapitals in Betracht zieht, nur noch einen Fehlbetrag von 1/3 Prozent.

Nach der Denkschrift der Reichsregierung vom Frühjahr 1907 haben fast alle afrikanischen Eisenbahnen nach kurzer Zeit ihre Betriebs- und Unterhaltungskosten gedeckt. Viele brachten Zinsen und Gewinn.

Die Ugandabahn ist ursprünglich aus politischen Gründen angelegt worden, sie sollte im Falle der Sperrung des Suezkanals einen Landweg nach Indien abgeben; sie ist 940 Kilometer lang, wurde 1903 eröffnet und erforderte wegen technischer Schwierigkeiten, da sie bis 2340 Meter über dem Meere ansteigt, 113,2 Millionen Mark Baukosten. Bei besserer Wirtschaft hätten daran nach englischer Auffassung 26 Millionen Mark gespart werden können. Wider Erwarten steigerte sich der Verkehr, und zwar nach dem Zugeständnis des englischen Kommissars in Port Florence vom April 1907 bei dem Stapellauf eines neuen englischen Viktoriaseedampfers durch Beteiligung Deutsch-Ostafrikas derart, daß die Verzinsung sich für das Jahr 1905 auf 0,7 Prozent belief. Schon innerhalb 30 Jahren erwartet man die Tilgung des Kapitals. Seit Eröffnung der Ugandabahn haben sich auf dem englischen Gebiet die Einnahmen an Zöllen und Steuern verdoppelt.

Die Kongobahn, Matadi-Leopoldville, unter großen Schwierigkeiten von 1891 bis 1898 erbaut und zwar mit wesentlicher Hilfe Berliner Banken, ergab trotz der hohen

Baukosten von 60 Millionen Mark in den letzten Jahren eine Verzinsung von 10 Prozent, sie verbindet das große Wasserstraßennetz des Kongogebietes mit dem Meer, wird somit allerdings unter besonders günstigen Umständen betrieben.

Mit ihren Eisenbahnbauten in Afrika sind England und Frankreich weit vorgeschritten; sie haben sich bereits Eisenbahnnetze geschaffen und sind auf dem Wege, ihre Kolonien durch Schienenstraßen miteinander zu verbinden. Der Kongostaat sucht Anschluß an die englischen und portugiesischen Eisenbahnen. Frankreich ist bestrebt, sein Eisenbahnnetz in Algerien mit dem westafrikanischen zu vereinigen, um dadurch sein nordwestafrikanisches Kolonialreich zusammenzufassen. Noch ein höheres Ziel hat sich England gesteckt durch die Kap—Kairobahn, die mit ihren Abzweigungen in Britisch-Südafrika, mit der Zambesibahn, mit der Ugandabahn, mit der Sudanbahn und mit der äthiopischen Bahn das Rückgrat eines ostafrikanischen Eisenbahnnetzes werden soll.

Als Überlandweg ist diese Bahn wertlos, da sie von dem ungleich billigeren, sichereren und bequemeren Seewege flankiert wird. Obschon von der Gesamtlänge mit rund 9500 Kilometern Ende 1906 bereits 5400 Kilometer gebaut waren und zwar im Norden von Kairo bis Chartum, einschließlich der Nilstrecke Assuan—Wadyhalfa, 2200 Kilometer, und im Süden von Kapstadt bis Broken-Hill, 3200 Kilometer, so werden doch gerade die fehlenden Zwischenglieder die größten Schwierigkeiten machen. Bereits ist man davon abgekommen, die ganze Bahn auszubauen, und will, wie beim Nil zwischen Assuan und Wadyhalfa, die Seen und Wasserläufe benützen, insbesondere auch den Tanganjikasee. Eine Durchführung der

Bahn durch den Kongostaat oder durch Deutsch-Ostafrika erscheint ohnehin ausgeschlossen, da diese beiden Länder nicht geneigt sein können, eine Bahn zu begünstigen, die den heimischen Verkehr auf fremde Strecken ableiten soll. Ferner ist noch gar nicht ermittelt worden, wie die Bahn die ungeheure Sumpfzone zwischen Gondokoro und dem Viktoriasee überwinden wird. Sollte sie wirklich fertiggestellt werden, so verbieten die verschiedenen Spurweiten der Teilstrecken, der ägyptischen, der Sudan- und der Kap-Rhodesiabahn, einen durchgehenden Verkehr.

Die Kap—Kairobahn sollte von Anfang an dem größerbritischen Imperialismus dienen im Sinne der Losung „Afrika englisch vom Kap bis zum Nil!" Das Ziel ist zwar hoch gesteckt, das Mittel dazu aber nicht recht gangbar.

Was man von weiteren Überlandbahnen hört, ist vorläufig noch recht phantastisch, so eine große Nord-Süd-bahn von Algier durch die Sahara nach dem Tschadsee und eine ostwestliche Querbahn von Chartum durch den Sudan nach dem Tschadsee. Ein afrikanisches Eisenbahnnetz mit dem Tschadsee als Mittelpunkt wird noch lange auf dem Papier bleiben.





Kolonialfinanzielles.]

Von vornherein schätzte Bismarck die nationale und politische Bedeutung deutscher Kolonien höher ein als die finanzielle, die von keinem kolonisierenden Kulturstaat vorangestellt werden darf. Was er, der weitblickende und weltkluge Staatsmann, in den achtziger Jahren darüber sagte, verdient gegenüber den Bemängelungen kleiner Geister wieder in das Gedächtnis zurückgerufen zu werden.

Bismarck verschloß sich nicht vor der Notwendigkeit deutscher Kolonialpolitik, obwohl er die Schwierigkeiten, die dabei entstehen mußten, erkannte.

„Ich bin kein Kolonialmensch von Hause aus gewesen," sagte er am 26. Januar 1889 im Reichstage, „ich habe gerechte Bedenken gehabt, und nur der Druck der öffentlichen Meinung, der Druck der Mehrheit hat mich bestimmt, zu kapitulieren und mich unterzuordnen."

Bismarck rechnete mit der Möglichkeit von Enttäuschungen. „Ohne ein gewisses Wagnis," äußerte er am 23. Juni 1884 im Reichstage, „würden überhaupt nie Kolonien entstanden sein." Er warnte davor, eine koloniale Gründung wie einen Lotterieeinsatz zu betrachten, der im nächsten halben Jahre einen ungeheuren Gewinn geben müsse. Er erblickte in den Kolonien eine vorbedachte berechnete Anlage, die unter Umständen viel-

leicht auch keinen Gewinn abwirft, aber doch mit Wahrscheinlichkeit in zehn oder zwanzig Jahren.

„Unsere ganzen kolonialen Unternehmungen," sagte er am 15. Januar 1889, „sind nicht auf einen Nutzen von drei bis vier Jahren berechnet." Er verglich sie mit landwirtschaftlichen Unternehmungen. Manche Schößlinge gehen da zugrunde, während andere sich kräftig entwickeln. Allenfalls könnte man Kolonien, wie er meinte, auch mit der Mutung eines Bergwerkes vergleichen, das man nicht sofort in vollen Angriff nehmen kann, für das man aber doch dem Erben sichere Grenzen übermacht, die von anderen Mächten nicht mehr übertreten werden. In den Wahlkämpfen von Anfang 1907 wurde dieser letztere Vergleich durch einige Zahlen illustriert. Im Rheinlande besitzt der preußische Staat für 40 Millionen Mark Mutungen auf Kohlenwerke, und er hat noch weitere 60 bis 70 Millionen hineinzustecken, bis die betreffenden Kohlenlager aufgeschlossen sind. Es handelt sich also auch hier um die Anlage großer Kapitalien, bevor von Ausbeute und Gewinn die Rede sein kann.

Bismarck führte als Beispiel auch einen Grundbesitzer in Lichterfelde an, der vor dreißig Jahren sich ein Grundstück erworben hat und den Besitztitel liegen läßt, bis die Zeit kommt, wo er das Grundstück bebaut oder vorteilhaft verwertet. Bismarck warf die Frage auf, „ob wir in zehn, in zwanzig, in dreißig Jahren nicht vielleicht bereuen würden, den Besitztitel, der uns jetzt geboten wird, verschmäht zu haben. Da habe ich nicht den Mut, ihn herauszuweisen, namentlich wenn er für den Preis, der uns jetzt dafür abgefordert wird, zu haben ist."

Bismarck wollte die Zustimmung zur Kolonialpolitik

keineswegs von einem genauen Nachweise der Rentabilität abhängig gemacht wissen. Er erinnerte an die vielfachen Geldbewilligungen der Landesvertretungen bei Eisenbahnbürgschaften und Zuschüssen zu anderen nutzbringenden Unternehmungen. Hat doch auch Deutschland für die Gotthardbahn einen Zuschuß von 24 Millionen Mark bewilligt.

Kolonialpolitik ist Zukunftspolitik mindestens überall da, wo nicht Raubbau getrieben wird. Raubbau zu treiben liegt aber nicht in deutscher Art. Vorläufig erfordern die deutschen Kolonien beträchtliche Zuschüsse wie jedes neue große Unternehmen. Nur wer säet, kann ernten. Der Landmann pflanzt Bäume, obwohl er selbst ihre Früchte niemals ernten wird.

Mit Vorliebe haben die Kolonialgegner alle bisher gewährten Zuschüsse an die Kolonien zusammengestellt und Millionen und Milliarden herausgerechnet, um den deutschen Spießbürger zu erschrecken. Eine erheiternde Berechnung dieser Art hat der sozialdemokratische „Vorwärts" Ende 1906 zustande gebracht. Die Kriegskosten setzte er mit 600 Millionen Mark an, Zuschüsse an 5000 Farmer mit 50 Millionen Mark und endlich Ausgaben für die Schutztruppe (50 Jahre zu je 30 Millionen Mark) mit 1500 Millionen Mark. Insgesamt 2150 Millionen Mark. „Jeder Farmer," sagte der „Vorwärts", „würde uns also mehr als 400 000 Mark gekostet haben." Leicht würde der „Vorwärts" noch einige Milliarden mehr haben einstellen können, wenn er die Ausgaben der Schutztruppe gleich für 100 Jahre angenommen hätte.

Diese Art der Rechnung ist nur für gedankenlose Leser erfunden. Mit derselben Berechtigung könnten die Kosten der französischen Kriegszüge gegen Deutschland

zusammengestellt und daraufhin ermittelt werden, wieviel Frankreich für jeden Kopf im Elsaß aufgewendet hatte, als es dieses Land besetzte. Die eine Rechnung ist so absurd wie die andere. Für eine Macht, die außerhalb ihrer Grenzen ein Gebiet erstrebt oder erwirbt, ist nicht die Kopfzahl der Bevölkerung ausschlaggebend, sondern der militärische, strategische und wirtschaftliche Wert des betreffenden Landes. Diese Werte ließ der „Vorwärts" natürlich außer Betracht.

Wohl sind hohe Zuschüsse für die Kolonien bewilligt worden. Aber die Hunderte von Millionen, die da herausgerechnet werden, lassen sich erst richtig abschätzen, wenn man sie mit verwandten Zahlen vergleicht. Dann erscheinen sie keineswegs erschreckend hoch. Nach den Berechnungen des Staatssekretärs Dernburg haben die deutschen Baumwollindustriellen durch die spekulativen Preissteigerungen dieses Rohstoffes im Jahre 1905 etwa 150 bis 200 Millionen Mark für ihren Bedarf mehr bezahlt als im Jahre 1899. Macht sich Deutschland mit seiner Baumwollversorgung unabhängig von den nordamerikanischen Spekulanten, indem es den Baumwollbau in seinen Kolonien entwickelt, und kann es seinen Industriellen solche Preissteigerungen ersparen, so erscheinen die Zuschüsse für die Kolonien in einem anderen Licht. Es kommen hier Umsätze in Betracht, die nur von einem höheren Standpunkt richtig beurteilt werden können.

Trotz aller ihrer Berechnungen haben es die Kolonialgegner, abgesehen von den sozialdemokratischen Nihilisten, doch vermieden, die letzte Schlußfolgerung zu ziehen, — sie haben sich gescheut, einen Besitz für wertlos zu erklären, der so hohe Zuschüsse fordert, sie haben es unterlassen, das Aufgeben dieses Besitzes zu verlangen,

und sie waren sehr klug, als sie darauf verzichteten, denn diese letzte Schlußfolgerung zeigt die Unrichtigkeit ihrer ganzen Darlegung.

Trotz all der Zuschüsse, die sie noch fordern, haben die Kolonien einen greifbaren wirtschaftlichen Wert. Dieser Wert läßt sich ziffernmäßig feststellen, soweit er in bereits veranlagten Kapitalien zum Ausdruck kommt. Für öffentliche Verkehrsunternehmungen usw. hat das Reich in den Kolonien bis Ende 1906 etwa 60 Millionen aufgewendet, und von verschiedenen Erwerbsgesellschaften und Privatunternehmungen sind insgesamt 274 Millionen Mark Kapitalien angelegt worden. Man wird nicht leicht einen Kapitalisten finden, der auch nur 1000 Mark in ein Unternehmen steckt, von dessen Wertlosigkeit und Aussichtslosigkeit er von vornherein überzeugt ist. Die bebedeutenden Privatkapitalien sind in den Kolonien angelegt worden im Vertrauen auf die gedeihliche Entwickelung des betreffenden Unternehmens, im Vertrauen auf die Zukunft der deutschen Kolonien und im Vertrauen auf den Schutz des Reiches. Dieses Vertrauen darf nicht getäuscht werden.





Die politische Bedeutung der deutschen Kolonien.

Unberechenbar ist der politische Wert einer jeden Kolonie. Nicht zuletzt aus politischen Erwägungen sind die größeren Völker zur Begründung von Kolonien geschritten. Ein Blick auf die Karte von Afrika zeigt, daß fast alle europäischen Staaten dort Kolonien besitzen, nur Rußland, das sich unmittelbar an seinen Grenzen erweitern kann, und Österreich-Ungarn, das wegen seines Nationalitätengemisches auf nationale Kolonialarbeit verzichten muß, sind ferngeblieben.

Weitaus der größte Kolonialbesitz in Afrika gehört den Engländern, alles in allem 5,3 Millionen Quadratkilometer. Lange Zeit hatte Afrika für die Engländer vorwiegend verkehrspolitisches Interesse. In Kapstadt setzten sie sich fest, wo vor der Eröffnung des Suezkanals die Hauptstation auf dem Wege nach Indien war. Nach Vollendung des Suezkanals faßten sie Fuß in Ägypten. Vom Kaplande aus erweiterten sie ihre Herrschaft über Rhodesia nach dem Norden und von Ägypten über den Sudan nach Süden, und es ist ihr Plan, durch den Bau einer Bahn vom Kap zum Nil ein größerbritisches Afrikareich zu gründen.

An Wert und Bedeutung stehen die Besitzungen Frankreichs in Afrika mit 10,2 Millionen Quadratkilo-

meter weit hinter denen Englands zurück, aber das nordwestafrikanische Kolonialreich Frankreichs hängt zusammen, es soll abgerundet werden durch Einbeziehung von Marokko und würde dadurch an innerem Wert wie an politischer Bedeutung erheblich gewinnen.

Außerdem haben beträchtliche Besitzungen in Afrika die Türkei und Portugal. Italien steht in Eritrea und hat Anwartschaft auf Tripolis. Endlich wäre noch Belgien mit dem Kongostaat und Spanien mit seinen Besitzungen an der Nordküste zu erwähnen.

Die deutschen Kolonien in Afrika haben einen Flächenraum von 2,4 Millionen Quadratkilometern. Togo ist etwas größer wie Bayern, Kamerun etwas kleiner wie Deutschland, Deutsch-Südwest- und Ostafrika zusammen dreimal so groß wie Deutschland.

Wer den politischen Wert dieser Kolonien bezweifelt, möge sich darüber von den Engländern belehren lassen. Mehrfach schieben sich die deutschen Schutzgebiete zwischen die englischen Kolonien ein, sie verhindern eine gewisse Abrundung des englischen Besitzes. Ohne die deutschen Kolonien würde die Übermacht der Engländer im südlichen Afrika eine unbedingte sein. Für die englischen Politiker sind nicht nur die deutschen, sondern auch die französischen und portugiesischen Kolonien wie der Kongostaat unüberwindliche Hindernisse bei der Heranbildung des geplanten großen britischen Afrikareiches.

Die politische Bedeutung der deutschen Kolonien in Afrika wird auch von den nicht britischen Kolonialmächten anerkannt. Eine gewisse Gemeinsamkeit aller nicht britischen Interessen in Afrika ist vorhanden und wird voraussichtlich noch greifbarer hervortreten. Wiederholt ist bereits von französischer Seite diese Gemeinsamkeit be-

tont worden. Anfang 1907 empfahl auf einem Bankett des französischen Kolonialverbandes in Paris der frühere französische Kolonialminister Harmant ein Einvernehmen Frankreichs mit Deutschland auf kolonialwirtschaftlichem Gebiet angesichts der großen Ausdehnung der deutschen Kolonien und im Hinblick auf das Ansehen Deutschlands in Ostafrika.

Als ein Freund französisch-deutscher Annäherung auf kolonialem Gebiet erschien in Berlin am 15. März 1907 der französische Abg. Hubert, Vizepräsident des Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten, und hielt vor der Deutschen Kolonialgesellschaft einen Vortrag über die Kolonialtätigkeit Frankreichs in Westafrika. Er verwies auf die gemeinsamen Berührungspunkte zwischen Deutschland und Frankreich in Afrika und erblickte in einem gegenseitigen Sichverstehen das gemeinsame Arbeiten auf nichtstrittigem Boden als das beste Mittel, Gegensätze zu überbrücken. In gleichem Sinne haben sich René Millet, Senator Marcel Saint Germain u. a. ausgesprochen.

Und noch einen besonderen unwägbaren Wert hat Deutschwestafrika für Deutschland erlangt nach der Niederwerfung des Aufstandes durch die deutschen Truppen. Mit Erstaunen haben die anderen Mächte beobachtet, wie sich dort der militärische Geist des deutschen Volkes, der Deutschland groß gemacht hat, aufs neue entfaltete, jener militärische Geist mit all den Soldatentugenden, wie Tapferkeit, Mannszucht und Zuverlässigkeit, die die Disziplin erleichtern und zu Heldentaten anfeuern. Nahezu 2000 junge Deutsche haben in Südwestafrika ihr Leben lassen müssen. Aber deutsches Blut ist nicht vergeblich geflossen. Alle Mächte haben aufs neue gesehen, was

das deutsche Volk in Waffen vermag. Auch die deutschen Soldaten von heute, die Nachkommen der Sieger vor einem Menschenalter, haben sich unter den schwierigsten Verhältnissen bewährt, sie haben Anstrengungen und Entbehrungen überwunden und das Feld behauptet, weit entfernt vom Vaterlande, im Kampfe mit ungewohnten Naturgewalten, im Kampf mit einem tückischen und flüchtigen Feind, im Kampfe mit grausamen Halbbarbaren, die anfangs selbst wehrlose Frauen und Kinder nicht schonten. Noch heute lebt im deutschen Volke, dem Volke in Waffen, der Wille und mit ihm die Kraft zu siegen.

Nicht überall hat man mit Sympathien die Kraftentfaltung des deutschen Volkes in Südwestafrika beobachtet. Ende 1906 äußerte mit einigem Unbehagen der sonst so liebenswürdige und deutschfreundliche englische Kriegsminister Haldane: Wenn die Zahl der Truppen in Südwestafrika vermindert werden sollte, dann würde ein Gefühl der Beunruhigung für die englische Politik verschwinden.

Was mit deutschem Blut errungen worden ist, muß festgehalten werden. Nationales Pflichtgefühl haben die deutschen Truppen in Südwestafrika heldenhaft gezeigt. Dasselbe nationale Pflichtgefühl lebt im deutschen Volk und wurde betätigt bei den denkwürdigen Reichstagswahlen vom 25. Januar 1907. Da hat das deutsche Volk bekundet, was die Thronrede vom 19. Februar bestätigte, daß es Ehr' und Gut der Nation ohne kleinlichen Parteigeist fest und treu behütet wissen will. Deutsch-Südwestafrika wird deutsch bleiben.

Nicht mit Unrecht hat man die Kolonien die Erziehungsschule eines Volkes zu kraftvollem Handeln, zu weiterem Denken genannt. In diese Erziehungsschule muß wenigstens ein Teil des deutschen Nachwuchses gehen.

Von den Kolonien sagte Wilhelm Roscher, daß sie den Nationen eine lebensverlängernde Kraft verleihen, durch frischen, hoffnungsfreudigen Aufschwung infolge Erweiterung ihres Spielraums. Mögen auch diese Vorteile kolonialer Politik Beachtung finden!

Herzerfreuend ist die Beobachtung, wie im deutschen Volke das Verständnis für die großen nationalen Fragen der Gegenwart wächst, wie das Interesse und das Wohlwollen für die Kolonien in weitere Kreise dringt und stärker hervortritt. Dazu mögen die 15 000 deutschen Soldaten in Südwestafrika mit ihren Briefen und Berichten erheblich beigetragen haben. Auch die Literatur folgt langsam nach.

Zum Ausdruck kam das Verständnis des deutschen Volkes für die Kolonien in den Wahlkämpfen zu Anfang 1907. Durch die koloniale Frage wurden alle Erörterungen, die vordem sich um mehr oder minder kleinliche Streitigkeiten drehten, durch ein neues, weitausschauendes Gebiet bereichert und auf eine höhere Stufe erhoben. Unter der kolonialen Fahne allein konnte der nationale Gedanke aufleuchten und den Sieg erringen.

Bei der Gründung von Kolonien kam Deutschland zu spät, fast zuletzt. Die Erde war mit ihren besten Ländern schon verteilt. Allein die gegenwärtige Verteilung der Erde kann als eine endgültige nicht angesehen werden. Vollzogen sich doch in jedem der letzten Jahrhunderte in dem Kolonialbesitz der Mächte stets neue, erhebliche Verschiebungen. Dieser Umstand ist von Wert. Deutschland mußte in kolonialpolitische Wege einlenken und sich kolonialpolitisch betätigen auch im Hinblick auf die Möglichkeit kommender Konjunkturen.



Sozialdemokratische Kolonial- und Weltpolitik.

Nachgerade haben alle Parteien in Deutschland die Notwendigkeit einer tatkräftigen Kolonialpolitik anerkannt. Einzig und allein die sozialdemokratische Parteileitung steht abseits und läßt die deutsche Kolonialpolitik auf das erbittertste bekämpfen, nicht aus Abneigung gegen Kolonien, sondern aus Haß gegen das Reich.

Es ist die alte Taktik der Partei, alles anzufeinden, was ihr geeignet erscheint, das Deutsche Reich zu stärken, weil sie auf dessen Schwäche bedacht sein muß, um, was besteht, rascher und leichter umzustürzen.

In einem Aufsatz vom 5. Mai 1906 erklärte das sozialdemokratische Zentralorgan, daß „die kapitalistische Weltpolitik in allen Ländern so nachdrücklich wie möglich zu bekämpfen ist," da die sozialdemokratische Auffassung „gerade in den weltpolitischen Reibungen das größte Hemmnis der proletarischen Klassenpolitik, der politischen Erstarkung der Arbeiterklasse erblickt". In der deutschen Welt- und Kolonialpolitik glaubt die sozialdemokratische Parteileitung eine neue letzte Entwickelungsstufe der bürgerlichen und kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland zu erkennen. Es ist aber doch sehr zu bezweifeln, ob wirklich ohne diese Welt- und Kolonialpolitik die wiederholten Prophezeiungen Bebels von dem Hereinbruch des

allgemeinen „Kladderadatsch“ für das Jahr 1889 und später für 1898 eingetroffen wären.

Genug. Blindwütig haben die sozialdemokratischen Agitatoren und Organe namentlich vor den Wahlen von 1907 gegen die deutsche Kolonialpolitik gearbeitet, von der das Zentralorgan sagte, daß sie „ein neudeutsches Sklavenreich mit dem Gut und Blut des deutschen Proletariats aufrichten will“. Dieser Politik sollte eine „zerschmetternde Niederlage“ bereitet werden.

Trotz alledem haben sich auch im sozialdemokratischen Lager kolonialfreundliche Stimmen erhoben und eine Auffassung zurückgewiesen, die sich damit begnügt, die deutschen Kolonien als wertlose Sandwüsten zu verhöhnen.

Bedenken gegen die schroff ablehnende Haltung der Sozialdemokratie zur deutschen Kolonialpolitik äußerte Anfang 1907 in den „Sozialistischen Monatsheften“ der frühere sozialdemokratische Abg. Calwer. Den Genossen hielt er vor, „daß unser Kapitalismus und unser Unternehmertum kolonisieren müssen, soll Deutschlands wirtschaftliche Zukunft dem konkurrierenden Auslande gegenüber sichergestellt werden. Es gibt kein zweites Industrieland der Erde, das aus sich selbst einen so starken Bevölkerungszuwachs entwickelt, wie Deutschland. Wir sehen nun, wie das Unternehmertum aller anderen mächtigen Industrieländer bis zum jüngsten, Japan, herab die Erde okkupiert. Da kann die Sozialdemokratie in Deutschland nicht verlangen, das deutsche Unternehmertum solle hübsch zu Hause bleiben und keine weltpolitischen Ziele verfolgen.“

Mit Rücksicht auf die gesamte weltwirtschaftliche und weltpolitische Lage anerkannte Calwer die Notwendigkeit deutscher Kolonialpolitik:

„Auf der einen Seite steht das koloniengesegnete

England, das immer mehr dem Ziele eines Reichszollvereins näher rückt, auf der andern steht die nordamerikanische Union, die nicht nur Südamerika als ihre Domäne betrachtet, sondern die uns auch aus natürlichen, technischen und wirtschaftsgeschichtlichen Gründen in vieler Beziehung überlegen und gefährlich ist."

Als Vertreter der Interessen des Arbeitsmarktes gab Calwer ausdrücklich die Wahrscheinlichkeit eines mittelbaren Nutzens der deutschen Kolonien für die deutsche Arbeiterschaft zu. Als Sozialdemokrat meinte er aber, es dürften die Ausgaben für die Kolonien keinesfalls aus dem Lohneinkommen, sondern müßten aus dem Kapitaleinkommen gedeckt werden.

Genosse Huë versicherte in der „Neuen Gesellschaft" vom April 1907, daß der Sozialist nicht die Kolonialpolitik an sich bekämpft, „sondern die auf Verarmung der Eingeborenen und rücksichtslose Bereicherung kolonialkapitalistischer Interessen gerichtete". Er bedauerte, daß dieser Gedanke in der sozialdemokratischen Partei nicht der richtunggebende sei. „Infolge mangelnder Orientierung über die komplizierte Materie kommen manche Parteigenossen in Wort und Schrift zu genereller Ablehnung kolonialpolitischer Bestrebungen". Er erinnerte an die kolonialfreundliche Haltung ausländischer Parteigenossen und befürwortete positivere Mitarbeit. „Vor die Tatsache des Kolonialbesitzes gestellt, wird sich eine politische Partei wie die Sozialdemokratie intensiv bemühen müssen, in der Verwaltung dieses Besitzes die humanitären Gesichtspunkte zu den herrschenden zu machen".

Eingehender beschäftigte sich mit der Kolonialpolitik eine sozialdemokratische Schrift vom Jahre 1898 unter

dem Titel: „Ein Blick in den Zukunftsstaat. Produktion und Konsum im Sozialstaat“ von Atlanticus. Der Verfasser hatte sich nicht genannt. Aber in einem sehr freundlichen Vorwort von neunzehn Druckseiten führte Karl Kautsky die Schrift ein und gab ihr einen unzweifelhaft sozialdemokratischen Stempel. Die Schrift entwarf verlockende Bilder vom sozialdemokratischen Zukunftsstaat und sollte zeigen, was er mit den heutigen Mitteln der Wissenschaft und Technik dermaleinst leisten können wird.

Da auch die Sozialdemokraten auf die Erzeugnisse ferner Länder, wie Tee, Kaffee, Kakao, Gewürze, Seide, Südfrüchte usw., nicht verzichten wollen, da Deutschland außerdem Baumwolle einführen muß, ferner Wolle und einen Teil seines Nahrungsmittelbedarfs, so meint Atlanticus:

„Will man in der näheren Zukunft etwas erreichen, dann darf es nicht heißen: „Fort mit den Kolonien!“, sondern „her mit den Kolonien!“, „mehr Kolonien!“ Selbst den gleichzeitigen Sieg des Sozialismus auf der ganzen Linie vorausgesetzt — glaubt man wirklich, daß damit alle nationalen Gegensätze abgeschafft, die Engländer z. B. ohne weiteres gutmütig mit den Deutschen werden teilen, resp. sich stets zu einem billigen, gerechten Produktenaustausch werden verstehen wollen?“

Einen gerechten internationalen Güteraustausch hält Atlanticus nur für möglich unter der Voraussetzung einer Weltrepublik und von der glaubt er aus guten Gründen, daß sie „bei dem sehr ungleichen Bildungs- und Kulturstande selbst der europäischen Völker sehr lange auf sich warten lassen kann.“

Atlanticus findet, daß die Tropenkolonien Deutschlands vollauf genügen, um den deutschen Bedarf an tro-

pischen Erzeugnissen beschaffen zu können. Kamerun nennt er einen „landwirtschaftlich hochwichtigen Besitz, der für die Erzeugung von Kaffee, Kakao, Tabak die denkbar günstigsten klimatischen und Bodenverhältnisse aufweist". Neu-Guinea erzeuge eine Baumwolle, die die besten amerikanischen Marken übertreffe. Für den Anbau von Baumwolle, ferner von edlem Tabak und Ramie ließen sich von den außerordentlich fruchtbaren Alluvialebenen Neu-Guineas sicher 500 000 Hektare dem Urwald abringen, zu deren Bebauung allerdings gegen 100 000 einheimische oder malaiische Arbeiter oder eingeführte Neger verwandt werden müßten. Deutsch-Südwestafrika sei für Viehzucht, namentlich Schafzucht, gut geeignet und könnte sicher 25 bis 30 Millionen Schafe ernähren, so daß sich die deutsche Wolleinfuhr aus Argentinien und Australien ersetzen ließe. Ein Teil der höher gelegenen Striche Ostafrikas will Atlanticus für den Weizenbau herangezogen wissen.

Eingehend beschäftigt sich der sozialdemokratische Schriftsteller mit dem Anbau von Kaffee in dem dafür ausgezeichnet geeigneten Bergland von Usambara. Als Mann der Praxis scheut er sich nicht, bei der Nutzbarmachung der Kolonien einen gewissen Arbeitszwang für die Eingeborenen in Vorschlag zu bringen. Diesen Arbeitszwang will er freilich durchaus nicht als Sklaverei aufgefaßt wissen, denn er brauche nicht länger zu währen, bei entsprechenden Leistungen, als die Arbeitspflicht des Weißen in Europa.

„Bei einer 10jährigen Arbeitspflicht für die Männer könnte z. B. die ca. 3 Millionen Menschen zählende Negerbevölkerung von Deutsch-Ostafrika recht gut 200 000 Arbeiter stellen, die für die Bewirtschaftung von 300 000

Hektaren Kaffeeland vollauf genügen würden. Ein so großes Areal von ausgezeichneter Bodenqualität würde aber allein Usambara bieten. Rechnet man nun, was bei fruchtbarem Boden nicht zu hoch ist, 1500 Kilogramm Kaffeeertrag vom Hektar, so wären das 450 Millionen Kilogramm, etwa das dreifache des heutigen deutschen Kaffeekonsums. Dabei würde es denn nichts verschlagen, wenn man als Entgelt der ganzen Negerbevölkerung Nahrungsmittel und Baumwollkleider zukommen ließe im heutigen Werte von 100 bis 150 Millionen Mark, man wäre doch viel billiger zu diesem wichtigen Genußmittel gekommen, als es heute möglich ist, wo den Löwenanteil stets Pflanzer und Kaufleute resp. fremde Staaten in Form von Ausfuhrzöllen einstecken. Wenn man sich aus sentimentaler Gefühlsduselei auch zu einem solchen zeitweiligen Arbeitszwang für die Schwarzen nicht entschließen will — dann ist freilich nichts zu machen — freiwillig wird der Neger unter den heutigen Verhältnissen bei seiner Bedürfnislosigkeit selten arbeiten."

Atlanticus erinnert an die Erfahrungen der Holländer auf Java, an die geringe Arbeit, die von den Eingeborenen verlangt wird, an ihre Trägheit und Nachlässigkeit. Widerspenstigen Negern gegenüber brauche man nicht gerade zu Galgen und Rad greifen. Gelinge es erst, den Neger an Genüsse zu gewöhnen, ihm die Vorteile der Dienstzeit klarzulegen, so werde er bald ganz gern freiwillig sich zum Eintritt melden.

Somit könnte Deutschland, wenn es seine Kolonien entwickelt und bebaut, nach der Auffassung des sozialdemokratischen Kolonialpolitikers bereits bei seinem jetzigen Kolonialbesitz von der übrigen Welt unabhängig dastehen. Wörtlich sagt Atlanticus:

„Es brauchte dann bloß in Ostafrika die Eisenbahnen zu bauen, Bodenmeliorationen, namentlich künstliche Bewässerung einzurichten usw.; auf den Hochebenen mit mehr gemäßigtem Klima werden sich bei abgekürzter Arbeitszeit und späterem Rücktransport in die Heimat z. T. selbst weiße Arbeiter verwenden lassen. Jedenfalls ist der Kolonialbesitz Deutschlands ein geradezu ausschlaggebender Faktor für die Lösung der sozialen Frage, und die einzige Sorge sollte sein, daß nicht zuviel Land von Privaten zu Spekulationszwecken erworben, der Staat später nicht gezwungen wird, Milliarden dafür auszuwerfen, was er jetzt umsonst hat. Vor allem aber müßten überall landwirtschaftliche Versuchsstationen gegründet, geologische Durchforschungen, Vermessungen ausgeführt werden, damit man die Ausdehnung des tauglichen Bodens genauer kennen lernt und zugleich feststellt, welche Kulturpflanzen in jeder Gegend am besten gedeihen."

Leider hat bei seinen Genossen der sozialdemokratische Kolonialpolitiker kein Gehör gefunden, und unbeachtet haben sie gelassen, was er ihnen eindringlich in seiner Schrift anrät:

„Die Sozialdemokratie würde in ihrem eigenen Interesse handeln, wenn sie, anstatt die Kolonialbudgets schroff zu bekämpfen, proponierte, jährlich einige Millionen zur wissenschaftlichen Erforschung und Anlage von einigen Dutzend Versuchsstationen auszuwerfen, mindestens sollte mit jedem Militärposten eine Versuchsplantage verbunden werden, wo es nötig ist, Bewässerungsanlagen hergestellt werden."

Mit einigen sehr treffenden Bemerkungen hat sich schon Atlanticus gegen die Übertreibungen der sogenannten Kolonialgreuel gerichtet. „Öfter," sagt er, „wird über

die Verrohung deutscher Beamten in Afrika geklagt und als Konsequenz Aufgabe der Kolonien gefordert. Das ist genau so verständig, als wenn man die Lunge ausschneiden wollte, weil sich einzelne Bakterien darin festgesetzt haben, anstatt einfach die Bakterien zu entfernen suchen. Wird die Machtbefugnis der Beamten streng umgrenzt, Vergehen unnachsichtlich bestraft, so wird der „Tropenkoller" wohl bald aufhören."

Aus dem Aufsteigen des Deutschen Reiches als Kolonial-, Flotten- und Weltmacht hat das deutsche Erwerbsleben bereits große und greifbare Vorteile gezogen, zunächst freilich Unternehmer und Kapitalisten, aber doch auch weite Arbeiterkreise. Neue Arbeitsgelegenheiten sind entstanden durch die deutschen Schiffsbauten, durch die Ausfuhr nach den deutschen Kolonien, auch für die Anlage von Häfen und Eisenbahnen daselbst, durch die Beschaffung von Kriegsbedarf für die Niederwerfung des Aufstandes in Deutsch-Südwestafrika. Alle neuen Arbeitsgelegenheiten haben eine größere Nachfrage nach Arbeitern zur Folge, sodann eine Verminderung der Arbeitslosigkeit und ein Aufsteigen der Löhne. Diese Tatsachen können selbst von den Sozialdemokraten nicht geleugnet werden. Nur mit der logischen Schlußfolgerung wollen sie nicht einverstanden sein.

* * *

In einem Aufruf zu den Wahlen vom 14. Januar 1907 verkündete der sozialdemokratische Parteivorstand:

„Bringt es den Genossen immer wieder ins Gedächtnis: Es handelt sich um die Frage, ob Deutschland fortfahren soll, durch seine reaktionäre innere Politik der Gegenstand des Spottes und der Geringschätzung, und

durch seine provokatorische Militär-, Flotten- und auswärtige Politik — die uns in der Welt isoliert hat — der Gegenstand der Abneigung, um nicht zu sagen des Hasses in der gesamten Kulturwelt zu sein. Vorwärts die Massen zum Sturm!"

Ist die innere Politik des Deutschen Reiches wirklich reaktionär? Ist Deutschland tatsächlich „der Gegenstand des Spottes und der Geringschätzung in der gesamten Kulturwelt"? Nur ein entarteter Sohn des Deutschen Reiches kann derartige vermessene Behauptungen aufstellen. Was den Sozialdemokraten unangenehm ist, was ihnen nicht Vorschub leistet, was ihren Zwecken nicht dient, nennen sie reaktionär. Und wie die deutschen Zustände, so haben die sozialdemokratischen Organe oft genug auch die schweizerischen, französischen, englischen und nordamerikanischen Zustände für reaktionär erklärt. Ein Gegenstand des Spottes wäre das Deutsche Reich in der gesamten Kulturwelt? Von Deutschland sagte Bebel im Herbst 1906 auf dem Mannheimer Parteitage, es sei ein Staatswesen, wie es zum zweitenmal auf der Welt nicht besteht. Er erinnerte die Genossen an die Stärke und Kraft dieses Staatswesens, um sie vor der leichtherzigen Veranstaltung eines Massenausstandes zu warnen. Wegen seiner ausgezeichneten Verwaltung, die ihresgleichen sucht, wegen seines Heerwesens, das man nirgends nachmachen kann, wegen seiner umfassenden beispiellosen und erfolgreichen staatlichen Betriebe für den Verkehr ist Deutschland bei den anderen Kulturvölkern ein Gegenstand der Hochschätzung, ja des Neides geworden. Diese Tatsache zu leugnen und das eigene Vaterland in den Augen der Genossen herabzusetzen, bleibt dem sozialdemokratischen Parteivorstand vorbehalten, der in

der Wahl seiner Mittel sich durch die Gebote vaterländischer Pflichten nicht beengen läßt.

Und ist es wirklich wahr, was die Parteileitung behauptet, daß Deutschland durch seine provokatorische Militär-, Flotten- und auswärtige Politik der Gegenstand der Abneigung und des Hasses in der gesamten Kulturwelt geworden ist? Wann und wo wäre die deutsche Politik provokatorisch hervorgetreten? Obwohl die stärkste Landmacht Europas, hat das Deutsche Reich, wie es sein erster Kaiser verhieß, im Frieden seine Größe konsolidiert, ist ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens geworden und hat den Glauben an seine Friedensliebe bisher noch nicht ein einziges Mal erschüttert. Die Verstärkung der deutschen Flotte war nötig zum Schutze der angewachsenen überseeischen Interessen und Beziehungen Deutschlands und ist, abgesehen von gewissen chauvinistischen Politikern Englands, nirgends als provokatorisch angesehen worden.

Oft genug hat man in den sozialdemokratischen Blättern lesen können: „Deutschland braucht keine starke Kriegsflotte, es bedroht dadurch nur den Frieden.“ Wenn schon die kleine deutsche Flotte den Frieden bedroht, was soll man da erst von der großen englischen sagen?

Gleichwohl gibt es auch im sozialdemokratischen Lager verständige Leute, die eine starke deutsche Flotte für zweckmäßig und im Interesse der Arbeiter für notwendig halten.

In der sozialdemokratischen Schrift: „Ein Blick in den Zukunftsstaat“ wird sogar angenommen, daß durch die sozialdemokratische Verstaatlichung Deutschland sich in wenigen Jahren eine Flotte bauen könnte, mächtiger als die englische. Der deutsche Zukunftsstaat würde auch

zur See stets überlegen bleiben, weil er mehr Einwohner besitze als England. Die Theorie von der allgemeinen Verbrüderung, ewigem Frieden usw. erachtet die Flugschrift als wertlos und meint, daß sie sich auf dem Papier recht schön ausnehme. Aber tatsächlich werde jeder Staat und jede Nation bei der künftigen Verteilung der Erde sicher nur soviel erhalten, als sie reale Machtmittel besitzen, um ihre Forderungen auch im Ernstfalle vertreten zu können.

Verständnis für die Notwendigkeiten der Weltlage zeigte Genosse Calwer, als er in den „Sozialistischen Monatsheften" vom März 1907 sich gegen die Flottenfeindlichkeit der sozialdemokratischen Parteileitung wandte:

„Große Kriegsflotten sind wohl kein erfreuliches Zeichen der Kulturentwicklung der Menschheit, aber sie sind da, sie werden vom Auslande gebaut, und es läßt sich nicht bestreiten, daß bei der Entscheidung von allen wirtschaftlichen Fragen, ob es zu einem Krieg kommt oder nicht, der tatsächliche Einfluß eines Landes an der Stärke seiner Flottenmacht gemessen wird. Was soll nun angesichts dieses Tatbestandes das kapitalistische Deutschland tun? Soll es auf jeden weltpolitischen Einfluß verzichten, kann es auf ihn verzichten? Wäre es auch nur im Interesse des Arbeitsmarktes erwünscht, wenn es darauf verzichten würde, oder soll es nicht vielmehr seiner industriellen und kommerziellen Entwickelung entsprechend sich gleichfalls durch eine starke Flotte für alle Fälle auf das äußerste gefaßt machen? Gewiß bekämpft der Sozialismus, nach wie vor, den Austrag jedes politischen Konflikts mit der Waffe, aber er kann sich doch nicht der Tatsache verschließen, daß so, wie die Dinge heute nun einmal liegen, das einzelne Land in einer Zwangslage

sich befindet. Wenn wir Sozialdemokraten heute das Staatsruder in die Hand bekämen, was könnten wir denn als Sozialisten tun? Wir könnten Vorschläge zu einer internationalen Abrüstung machen, ich glaube aber kaum, daß wir damit bei vielen Ländern Erfolg haben würden. Was aber dann? Würden wir den Mut haben, unsererseits kurzerhand abzurüsten und uns unserer Macht dem Auslande gegenüber zu entblößen? Nein, das würden und könnten wir selbst als Sozialisten nicht tun."

Trotzdem verlangen die Sozialdemokraten die Aufgabe der deutschen Kolonien. Deutschland soll sich auf seine engen Binnengrenzen zurückziehen. Dieses Verlangen ist undeutsch und unverständig. Sollte das Deutsche Reich jemals genötigt werden, seine Kolonien aufzugeben, so würde dies der Anfang vom Ende sein. Gefährdet wäre zunächst Deutschlands überseeischer Handel, denn stärkere Mächte würden das möglichste tun, um ihn einzuschränken, und sie würden Erfolg haben.

Ein Reich, das seine Kolonien aufgibt, befindet sich in rückläufiger Entwickelung. Es muß als Weltmacht abdanken, muß sich zu einer Macht zweiten Ranges, zu einem Binnenstaat erniedrigen und seine Nation zu einem Volke zweiter Klasse herabdrücken lassen.

Nur kurzsichtige Politiker, denen die Partei höher steht als das Vaterland, können solche Politik der Selbstverstümmelung dem Deutschen Reiche zumuten. Wären aber diese Politiker maßgebend, so würden sie ihre eigene Gefolgschaft, die organisierten Arbeiter, weitaus am empfindlichsten schädigen.

Was wäre die Folge, wenn Deutschland seine Kolonien aufgibt, seine Flottenrüstungen beschränkt und als

Weltmacht abdankt? Rückgang der Arbeitsgelegenheit und zugleich Rückgang der Löhne.

Ein jeder Arbeiter, auch der sozialdemokratische, weiß genau, wo die höchsten Löhne gezahlt werden. Am besten stehen sich die Arbeiter in den beiden mächtigsten Reichen der Erde, in England und in der nordamerikanischen Union. Weshalb? Weil diese beiden Reiche trotz ihrer Größe die kräftigste Ausdehnungspolitik betrieben haben und noch treiben, weil sie für ihre Flotten die stärksten Aufwendungen machen, weil sie sich die höchsten weltpolitischen Ziele stecken.

Das haben im wesentlichen auch verständige Sozialdemokraten wie Calwer anerkannt. Calwer führt die höheren Löhne namentlich in England auf das Vorhandensein weiter Kolonien zurück, wodurch die Lage des Arbeitsmarktes überaus günstig beeinflußt worden sei. Mit gutem Grund macht sich Calwer lustig über jene Genossen, die der Meinung sind, man könne in Deutschland ohne weiteres die Löhne auf englische oder nordamerikanische Höhe hinauftreiben, ohne schon vorher für kolonial- und weltwirtschaftliche Betätigung zu sorgen.

Mit der ihm eigenen Fürsorge für das nationale Gedeihen Deutschlands hatte das sozialdemokratische Zentralorgan deshalb die deutsche Kolonialpolitik bekämpft, weil dadurch internationale Konflikte entstehen und die Großmachtstellung Deutschlands bedrohen könnten. Dagegen hob Genosse Calwer März 1907 in den „Sozialist. Monatsheften" hervor, daß bei Nichtbeteiligung an der Weltpolitik Deutschland sein Ansehen als Großmacht einbüßen müsse. Wolle es auf dem Weltmarkte mit England und Amerika an der Spitze bleiben, so müsse es nicht

nur wirtschaftlich, sondern auch politisch mit diesen beiden Mächten konkurrieren können.

Genug, gerade auch im Interesse der deutschen Arbeiter ist eine großzügige Kolonial-, Flotten- und Weltpolitik erwünscht und erforderlich.





Der nähere Orient.

Bei Beratung des auswärtigen Budgets hielt es Ende 1906 in der österreichischen Delegation der Abg. Baernreither für zweckmäßig, auf das Deutsche Reich als ein typisches Beispiel für die moderne Expansionspolitik der Großmächte hinzuweisen. Der ganze Levantehandel läge in deutschen Händen und in der Levante habe das Deutsche Reich das Erbe der ehemaligen Stellung Österreich-Ungarns angetreten! In den Kreisen seiner Freunde gilt der Abg. Baernreither als ein in wirtschaftlichen Angelegenheiten ausgezeichnet unterrichteter Mann. Da erscheint es völlig unbegreiflich, wie er Behauptungen aufstellen konnte, die mit allbekannten Tatsachen in schroffstem Widerspruche stehen.

Bis zum Ausbruche des Krimkrieges war Österreich die tonangebende und vorherrschende Macht im Handel der ganzen Levante. Während des Krimkrieges kam viel französisches und englisches Kapital bei den Lieferungen und dergleichen an den Bosporus. Damals entdeckten die Engländer die südosteuropäischen Absatzmärkte, denen sie bis dahin nur geringen Wert beigemessen hatten, übernahmen Anleihen, erwarben Konzessionen und entwickelten einen rasch anwachsenden Güteraustausch. Begünstigt wurden sie durch die damals aufkommende Dampfschiffahrt, welche die Leistungsfähigkeit des Seeweges außer-

ordentlich erhöhte. Auf Englands Verlangen wurde nach dem Pariser Frieden die Donau durch die Regulierung des Sulina-Armes geöffnet und die Befahrung des Stromes mit Seeschiffen bis an die ungarische Grenze ermöglicht. Mitte der siebziger Jahre war der englische Schiffsverkehr an der Sulinamündung so bedeutend geworden, daß er den Verkehr aller übrigen europäischen Mächte zusammengenommen übertraf. Damals sprach man in Wien bedenklich von einer „Okkupation der Donaumündungen durch England".

Ende der sechziger Jahre bot sich für Österreich Gelegenheit, die verlorenen Levantemärkte wieder zu gewinnen. Sultan Abdul Aziz zeigte sich geneigt, die Konzession zur Anlage eines türkischen Eisenbahnnetzes im Anschlusse an das österreichisch-ungarische zu geben. Von Wien aus empfahl man als Konzessionär zuerst den Abenteurer Langrand-Dumonceau und, als dieser zusammenbrach, den skrupellosen Großspekulanten Baron Hirsch. Er organisierte unter weitgehender Konnivenz des Grafen Beust auf dem österreichischen und auf dem damals leider dagegen noch nicht verschlossenen deutschen Geldmarkte den beispiellosen Schwindel mit den Türkenlosen. Er vereinnahmte daraus 356 Millionen Franken, verrechnete davon 102 Millionen als Finanzierungskosten und 254 Millionen für die Eisenbahnbauten, die in Wirklichkeit nur etwa die Hälfte gekostet hatten. Was aber das schlimmste war, mit diesem Gelde, das wesentlich aus Deutschland und Österreich stammte, baute Hirsch nicht, wie er versprochen hatte, die türkischen Bahnen von der österreichisch-ungarischen Grenze, sondern vom Meere aus, von Konstantinopel und Saloniki ins Land hinein und ließ die Verbindungsstrecken über den Balkan, weil sie höhere

Kosten verursachten, nicht in Angriff nehmen. Obwohl Hirsch für sich und seine Gesellschaft die österreichische Staatsangehörigkeit angenommen und von Österreich außerordentliche Begünstigungen erlangt hatte, tat man in Wien dennoch nichts, um im Interesse des österreichischen und des deutschen Handels die Bevorzugung englischer Interessen durch die türkischen Bahnrümpfe zu verhüten. Volle 14 Jahre hindurch blieben die Anschlüsse der türkischen Bahnen an das österreichisch-ungarische Netz unausgebaut. So konnten die Engländer von der Seeseite her mit Hilfe der neuen Eisenbahnen, die von mitteleuropäischen Geldern erbaut worden waren, die Balkanmärkte erobern, hatten einen gewaltigen Vorsprung vor dem Handel Österreichs und Deutschlands und wußten ihn zu nützen. Erst im Jahre 1888 wurden die Bahnanschlüsse fertiggestellt, die den unmittelbaren Eisenbahnverkehr zwischen Österreich und der Türkei eröffneten.

Äußerst nachteilig für den Handel Österreichs mit der unteren Donau war ferner sein Zollkrieg gegen Rumänien, der von Mitte 1886 bis Mitte 1891 mit großer Schärfe und Erbitterung ausgekämpft wurde und einen großen Teil des rumänischen Handels dauernd von Mitteleuropa ab auf den Seeweg drängte.

In unbefangenen Kreisen Wiens war man damals zu der Erkenntnis gekommen, daß der Levantehandel Österreich-Ungarns in England seinen gefährlichsten Konkurrenten zu erblicken und zu bekämpfen habe. Aus dem Schwarzen Meere, von den Donaumündungen bis Widdin, vom Bosporus, aus dem Ägäischen Meere war der österreichische Handel aus seiner früher überwiegenden Stellung durch die Engländer mehr und mehr verdrängt

worden. In der österreichischen Delegation erklärte ein Abgeordneter am 8. November 1884, daß Österreichs größter und gefährlichster Gegner im Oriente immer England gewesen sei und bleiben werde. Wenige Tage später, am 14. November 1884, äußerte der Minister für Bosnien, Herr von Kallay:

„Uns droht vom Oriente her eine große, stetige Gefahr von einem Feinde, der uns im übrigen ein guter Freund ist. Derselbe macht von der Meeresküste aus einen drohenden kommerziellen Eroberungszug nach dem Innern des Landes. Wenn wir an der Save stehen blieben, würden wir denselben nicht aufhalten können. Der Widersacher selbst würde an der Save nicht stehen bleiben. Deshalb mußten wir in Bosnien Fuß fassen."

Ein Blick auf die heutigen Verkehrsverhältnisse bestätigt, was schon längst bekannt war und was allein der Abg. Baernreither bestreitet, daß der Levantehandel überwiegend in englischen Händen liegt und daß in der Levante die Engländer das Erbe der ehemaligen Stellung Österreich-Ungarns angetreten haben.

In den russischen Häfen des Schwarzen Meeres trafen 1903 englische Schiffe mit 2,7 Millionen Tonnengehalt ein, dagegen deutsche Schiffe nur mit 162 000 Tonnengehalt. Am Schiffsverkehre der Sulinamündung waren im Jahre 1904 beteiligt englische Schiffe mit 498 000 Tonnen, österreichische mit 195 000 und deutsche Schiffe mit 39 000 Tonnen. Den Suezkanal durchfuhren im Jahre 1905 englische Schiffe mit 8,3, deutsche mit 2,1 Millionen Tonnen. Bei der Einfuhr Ägyptens stand 1904 England mit nahezu 140 Millionen Mark an erster Stelle, darauf folgte Frankreich mit nahezu 40, Österreich-Ungarn mit nahezu 30 und Deutschland mit 20

Millionen Mark. In Konstantinopel überwiegt ebenfalls der englische Verkehr. Daselbst trafen in 1904 Schiffe unter englischer Flagge mit 7,2, unter deutscher Flagge mit 0,5 Mill. Tonnen ein. Auch im Einfuhrhandel der Türkei stehen die Engländer mit 142 Millionen Mark oben an. Österreich-Ungarns Einfuhr bezifferte sich auf 82 Millionen Mark, Frankreichs Einfuhr auf 50 Millionen Mark und Deutschlands nur auf 8 Millionen Mark. Diese Angaben der türkischen Handelsstatistik sind nun freilich nicht genau, die deutsche Einfuhr nach der Türkei ist erheblich größer, allein sie steht weit hinter derjenigen Österreich-Ungarns zurück. Auch an der Einfuhr Griechenlands hat nächst Rußland England den größten Anteil mit 22 Millionen Mark, sodann Österreich-Ungarn mit 18 Millionen Mark, während auf Deutschland nur 9 Millionen Mark entfallen. Selbst in Rumänien hat Österreich-Ungarn nach der Beilegung des Zollkrieges die Einfuhr Deutschlands etwas überholt und nimmt mit 74 Mill. Mark in 1904 die erste Stelle ein, während die deutsche Einfuhr 73 Millionen Mark, die englische 36 Millionen Mark betrug. In Bulgarien und Serbien überwiegt die österreichische Einfuhr. Bulgarien bezog im Jahre 1904 für 30 Millionen Mark aus Österreich-Ungarn, für 16 Millionen Mark aus Deutschland und für 15 Millionen Mark aus England. Serbien ist noch abhängiger von Österreich, es bezog im Jahre 1904 für 21 Millionen Mark aus Österreich-Ungarn, für 6,4 Millionen Mark aus Deutschland und für 4 Millionen Mark aus England.

Vergegenwärtigt man sich die bedenklichen Mißgriffe Österreich-Ungarns und seiner Verkehrs- und Handelspolitik gegenüber der Levante und prüft man die neuesten

Handels- und Verkehrsergebnisse der Levanteländer und ihrer Häfen, so erscheint es geradezu rätselhaft, daß ein österreichischer Politiker wie der Abg. Baernreither, der sogar kurze Zeit österreichischer Minister war, eine so irreführende Behauptung aufstellen konnte. Wenn von deutschfeindlicher, etwa von tschechischer Seite, derartiges behauptet würde, so ließe sich dahinter wenigstens die bösartige Tendenz erkennen, bei den leitenden Kreisen in Wien und Pest Mißtrauen, Argwohn und Neid gegen Deutschland zu säen. Eine derartige Tendenz läßt sich dem Abg. Baernreither nicht unterstellen, und so bleibt nur die Annahme übrig, daß sich dieser Politiker, als er seine Behauptung aussprach, über die wirtschaftliche Entwickelung der Levante seit dem Krimkriege und über die heutigen Verkehrs- und Handelsverhältnisse jener Länder in gänzlicher Unkenntnis befand.

Unter den Mißgriffen der österreichischen Regierung insbesondere bei der Überwachung der Gesellschaft Hirsch und ihrer bedenklichen Bahnbauten hat auch der deutsche Handel mit den Balkanländern empfindlich gelitten und ist nicht zuletzt aus diesem Grunde erheblich hinter demjenigen Englands zurückgeblieben. Erst in den letzten Jahren, namentlich seit der Erleichterung des Verkehrs durch deutsche Schiffahrtsverbindungen, hat der deutsche Handel erfreuliche Fortschritte gemacht, und nichts wird die deutschen Interessenten verhindern, sich auch auf den Märkten der Levante jene Stellung zu erobern, die der deutschen Ausfuhrindustrie und ihrer Leistungsfähigkeit entspricht.

Bei der Beurteilung der Verkehrsbeziehungen zwischen Deutschland und dem näheren Orient läßt man sich vielfach noch immer von der Landkarte irre führen.

Der Massengüteraustausch zwischen Deutschland und dem näheren Orient erfolgt ausschließlich auf dem Seewege. Für diesen ausschlaggebenden Verkehr liegt der nähere Orient dem Deutschen Reiche nicht näher als etwa Nordamerika; denn die Entfernung von Hamburg nach Konstantinopel auf dem Seewege beträgt 6400, von Hamburg nach New York 6575 Kilometer. Dieser geringe Unterschied ist für den Seeverkehr ohne Bedeutung. Nur der Personen- und Eilverkehr kann die Vorteile der geographischen Lage nützen und vollzieht sich auf den südosteuropäischen Überlandbahnen über Serbien, Bulgarien, oder über Rumänien, zu einem erheblichen Teil aber auch über die Alpenbahnen nach dem Ligurischen und Adriatischen Meer.

Bisher war der Seeweg, der durch die Vervollkommnung der Dampfschiffahrt an Pünktlichkeit, Regelmäßigkeit und Schnelligkeit den Eisenbahnen nahekommt, den Alpenbahnen an Billigkeit weitaus überlegen. Deutschlands Verkehrsinteressen erheischen die Schaffung von Alpenbahnen, die auf Grund ihrer Betriebsbedingungen und Tarife als ebenbürtige Konkurrenten des Seeweges auch für den Massenverkehr benutzt werden können. Dieser Gesichtspunkt ist deutscherseits bei Unterstützung neuer Alpenbahnpläne voranzustellen.

Durch die Gotthardbahn und ihren deutschen Verkehr, aber auch als Station des Norddeutschen Lloyd wird Genua, was Wilhelm Pressel schon in den achtziger Jahren voraussah, nach Zurückdrängung Marseilles zum Haupthafen des Mittelmeers und ist auf dem Wege, eine Monopolstellung zu erlangen. Mit Rücksicht darauf darf Deutschland die neue im Jahre 1908 zu vollendende österreichische Alpenbahn über die Tauern und Karawanken,

mit einem Aufwand von 245 Mill. Mark erbaut, nicht außer acht lassen. Denn sie eröffnet einen vorteilhaften Weg nach dem Konkurrenzhafen Triest, der bei sonst gleichen Bedingungen zugunsten des verbündeten Nachbarreiches bevorzugt werden muß.

In einigen Schriften aus den achtziger Jahren*) war ich bemüht, das deutsche Interesse auf den näheren Orient zu lenken. Eingehend stellte ich die üble Verkehrslage dar, in die Mitteleuropa zu der Balkanhalbinsel durch die Machenschaften des Baron Hirsch geraten war. Schon 1884 begründete ich die Notwendigkeit einer deutschen regelmäßigen Dampfschiffahrtsverbindung mit der Levante und dem Schwarzen Meer. Auch empfahl ich damals den Bau der Tauernbahn über Gastein, welche Linie später nach langen Kämpfen gewählt wurde. Ich bezeichnete es als eine Aufgabe mitteleuropäischer Wirtschaftspolitik, jenen weiten vorderasiatischen Ländern, insbesondere den Talschaften des Euphrat und Tigris, die von der englischen und russischen Herrschaft noch frei geblieben waren, die politische Unabhängigkeit zu erhalten und wirtschaftliche Kräftigung angedeihen zu lassen. Als uneigennützigste Kulturmacht schien mir das Deutsche Reich dazu berufen, durch Ratschläge und Mithilfe, auch durch Aussendung von deutschen Beamten und Offizieren, die wirtschaftlichen Kräfte und zugleich die politische Machtstellung des Türkischen Reiches wieder zu heben, also nicht mit den Mitteln der englischen Konkurrenz vorzugehen, die sich damit begnügt, durch bloße Handels-

*) Deutschland und die Orientbahnen (München 1883). Deutschland und Orient in ihren wirtschaftspolitischen Beziehungen, zwei Teile (München 1884). Deutschland nach Osten, I Land und Leute der Balkanhalbinsel (München 1886).

geschäfte aus jenen Ländern ohne Rücksicht auf ihr Gedeihen großmögliche Gewinne zu ziehen. Steht der Engländer dem Orientalen so fern und fremd gegenüber wie ein Handelsmann, der da kommt und geht, einem seiner unerfahrenen und dazu verschuldeten Kunden, so befindet sich Mitteleuropa dem Orient gegenüber in der Lage eines Nachbars, der erkennt, daß es vorteilhafter ist, wohlhabende statt verarmte Nachbarn zu haben, und nunmehr sich anschickt, nicht wie ein Eroberer mit Gewalt und nicht wie ein schlauer Handelsmann mit List und Trug, sondern friedlich und uneigennützig wie ein Freund dem unerfahrenen, verarmten und verschuldeten Nachbar werktätige Hilfe zu bringen in dem Bewußtsein der vorhandenen Interessengemeinsamkeit und in der Erwartung, mit dem Nachbar, nachdem es ihm aufgeholfen, in lebhafteren Verkehr und Austausch zu treten.

Formell tritt England in Südosteuropa wie in Vorder- und Mittelasien für die politische Freiheit und Selbständigkeit der kleinen Staaten ein, fördert aber in Wirklichkeit nicht ihre innerliche Konsolidierung, um sie wirtschaftlich unselbständig und schwach zu erhalten, damit sie den englischen Schutz und die englische Oberherrschaft nicht entbehren können.

Von den Mächten des Dreibundes erhoffte ich das Erstehen einer Erkenntnis ihrer wirtschaftlichen Interessengemeinsamkeit gegenüber dem näheren Orient mit dem Ziele, sich einen gebührenden Anteil an dem Güteraustausch mit den Balkanländern und der Levante wiederzuerringen. Durch ein Zusammenschließen der Dreibundmächte unter neuen Formen ohne Verletzung der nationalen Empfindlichkeiten oder staatsrechtlichen Tatsachen schien mir die Herstellung eines großen gemeinsamen

Interessengebietes unter Heranziehung der Orientstaaten möglich und allen seinen Beteiligten die politische Selbständigkeit wie das wirtschaftliche Gedeihen am sichersten verbürgt. Hierdurch wäre auch ein wirtschaftliches Gleichgewicht in Europa herbeizuführen gewesen, das infolge des Übergewichts des englischen Handels im näheren Orient nicht vorhanden war. Außerdem hielt ich eine festere und tiefere Begründung des mitteleuropäischen Kulturwerkes in der asiatischen Türkei für denkbar, insbesondere die Bildung deutscher Kolonien in Anatolien, wie sie bereits in Syrien gedeihen. In Vorderasien kann für die triebfähigen Überschüsse deutscher Intelligenz, Arbeits- und Kapitalkraft gefunden werden, was anderwärts vergeblich gesucht wird, eine Form geschlossener Organisationen für das Gedeihen dieser Kräfte unter Wahrung ihrer deutschen Art und im engen Anschluß an das Vaterland.

Nach dieser Richtung hin hat sich seither nicht viel, aber doch mancherlei entwickelt trotz aller Schwierigkeiten im näheren Orient selbst, trotz der mangelhaften Erkenntnis der Gesamtlage bei Österreich-Ungarn und bei Italien, trotz der Eifersucht der anderen Mächte. Mag das bisher Errungene zu weiteren Fortschritten ermutigen!

Solange Deutschland nicht ausreichende Seegeltung besitzt und im Dreibund nicht genügendes Verständnis für seine Ziele findet, wird es sich darauf beschränken müssen, im näheren Orient annähernd dieselbe Politik zu verfolgen wie etwa in China oder Südamerika. Überall wird es seine kulturelle Kraft zur Geltung zu bringen, seine Angehörigen bei wirtschaftlichen Unternehmungen jeder Art zu fördern und seinen Handelsbeziehungen die volle Gleichberechtigung zu sichern haben.



Persien.

Infolge seiner günstigen Verkehrslage hat Persien eine unverhältnismäßige Bedeutung erlangt und ist zum Brennpunkt der Politik zweier Weltreiche geworden. Von Petersburg aus hoffte man, in Persien vordringen und dem weiten russischen Reich einen Zugang zum offenen Meer im Süden eröffnen zu können. In London faßte man Persien strategisch auf als einen wichtigen und unentbehrlichen Stützpunkt für die Sicherung der englischen Machtstellung in Indien. So kreuzten sich in Persien die Interessen und Bestrebungen der beiden Reiche und erschienen lange Zeit unüberbrückbar.

Rußlands Lage war in jeder Hinsicht schwierig, als es sich in den Jahren 1906 von England verleiten ließ, über eine Verständigung in bezug auf Mittelasien, insbesondere Persien, zu verhandeln. Wie es scheint, flüsterte England den Russen ein, daß sie durch die Aufteilung Persiens die Einmischung einer dritten Macht fernhalten und somit einen greifbaren Vorteil erlangen könnten, und in Petersburg glaubte man an diese Vorspiegelung. Bei den Verhandlungen konnte Rußland seine früheren Aspirationen nicht aufrecht erhalten und mußte an England Zugeständnisse machen. Das neue englisch-russische Abkommen über Persien suchte eine eng-

lische und eine russische Interessensphäre zu schaffen und eine spätere Aufteilung des Landes in die Wege zu leiten.

Äußerlich ließ das Abkommen die Selbständigkeit Persiens bestehen; finanziell wird sie allerdings beeinträchtigt. Schon in den Jahren 1900 und 1902 erhielt Persien von Rußland zwei Anleihen in Gesamthöhe von 65 Millionen Mark. Persien bezahlte davon seine englischen Schulden und verpflichtete sich, bis 1912 weitere Anleihen nur in Rußland aufzunehmen. Im Jahre 1906 bezog es von Rußland und England gemeinsam einen Vorschuß von 8 Millionen Mark. Eine neue umfassende gemeinsame englisch-russische Anleihe an Persien soll die persischen Finanzen und zugleich Persiens Anlehnung an die beiden Mächte konsolidieren.

Bis zum Jahre 1915 besitzt Rußland vertragsmäßig das ausschließliche Vorrecht, in Persien Straßen und Eisenbahnen zu bauen. Nach dem neuen Abkommen wird Persien, soweit es sich um Eisenbahnen handelt, in zwei Interessengebiete aufgeteilt. In dem nördlichen haben die Russen und in dem südlichen die Engländer sich das ausschließliche Vorrecht eingeräumt, Eisenbahnen anzulegen.

Ob diese Bestimmung von der persischen Regierung gutgeheißen wird? Für Persien ist sie sicherlich nicht vorteilhaft. Denn die Aufteilung des Landes in ein russisches und in ein englisches Eisenbahnkonzessionsgebiet erscheint keineswegs geeignet, persische Interessen zu fördern. Wenn überhaupt, so kommt Persien nur zu Eisenbahnen, die im Norden den Russen und im Süden den Engländern vorteilhaft sind. Zweckmäßiger für persische Interessen wäre die freie Konkurrenz aller Kulturstaaten bei Eisenbahnbauten gewesen. Mit dem Geist der Meist-

begünstigungsverträge und mit der Gleichberechtigung aller Staaten wie mit der Selbständigkeit Persiens läßt sich die Aufteilung dieses Landes in zwei Eisenbahnkonzessionsgebiete zugunsten Rußlands und Englands nicht vereinbaren.

Bei der Übertragung des Vorrechtes an Eisenbahnbauten hat Persien nicht gerade ermutigende Erfahrungen gemacht. Trotz seines Vorrechts baute Rußland keine Eisenbahnen, sondern nur die Fahrstraße von Rescht-Enseli nach Teheran. Zunächst will es die transkaukasische Bahn mit einer Abzweigung bei Tiflis bis Eriwan und die transkaspische Bahn über Askabad nach Mesched führen. Aufgegeben hat es die Anlage von Querbahnen durch Persien ans offene Meer, nach Buschir oder Bender-Abbas zum Persischen Meerbusen oder nach Tscharbar zum Indischen Meer. Diese persischen Überlandbahnen würden mindestens 1000 Kilometer lang werden, technische Schwierigkeiten bieten, vor allem aber große Kosten erfordern und noch lange empfindliche Fehlbeträge aufzuweisen haben.

Außerdem suchte das Abkommen eine handelspolitische Aufteilung Persiens zwischen England und Rußland zu bewirken. Rußland verpflichtete sich, seinen Güteraustausch mit Persien nur vom Kaspischen Meere, England dagegen den seinigen nur vom Persischen Meerbusen aus zu betreiben. Diese Abgrenzung bedeutete keine Beschränkung für den englischen Verkehr, nötigte aber Rußland, die regelmäßige Dampfschiffahrtsverbindung einzustellen, die es zwischen Odessa und den südpersischen Häfen mit großen Hoffnungen eingerichtet hatte. Ende 1903 war die Russische Dampfschiffahrts- und Handelsgesellschaft in Odessa verpflichtet worden, gegen einen jährlichen Zu-

schuß von 400 000 Mark und Vergütung der Suezkanalgebühren einen regelmäßigen Verkehr mit den südpersischen Häfen aufrechtzuerhalten. Die Ergebnisse dieser Fahrten sollen zwar nicht groß gewesen sein. Doch bedeutete das Aufgeben dieser Verbindung ein Zurückweichen Rußlands und einen Erfolg Englands.

Bis zu Beginn des unglücklichen Krieges gegen Japan hatte Rußland in Persien das Übergewicht errungen. Russischer Einfluß war in Teheran maßgebend. Inzwischen hat England die neue Konjunktur genützt, 1906 Persien durch britische Offiziere und Agenten bereisen lassen und in Teheran an Boden gewonnen. Dort unterstützte die englische Gesandtschaft die unzufriedenen Priester und Gilden in ihren Forderungen, gewährte ihnen das Asylrecht und nötigte dadurch mittelbar die Regierung, das grundsätzlich zweckmäßigste System für den mohammedanischen Orient, den aufgeklärten Despotismus, zu beseitigen und durch eine Verfassung mit einer Ständeversammlung zu ersetzen. Mit Hilfe parlamentarischer Interessen hofft England, in Persien moralische und andere Eroberungen zu machen. Doch scheint gerade dieser Parlamentarismus in Verbindung mit der Erhebung Japans eine Bewegung in Persien hervorzurufen, die sich sowohl gegen russische wie gegen englische Sonderinteressen richtet. Auch in Persien beginnt das Nationalgefühl zu erwachen und kommt in der Forderung zum Ausdruck: „Persien für die Perser, von Persern verwaltet!"

Deutscherseits wird man diese Bewegung mit Sympathien begrüßen. Deutschland hegt in bezug auf Persien keine politischen Hintergedanken, was auch immer von deutschfeindlicher Seite behauptet werden mag. Vom deut-

schen Standpunkt aus ist zu wünschen, daß Persien unabhängig und unaufgeteilt bleibt, aufblüht und gedeiht. Was Deutschland beansprucht, ist einzig und allein die Gleichberechtigung und die Meistbegünstigung in Persien zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen, zur Förderung seiner Handelsbeziehungen. Wie Fürst Bülow am 30. April 1907 im Reichstage mitteilte, haben England und Rußland aus eigenem Antriebe dem Deutschen Reiche Zusicherungen nach dieser Richtung hin gegeben.

Auf Grund der Meistbegünstigung haben die Deutschen eine regelmäßige Dampferverbindung mit dem Persischen Meerbusen eingerichtet. Nur englische Interessenten, die ein Monopol der Schiffahrt im Persischen Meerbusen behaupten, können darin einen Eingriff in ihre vermeintlichen Rechte erblicken, nur von dieser Seite rühren die Klagen englischer Blätter darüber her.

Infolge einer Anregung der persischen Regierung wird in Teheran eine deutsche Bank begründet werden als Zweiganstalt der Deutschen Orientbank, die bereits Niederlassungen in Konstantinopel, Alexandrien und Kairo besitzt. Von dieser geplanten deutschen Bank haben englische Blätter behauptet, daß sie dem deutschen Kapital in Persien einen ausschlaggebenden Einfluß sichern, die Oberaufsicht Englands untergraben und Persien wirtschaftlich unterstützen wolle, während sie doch naturgemäß nur die Aufgabe haben kann, den deutschen Handelsverkehr mit Persien (Zuckerausfuhr, Teppicheinfuhr) zu erleichtern. Auch hier übt Deutschland nur sein Meistbegünstigungsrecht, da eine englische und eine russische Bank schon lange in Teheran bestehen.

Deutschlands Güteraustausch mit Persien ist noch wenig entwickelt und bedarf der Förderung. An Persiens

Einfuhr im Jahre 1905/6 mit annähernd 140 Mill. Mark waren beteiligt Rußland mit 70, England mit 30, Britisch-Indien mit 16, Frankreich mit 8, Österreich-Ungarn mit 5 und Deutschland mit kaum 3 Mill. Mark.

Außerdem wird mit Unterstützung und ebenfalls auf Wunsch der persischen Regierung eine höhere deutsche Schule auch zur Heranbildung junger Perser ins Leben gerufen werden.

Weshalb versuchen deutschfeindliche Londoner Blätter die deutschen Fortschritte und Absichten in Persien böswillig zu verdächtigen? Eine Bedrohung britischer Interessen und Rechte kann in der Gründung einer deutschen Bank und einer deutschen Schule zu Teheran unmöglich erblickt werden. England hat kein Vorzugsrecht auf Persien. Solange Persien als selbständiger Staat anerkannt wird, haben alle Völker das Recht, sich dort wirtschaftlich und kulturell zu betätigen.

Gegenwärtig ist Persien noch immer am billigsten und raschesten über Rußland zu erreichen, und zwar über die Kaukasusbahn nach Baku und von da über das Kaspische Meer nach Rescht-Enseli zur Fahrstraße bis Teheran. Vorteilhaft sind auch die beiden anderen Wege über Rußland nach Persien, über die geplante Bahn nach Eriwan in der Richtung auf Täbris, die größte Handelsstadt des Landes, und über Askabad-Mesched. Allein Rußland beseitigte Anfang der achtziger Jahre die zollfreie Durchfuhr, erhebt seither von den Durchfuhrwaren nach Persien seine hohen Zölle und hat so die günstigsten Wege nach Persien für den europäischen Handel verschlossen.

Will Deutschland näher an den persischen Markt herankommen, so wäre es am zweckmäßigsten, wenn es

sich in Petersburg bemühte, die russische Regierung zur Wiedergestattung der zollfreien Durchfuhr nach Persien zu bewegen. Derartige Bemühungen erscheinen keineswegs aussichtslos. Mit Argwohn muß man in Petersburg beobachten, wie der englische Einfluß in Teheran immer stärker hervortritt und wie England vom Persischen Meerbusen her mit seinen Erzeugnissen immer weiter nach Persien eindringt. Rußland allein ist zu schwach, um der englischen Konkurrenz in Persien auf wirtschaftlichem Gebiet mit Erfolg zu begegnen. Findet es nicht von anderer Seite Unterstützung, so steht zu befürchten, daß England den persischen Markt für sich monopolisiert, was für Rußland unangenehm, ja gefährlich wäre. Auf Grund dieser Erwägungen würde die russische Regierung zu der Erkenntnis gebracht werden, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, wenn sie im Wege besonderer Abmachungen der mitteleuropäischen Ausfuhr nach Persien die freie Durchfuhr durch russisches Gebiet wieder gestattet.

Bisher war die deutsche Ausfuhr nach Persien im wesentlichen auf die alte Karawanenstraße von Trapezunt über Erzerum nach Täbris angewiesen. Dieser Weg führt zwar in die bevölkertsten und reichsten Gegenden Persiens, ist aber verfallen und unsicher, beschwerlich und überaus kostspielig, so daß er nur von hochwertigen Waren benutzt werden kann. Wäre es dem deutschen und dem österreichischen Handel möglich, die besseren und billigeren Wege über Rußland nach Persien zu wählen, so würde der englischen Konkurrenz auf dem persischen Markt wirksam und erfolgverheißend entgegengetreten werden können, was durchaus im Interesse Rußlands läge. Denn eine Verbesserung der alten Karawanenstraße von Trape-

zunt bis Täbris (1000 Kilometer) ist bei den vorhandenen Schwierigkeiten so gut wie ausgeschlossen, und auch die Anlage einer Eisenbahn wäre wenig aussichtsvoll und viel zu kostspielig.

In einer Schrift unter dem Titel: „Österreich und die wirtschaftliche Erschließung Persiens" lenkte 1907 der persische Konsul in Wien, Gottlieb Kraus, die Aufmerksamkeit der kapitalskräftigen Kreise in Österreich auf Persien und bezeichnete dieses Land als ein erschließungsfähiges und lohnendes Absatzgebiet für die österreichische Industrie. Von österreichischer Seite wurden auf Persien vielfache kulturelle Einflüsse geübt. Der österreichische Bergrat Pechau hat das persische Münzwesen geregelt, der österreichische Postrat von Riederer die persische Post modernisiert, eine österreichische Militärkommission das persische Heerwesen nach europäischem Muster organisiert. Gleichwohl konnte sich Österreichs Handel mit Persien nicht entwickeln, weil die Zugänge nach Persien von Norden her durch Rußland, von Süden her durch England beherrscht wurden. Wie der persische Konsul in Wien versichert, hat Persien das ausgesprochene Bedürfnis, einem andern Staat, der seine Erzeugnisse nach Persien einführt und dagegen auf den persischen Märkten einkauft, alles Entgegenkommen zu beweisen. Es sei nur eine Frage des Unternehmungsgeistes und der Tatkraft, die Konjunktur zu nützen, um dem österreichischen Wirtschaftsleben einen neuen Antrieb zu geben. Andernfalls müsse man es den Deutschen überlassen, die Vorteile der Lage an Stelle Österreichs zu verwerten. Kraus befürwortete zunächst den Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrags mit Persien und die Errichtung einer Bank daselbst. Persien besitzt einen Obstreichtum, der bei ver-

ständiger Pflege demjenigen Kanadas gleichkommen kann, ferner Baumwolle von guter Qualität, eine entwicklungsfähige Seidenindustrie, großen Tierreichtum und nicht zuletzt bedeutende mineralische Schätze an Erzen, Kupfer, Naphtha, Kohlen usw. Kraus meinte sogar, daß es zweckmäßig wäre, einen Teil der österreichischen Auswanderer nach Persien hinzuleiten.

Um an den persischen Markt herankommen zu können, ist es vor allem notwendig, der deutschen Ausfuhr konkurrenzfähige Wege nach Persien zu schaffen. Diese Bedingung dürfte sich, wie angedeutet, erfüllen lassen, wenn die deutsche Diplomatie sich in Petersburg nachdrücklich dafür verwendet, daß die zollfreie Durchfuhr durch Persien über Rußland zunächst für den deutschen Handel wieder gestattet wird. Rußlands wirtschaftliche, ja selbst seine politische Stellung in Persien würde dadurch gegenüber England gestärkt werden, und außerdem könnte Rußland auf eine erhebliche Vermehrung seines Durchfuhrverkehrs und zugleich auf erhöhte Einnahmen aus dem Betrieb seiner nach Persien führenden Eisenbahnen sowie der russischen Dampfschiffahrt auf dem Kaspischen Meer rechnen, ein Vorteil, der bei der heutigen Finanzlage Rußlands nicht zu unterschätzen ist.





Der Persische Meerbusen.

Annähernd in der Mitte der alten Welt liegt ein Meeresarm, der tief in das Innere Asiens einschneidet. Vor Zeiten lebten an seinen Küsten große kulturfähige Völker. Jahrhunderte hindurch blieb er verödet und unbeachtet. Erst durch den Suezkanal mit seinen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Rückwirkungen ist auch der Persische Meerbusen in den Gesichtskreis der europäischen Völker und Mächte gerückt und wegen seiner wichtigen Lage zu einem Brennpunkt der Weltpolitik entwickelt worden.

Als Rußland in Persien ersichtlich an Einfluß gewann und, abgedrängt vom Bosporus, im Süden durch Persien hindurch eine Verbindung mit dem offenen Meere erlangen zu können hoffte, schrieb Lord Curzon, der spätere Vizekönig von Indien, in seinem Buche über Persien und die persische Frage (1892):

„Ein russischer Hafen im Persischen Meerbusen wäre eine Herausforderung zum Krieg. Der britische Minister, der die Übergabe eines Hafens an Rußland zulassen würde, wäre ein Verräter des Reiches."

Dieser Ausspruch wurde zur Richtschnur englischer Politik. Rußland ließ zwar Persien nicht aus den Augen, verwandte aber seine volle Tatkraft auf den fernen Osten. An Stelle einer persischen baute es die sibirisch-ostchinesische

Überlandbahn und schob seine südliche Schienenstraße über Taschkent nach Kuschk gegen Afghanistan und Indien vor, ohne trotz des Curzonschen Hinweises die wundeste Stelle der englischen Interessen in Asien zu erkennen. Unbenützt ließ es sein Vorrecht, in Persien Eisenbahnen anzulegen.

Nachdem England über seine Schwierigkeiten in Südafrika hinweggekommen, Rußland aber in den unglücklichen Krieg mit Japan geraten war, beeilten sich in London die leitenden Staatsmänner und Organe, auch die liberalen, selbst die radikalen wie Dilke, für England eine privilegierte Stellung im Persischen Meerbusen zu beanspruchen. Anfang Mai 1903 erklärte im Unterhause der Marquis of Lansdowne, Minister des Auswärtigen im Kabinett Balfour, England habe zwar nicht die Absicht, den legitimen Handel anderer Mächte auszuschließen, würde aber die Anlage einer maritimen Basis oder eines befestigten Hafens im Persischen Golf durch eine andere Macht als eine sehr ernste Bedrohung britischer Interessen ansehen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dagegen Widerstand leisten. („in the third place, I say without hesitation that we should regard the establishment of a Naval base or a fortified port, in the Persian Golf by any other Power as a very grave menace to British interest, and we should certainly resist it with all the means at our disposal. [Cheers.]“)

Diese Auslassung war zunächst gegen Rußland gerichtet. England erachtet seine Herrschaft über Indien für ernstlich gefährdet, ja für verloren, sobald Rußland am Persischen Meerbusen festen Fuß faßt. Damals veröffentlichte Kapitän Mahan, der bekannte nordamerika-

nische Marinepolitiker, in der Londoner „National Review“ (September 1903) einen Aufsatz über den Persischen Meerbusen und seine internationalen Beziehungen und anerkannte darin Englands Verpflichtung, sich zur eigenen Sicherheit das Übergewicht im Persischen Meerbusen zu verschaffen, da er die Wege nach Indien, Ostasien und Australien flankiere. Als Gegner komme allein Rußland in Betracht, denn es müsse nach einer Verbindung seiner großen asiatischen Besitzungen mit dem Meere auch in jener Gegend streben.

Die Erklärung des Marquis of Lansdowne vom Mai 1903 hatte indessen ganz unzweifelhaft auch eine Spitze gegen Deutschland wegen der Bagdadbahn, die nach ihrer Vollendung den Persischen Meerbusen zu einem wichtigen und belebten Verkehrsmittelpunkt machen muß.

Schon seit Jahren rücken englische und auch französische Blätter das Gespenst der deutschen Bagdadbahn in den Vordergrund und knüpfen daran allerlei Befürchtungen über die Absichten „der größten Militärmacht der Welt“ auf Vorderasien und Persien. Diese Verwertung der Bagdadbahn von deutschfeindlicher Seite hat deutsche Interessen schon oft und empfindlich geschädigt. Mühselig wurden die finanziellen Bürgschaften für das erste kurze Stück dieser Bahn Konia—Eregli—Burgurlu aufgetrieben. Seit Erteilung der Konzession zu Anfang 1902 wurden knapp 200 Kilometer einer Bahn gebaut, deren Gesamtlänge auf 2400 Kilometer veranschlagt worden ist. In fünf Jahren 200 Kilometer! Wenn der Bau nicht raschere Fortschritte macht, wird er viele Jahre beanspruchen. Von dieser Bahn, an der ohnehin nichtdeutsche Kapitalisten bis zur Hälfte beteiligt sind, ist vorläufig nicht viel zu hoffen und noch weniger zu fürchten.

England bekämpft die Bagdadbahn von demselben grundsätzlichen Standpunkt aus, wie eine Verbindung der russischen Eisenbahnen mit dem indischen Netz oder wie die Verlängerung der russischen Eisenbahnen durch Persien bis ans Meer oder wie eine Abzweigung der türkischen Hedschasbahn nach Ägypten. England will verhindern, daß es einer europäischen Militärmacht durch solche Eisenbahnen möglich wird, etwa in Verbindung mit einem asiatischen Staat Truppen in die englische Interessensphäre zu werfen. Diese Politik ist begreiflich. Für England würde es äußerst unangenehm sein, wenn z. B. die Türkei in der Lage wäre, mit Hilfe der Bagdadbahn und der abgezweigten Hedschasbahn einige Divisionen nach Kairo zu senden. Einen solchen Vorstoß könnten die Engländer nicht leicht abwehren, und ihre Stellung in Ägypten wäre ernstlich erschüttert.

In seinem bereits erwähnten Aufsatz über den Persischen Meerbusen vom September 1903 hat Kapitän Mahan den Engländern überzeugend dargelegt, daß auch nach Vollendung der Bagdadbahn die deutschen und die englischen Interessen nicht einander widerstreiten, sondern miteinander gehen. Deutschland könne ein maritimes Übergewicht in dem Persischen Meerbusen bei der langen bedrohten Verbindungslinie mit der Heimat nie erlangen. Tatsächlich verfolgt Deutschland in jenen Gegenden nur wirtschaftliche Interessen. An deutsche Eroberungspläne denkt nur englische Nervosität.

Gleichwohl glauben die Engländer, den Deutschen gewisse Absichten unterstellen zu sollen, die sie mutatis mutandis selbst hegen. Deutschland wolle am Endpunkt der Bagdadbahn ein zweites Kiautschou, eine deutsche Flottenstation begründen. Und um diese angebliche

Absicht zu durchkreuzen, möchten sie den Bau der Bagdadbahn entweder verhindern oder aber die Endstrecke dieser Bahn von Bagdad bis zum Persischen Meerbusen in ihre Hände bringen.

In einem Werk „Das Persische Problem" (London 1904) hat H. J. Whigham das Ziel der englischen Politik in Persien weitergesteckt. England soll unter allen Umständen für sich das Recht beanspruchen, die ganze politische Entwickelung am Persischen Meerbusen zu bestimmen. Zu diesem Zweck soll es zunächst Eisenbahnen bauen, von Mohammerah nach Teheran, ferner von Bender Abbas nach Kirman, Jesd und Isfahan. Sodann müsse es die Bahrein-Inseln des Persischen Meerbusens in seine Verwaltung nehmen, nötigenfalls Buschir und Koweit besetzen. Die Bagdadbahn dürfe zum Endpunkt nur einen Hafen haben, der mehr oder minder unter englischer Schutzherrschaft stehe. Das ganze Gebiet des Persischen Meerbusens soll eine englische Interessensphäre werden — mit der diplomatischen Phrase von der „offenen Tür" für alle Nationen. Jedes Erscheinen einer fremden Macht soll verhindert werden, selbst dann, wenn die fremde Macht Gebietserwerbungen nicht beabsichtigt, auch wenn sie Pläne nichtterritorialen Charakters nicht hegt!

Noch Ende März 1907 warnte der „Standard" die englische Regierung vor den angeblichen Absichten Deutschlands auf Persien. Er hielt es für einen ernsten Fehler, die Bedeutung der deutschen Absichten zu unterschätzen, nachdem eine anerkannte Autorität erklärt habe, daß die Anwesenheit einer fremden Militärmacht im Osten und Süden Persiens eine Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit Indiens sein würde. Der „Standard" übersieht oder verschweigt, daß die englischen Autoritäten mit

Lord Curzon an der Spitze sich immer nur gegen Rußland gewendet und immer nur die Festsetzung Rußlands am Persischen Meerbusen als eine Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit Indiens angesehen haben.

Bisher hat Deutschland noch in keiner Weise bekundet, daß es im Persischen Meerbusen einen befestigten Hafen oder eine Flottenstation anlegen oder überhaupt Gebiet erwerben will. Die englischen Besorgnisse sind, soweit sie sich gegen Deutschland richten, durchaus unbegründet. Im Persischen Meerbusen wird nicht Englands Stellung mit Indien bedroht, sondern einzig und allein die Gleichberechtigung aller Staaten im Verkehr mit Persien.

England will den Persischen Meerbusen zu einem zweiten Suezkanal und das Hinterland von Koweit mit dem Euphratgebiet zu einem zweiten Ägypten machen!

Nach englischer Auffassung gehört ganz Vorderasien, soweit es nicht schon unmittelbar in englischem Besitz oder unter englischem Einfluß steht, zu der ausschließlichen Interessensphäre Englands. Darauf waren die Bestrebungen der englischen Politiker gerichtet, als sie nach dem Berliner Frieden von 1878 gegenüber der Türkei eine Bürgschaft für die Unabhängigkeit des ganzen türkischen Vorderasiens übernahmen. Diese Verbürgung erfolgte damals gegenüber Rußland, kann aber selbstverständlich auch gegenüber irgend einer anderen Macht zur Geltung gebracht werden.

Sollte die Bagdadbahn wirklich einmal unter deutscher Führung fertiggestellt werden und England von seinen angedeuteten Zielen nicht abweichen, so könnte sich der bisher entlegene Persische Meerbusen zu einem weltpolitischen Wetterwinkel entwickeln.



Deutsche Kulturaufgaben in China.

Auch in China entwickelt sich aus dem alten Universalstaat nach den erfolgreichen Vorbildern anderer Völker der Nationalstaat. Ob in diesem neuen China die nationale Strömung ähnlich wie in Japan zum Chauvinismus anschwellen wird?

Bei der Wiederaufrichtung Chinas mitzuwirken, sind alle Großmächte bestrebt in der Erkenntnis, daß diejenigen Völker einen wertvollen Vorsprung in China haben werden, die sich an der Übermittelung der westlichen Wissenschaft hervorragend beteiligen. Ist man auch deutscherseits nach dieser Richtung hin bemüht, so wird vermehrte Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen in China die sichere Folge sein. Für die Vorzüge deutscher Wissenschaft und Technik sind die leitenden Kreise Chinas durchaus empfänglich. In einigen Aufsätzen über Verwaltungsreformen sagte Anfang 1907 die chinesische Zeitung „Chung-wei-ji-pao": „Die anerkannt beste Selbstverwaltung ist die deutsche. Auch China sollte sich diese zum Vorbild nehmen, wie Japan von Deutschland gelernt hat und dadurch emporgekommen ist. China muß von Deutschland lernen." Soweit das Unterrichtswesen in Frage kommt, will man in China vorzugsweise auf deutsche Vorbilder zurückgreifen.

Auf dem Gebiet des Missions- und Schulwesens ist die deutsche Tätigkeit hinter der englischen, nordamerikanischen und französischen in China weit zurückgeblieben. Wie der Geheime Legationsrat Knappe in seiner Schrift: „Deutsche Kulturaufgaben in China" (Berlin 1907 bei Hermann Paetel) mitgeteilt hat, bestehen in China 11 katholische Missionsgesellschaften französischer Nationalität als Inhaber von 4800 niederen, 500 höheren Schulen, 400 Waisenhäusern und 100 Krankenhäusern, ferner 33 protestantische Missionsgesellschaften aus der nordamerikanischen Union mit 920 niederen und 83 höheren Schulen, mit 97 Krankenhäusern und 137 Ärzten; endlich 22 protestantische Missionsgesellschaften englischer Herkunft mit 722 niederen, 37 höheren Schulen, 57 Krankenhäusern und 83 Ärzten. Weit dahinter zurück bleiben die deutschen Missionsgesellschaften, 6 an der Zahl, mit 23 niederen und 4 höheren Schulen, mit 4 Krankenhäusern und 5 Ärzten einschließlich des deutschen Schutzgebietes von Tsingtau, während die zahlreichen Schulen der Engländer in Hongkong und der Franzosen in Tonking und Annam, die überwiegend den Chinesen zugute kommen, nicht eingerechnet sind.

Bei der durchgreifenden Reorganisation ihres Schulwesens haben die Chinesen gewaltige Schwierigkeiten zu überwinden, zunächst bei der Beschaffung von Lehrern und von Lehrmaterial in chinesischer Übersetzung für ein Volk von 400 Millionen. Unter Leitung eines Nordamerikaners wurden 1895 in Tientsin eine Universität und zwei Jahre später in Schanghai eine höhere Lehranstalt begründet, meist mit nordamerikanischen Lehrkräften. Inzwischen sind andere Universitäten und Hochschulen entstanden, in den 15 Provinzialhauptstädten

höhere Lehranstalten und zahllose niedere Schulen. In allen diesen Lehranstalten überwiegt das englische Element, weil Tausende von englischen und amerikanischen Missionaren als Lehrer zur Verfügung standen. Die Chinesen bevorzugten die englischen Klassen, da ihnen die Kenntnis der englischen Sprache für ihr weiteres Fortkommen am vorteilhaftesten erschien. Noch zahlreicher beteiligten sich an der Reform des chinesischen Unterrichtswesens die Japaner, die billiger waren und sozusagen in jeder Zahl schnell erlangt werden konnten. Dagegen sind deutsche Lehrer vorerst nur vereinzelt in China anzutreffen, ohne die Militärinstruktoren alles in allem nur sechs und zwar in Peking, Tientsin, Tsinanfu und Wuschang. Dazu kommen noch sechs Lehrer der katholisch-deutschen Mission in Schantung.

Besonderen Wert legt man in China auf die Ausbildung junger Chinesen im Auslande. Schon 1872 wurden die ersten Versuche mit 120 Chinesen gemacht. Seit 1901 hat ein wahrer Zug junger Chinesen nach dem Auslande stattgefunden, leider ohne System und Anleitung. Die einzelnen Provinzgouverneure haben 10 bis 40 Chinesen hinausgeschickt, ohne sie unter entsprechende Aufsicht zu stellen. Bei weitem die meisten jungen Chinesen gingen nach Japan, wo sie indessen, von einem flachen Radikalismus angekränkelt, mit revolutionären Gedanken erfüllt wurden und den chinesischen Behörden große Schwierigkeiten machten. Vielleicht findet man in China, daß es zweckmäßiger ist, die jungen Chinesen nach Ländern zu entsenden, wo sie zu ernsthaften Studien angehalten werden können. Bisher ging nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Chinesen nach Europa. Dabei war man in China bemüht, kein euro-

päisches Land allzusehr zu bevorzugen. In Deutschland dürften hundert junge Chinesen studieren, doch soll eine größere Zahl folgen. Vorläufig ist jeder junge chinesische Student im Auslande auf sich selbst angewiesen. Die chinesische Gesandtschaft hat keinen Einfluß auf die Auszahlung der Studiengelder, und so haben sich die Herren ziemlich unabhängig gemacht. In Zukunft soll ihr Studium überwacht werden.

Allem Anscheine nach ist es dem Geheimrat Knappe, der viele Jahre deutscher Generalkonsul in Schanghai war, gelungen, die leitenden Kreise davon zu überzeugen, wie wichtig es für die politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in China ist, wenn auch von deutscher Seite an dem chinesischen Reformwerk mitgewirkt und modernes Wissen auch durch deutsche Vermittelung und in deutschem Lichte nach China gebracht wird. Denn die preußische Regierung ist auf seinen Vorschlag, in Schanghai eine deutsche Medizinschule zu errichten, insoweit eingegangen, als sie einen Beitrag von 40000 Mark zu diesem Zweck bewilligt und drei deutsche Ärzte nach Schanghai auf sechs Jahre entsandt hat. Im Herbst 1907 soll die neue Schule eröffnet werden. In engster Verbindung steht sie mit dem Krankenhause, das der Chef der Firma Dr. Paulun vor etlichen Jahren für die Chinesen in Schanghai errichten ließ.

Gegenwärtig gibt es in China eine medizinische Wissenschaft nach europäischen Begriffen überhaupt noch nicht. Mit deutscher Hilfe könnte viel und großes geschaffen werden. Inzwischen haben die Franzosen beschlossen, mit beträchtlichen Mitteln eine Medizinschule in Schangtu, der Hauptstadt der Provinz Szechuan, einzurichten, und von englisch-nordamerikanischer Seite ist

bereits 1906 in Peking das „Union Medical College" mit 9 Ärzten und 13 medizinischen Lektionen eröffnet worden.

Die deutsche Medizinschule in Schanghai, in ihren Grundzügen fertiggestellt, wird nach der Versicherung des Geheimrats Knappe die volle Unterstützung der Chinesen finden, der chinesischen Privatwohltätigkeit wie der Behörden in den Yangtseprovinzen. Voraussichtlich wird die deutsche Medizinschule in Schanghai später einmal vom Staate übernommen werden. In Schanghai sind bereits vier deutsche Ärzte ansässig.

Mit der Begründung der deutschen Medizinschule in Schanghai wird eine erste und wichtige der deutschen Kulturaufgaben in China erfüllt werden. Das preußische Kultusministerium hat den großen Wert deutscher Kulturbestrebungen in China durch die Bewilligung eines Beitrages anerkannt in Vertretung der Reichsregierung, die anscheinend für diesen Zweck nicht herangezogen werden konnte.

Auch nach anderer Richtung hin ist manches geschehen, um deutscher Bildung in China Eingang zu verschaffen. Zur Erteilung des deutschen Sprachunterrichts wurden vier deutsche Lehrer nach China ausgesandt. Voraussichtlich werden sie auf chinesische Kosten übernommen werden. Weiterer Nachschub dürfte erfolgen. An den meisten deutschen Konsulaten erteilen die Dolmetscher Unterricht im Deutschen. In Tientsin lernen die Chinesen die deutsche Sprache bei deutschen Unteroffizieren. Die Schantung-Eisenbahngesellschaft und die Schantung-Bergbaugesellschaft bieten den Chinesen Gelegenheit, sich deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben.

Bisher war deutsche Wissenschaft den Chinesen so gut wie unbekannt und wurde ihnen durch anglo-ameri-

kanische Vermittelung nur ganz ungenügend zur Kenntnis gebracht. Deutschland darf nicht länger beiseite stehen und sich von Engländern und Amerikanern überflügeln lassen. Mit seinem unermeßlichen Schatz an geistigen und idealen Kräften, in allem, was Methode heißt, an der Spitze ist Deutschland berechtigt und verpflichtet, sich an den Kulturbestrebungen in China zu beteiligen. Deutschland soll nicht mehr die Ergebnisse seiner Wissenschaft zur Verbreitung und Nutzbarmachung anderen Völkern überlassen, sondern in China ohne Vermittelung und für eigene Rechnung arbeiten. Das wird auch in deutschen Kreisen bereits anerkannt. Mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes und deutscher Buchhändler wurden verschiedenen chinesischen Schulen schon Sammlungen deutscher Lehrmittel überwiesen. Auch ist eine größere Ausstellung deutscher Lehrmittel nach China abgegangen und wird in allen wichtigeren chinesischen Städten vorgeführt werden. Ein stattlicher Katalog dieser Ausstellung, mit Bildern reich geschmückt, ist von der bekannten Buchhandlung F. Volckmar zu Leipzig in deutscher und chinesischer Sprache herausgegeben worden und veranschaulicht die hohe Leistungsfähigkeit Deutschlands auf dem wichtigen Gebiet der Lehrmittel.

Außerdem hat das Auswärtige Amt einen Bilderatlas unter dem Titel: „Was die chinesische Studienkommission in Deutschland gesehen hat" zusammengestellt und in 100 000 Stück für die chinesischen Schulen mit chinesischen Erklärungen drucken lassen, damit die Chinesen eine Vorstellung von dem Deutschen Reich in kultureller und industrieller Beziehung erhalten.

Bei dem Wettbewerb um die Erringung von Einfluß auf und in China wird diejenige Macht am weitesten

kommen, die sich herbeiläßt, die Gleichberechtigung der in der Wiederaufrichtung begriffenen ostasiatischen Großmacht anzuerkennen. Dazu sind die Deutschen von vornherein geneigt, weil sie allen aufstrebenden Völkern, auch den Chinesen, Verständnis und Wohlwollen entgegenbringen und weil bei der weiten Entfernung der beiden Völker voneinander das Hervortreten von Rassengegensätzen ausgeschlossen ist.

Als Deutschland sich in Kiautschou festsetzte, war man allgemein der Ansicht, eine Teilung des chinesischen Reiches stehe unabweislich bevor. Diese Ansicht hat sich inzwischen als irrtümlich herausgestellt. Das Chinesische Reich ist auf dem besten Wege, sich mit Hilfe der Errungenschaften der weißen Rasse wieder aufzurichten, und es wird auf eigenen Füßen stehen als eins der weitesten und bevölkertsten Reiche der Erde. Gleichwohl hat die Stellung Deutschlands in Kiautschou im wesentlichen ihre Bedeutung behalten. Von Kiautschou aus kann die Beteiligung deutscher Technik und deutschen Kapitals an der Aufschließung Chinas unmittelbarer, zweckmäßiger und wirksamer in die Wege geleitet werden. In der Tat hat sich von Kiautschou aus der deutsche Unternehmungsgeist leichter und kräftiger nach China hinein entwickelt. Hätte Deutschland sich von Ostasien fern halten, hätte es Kiautschou verlassen, hätte es auf jeden Einfluß im fernen Osten verzichten sollen?





Amerika.

1. Amerika.

Fünf Erdteile unterscheidet die Schulgeographie ziemlich willkürlich; sie behandelt das kleine Australien, das kaum so groß ist wie Brasilien, als einen ganzen, dagegen das erheblich größere Südamerika nur als einen halben Erdteil.

Kann Südamerika überhaupt als ein Teil Amerikas angesehen werden? Mit Nordamerika hängt Südamerika äußerlich durch die schmale Landenge von Panama zusammen, die nach neueren Forschungen in der Tertiärzeit unterbrochen und erst zuletzt hergestellt wurde. Dagegen trennt mit seinem weit größeren Umfange das amerikanische Mittelmeer die beiden Amerika schärfer voneinander als das Mittelmeer der alten Welt den europäischen und afrikanischen Erdteil. Ebensogut wie die beiden Amerika könnten Europa und Afrika als ein einziger Erdteil angesehen werden.

Die Unterschiede zwischen dem nördlichen und dem südlichen Amerika sind groß. In bezug auf Rasse, Religion, Sprache und Lebensauffassung bestehen scharfe Gegensätze. Auch in Überlieferung und Geschichte haben sie keinerlei Gemeinsamkeit. Vielmehr sind politische Ab-

neigungen zwischen den demokratischen Yankees und den mehr aristokratisch geschulten Angehörigen der spanischen Rasse vorhanden.

Durch die modernen Verkehrsmittel hat sich überdies die geographische Lage der einzelnen Länder vielfach verschoben, nicht zuletzt durch die Verbilligung des Seeweges. Getreide wird von New York nach Mannheim billiger verfrachtet als von Insterburg nach Mannheim. Mit seinen entwickeltsten Häfen liegt Südamerika den nordamerikanischen Plätzen nicht erheblich näher als den europäischen. Buenos Aires ist von New York 5870, von Plymouth 6035, von New Orleans 6320 und von Bremen 6570 Seemeilen entfernt. Die geringe Mehrentfernung der europäischen Häfen fällt nicht in Betracht. Was aber wichtiger ist, der Handel Südamerikas hat sich bisher in der Richtung nach Europa und nicht nach Nordamerika entwickelt, und deshalb sind die Dampferverbindungen zwischen Südamerika und Nordwesteuropa ungleich häufiger, rascher und billiger als zwischen Südamerika und Nordamerika. Will man von New York sehr rasch nach Buenos Aires gelangen, so macht man am besten den Umweg über einen nordwesteuropäischen Hafen und kommt unter Benutzung der Schnelldampfer New York—Plymouth und Plymouth—Buenos Aires in kürzerer Zeit ans Ziel als auf dem direkten Wege von Nord- nach Südamerika. Eine Verbesserung der Dampferverbindungen zwischen den nord- und südamerikanischen Häfen würde dieses Mißverhältnis beseitigen, nicht aber die Tatsache, daß Südamerika von Europa annähernd ebenso leicht zu erreichen ist wie von Nordamerika.

Dazu noch eines: Europa und Afrika hängen eng zusammen. Afrika ist fast ganz europäisches Kolonialland

geworden und wird von Europa beherrscht. Dagegen ist Südamerika nicht von Nordamerika kolonisiert worden und wird auch vorläufig von der Union noch nicht beherrscht.

In ihrer ursprünglichen Fassung setzt die Monroelehre eine politische Interessengemeinsamkeit ganz Amerikas zur Abwehr europäischer Einmischungen voraus. Seitdem Amerika europäische Einmischungen nicht mehr zu besorgen hat, ist die Voraussetzung der Monroelehre hinfällig geworden.

Inzwischen hat man von der Union aus versucht, die Monroelehre immer weiter zu entwickeln, und will sie benutzen, um die beiden Amerika von allen europäischen Einflüssen unabhängig und politisch wie wirtschaftlich zu einem in sich abgeschlossenen großen Ganzen zu machen.

Diese Bestrebungen sind im Rahmen der Monroelehre zulässig, werden aber von ihr keineswegs gefordert oder bedingt. Sie setzen eine Interessengemeinsamkeit voraus, die bisher noch nicht vorhanden war und nicht leicht herzustellen sein wird.

2. Die Monroelehre.

Die Monroelehre wird von den Leitern der Union als der Grund- und Eckstein ihrer ganzen auswärtigen Politik betrachtet, sie ist ihnen zum Dogma, zum Heiligtum geworden, sie ist in das Volksbewußtsein eingedrungen und beherrscht die Massen. Alle Präsidenten bis auf Roosevelt haben sich in diesem Sinne ausgesprochen. Alle Politiker der Union werden bestrebt sein, sie aufrechtzuerhalten und daraus immer weitergehende Folgerungen zu ziehen.

Entstanden ist die Monroelehre aus dem Gedanken Washingtons, die neue Republik solle sich nicht in die Wirren der europäischen Mächte einmischen. Dieser Gedanke wurde später durch Jackson erweitert zu der Lehre: Keine europäische Macht darf sich in Amerika eine neue Herrschaft begründen.

In der berühmten Botschaft des Präsidenten Monroe vom 2. Dezember 1823 wurden drei Grundsätze ausgesprochen: Die Union wird keine neuen europäischen Kolonien in Amerika dulden. Eine Ausdehnung des politischen Systems der europäischen Staaten, d. i. der Monarchie, auf irgend einen Teil Amerikas ist unzulässig. In die Angelegenheiten der spanisch-amerikanischen Republiken darf sich Europa nicht mischen.

Die Verkündung der Monroelehre war eine erstaunliche Kühnheit, denn damals zählten die freien Unionsstaaten kaum 6 Millionen weiße Einwohner, und Amerika stand noch ganz überwiegend im Besitze europäischer Mächte. Seither ist die Monroelehre von der Union erfolgreich verteidigt, nachdrücklich behauptet und bedeutsam erweitert worden.

Schon ein Jahr nach Verkündung der Monroelehre, als die spanischen Kolonien in Südamerika ihren Unabhängigkeitskrieg führten, erklärte die Union jedes Eingreifen europäischer Mächte als Kriegsfall.

Als im Sommer 1825 gerüchtweise verlautete, Frankreich beabsichtige, Spanien bei der Wiedereroberung seiner Kolonien zu unterstützen und als Preis dafür Kuba zu nehmen, ließ die Union darüber keinen Zweifel, daß sie eine Besitzergreifung Kubas durch eine andere Macht als Spanien unter keinem Vorwande dulden würde. Ein Vorschlag Frankreichs und Englands vom Jahre 1852

an die Union, sich gegenseitig zu verpflichten, niemals von Kuba Besitz zu ergreifen, wurde von der Union zurückgewiesen. Die Kubanische Frage sei eine rein amerikanische und müsse ohne Mitwirkung europäischer Mächte erledigt werden. Nicht ohne Anlaß spottete der damalige Staatssekretär der Union über die Großmut Frankreichs und Englands, auf eine Insel zu verzichten, die sie nie erlangen würden, während die Union auf etwas verzichten solle, was leicht einmal in ihre Hände fallen könnte.

Die Monroelehre gestattet es nach der Auffassung des Präsidenten Roosevelt keinem europäischen Staat, sich in Amerika auf Kosten eines amerikanischen Staates zu vergrößern. Auch darf, was Präsident Grant schon 1869 verkündet hatte, keine Übertragung einer amerikanischen Kolonie von einer europäischen Macht auf eine andere erlaubt werden, wenn eine solche Übertragung nach dem Urteil der Union ihren Interessen feindlich ist.

Als man in der Union besorgte, Deutschland könne die dänischen Antillen oder das spanische Kuba ankaufen, schrieb Roosevelt, wieder abgedruckt in seinem Buche „Amerikanismus": „In beiden Fällen ist es nicht denkbar, daß die Vereinigten Staaten zögern würden, eventuell mit gewaffneter Hand dazwischenzutreten. . . . Die Vereinigten Staaten dürfen keiner großen Militärmacht, die in diesem Erdteil noch kein Gebiet besitzt, das Recht zugestehen, festen Fuß zu fassen, und ebensowenig dulden, daß andere, die bereits Besitzungen hier haben, diese vergrößern."

Schon zu Ende des 19. Jahrhunderts ließ die Union in Kopenhagen ankündigen, daß ein Verkauf der dänisch-westindischen Inseln an irgend eine andere Macht den Krieg bedeute. Auch Senator Lodge, ein Vertrauens-

mann des Präsidenten Roosevelt, verhieß 1900 den Krieg gegen Deutschland oder gegen eine andere Macht, die etwa versuchen wollte, Brasilien oder die dänisch-westindischen Inseln zu nehmen.

Für den Fall einer Angliederung Hollands an das Deutsche Reich begründete Kapitän Mahan ein Einschreiten der Union gegen die Einbeziehung der holländisch-amerikanischen Besitzungen in die deutsch-holländische Gemeinsamkeit.

Bei Eröffnung der allamerikanischen Ausstellung in Buffalo von 1901 bekräftigte Lodge die Monroelehre, die ganz Amerika aufs innigste verbünde: „Keine europäische Macht soll hierher kommen und den Versuch machen, im Karaibischen Meerbusen eine Flottenstation errichten zu wollen. Unter keinen Umständen darf das kleinste Eiland, das allerwüsteste Vorgebirge eines der beiden amerikanischen Kontinente einer europäischen Macht abgetreten oder verkauft werden."

Gegen den Verkauf der kleinen Insel St. Barthomé durch Schweden an Frankreich im Jahre 1878 hatte die Union noch keinen Einspruch erhoben, anscheinend wegen der Unwichtigkeit der Insel.

Später versicherte Lodge, als das Verhältnis der Union zu San Domingo geregelt wurde, fest davon überzeugt gewesen zu sein, daß England und Deutschland 1902 beabsichtigt hätten, sich in Venezuela „einzubohren". Nur der Wachsamkeit der amerikanischen Politik sei es zu danken, daß dieser Plan vereitelt wurde.

Im Jahre 1896 erläuterte der Senat die Monroelehre dahin: „Jeder Versuch einer fremden Macht, auf diesem Festlande oder auf irgend einer ihm zugehörigen

Insel oder Inselgruppe neues Gebiet zu erwerben oder das von ihr bereits besessene und besiedelte Gebiet durch Gewalt, Abtretung, Besetzung, Kauf, Kolonisation oder sonstwie zu vermehren, soll als Verletzung der Monroelehre angesehen werden."

Demnach dürfen die gegenwärtigen europäischen Besitzrechte in Amerika nur an die Union übertragen werden.

Als im Jahre 1867 die englischen Besitzungen in Nordamerika zu der Dominion of Canada zusammengeschmolzen wurden, erhoben sich in der Union Stimmen, die darin eine Verletzung der Monroelehre erblickten. Im Kongreß gelangte sogar eine Resolution zur Beratung, worin die Beunruhigung der Union darüber ausgesprochen werden sollte, „daß eine so große Anzahl amerikanischer Staaten auf monarchischer Grundlage organisiert wird." Von dieser Organisation wurde behauptet, daß sie mit den Überlieferungen und Grundsätzen der Union nicht zu vereinbaren sei und ihre wichtigsten Interessen gefährde.

Anfang der sechziger Jahre war die Union so stark, daß während des Bürgerkrieges weder England noch Frankreich es wagten, offen auf die Seite der Südstaaten zu treten und die große Republik zu sprengen. Mit seinen Interessen und Sympathien stand England auf Seite der Südstaaten, begnügte sich aber mit der Hoffnung auf ihren Sieg ohne seine Hilfe.

Nachhaltig gefestigt wurde die Monroelehre, als Napoleon III. zu Anfang der sechziger Jahre die Absicht bekundete, in Mexiko nicht bloß die Anerkennung gewisser Forderungen zu erzwingen, sondern daselbst ein Kaiserreich zu errichten. Damals wurde er durch die drohende Haltung der Union zum Rückzuge genötigt.

Welchen Einfluß die Schlacht bei Königgrätz auf den Entschluß Napoleons übte, ist noch so wenig untersucht worden wie die Rückwirkungen des damaligen Bürgerkrieges in der Union auf die deutschen Einigungskämpfe.

Kurzsichtig wie so oft hatten die Londoner „Times" in ihrem Haß gegen die Monroelehre von Napoleon III. gerühmt, er habe der Welt durch Weglöschung der Monroelehre einen großen Dienst erwiesen. Das Gegenteil war bewirkt worden.

Als Lesseps an den Bau des Panamakanals ging, klagten die Blätter der Union darüber, daß seine Baggermaschinen die Monroelehre durchlöcherten. Diese Baggermaschinen sollten im Sumpfe der Pariser Börsenkorruption stecken bleiben.

Im Jahre 1895 erhob England Anspruch auf ein strittiges Gebiet zwischen Venezuela und Britisch-Guyana, als daselbst Goldländer entdeckt wurden. Venezuela brachte ein Schiedsgericht in Vorschlag. England lehnte ab und drohte mit Krieg. Präsident Cleveland erklärte in einer Botschaft von Weihnachten 1895 in diesem Falle die Monroelehre als maßgebend, da eine europäische Macht ihr Gebiet in Amerika auf Kosten einer benachbarten Republik ausdehnen wolle. Es sei die Pflicht der Union, mit allen Mitteln sich der Aneignung von Gebiet, das nach anzustellenden Ermittelungen zu Venezuela gehört, also einem absichtlichen Eingriff Großbritanniens in ihre Rechte und Interessen zu widersetzen. England fügte sich.

Seither glaubt man in Washington, bei Streitigkeiten zwischen einer europäischen Macht und einem amerikanischen Staat als Schiedsrichter obwalten zu müssen. Landabtretung an eine europäische Macht soll in keinem

Falle zugestanden werden. Das Kriegsrecht des Siegers auf Gebietsabtretung wäre sonach durch diese Erweiterung der Monroelehre gegenüber mittel- und südamerikanischen Staaten ausgeschlossen. Ernste Belastungsproben hat diese Behauptung noch nicht bestanden.

Bei Ausbruch des Krieges gegen Spanien im Jahre 1898 verbat sich die Union jede Einmischung Europas und wies selbst den vorsichtigen Vermittelungsversuch des Papstes schroff zurück.

Auf Grund der Monroelehre erklärte Präsident Garfield im Jahre 1881, jeden Versuch einer Verständigung anderer Mächte zu gemeinschaftlichem politischen Vorgehen in Amerika mit Unfreundlichkeit ansehen zu müssen.

Um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts hatte die Union wiederholt die Monroelehre außer acht gelassen, so im Jahre 1850 durch ihr Zusammengehen mit England und Frankreich bei der Friedensstiftung zwischen Haiti und San Domingo und vor allem bei dem Abschluß des Vertrages mit England über den Nicaraguakanal, worin beide Mächte die Verpflichtung eingegangen waren, den Kanal gemeinsam zu bauen, ihn nicht zu befestigen, sondern in Kriegs- und Friedenszeiten offen zu halten. Indessen erhob sich gegen diesen Vertrag alsbald lebhafter Widerspruch, und nach langen Verhandlungen setzte es die Union durch, daß England im Jahre 1900 auf sein Anrecht am Bau des Kanals und im Jahre 1901 auch auf dessen Neutralisierung und Befestigungslosigkeit verzichtete.

An der Marokkokonferenz wie an der Haager Friedenskonferenz hat die Union nur mit Vorbehalt teilgenommen und ausdrücklich auf die Monroelehre verwiesen. Bei der Unterzeichnung des Haager Abkommens

zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 29. Juli 1899 erklärte sie, daß in dem Abkommen nichts so ausgelegt werden darf, „als wenn es für die Union ein Aufgeben ihrer überlieferten Haltung in betreff der rein amerikanischen Fragen in sich schlösse."

In der Auffassung, daß die europäischen Mächte bestrebt seien, Land zu erlangen, wo sie nur könnten, äußerte Ende April 1900 der damalige Kriegssekretär Root, die Union müsse in wenigen Jahren die Monroelehre entweder aufgeben oder für sie kämpfen. Er wollte mit diesem Hinweis zeigen, daß die Union vorbereitet sein müsse, jedem Versuch entgegenzutreten, der die Monroelehre verletzen könnte.

Die Monroelehre ist keine Frage des Rechts, sondern der Politik, also eine Machtfrage.

Ob man die Monroelehre als Teil des Völkerrechts anerkennen wolle oder nicht, erklärte Präsident Roosevelt für ebenso gleichgültig, wie wenn jemand die amerikanische Unabhängigkeitserklärung auf diese formelle Eigenschaft prüfen wollte.

Als das einzige Mittel zur Aufrechterhaltung und Durchführung der Monroelehre bezeichnete Präsident Roosevelt wiederholt die Schaffung einer erstklassigen Schlachtflotte. „So lange wir eine Flotte erster Klasse haben, wird die Monroelehre geachtet werden und nicht viel länger."

Im Rahmen der Monroelehre wurde bisher von den Politikern der Union der Grundsatz aufrechterhalten, keine Bündnisse mit europäischen Mächten zu schließen.

In ihrer ursprünglichen Fassung ist die Monroelehre von den europäischen Mächten schließlich tatsächlich, wenn auch nicht formell, anerkannt worden.

Soweit von Europa aus Bedenken gegen den Grundsatz der Monroelehre geäußert wurden, erfuhren sie von der Union aus unter Hinweis auf ähnliche Verhältnisse in der alten Welt eine nicht unbegründete Zurückweisung.

In einem Aufsatz der „Hamburger Nachrichten" vom 9. Februar 1896, der von Bismarck beeinflußt war und auch im Bismarck-Jahrbuch (III. 569) abgedruckt ist, wurde die Ansicht ausgesprochen, daß die Monroelehre in ihrer Erweiterung „eine unglaubliche Unverschämtheit der übrigen Welt gegenüber sei und eine lediglich auf große Macht begründete Gewalttat allen amerikanischen und denjenigen europäischen Staaten gegenüber, die Interessen in Amerika haben. Man denke sich ein europäisches Analogon dieser amerikanischen Überhebung, daß also ein Staat, etwa Frankreich oder Rußland, seinerseits den Anspruch erheben wollte, in Europa seien keine Verschiebungen der Grenzen ohne seine Zustimmung erlaubt, oder daß in Asien irgend eine vorwiegende Macht, Rußland oder England, die Prätension aufstellte, daß dort keine Verschiebung der politischen Verhältnisse ohne seine Zustimmung stattfinden dürfe!"

Formell ist eine Monroelehre für Europa freilich nicht recht denkbar. Immerhin wachen die europäischen Mächte darüber, daß keinerlei Grenzverschiebungen ohne ihre Zustimmung stattfinden. Auch in Afrika bekunden die vorwiegenden Mächte immer mehr Neigung, Verschiebungen der dortigen Interessenkreise zu verhindern. Präsident Roosevelt hat einmal daran erinnert, daß England über Südafrika eine Monroelehre verhängte, als andere Mächte sich dort einzumischen gedachten. In Asien einigten sich Rußland und England über Interessenabgrenzungen. England hat für den Persischen Meer-

busen eine Art von Monroelehre verkündet, Japan hat sie nach seinen Siegen auf Ostasien zu übertragen versucht, ja sogar die Losung ausgegeben: Asien den Asiaten! Als die australischen Staaten sich Mitte 1900 zusammenschlossen, erhoben sie Einspruch gegen jeden weiteren Gebietserwerb einer europäischen oder asiatischen Macht im Stillen Meer.





Die amerikanischen Schuldnerstaaten.

Die Monroelehre hat sich überraschend entwickelungsfähig und dehnbar erwiesen, namentlich seit dem Hervortreten des Präsidenten Roosevelt. In früheren Aufsätzen, neu abgedruckt in seinem Buch „Amerikanismus" (Leipzig 1903) und später als Präsident bei verschiedenen Gelegenheiten hat er sich darüber geäußert.

Es sei nicht wünschenswert, die Monroelehre genau zu umschreiben, weil man dadurch verhindert werde, auf die verschiedenen Grade nationalen Interesses in verschiedenen Fällen Rücksicht zu nehmen. Man habe die Monroelehre nicht versteinern lassen, sondern stets die rechte Folgerung daraus gezogen.

Eine Ausgestaltung erfuhr sie zunächst nach dem Vorgehen Englands und Deutschlands gegen Venezuela von 1902 wegen böswilliger Zahlungseinstellung vertragsmäßiger Schulden. Damals war von Washington aus zu verstehen gegeben worden, daß von der Union die Anwendung von Gewalt gegen amerikanische Staaten zur Erlangung geldlicher Forderungen als ein Akt der Feindschaft gegen die Monroelehre betrachtet werden müsse.

Indessen anerkannte Präsident Roosevelt in seiner Botschaft vom 4. März 1905 das Recht europäischer

Gläubigerstaaten, amerikanische Schuldnerstaaten zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten zu zwingen, nötigenfalls durch Blockade oder Bombardement, vorausgesetzt, daß diese Schritte nicht die Form einer dauernden Gebietsbesetzung annähmen, obwohl auch schon darin eine Einmischung in amerikanische Angelegenheiten, also eine Verletzung der Monroelehre liege. Präsident Roosevelt fuhr dann fort: „Die europäischen Regierungen sehen das auch sehr wohl ein und haben uns daher den Gedanken nahe gelegt, daß wir ihnen zu ihren Rechten verhelfen müssen, wenn wir nicht wünschen, daß sie selbst einschreiten. Dies Verlangen ist durchaus berechtigt. Und wenn wir ihm nicht nachkommen, gewähren wir dadurch die „Erlaubnis", sich selbst zu helfen. Mit einem Worte, wenn wir die Monroelehre aufrecht erhalten wollen und von den übrigen Nationen ihre Respektierung fordern, so müssen wir dafür sorgen, daß unsere Schwesterrepubliken, die unter dem Schutze der Monroelehre stehen, ihren auswärtigen Verpflichtungen pünktlich und gewissenhaft nachkommen."

Diesen Gedanken hat Präsident Roosevelt durchgeführt und dabei die Monroelehre durch zwei neue Sätze erweitert:

Fremde Nationen dürfen sich nicht zu Herren amerikanischer Zollämter machen.

Der Union steht das ausschließliche Recht zu, die Finanzverwaltung amerikanischer Schuldnerstaaten zu überwachen.

Schon am 2. April 1903 hatte Präsident Roosevelt in einer Rede zu Chicago erklärt, auf Grund der Monroelehre keinen Erwerb territorialer Rechte durch eine europäische Macht auf Kosten einer schwachen

Schwesterrepublik dulden zu wollen, auch wenn diese Erwerbung nur die Form der Ausübung einer internationalen Überwachung annehmen sollte, die nach seiner Auffassung der Wirkung einer Besitzergreifung gleichkommen würde. Er erachtete sonach die Einsetzung internationaler Ausschüsse zur Überwachung des Staatsschuldendienstes amerikanischer Staaten nach ägyptischem Vorbilde für nicht vereinbar mit der Monroelehre, obwohl derartige Ausschüsse in Venezuela und anderen amerikanischen Staaten sehr nützlich hätten wirken können und keineswegs mit der Besetzung amerikanischen Gebietes gleichbedeutend gewesen wären.

San Domingo hatte seine Anleihe von 1893 durch die Zollerträge verbürgt und die Zollerhebung einer New Yorker Gesellschaft übertragen. Äußerstenfalls sollte die Zollverwaltung an einen internationalen Ausschuß, bestehend aus Vertretern der Union, Englands, Frankreichs, Belgiens und Hollands, übergehen. Dazu kam es aber nicht, als die Zinsenzahlung in Stockung geriet. Vielmehr schritt die Union ein. Präsident Roosevelt vereinbarte mit San Domingo im Jahre 1905 ein neues Abkommen, das die Zollverwaltung der kleinen Insel der Union unterstellte. Die Union übernahm gegenüber San Domingo dieselbe Befugnis, wie sie von einem Ausschuß der europäischen Mächte seit Jahren gegenüber Ägypten ausgeübt wird: die oberste Verwaltung zur Regelung des Schuldendienstes. Von den Einnahmen wird ein Teil der Landesverwaltung zur Bestreitung der notwendigen Ausgaben und ein anderer Teil den Gläubigern nach Verhältnis ihrer Forderungen überwiesen. Nach allerlei parlamentarischen Umständlichkeiten ist das Abkommen Anfang Mai 1907 in Kraft getreten.

Bei der Empfehlung des Abkommens betonte Präsident Roosevelt, daß der Union aus der Monroelehre nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten erwüchsen, zunächst die Pflicht, für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zu sorgen, die amerikanische Schuldnerstaaten gegenüber europäischen Gläubigern eingegangen sind. Insbesondere seien mit der Übernahme der Finanzverwaltung von San Domingo auch Verpflichtungen verbunden. In der Botschaft des Präsidenten Roosevelt vom 16. Februar 1905 hieß es:

„Die Verhältnisse in San Domingo wurden unerträglich. Die auswärtigen Nationen empfanden, daß der einzige Weg, Zahlung für die Ansprüche ihrer Angehörigen zu erlangen, der wäre, Gebiet zu erwerben oder die Zollverwaltung zu übernehmen. Die Monroelehre hat dies verhindert, und die, welche daraus Nutzen ziehen, müssen zugleich mit den aus ihr erwachsenden Rechten gewisse Verantwortlichkeiten auf sich nehmen. Es wäre mit internationaler Billigkeit unvereinbar gewesen, wenn die Vereinigten Staaten es abgelehnt hätten, die europäischen Mächte das andere Verfahren einschlagen zu lassen, das ihnen zur Befriedigung ihrer Ansprüche zur Verfügung stand, und sich gleichzeitig geweigert hätten, selbst Schritte zu tun. Wir müssen entweder den anderen Regierungen gestatten, Maßnahmen zur Wahrung ihrer Interessen zu ergreifen, oder selbst ein geeignetes Vorgehen einschlagen. Wenn der Welt die bona fides der Vereinigten Staaten in Erfüllung ihrer Verpflichtungen bewiesen wird, so wird sicher die allgemeine Zustimmung zur Monroelehre die Folge sein, was eine Erweiterung des Bereiches friedlicher Beilegung internationaler Schwierigkeiten bedeutet.“

In der Union war man befriedigt, weil dadurch der Einfluß der Vormacht ausgedehnt wurde, und schreckte vor der damit verbundenen Verantwortlichkeit keineswegs zurück. Wie Senator Lodge, ein Vertrauensmann des Präsidenten Roosevelt, damals äußerte, müsse die Union bei der Prüfung europäischer Finanzansprüche an amerikanische Staaten darauf achten, einmal, daß die amerikanischen Schuldnerstaaten „reell“ bezahlen, was sie schulden, aber auch, daß sie von ihren europäischen Gläubigern nicht übervorteilt werden.

Für die europäischen Mächte könnte es unter Umständen peinlich werden, die Vermittelung der Union anzurufen, und für die Union schwierig, den Schiedsspruch abzugeben.

Gegen das Abkommen mit San Domingo erhoben die Mächte keinen Widerspruch. Nach einem Chicagoer Blatt soll es die deutsche Reichsregierung willkommen geheißen haben. Ein solches Vorgehen sei gegenüber allen diesen unsicheren Staatsgebilden schon lange unerläßlich gewesen und stehe der Union als der geographisch und politisch nächsten Macht wohl an. Es handle sich mehr um eine Pflegschaft, als um ein Protektorat in der üblichen Bedeutung des Wortes. Wie Präsident Roosevelt Mitte August 1905 in Chautauque bemerkte, wird durch das Abkommen die Einführung eines eigentlichen Protektorats überflüssig.

Nunmehr kann die Union in ähnlicher Weise einschreiten, wenn andere verschuldete amerikanische Staaten mit ihren europäischen Gläubigern zu keiner Verständigung gelangen, sie kann und wird ihre finanzielle Obervormundschaft in Amerika immer mehr ausdehnen auf Grund der neuen Erweiterung der Monroelehre durch

den Präsidenten Roosevelt. Haiti dürfte bald an die Reihe kommen. Anfang 1906 nahm man in Washington mit Genugtuung eine Beschwerde Italiens über Zinsverkürzungen dieser Negerrepublik entgegen.

In ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zu der Union ist zunächst Nicaragua gebracht worden durch die Anleihe von 1904, die gegen Verpfändung eines Teils der Zolleingänge die New Yorker Bankiergruppe Weinberger, Adler, Salomon und Genossen übernahm. Diese Anleihe (1 Million Dollars mit 6 Prozent verzinslich, zum Kurse von 75 Prozent übernommen, in 25 Jahren rückzahlbar!) sicherte den Unternehmern unverhältnismäßig hohen Gewinn und diente zugleich den politischen Zwecken der Unionsregierung.

Indessen will Präsident Roosevelt, wie er in seiner Botschaft vom 16. Februar 1905 betonte, nicht die Meinung aufkommen lassen, als wäre die Monroelehre dazu da, den mittel- und südamerikanischen Republiken als Deckmantel gegen das Eintreiben berechtigter Schuldforderungen von seiten der europäischen Mächte zu dienen. Die Monroelehre sei kein Freibrief zur Verletzung des Völkerrechts.

Wie er am 11. August 1905 erklärte, haben die mittel- und südamerikanischen Staaten auf Grund der Monroelehre keinen Schutz zu erwarten, falls sie sich der Bezahlung rechtsverbindlicher Schulden entziehen wollten. Versuchen sie es, so bleibt den europäischen Mächten das Recht, nötigenfalls ihre Ansprüche zu erzwingen. Doch soll die Union die Vorkehrungen der betreffenden europäischen Macht zur Wahrung ihrer Interessen überwachen, um zu verhindern, daß bei etwaigen

Vollstreckungen amerikanisches Land auch nur vorübergehend von fremden Truppen besetzt wird.

In seiner Botschaft vom 4. Dezember 1906 kam Präsident Roosevelt nochmals auf diese Angelegenheit zurück und verkündete, daß „Betrug oder andere verbrecherische Handlungen oder Verletzung von Verträgen durch den Schuldner ein zwangsweises Eingreifen gegen einen fremden Staat rechtfertigen könnten, der seine Verbindlichkeiten gegen seine Gläubiger zu erfüllen sich weigere". Schließlich empfahl er, den endgültigen Austrag aller sich auf diesem Gebiet erhebenden Rechtsstreitigkeiten der Haager Konferenz anheimzugeben.

In diesem Sinne hatte der allamerikanische Kongreß vom Sommer 1906 beschlossen, die Haager Friedenskonferenz zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob und in welchem Umfange dic Anwendung von Waffengewalt bei der Eintreibung öffentlicher Schulden erlaubt ist. Bei der Erörterung dieser Frage wollte man von amerikanischer Seite die Dragolehre, wonach die Anwendung von Waffengewalt bei Eintreibung öffentlicher Schulden in Zukunft ausgeschlossen werden soll, anempfehlen, damit sie zu einem Grundsatz des Völkerrechts erhoben wird.

Unter den Rückwirkungen des deutsch-englischen Vorgehens gegen Venezuela von 1902 entstand, zuerst von dem argentinischen Diplomaten Calvo erdacht, die Dragolehre, so benannt nach dem argentinischen Minister des Äußern, der sie in einer Note vom 29. Dezember 1902 nach Washington formulierte. Danach soll die Eintreibung finanzieller Ansprüche der Staatsangehörigen eines Landes bei der Regierung eines anderen Landes nicht mehr durch Waffengewalt erfolgen dürfen, sondern

der Gläubiger darauf beschränkt werden, sich an die Gerichte des Schuldnerstaates zu wenden.

Mit diesem neuen Satz war die Union einverstanden, da er ihr geeignet schien, die Erweiterung der Monroelehre zu fördern. Wie Staatssekretär Root während des allamerikanischen Kongresses von 1906 versicherte, werde die Union Schuldansprüche ihrer Angehörigen niemals durch das Heer oder die Flotte beitreiben lassen, habe das auch niemals getan. Außerdem hob Staatssekretär Root hervor, daß die Union mit Bezug auf ihre Staatsangehörigen die Beitreibung von Schuldrechten fremder Staaten mit Waffengewalt niemals dulden würde.

Staatssekretär Root befürwortet einen Vermittelungsvorschlag durch ein internationales Abkommen, wonach bei der Eintreibung gewöhnlicher öffentlicher Schulden, die aus Verträgen erwachsen, eine gewisse Beschränkung in der Anwendung von Gewalt beobachtet werden soll.

In den interessierten Kreisen Englands, des größten Gläubigerstaates, hat die Dragolehre scharfen Widerspruch hervorgerufen. Wenn zahlungsunfähige oder zahlungsunwillige Schuldnerstaaten von den Gläubigerstaaten nicht mehr äußersten Falles mit Waffengewalt zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen angehalten werden können, dann sinkt ihr Kredit, und sie werden bei neuem Geldbedarf Anleihen oder Kapitalien vom europäischen Geldmarkt unter keinen Umständen zu erwarten haben. Darüber sind die betreffenden Schuldnerstaaten schwerlich im Unklaren. Aber soweit sie bankerott sind, erhalten sie ohnehin kein Geld mehr von Europa, und die übrigen zahlungsfähigeren Staaten hoffen, ihren Geldbedarf fortan in der Union decken zu können, wo nach den

Schilderungen New Yorker Blätter die Milliardäre und die Milliarden wie die Pilze aus der Erde wachsen.

Den mittel- und südamerikanischen Staaten wird bei finanziellen Schwierigkeiten die Erweiterung der Monroelehre manche Enttäuschung bringen. Nach wie vor müssen sie ihre Verpflichtungen gegenüber Europa erfüllen, sei es nun in Güte oder gezwungen durch Vermittelung der nordamerikanischen Union. Zunächst geraten sie, soweit sie nicht zahlen können oder zahlen wollen, unter die finanzielle Obervormundschaft der Union und, wo sich das europäische Kapital zurückzieht, in Abhängigkeit von den übermächtigen Finanzkönigen und den großen Trusts der Union. Freilich wird auch das europäische Kapital in Mittel- und Südamerika mit besonderen Schwierigkeiten zu rechnen haben. Erachtet es der Heimatsstaat mit Rücksicht auf die Union nicht für zweckmäßig, seine Kapitalsinteressen in Mittel- und Südamerika gegebenenfalls zu schützen, und ist auf wirksamen Schutz gegen Vergewaltigung mit Sicherheit nicht zu rechnen, so wird das europäische Kapital von Mittel- und Südamerika zurückgeschreckt werden und für Neuanlagen nicht mehr leicht zu gewinnen sein.

Dagegen darf das Kapital der Union ausgiebigsten Schutzes gewiß sein, ja es wird in Mittel- und Südamerika eine Vorzugsstellung genießen und daraufhin noch weit umfangreicher als bisher nach Anlagen suchen.

Die Verscheuchung des europäischen Kapitals aus Mittel- und Südamerika mag von der Union nicht unmittelbar beabsichtigt sein, ist ihr aber sehr willkommen, da sie dessen bisheriges Übergewicht mißgünstig beobachtet.

Mag auch der nordamerikanische Dollar in Mittel- und Südamerika schon sehr einflußreich geworden sein,

so wird er doch schwerlich die Erkenntnis auf die Dauer unterdrücken können, daß die Monroelehre in ihrer Erweiterung schließlich den Zwecken der Union dient, ihre Monopolisierungsbestrebungen im Süden fördert und die finanzielle und politische Selbständigkeit aller übrigen amerikanischen Staaten langsam untergräbt.

Angesichts der mißlichen Folgen des deutsch-englischen Vorgehens gegen Venezuela vom Jahre 1902 ist anzunehmen, daß sich ein solches Vorgehen nicht so leicht wiederholen wird. Von vornherein hat das Einschreiten gegen Schuldnerstaaten keine völkerrechtliche Grundlage. Anleihegeschäfte mit fremden Staatsregierungen sind Privatangelegenheiten und als solche von dem Hauptgläubigerstaat, von England, stets aufgefaßt worden. Als Argentinien, Portugal und Griechenland ihre Zahlungen einstellten, haben die Gläubigerstaaten nicht entfernt daran gedacht, die Forderungen ihrer Angehörigen mit Waffengewalt einzutreiben. Gegen Venezuela ging man schärfer vor, weil man dort nicht Zahlungsunfähigkeit, sondern böswilligen Rechtsbruch voraussetzte, und übte mit Hilfe der Flotte einen Druck aus, der ohne die Einmischung der Unionsregierung rascheren Erfolg gehabt haben würde.

Als die Reichsregierung sich entschloß, gegen Venezuela im Wege der Exekution vorzugehen, nahm man allgemein an, daß Hansemann, bevor die Diskontogesellschaft auf den Bau der Venezuelabahn gegen entsprechende Zinsbürgschaft eingegangen war, im Auswärtigen Amt angefragt hatte, ob er nötigenfalls auf den Schutz des Reiches rechnen könnte, und daß er auf seine Anfrage beruhigende Zusicherung erhalten hatte. Daraus zog man den Schluß, daß die Reichsregierung

eine besondere Verpflichtung eingegangen war, sich für die Forderungen der Diskontogesellschaft an Venezuela mit ganzer Kraft einzusetzen und auch äußerste Maßnahmen nicht zu scheuen. Tatsächlich hatte aber Hansemann, bevor er das Eisenbahngeschäft mit Venezuela abschloß, die leitenden Kreise in Berlin nicht befragt, sondern sie mit der vollzogenen Tatsache überrascht.





Die Monroelehre und Mittelamerika.

Folgerichtig innerhalb der Monroelehre hielt sich der Vorschlag des mexikanischen Präsidenten Diaz auf dem allamerikanischen Kongreß in Mexiko vom Sommer 1902. Danach sollte als Grundsatz amerikanischer Politik die Anerkennung des derzeitigen Besitzstandes unter gegenseitiger Verbürgung aufgestellt werden. Diese Diazlehre wurde von der Mehrheit angenommen. Doch blieb die Haltung der Union dazu mindestens unklar.

Ein anderer Vorschlag des Präsidenten Diaz vom Mai 1907 soll ein gemeinsames Protektorat der Union und Mexikos über die mittelamerikanischen Staaten in Aussicht genommen haben, doch gehen die Wünsche vieler Unionspolitiker weiter.

Die Erwerbung tropischer Länder wurde von vielen Unionspolitikern schon längst für dringend notwendig erachtet. Zunächst sollten alle westindischen Inseln von der Union entweder angekauft oder besetzt oder durch enge Bündnisse ihr angegliedert werden.

Mitte April 1907 erklärte der Senator Beveridge in einer Sitzung der Akademie für politische und soziale Wissenschaften zu Washington die künftige Herrschaft der Union über alle westindischen Inseln für ebenso unvermeidlich wie die Herrschaft über Kuba.

Kuba war den Unionspolitikern schon lange besonders begehrenswert erschienen. Bereits am 2. Oktober 1823 hatte Präsident Jefferson an Monroe geschrieben: „Ich gestehe offen, daß ich von je auf Kuba als auf den interessantesten Zuwachs zu unserem Staatensystem geschaut habe. Die Kontrolle, die uns die Insel, zusammen mit der Südspitze von Florida, über den Golf von Mexiko, seine Küstenländer und den Isthmus gäbe, würde das Maß unseres politischen Wohlbefindens voll machen.“

Steffen A. Douglas sagte vor einem halben Jahrhundert: „Es ist unsere Bestimmung, Kuba zu besitzen, und es ist lächerlich oder verrückt, darüber noch zu streiten. Kuba gehört naturgemäß zum amerikanischen Festland, es bewacht die Mündung des Mississippi, d. i. das Herz der Union und der Rumpf der Nation. Kubas Erwerb ist nur eine Frage der Zeit.“

Kuba ist seit Mai 1902 eine selbständige freie Republik, hat aber in seiner Verfassung der Union vertragsmäßig Mitte 1901 ein Protektoratsrecht einräumen müssen. Die Union kontrolliert die auswärtige Politik Kubas und kann daselbst einschreiten zur Wahrung der kubanischen Unabhängigkeit und zur Erhaltung einer Regierung, die imstande ist, für den Schutz von Leben, Eigentum und persönlicher Freiheit zu sorgen. Als auf Kuba im Herbst 1906 Unruhen ausbrachen, schritt die Union mit Waffengewalt ein, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Eine engere Angliederung Kubas an die Union wird erstrebt, die formelle Einverleibung der Insel in die Union aber nicht beabsichtigt, weil man der farbigen Bevölkerung keinesfalls die bürgerliche Vollberechtigung einräumen will. Außerdem nimmt man Rücksicht auf

die Stimmung der übrigen amerikanischen Republiken. Allamerika erscheint den Unionspolitikern schließlich doch wichtiger als Kuba.

Einen formell noch loser angegliederten Vasallenstaat schuf sich die Union Ende 1903 in der neuen Republik Panama.

Ende 1846 hatte sie mit der Republik Neu-Granada, dem heutigen Kolumbien, ein Abkommen vereinbart und sich darin verpflichtet, die vollständige Neutralität der Landenge von Panama zu verbürgen. Auf Grund dieses Vertrages entsandte die Union wiederholt Truppen dorthin, um die Ruhe aufrecht zu erhalten und den freien Verkehr zu sichern, zog sich aber immer wieder zurück. Anfang 1870 erhielt die Union das Recht, den Panamakanal zu bauen, verzichtete aber auf dessen Ausführung. Im Jahre 1878 wurde eine neue Konzession erteilt, die Lesseps erwarb. Nach dem Zusammenbruch der Lessepsschen Gesellschaft übernahm die Union im Jahre 1904 alle Arbeiten und Rechte gegen Zahlung von 210 Millionen Mark, um den Kanal fertig zu stellen, stieß aber mit den Verhandlungen über die Konzessionsbedingungen bei Kolumbien auf Schwierigkeiten. Dort hoffte man eine höhere Abfindung herausschlagen zu können. Als die Verhandlungen sich in die Länge zogen, wurden die Bewohner der Landenge ungeduldig, und es kam am 3. November 1903 in der Stadt Panama zu einer Revolution. Kriegsschiffe der Union waren bereits erschienen. Man entwaffnete ein Bataillon der kolumbischen Regierung und drohte mit der Landung von Truppen aus der Union. Am 6. November sandte die neue Regierung einen Vertreter nach Washington, und schon am 13. November wurde die neue Republik Panama

von der Union anerkannt. Fünf Tage später erfolgte der Abschluß des Panamakanalvertrages mit der neuen Regierung, worin die Union die Unabhängigkeit Panamas gewährleistete, dagegen für den Bau des Kanals einen Landstreifen von 17 Kilometer Breite zugewiesen erhielt gegen Zahlung von insgesamt 51,2 Millionen Mark.

Kolumbien protestierte gegen die Vergewaltigung und berief sich auf seinen Vertrag mit der Union von 1846, fand indessen in der Union kein Gehör, und als es Truppen nach Panama entsandte, wurde ihre Landung von einem Vertreter der Union untersagt. Kolumbien stand mit seinen geldgierigen Machthabern allein da und fand nirgends Unterstützung.

Für alle Zukunft will die Union Panama zu Wasser und zu Lande beschützen und es in Ordnung halten.

Der Panamakanal ist für die Union wirtschaftlich, politisch und militärisch von größtem Wert, er erhöht ihren Einfluß im amerikanischen Mittelmeer, macht sie zum Oberherrn dieses wichtigen Meeres und gestattet ihr, die mittelamerikanischen Staaten mit Mexiko zu umklammern.

Seitdem die Union in Panama festen Fuß gefaßt hat, verlangen viele Politiker die Ausdehnung ihres Protektorats über die schwachen mittelamerikanischen Staaten, da deren Regierungen nicht imstande seien, eine geordnete Verwaltung und dauernd friedliche Verhältnisse herzustellen.

Manchen Politikern der Union erschien Mexiko schon lange begehrenswert. Im Jahre 1868 prophezeite Seward, daß in dreißig Jahren Mexiko die Hauptstadt der Union sein werde, derselbe Seward, der einen Vertrag mit Dänemark wegen Erwerbung der Thomasinsel ab-

geschlossen hatte. In einem Werk über „Amerikanisch-diplomatische Fragen“ vom Jahre 1901, das unter Benutzung der Unionsarchive geschrieben wurde, nahm J. B. Henderson an, daß nach dem Tode des Präsidenten Diaz Mexiko zum Schauplatz erneuter Wirren werden würde. Ruhestörung vor der eigenen Tür dürfe die Union aber so wenig dulden wie etwa auf Kuba, und werde daher früher oder später Mexiko annektieren wie die anderen unter unverantwortlichen Regierungen lebenden mittelamerikanischen Staaten.

Cecil Rhodes hat es einmal als Aufgabe der angloamerikanischen Rasse bezeichnet, Mexiko und die spanischen Republiken von Südamerika zu erobern. Anscheinend dachte Rhodes damals an ein Zusammenwirken zwischen England und Nordamerika, da die Angliederung Kanadas der Union in jeder Hinsicht näher liegt.

Mehrfach haben Präsident Roosevelt wie früher Staatssekretär Hay jedes Eroberungsgelüst der Union auf das übrige Amerika zurückgewiesen, aber doch nur für ihre Person. Denn die Einverleibung von Texas und Unterkalifornien, ferner von Portorico, die Angliederung von Kuba usw. zeigten, daß die Union sich durch die Monroelehre nicht verhindern ließ, ihren Besitzstand auf Kosten anderer amerikanischer Staaten zu erweitern. Da für die Besetzung Kubas weder die Monroelehre noch das Völkerrecht herangezogen werden konnte, erklärte die Union „aus Gründen der Menschlichkeit“ nach Kuba genötigt worden zu sein.

Aufrichtiger waren die Vertreter der Union, als Spanien sich um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts weigerte, Kuba für 120 Millionen Dollars

zu verkaufen. Damals drohten sie mit der Wegnahme der Insel. „Da die Union niemals wirkliche Ruhe und Sicherheit genießen kann, so lange Kuba nicht ihrem Gebiet einverleibt ist, und da die Selbsterhaltung sowohl für Staaten wie für Personen das wichtigste Naturgesetz bildet, so müssen wir dieses Gesetz auch auf die Erwerbung Kubas anwenden. Nachdem Spanien den von uns für die Insel gebotenen, weit über ihren gegenwärtigen Wert hinausgehenden Preis ausgeschlagen haben wird, tritt an uns die Frage heran: Gefährdet Kuba im Besitz Spaniens unseren inneren Frieden und unsere teuere Union? Beantwortet man diese Frage bejahend, dann werden wir durch alle göttlichen und menschlichen Gesetze berechtigt sein, die Insel Spanien zu entreißen, wenn wir die Macht dazu haben; nach demselben Grundsatz, der einem Manne das Recht gibt, das Haus seines Nachbarn in Brand zu stecken, wenn es für ihn kein anderes Mittel gibt, das seinige vor der Zerstörung durch Feuer zu bewahren. Wir würden unserer Pflicht abtrünnig, unserer tapferen Vorfahren unwürdig sein und gegen unsere Nachkommen feigen Verrat üben, wollten wir ruhig zusehen, wie Kuba afrikanisiert und ein zweites St. Domingo wird, wie die Flammen auf unsere benachbarten Küsten überspringen und das schöne Gebäude unserer Union in Gefahr bringen oder gar verzehren."

Als Präsident Roosevelt seine Wiederwahl betrieb, gab er der Monroelehre an Stelle der ursprünglich defensiven ein offensives Gesicht. Mit Hinweis auf die Erfolge des Krieges gegen Spanien erklärte er am 27. August 1902: „Unser Interesse an der Monroelehre ist lebhafter als jemals zuvor. Sie ist die ein-

fache Feststellung unserer bestimmten Ansicht, daß es den jetzt in diesem Weltteil bestehenden Nationen überlassen bleiben muß, ihr eigenes Geschick untereinander zu entscheiden, und daß dieser Weltteil nicht länger als Kolonisationsstätte für irgend eine europäische Macht betrachtet werden darf. Nur die Vereinigten Staaten können diese Lehre wirksam machen, denn eine Nation, welche diese Lehre aufstellt, muß auch die Macht haben, sie durchzuführen, da sie wahrscheinlich in irgend einer Weise mit anderen Nationen in Widerspruch geraten wird."

Später fügte er beschwichtigend hinzu: Die Monroelehre sei keineswegs als ein Angriffsmittel zu betrachten. Sie bedeute nicht, daß die Union gegen irgend eine Macht angriffsweise vorgehen wolle, sondern nur, daß sie als größte Macht des Erdteiles dem Grundsatz der Monroelehre treubleiben werde, wonach Amerika von keiner europäischen Macht als ein Gegenstand politischer Kolonisation angesehen werden dürfe.

Die Monroelehre hatte den Bestand der europäischen Kolonien in Amerika noch anerkannt. Seit Jahrzehnten erhoben sich Stimmen dagegen. Schon 1870 äußerte Staatssekretär Fish die Hoffnung, daß die europäischen Mächte sich freiwillig aus Amerika und seinen Inseln zurückziehen würden, damit der ganze Erdteil amerikanisch werde. Präsident Grant erhoffte ebenfalls das Aufhören der politischen Zusammenhänge Europas mit Amerika von dem natürlichen Gang der Dinge.

In dem republikanischen Programm von 1896, das der gewählte Präsident gebilligt hatte, hieß es: „Wir sehen zuversichtlich dem schließlichen Rückzuge der europäischen Mächte von unseren sowie der Vereinigung

aller englisch sprechenden Länder des Erdteils durch freien Vertrag seiner Bewohner entgegen."

Am schärfsten hat Roosevelt dahingehende Folgerungen der Monroelehre in seinem Buch über Amerikanismus gezogen:

„Jeder rechtschaffene Patriot, jeder Politiker in unserem Lande sieht verlangend dem Tag entgegen, wo keine einzige europäische Macht mehr ein Stückchen amerikanischen Bodens im Besitz haben wird. Es kann sein, daß in einer ferneren Zukunft alle englisch sprechenden Völker sich zu einer Art Staatenbund vereinigen werden. Wie wünschenswert dies auch sein mag, für den Augenblick ist dies eine Phantasie. Die einzige Hoffnung, die es heute für eine Kolonie gibt, die ihre volle sittliche und geistige Entwickelung erreichen will, ist, daß sie unabhängig oder ein Teil eines unabhängigen Staates wird."

Ende 1903 brachte die republikanische Mehrheit im Senat nochmals den Standpunkt zum Ausdruck, daß nach wie vor der Ausschluß sämtlicher europäischer Mächte von dem Boden Amerikas anzustreben sei.

Mit dem Verlust ihrer Kolonien infolge der Monroelehre werden die beteiligten Staaten, vor allem England, aber auch Frankreich, Holland und Dänemark in absehbarer Zeit zu rechnen haben.





Die Monroelehre und Südamerika.

Schon in der Fassung der Monroelehre vom Jahre 1823 hatte die Union eine Art von Protektorat über ganz Amerika beansprucht durch die Erklärung: „Jede Beeinträchtigung der Unabhängigkeit eines der von uns anerkannten amerikanischen Freistaaten würden wir als einen feindseligen Akt gegen uns selbst ansehen.“

Die Union legte sich den vielsagenden Namen „Vereinigte Staaten von Amerika“ bei.

Mitte 1904 wies Präsident Roosevelt die Botschafter, Gesandten und Konsuln der Union an, sich künftig „amerikanischer Botschafter“, „amerikanischer Gesandter“, „amerikanischer Konsul“ zu nennen.

Auf der allamerikanischen Ausstellung in Buffalo von Mitte 1901 hatte der damalige Vizepräsident Roosevelt die Monroelehre als Grundlage für die allamerikanische d. i. für die gemeinsame Politik amerikanischer Staaten „gegenüber dem Auslande“ bezeichnet, unter Ausland also nur die nichtamerikanischen Staaten verstanden.

Von vornherein betrachtete sich die Union als die überwiegende (preponderant) amerikanische Macht und hat auf dem Wege zur Obermacht (paramount) bedeutsame Fortschritte gemacht.

Wie Präsident Polk (1845 bis 1849), der Neumexiko und Kalifornien erwarb, verkündete, ist die Union berufen, alle Länder der westlichen Halbkugel unter ihre schützenden Fittiche zu nehmen.

Mit steigender Zuversicht hat sich die Union zum Schirmherrn Amerikas erhoben, sie will ihre kräftige Hand schützend über die schwächeren Staaten halten, ein Anspruch, den die europäischen Mächte kaum noch ernsthaft zu bestreiten wagen.

Aus der Monroelehre wird ein nicht leicht zu umschreibendes Kontrollieren der amerikanischen Staaten durch die Union entwickelt, eine Art von Vormundschaft, die Präsident Roosevelt in seiner Botschaft vom Dezember 1904 beanspruchte. Diese Vormundschaft, sagte ein Bundessenator während des Venezuelastreites, haben wir nicht auf uns genommen, sondern sie ist auf uns gefallen nach dem Gesetz der politischen Gravitation. Dieses Gesetz war nur eine Neuumschreibung für das alte Recht des Stärkeren.

Fremde Mächte dürfen sich in Amerika nicht einmischen. Um ihnen jeden Vorwand dazu zu nehmen, müssen wir bemüht sein, äußerte Präsident Roosevelt Mitte 1905, unseren Schwesterrepubliken, sobald sie einer Hilfe bedürfen, auf dem Wege nach Frieden und Ordnung beizustehen. Die Union ist berufen und berechtigt, die Ordnung nötigenfalls zu erzwingen, („Speak softly and carry a big stick"), seitdem sie gegenüber Europa eine gewisse Verantwortlichkeit für die mittel- und südamerikanischen Regierungen zunächst in bezug auf den Staatsschuldendienst übernommen hat. Ein jedes der amerikanischen Länder, dessen Bevölkerung sich gut führe, könne auf die herzliche Freundschaft der Union rechnen. Anhalten-

des Unrechttun aber und Ohnmacht würden, wie sie anderwärts auch schließlich das Einschreiten einer zivilisierten Nation erfordern, auf der westlichen Hemisphäre auf Grund der Monroelehre, wie Präsident Roosevelt in seiner Botschaft vom Dezember 1904 androhte, die Union zwingen, wenn auch widerstrebend, eine internationale Polizeigewalt auszuüben.

Das Streben nach Suzeränität der Union über ganz Amerika enthüllte während des Venezuelastreites von 1895 mit England Staatssekretär Olney in einer Note nach London mit folgenden Worten: „We are practically sovereign on this continent and our fiat is law!“ „Wir sind die tatsächlichen Herren auf diesem Erdteil, und unser Machtwort ist Gesetz.“

Diese Ansprüche fanden in der Union selbst laute Zustimmung. Alle Bedenken dagegen wurden unterdrückt, auch die Zweifel des Kapitäns Mahan in seiner Schrift über „Die asiatische Frage und ihre Rückwirkung auf die internationale Politik“ vom Jahre 1900, ob die Ausdehnung der Monroelehre so weit gehen dürfe, daß die Union die Unabhängigkeit der südamerikanischen Staaten gegen alle europäischen Mächte sicher stellen solle, ob diese Politik wirklich klug und auf die Dauer durchführbar sei. Nach seiner Meinung hören südlich von Panama die Interessen der Union so ziemlich auf. Für das Tal des Amazonenstromes befürwortete er die Festsetzung einer großen neutralen Zone zu Handelszwecken im Wege internationaler Abmachungen. Nur bis dorthin sollte sich die Wirksamkeit der Monroelehre erstrecken.

Dagegen erweckten die Ansprüche der Union bei den übrigen amerikanischen Staaten Mißtrauen, auch da, wo man früher Vertrauen zu der Union und ihrem Schutz

gegen außeramerikanische und amerikanische Feinde gehegt hatte.

Mit Unbehagen beobachtete man, wie die Union sich in die Streitigkeiten und Wirren der amerikanischen Staaten einmischte.

Auf das Geheiß der Union mußte Chile nach seinem Sieg über Peru und Bolivien darauf verzichten, sich Gebietsteile abtreten zu lassen.

Als im Frühjahr 1907 der mittelamerikanische Krieg zwischen Nicaragua, Honduras und San Salvador durch den Sieg Nicaraguas so ziemlich entschieden war, erschienen Seetruppen der Union in den Häfen dieser Staaten, und die Union gebot Einhalt, angeblich um die amerikanischen Interessen zu schützen und einer Einmischung europäischer Mächte vorzubeugen.

In den Streit zwischen Brasilien und Bolivien um das Akregebiet vom Jahre 1903 hat die Union zwar nicht unmittelbar eingegriffen, aber Anlaß zu dem Streit gab eine von der Unionsregierung unterstützte Gruppe der Newyorker Hochfinanz, die anfangs 1902 das wichtige Kautschukgebiet von der bolivianischen Regierung unter Übernahme der ganzen Finanzverwaltung auf 60 Jahre gepachtet hatte. Auf Andrängen Brasiliens mußte dieser Pachtvertrag rückgängig gemacht werden. Man erinnerte sich in Brasilien der langen Studienreise eines Kanonenbootes der Union im Jahre 1901 bis tief in das Gebiet des Amazonenstromes hinein, befürchtete allerlei Absichten der Union und verständigte sich mit Bolivien, um die Union von brasilianischem Gebiet fern zu halten.

In den achtziger Jahren tauchte der Vorschlag auf, den Präsidenten der Union zum ständigen Schiedsrichter

für alle Streitigkeiten zwischen den amerikanischen Staaten zu machen. Staatssekretär Blaine suchte diesen Vorschlag zu verwirklichen, nicht zuletzt, um für alle Zukunft die Berufung einer europäischen Macht zum Schiedsrichter auszuschließen. Von einem solchen Schiedsgericht befürchteten die südamerikanischen Staaten eine Schmälerung ihrer souveränen Rechte.

Nach langen Verhandlungen auch auf früheren allamerikanischen Kongressen beschloß der Kongreß in Rio de Janeiro 1906, Zwistigkeiten unter den amerikanischen Staaten künftig durch Vermittlung zu schlichten im Zusammenhang mit einem allgemeinen Schiedsgericht, wie es auf den Haager Friedenskonferenzen angestrebt wird. Chile bekämpfte ein amerikanisches Schiedsgericht aus Mißtrauen gegen die Union. Auch die Union verlangte Freiwilligkeit und wollte sich nicht binden; anfangs, um in dem Streit zwischen Kolumbien und Panama freie Hand zu behalten, und später, um von Fall zu Fall selbst oberster Schiedsrichter zu werden.

Erbitternd wirkten gewisse Vorkommnisse, die den Anschein erweckten, als ob die Union in anderen amerikanischen Staaten Wirren hervorzurufen oder Streitigkeiten zu verschärfen geneigt sei.

Ende 1905 ließ die argentinische Regierung mehrere höhere Offiziere in der Provinzialhauptstadt San Juan verhaften, weil sie Vereinbarungen der südamerikanischen Staaten gegen das Übergewicht der Union zu durchkreuzen suchten. Vereinbarungen dieser Art scheinen geplant worden zu sein, haben aber zu Ergebnissen nicht geführt.

Im Herbst 1906 wurden zu St. Louis ein mexikanischer Geheimbund und eine mexikanische Zeitung ge-

gründet mit der Aufgabe, Mexiko zu revolutionieren. Damals beschwerten sich mexikanische Blätter über die revolutionären Umtriebe der Union auf Kosten benachbarter Republiken.

Nachhaltig gesteigert wurde das Mißtrauen in den mittel- und südamerikanischen Staaten durch den ungestümen Erweiterungsdrang der Union, wie er noch greifbarer als zuvor nach dem Kriege gegen Spanien sich in Taten umsetzte: Die Angliederung Portoricos, das Protektorat über Kuba, der Handstreich auf Panama, der dort nur eine Schattenrepublik schuf, um die offene Besitzergreifung der Landenge durch die Union zu verdecken, die Übernahme der Finanzverwaltung von San Domingo, endlich die starken Flottenrüstungen der Union mit dem Übereifer der Allamerikanisten und Imperialisten nach Erweiterung des Machtkreises der Union in Amerika selbst und darüber hinaus.

Die Monroelehre anerkennt man auch in Mittel- und Südamerika, aber nur als ein Mittel der Abwehr gegen den europäischen Imperialismus, als eine Gewähr für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit aller Staaten, als eine Sicherung für ihre friedliche Entwickelung, als Schutz gegen Vergewaltigung, doch nicht als eine Handhabe für die Union, ihr Gebiet zu erweitern oder die mittel- und südamerikanischen Staaten unter ihre Botmäßigkeit oder Vormundschaft zu bringen.

Die mittel- und südamerikanischen Staaten wollen auch gegenüber der Union die errungene Selbständigkeit und Unabhängigkeit behaupten. Selbst der Bundespräsident Brasiliens versicherte trotz der freundlichsten Beziehungen zu der Union im Herbst 1906, Brasilien würde einer Auslegung der Monroelehre im Sinne einer Be-

vormundung aller südamerikanischen Staaten durch die Union niemals zustimmen können. Brasilien mit einer Bevölkerung von 20 Millionen bedürfe solcher Bevormundung nicht, könne auf eigenen Füßen stehen und seine Angelegenheiten selbst regeln.

Seit geraumer Zeit besteht in Südamerika das Bedürfnis nach einer gegenseitigen Annäherung, um ein Gegengewicht gegen die Übermacht der Union zu schaffen. Wiederholt ist ein Bund der südamerikanischen Staaten in Anregung gebracht worden, doch ohne Erfolg. Die alten Eifersüchteleien und Streitigkeiten der einzelnen Staaten sind zu groß, um die Erkenntnis ihrer Interessengemeinsamkeit zum Durchbruch kommen zu lassen. Die einzelnen Staaten mit ihrer außerordentlich verschiedenartigen Bevölkerung, zum Teil durch innere Kämpfe zersetzt, werden durch vielfache Interessengegensätze getrennt, und ihre Vereinigung steht vorläufig nicht in Aussicht.

Seit seiner Republikanisierung Ende 1889 erfreut sich Brasilien des besonderen Schutzes der Union und gilt als Vorposten der Unionspolitik in Südamerika. Anfang 1906 hieß es, Brasilien solle gegen Einräumung einer gewissen Vormachtsstellung in Südamerika unter Verbürgung seines Gebiets zu der Union in ein staatsrechtliches Verhältnis treten wie etwa Bayern zu Preußen.

Brasilien und Argentinien verstärken ihre Flotte. Folgt auch Chile, so werden die drei südamerikanischen Hauptstaaten zur See zwar kräftiger dastehen, aber dennoch kein Gegengewicht gegen die Union bilden, weil sie uneinig bleiben.

In Argentinien denken manche Politiker an eine Angliederung von Uruguay und Paraguay und erregen die

Eifersucht Brasiliens und Chiles, wo man jede Verschiebung des politischen Gleichgewichts bekämpfen würde.

Unter den bestehenden Umständen ist es der Union nicht schwer, einen Staat gegen den anderen auszuspielen, um vorherrschenden Einfluß zu erlangen. Das Zustandekommen eines Dreibundes zwischen Brasilien, Argentinien und Chile im Jahre 1904 scheiterte zwar an der alten Nebenbuhlerschaft zwischen Argentinien und Brasilien, wurde aber auch von der Union durchkreuzt.

Eine Annäherung zwischen dem spanischen Südamerika und dem alten Mutterlande zeigte sich auf dem iberisch-amerikanischen Kongreß zu Madrid von Ende 1900. Dort berieten die Vertreter sämtlicher Staaten Europas und Amerikas, soweit sie der spanischen Nationalität angehören, über den Zusammenschluß aller spanisch redenden Völker in handelspolitischer und kultureller Hinsicht. Wohl kam ein gewisses Gefühl der Gemeinsamkeit der romanischen Rasse gegenüber der Union zum Ausdruck, doch blieb der Kongreß praktisch bedeutungslos.

Die Uneinigkeit der südamerikanischen Staaten scheint unabänderlich zu sein, sie verhindert ein dauerndes Schutz- und Trutzbündnis gegen Übergriffe der Union, sie wäre vielleicht nur zu beseitigen, wenn der Druck der Union unerträglich werden sollte.

Eroberungsgelüste gegenüber den südamerikanischen Staaten hegen die Unionspolitiker nicht. In dieser Hinsicht ist ihren Versicherungen voller Glauben beizumessen. Denn es läßt sich keine annehmbare Form der Angliederung der südamerikanischen Staaten an die Union absehen. Ein Eintritt der südamerikanischen Staaten in die Union als gleichberechtigte Glieder auf Grund der Unionsverfassung würde zwar auf das einfachste das angestrebte

Allamerika verwirklichen, ist aber ausgeschlossen und stößt vor allem in der Union selbst auf den entschiedensten Widerstand. Hat man doch in der Union verlangt, daß, was auch immer die Ausdehnungspolitik an neuen Tatsachen bringen mag, dadurch in keinem Fall die politische Grundlage der Union erschüttert werden dürfe.

Die Stellung der Schwarzen in der Union ist eine ungelöste Frage, und noch größere Schwierigkeiten müssen entstehen gegenüber den farbigen Mischlingen in Mittel- und Südamerika. Darin sind so ziemlich alle Unionspolitiker einig, daß den farbigen Rassen die bürgerliche Vollberechtigung zunächst in der Union unter keinen Umständen erteilt werden darf. Diese Rassenfragen sind bedenkliche Hindernisse für die Verwirklichung der allamerikanischen Bestrebungen. Die Mischlinge in Mittel- und Südamerika werden sich nicht wie Indianer behandeln lassen, sondern volle Gleichberechtigung fordern.

Die Unterschiede der Weißen im Norden und Süden hat Anfang 1896 der „Chileno" in Valparaiso angedeutet: „Wir Spanisch-Amerikaner haben nichts gemein mit dem Volke der Union. Wir sind von dessen Denkweise weiter entfernt als von der irgend einer europäischen Nation. Spanien gab uns seine Rasse, seine Sprache und seine Gesittung. Frankreich hat uns ein Jahrhundert genährt mit seiner Kunst und Literatur. England hat uns Handel, Industrie, Eisenbahnen und Dampfschiffe besorgt. Deutschland hat uns Schulmeister, Offiziere und eine uns hochnützliche Einwanderung geschickt."

Amerika ist ein starker Begriff und hat im Norden die verschiedensten Völkerschaften zu einer geschlossenen Gesamtheit zusammengeschweißt. Ob er aber auch im-

stande sein wird, die tiefgehenden Rassengegensätze zwischen dem nördlichen und dem mittleren und südlichen Amerika zu überwinden?

Dazu kommen noch die religiösen Gegensätze zwischen der Union und den Völkern Mittel- und Südamerikas. In den dortigen klerikalen Kreisen gilt die Union als eine protestantische Macht, deren Übergewicht sie auf das nachdrücklichste bekämpfen zu müssen glauben. Zweifellos bilden die klerikalen Kreise Mittel- und Südamerikas ein nicht zu unterschätzendes Gegengewicht gegen die allamerikanischen Bestrebungen der Union. Für die Union wirken zwar im Süden die Missionare der Missouri-Synode mit großen Mitteln, werden aber auch in deutschbrasilischen Kreisen beanstandet, weil sie nebenbei zu anglisieren suchen und Religion und Geschäft miteinander verquicken.

Um die südamerikanischen Staaten für den allamerikanischen Gedanken zu gewinnen, um ihnen allamerikanisches Gemeingefühl einzuflößen, verheißen ihnen die Unionspolitiker in ihrer Presse Schutz gegen vermeintliche vorgeschobene Gefahren, gegen angebliche europäische Eroberungsgelüste, gegen Kolonialabsichten Deutschlands, gegen jedwede Gefährdung ihrer Unabhängigkeit.

Wie Henderson, Sprecher des Kongresses bis 1902, in der New Yorker Monatsschrift „The American Monthly Review of Reviews" von Ende 1902 ausführte, wird die Union auf Grund der Monroelehre für Brasilien ein moralischer Rückhalt sein, jeden Fuß breit brasilianischen Landes wird sie vor europäischen Angriffen schützen.

Die Union will nicht zusehen, wie sich große Militärmächte in Amerika ausbreiten und die Schwesterrepubliken

im Süden verhindern, sich nach ihren eigenen Wünschen zu entwickeln.

So lange in den mittel- und südamerikanischen Staaten derartige Befürchtungen vorhanden waren, wirkte das Mittel. Völlig entkräftet wurden sie durch die Union selbst mit ihrer Betonung und Erweiterung der Monroelehre. Welcher europäische Staat denkt noch daran, die Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten anzutasten oder sich in ihre Händel einzumischen oder einen Druck auf sie zu üben? Viele südamerikanische Politiker haben es ausgesprochen, daß Südamerika von Europa nichts mehr befürchte, wohl aber noch viel erwarte, vermehrte Zuwanderung, erhöhten Güteraustausch usw., daß man bisher ein anderes als das zivilisierte Europa noch nicht kennen gelernt habe. Ja, es ist nicht verschwiegen worden, daß man sich hier und da mehr durch die Politik der Union als durch Europa bedroht fühlt.

Haben die allamerikanischen Bestrebungen der Union, die darauf hinauslaufen, die beiden Amerika zu einem Zoll- und Kriegsverband zusammenfassen, Aussicht auf Verwirklichung?

Diese Frage läßt sich nicht bejahen, wenn die großen südamerikanischen Staaten fortfahren können, ohne Störung oder Druck von außen sich zunächst wirtschaftlich zu entwickeln. Wo ein Staat wirtschaftlich gedeiht, da wird er auch politisch widerstandskräftiger, da hebt sich das Unabhängigkeitsgefühl und drängt fremde Einflüsse zurück. Selbst Mexiko hat sich unter dem Präsidenten Diaz sichtlich konsolidiert. Befreit von der europäischen Herrschaft und ohne Furcht vor ihrer Wiederkehr stehen die großen südamerikanischen Staaten da, selbständig auch gegenüber der Union, deren Schutz sie bisher nicht in

Anspruch zu nehmen hatten und voraussichtlich auch in Zukunft nicht benötigen werden. Selbst bei ihrem wirtschaftlichen Aufschwung leistete ihnen nicht die Union, sondern Europa gute Dienste. Mit ihren wirtschaftlichen Interessen, mit ihren kulturellen Bestrebungen neigen sie mehr zu Europa als zur Union.

Wollen die großen südamerikanischen Staaten selbständig und unabhängig bleiben, dann müssen sie vor allem selbst für Ordnung nach innen und Frieden nach außen sorgen, um jeden Einspruch der Union zu verhüten, die sich berufen glaubt, über Ordnung und Frieden in ganz Amerika wachen zu müssen.

Überdies liegt die Annahme nahe, daß die mittel- und südamerikanischen Staaten unter dem Damoklesschwert der allamerikanischen Ziele der Union dazu gedrängt werden, innere Unruhen und äußere Kämpfe zu vermeiden. Erschließen sie sich dieser Erkenntnis nicht, so steht zu befürchten, daß die Unionspolitiker ihre Machtausdehnungsbestrebungen hinter dem Satze zu verbergen suchen werden: Auf die Dauer ist die wünschenswerte und notwendige Einigkeit nur inmitten eines allamerikanischen Staatenverbandes unter Oberaufsicht der Union herzustellen.

Was die mittel- und südamerikanischen Staaten anstreben sollen, Ordnung im Innern, Frieden nach außen, Selbständigkeit und Unabhängigkeit, entspricht durchaus den Wünschen und Interessen der europäischen Mächte, insbesondere Deutschlands, und wird zuletzt auch von der Union als unvermeidlich und berechtigt anerkannt werden müssen.

Das sind Zukunftshoffnungen. Vorläufig übt die Union infolge der Uneinigkeit der mittel- und südameri-

kanischen Staaten, zum Teil auch wegen ihrer inneren Zerfahrenheit und äußeren Schwäche, ohne formell eine Oberherrschaft zu besitzen, mehr oder minder entscheidenden Einfluß bei wichtigeren Fragen der inneren Politik und vor allem auf die auswärtige Politik des ganzen Erdteils.





Die Aufschließung Südamerikas.

Allgemein gilt Südamerika als ein Erdteil von ungeheuren Bodenschätzen. Hat doch einmal Alexander von Humboldt von dem reichen Gebiet des Amazonenstromes gesagt, daß sich dereinst dort die Stätte der höchsten Kultur auf Erden entwickeln werde. Von Südamerika behaupten Kundige, es könne nicht nur das Vielfache seiner gegenwärtigen Bevölkerung, sondern nötigenfalls die ganze Menschheit ernähren. Was Südamerika zu seiner Entwickelung benötigt, sind in erster Reihe Menschen und sodann Kapitalien.

Bis um die Wende des Jahrhunderts war die Union an der wirtschaftlichen Entwickelung der mittel- und südamerikanischen Staaten wenig oder gar nicht beteiligt. Der Aufschwung Argentiniens, Brasiliens und anderer mittel- und südamerikanischen Staaten erfolgte wesentlich unter Führung und Mitwirkung europäischer Kräfte und Kapitalien.

Ein Blick auf Argentinien zeigt die überwiegende Bedeutung der europäischen Zuwanderung für die Entwickelung dieses Landes, das nach der Versicherung kundiger Kreise einmal das kräftigste Staatswesen, ja die führende Macht Südamerikas werden wird.

Argentiniens wirtschaftlicher Aufschwung ist erstaunlich. Im letzten Jahrhundert vermehrte sich seine Bevölkerung von 1½ auf 5½ Millionen Menschen, allerdings wesentlich durch die europäische Einwanderung. Seine Ausfuhr stieg von 56 Millionen Mark in 1861 auf 1292 Millionen Mark in 1905, wovon mehr als ein Drittel nach Deutschland ging. Argentinien liefert große Überschüsse an Weizen, Mais, Lein, Fleisch usw. Es steht erst im Anfang seiner Entwickelung.

Was Argentinien geworden ist, verdankt es neben der Gunst der natürlichen Bedingungen der europäischen, nicht zuletzt der deutschen Einwanderung, europäischem Kapital, europäischer Intelligenz, europäischer Arbeitskraft, europäischer Kultur.

Ein Deutschargentinier Julius Wolff in Buenos Aires hat in Schmollers Jahrbuch für 1906 die große Bedeutung des Fremdenelements für die wirtschaftliche Entwickelung Argentiniens dargelegt:

„Nirgends ist die Einwanderung so wichtig und wertvoll als wirtschaftlicher und sozialer Faktor geworden, nirgends ist die ganze Existenz eines Staates so eng mit der Tätigkeit der Einwanderer verknüpft wie in Argentinien. Das moderne Argentinien ist wesentlich das Werk fremder Arbeit in Argentinien und ohne diese Arbeit gar nicht mehr zu denken."

Die Einwanderung begann Ende der fünfziger Jahre und belief sich bis Ende 1895 auf zwei Millionen Menschen, wovon indessen nur die Hälfte im Lande verblieb. Denn bei der Zählung von 1895 fand sich unter vier Millionen Einwohnern etwa eine Million Ausländer vor, wobei allerdings zu bemerken, daß die argentinische Statistik alle im Lande geborenen Kinder fremder Eltern

als Argentinier verzeichnet. Von den Fremden waren 500 000 Italiener, 200 000 Spanier, 94 000 Franzosen, 22 000 Engländer, 17 000 Deutsche, je 15 000 Russen und Schweizer und nur 1500 Nordamerikaner. Die Romanen waren demnach am stärksten vertreten. Merkwürdig ist, daß die Fremden nur ganz vereinzelt das argentinische Bürgerrecht erwerben. Gleichwohl haben sie ein wirtschaftliches Übergewicht, ja sogar der Zahl nach in der Hauptstadt, wo neben 318 000 Argentiniern 345 000 Fremde leben, und ferner in den kultiviertesten Provinzen. In diesen Provinzen ist die Zahl der fremden Ackerbauer bis um das Sechsfache größer als die der einheimischen. Unter 407 000 Grundbesitzern zählte man 116 000 Ausländer, trotzdem, wie schon erwähnt, die Kinder von Ausländern als Argentinier angesehen werden. In fast allen Provinzen finden sich unter den Grundbesitzern verhältnismäßig mehr Ausländer als Argentinier. Auch in Industrie und Gewerbe haben die Ausländer, wie Wolff ziffernmäßig darlegt, das Übergewicht. Noch mehr zeigt sich im Handel der höhere wirtschaftliche Wert der Ausländer gegenüber den Einheimischen. Die nationale Erzeugung Argentiniens wird wesentlich von fremden Elementen getragen und gehalten. Die gebildeten Argentinier wissen, was die Fremden geleistet haben und bedeuten. Vorübergehend waren zwar fremdenfeindliche Anwandlungen zu bemerken, aber eine eigentlich fremdenfeindliche Politik hat bisher in Argentinien nicht Boden gewinnen können.

Höchst bedeutsam ist die Frage, ob eine wirkliche Verschmelzung des fremden und des einheimischen Elementes in Argentinien erfolgen wird. Bisher hat man es noch nicht unternommen, eine Massennaturalisation der Aus-

länder herbeizuführen, auch nicht das Bestreben bekundet, den natürlichen Gang der Entwickelung durch die Gesetzgebung zu beeinflussen. Die Argentinier haben sich begnügt, die im Lande geborenen Kinder der Fremden als Argentinier in Anspruch zu nehmen, und werden voraussichtlich auch in Zukunft bei dieser Praxis verbleiben, da die Wahrung der nationalpolitischen Interessen keine weiteren Maßregeln erfordert. Denn trotz der Überlegenheit der Fremden im Wirtschaftsleben und trotz ihres großen Einflusses auf die geistige Kultur des Landes steht nach Julius Wolff eine Verdrängung und Vernichtung des Argentiniertums in politischem und nationalem Sinne nicht in Aussicht, und besonders erklärt er die vielverbreitete Annahme für irrig, daß in näherer oder fernerer Zukunft ein Neu-Italien am La Plata erstehen werde.

Was in Argentinien heranwächst, ist eine neue Rasse, in der sich die Eigenschaften vieler ausländischen Bestandteile mit dem kreolischen Element zu einer neuen und eigenartigen Verbindung verschmelzen. Der frühere Gesandte der Union in Buenos Aires, John Barrett, versicherte in der „American Monthly Illustrated Review of Reviews" von 1905, daß sich Argentinien zum Vaterlande einer neuen, starken, energischen und ehrgeizigen Rasse herausbilde. Die Mischung des ursprünglichen spanischen Blutes mit dem der anderen lateinischen Rassen (der italienischen und französischen), im Vereine mit germanischem (Angelsachsen, Deutsche, Skandinavier, Deutsch-Schweizer, Deutsch-Österreicher u. a.) müsse in einem neuen Lande und in einem ausgezeichneten Klima ein Volk hervorbringen, das die besten Charaktereigenschaften aller dieser Nationen in sich vereinige.

An dem Aufschwung Argentiniens war das Deutschtum qualitativ bisher so hervorragend beteiligt, daß von deutschen Kreisen in Argentinien behauptet werden konnte, ohne die starke deutsche Einwanderung und ohne ihre weitere Andauer würde Argentinien zu einem Vasallen der Union oder zu einem Trabanten Brasiliens herabsinken.

Nach Brasilien sind mehr Deutsche eingewandert als nach Argentinien, aber es waren ganz überwiegend ländliche Ansiedler. Die Zahl dieser Deutschen und ihrer Abkömmlinge wird auf 400 000 Köpfe angegeben. In Brasilien schätzt man den deutschen Kolonisten mit seiner unübertrefflichen Kleinarbeit und rühmt ihr nach, daß sie am tiefsten greife, am meisten befruchte und der Gesamtheit am nützlichsten sei.

Wie Professor Burgeß von der Columbia-Universität in New York hervorhob, als er in Berlin seine Vorlesungen eröffnete, wäre ein starker deutscher Auswandererstrom nach Südamerika von großem Vorteil für die Union und die Welt überhaupt, denn durch solche Einwanderung würde sich jener gewaltige Erdteil mit Menschen bevölkern, die imstande sind, ihn der Kultur zu erschließen.

Die politisch nur zu harmlosen deutschen Kolonisten in Südbrasilien, die leicht in einer Vorstadt New Yorks untergebracht werden könnten, haben das Mißfallen deutschfeindlicher Kreise in der Union und auch in England erregt. Ja, es ist dieses Mißfallen erst hervorgerufen worden durch deutschfeindliche Organe in England.

Mitte 1901 machte ein Blatt der Union, der „Springfield Daily Republican", auf diesen sonderbaren Umstand aufmerksam und stellte fest, daß von der eng-

lischen Presse der verderbliche Gedanke genährt werde, Deutschland und die Union seien Feinde. So habe der Londoner „Spectator" das Gespenst des deutschen Ehrgeizes nach Land in Südamerika vorgeführt. Weshalb? Bei einem Kriege zwischen der Union und Deutschland wolle England ausgezeichnete Geschäfte machen und so habe die Deutschfeindlichkeit der englischen Presse nur den Zweck, englischen Ehrgeiz und englische Interessen zu fördern, und zwar schliesslich auf Kosten der Union.

In der Tat waren englische Blätter bemüht gewesen, Südamerika zu einem Gegenstand des Streites zwischen Deutschland und der Union zu machen. Im Oktober 1901 versicherte die Londoner „Morning Post", daß die deutsche Auswanderung nach Südamerika zu einem Streit mit der Union führen müsse, da sie die Monroelehre verletze!

Eindringlich und oft hat die Londoner „National Review" die Union vor den Absichten Deutschlands auf Südamerika gewarnt. Im Oktoberheft 1901 behauptete sie ein Einverständnis zwischen Rußland und Deutschland, wonach Deutschland sich in Südamerika für Rußlands Vorrücken in Asien entschädigen solle! Nach ihrer Angabe sollten durchschnittlich 75 000 Deutsche jährlich nach Südamerika auswandern, während die ganze deutsche Auswanderung nach Südamerika jährlich noch nicht 1000 Köpfe ausmacht. Wie das englische Blatt noch behauptete, werde der deutsche Kaiser die Zahl der deutschen Auswanderer auf 100 000 jährlich erhöhen und sich drüben eine deutsche Bevölkerung sichern, bis er mit seinen Plänen hervorrücke. Deutschland wolle sich in Südamerika das überseeische Reich gründen, das ihm heute fehle. Es bereite sich dort für die Union ein Gegenstück zum Transvaalkrieg vor!

An diesen Treibereien beteiligten sich selbstverständlich auch die Londoner „Times" mit der wiederholten Versicherung, die deutschen Kolonisten in Brasilien seien zu einer alldeutschen Gefahr für Amerika geworden.

Ende 1901 brachte die „National Review" in Anregung, Deutschland möge zum Nutzen des Handels, des Fortschritts und der Menschheit Venezuela und Kolumbien unter sein Protektorat stellen. Bald darauf behauptete dasselbe Blatt, Deutschland hege hinterlistige Absichten auf Brasilien, sogar auf Venezuela und lenke dorthin den Strom seiner Auswanderung.

Dasselbe Blatt versicherte im Januar 1903, Deutschland sei in Amerika das bestgehaßte Land. Man wisse dort, daß es sein Augenmerk auf Südamerika richte. Die rasche Vermehrung der Unionsflotte sei nur eine Folge der Entwickelung der deutschen Kriegsflotte. Deutschland sei unehrlich und bemüht, England mit der Union zu entzweien.

Auch die Angabe, daß Deutschland seine Flottenrüstungen betreibe, um zur rechten Zeit einen Vorstoß in Südamerika zu unternehmen, war englisches Erzeugnis. Diese Angabe fand sich u. a. in der Londoner „Saturday Review" vom April 1901, in demselben Blatt, das wiederholt dargelegt hatte, Deutschland rüste seine Flotte, um die englische zu überfallen und in England einzudringen.

Die Verdächtigungen deutschfeindlicher englischer Blätter fanden in der gelben Presse der Union, namentlich im „New Yorker Herald", lauten Widerhall. Deutschland mit seinen politischen Absichten auf Südamerika müsse von der Union abgewehrt werden. Das Anwachsen

der deutschen Bevölkerung in Südbrasilien, so gering es auch war, wurde als das wesentlichste Hindernis der allamerikanischen Bestrebungen bezeichnet. Auch der Senator Lodge, dem Präsident Roosevelt sein Buch über amerikanische Ideale gewidmet hat, glaubte von Annektionsgelüsten Deutschlands auf Brasilien sprechen zu dürfen mit verständlichem Hinweis auf die Kriegstüchtigkeit von Heer und Flotte der Union.

Selbst der demokratische Präsidentschaftskandidat Bryan, der als Gesandter der Union in Rio de Janeiro die Verhältnisse näher kennen zu lernen Gelegenheit hatte, unterstützte in seinen Berichten die Auffassung, wonach Deutschland auf Südbrasilien Absichten hege, obwohl er Mitte 1901 auf einem deutschen Bundesschießen in Porto Alegre eine Lobrede auf das deutsche Element gehalten und gesagt hatte, diesem deutschen Element verdanke die Union hauptsächlich ihre intellektuelle und wirtschaftliche Machtstellung, dasselbe Element habe durch seine Tüchtigkeit auch die brasilianischen Südstaaten zu nachahmenswerten Vorbildern für ganz Amerika gemacht. Was Bryan offenherzig anerkannt hatte, bestätigte, beiläufig bemerkt, der Franzose André Brisse in der Pariser „Revue de Geographie“ vom Jahre 1905: daß die wirtschaftliche Macht der Union zum guten Teil deutscher Arbeit zu verdanken sei. Wie Dr. Hermann Meyer, der weitblickende Gründer deutscher Kolonien in Rio Grande do Sul, meinte, habe Bryan die Absicht gehabt, die deutsche Bevölkerung einzuschläfern. Meyer warnte vor den Lockungen aus der Union, die mit ihrem Allamerikanismus überall in die losen Fugen der südamerikanischen Staatsgebäude einsickere und sie zum Wanken zu bringen drohe.

Es war nicht gerade erstaunlich, daß all die angedeuteten Verdächtigungen auch in die Presse Südamerikas und insbesondere Brasiliens übergingen und manche politischen Kreise daselbst verängstigten. Vorübergehend mag man in Brasilien wirklich das Erstehen eines deutschen Staatsgebildes besorgt haben.

Noch im Frühjahr 1906 unterstellte der brasilianische Gelehrte Dr. Romero den Deutschen in den drei Südstaaten die Absicht, sich unauffällig zu vermehren, bis sie stark genug wären, sich zu erheben, eine selbständige deutsche Republik zu bilden und sich von Brasilien loszusagen. Früher habe Deutschland die brasilianischen Südstaaten unmittelbar erobern wollen. Nunmehr habe man im Hinblick auf die Monroelehre die Taktik in der angedeuteten Weise geändert. Diese Unterstellung erinnerte unwillkürlich daran, wie die Union es angefangen hatte, Panama von Bolivien loszulösen und zu einer besonderen kleinen Republik umzugestalten.

Immerhin sind gewichtige Tatsachen für die Annahme vorhanden, daß die sogenannte deutsche Gefahr von den leitenden Kreisen in Brasilien als das erkannt wird, was sie wirklich ist, als ein Hirngespinst der deutschfeindlichen und sensationslustigen Presse in England und in der Union. Als Mitte 1906 der „New York Herald" wieder viel von der deutschen Gefahr in Brasilien fabuliert hatte, trat Bundespräsident Penna im Herbst 1906 mit erfreulicher Deutlichkeit all den Verdächtigungen entgegen und bestritt das Bestehen einer „deutschen Gefahr". Einem an Ausdehnung so gewaltigen Reiche wie Brasilien müsse jede Unterstützung zu seiner wirtschaftlichen Erschließung willkommen sein, einerlei, ob sie von Nordamerika oder von Europa komme, das sei ganz selbst-

verständlich. Im übrigen sei der Gedanke, daß irgend eine fremde Macht (z. B. Deutschland) an andere als wirtschaftliche Eroberungen in Brasilien denken könne, absurd und haltlos.

Auch der brasilianische Minister des Äußern, Baron Branco, verteidigte die Deutschen in Brasilien, als sie im Frühjahr 1906 von dem früheren französischen Minister Meline des Landesverrats beschuldigt worden waren, und erklärte, daß die Brasilianer deutscher Abkunft ebenso gute Patrioten seien wie die Nachkommen der Portugiesen, Spanier oder Italiener.

In der Union selbst erhoben sich Stimmen zugunsten der Deutschen in Brasilien und betonten die politische Harmlosigkeit der dortigen deutschen Siedlungen.

Mitte 1903 anerkannte die New Yorker „Tribune" die Vorzüge der deutschen Einwanderer und schrieb: Die brasilianische Regierung sei durch die deutsche Einwanderung nicht beunruhigt, sondern im Gegenteil sehr enttäuscht darüber, daß diese Einwanderung in den letzten zehn Jahren bedeutend zurückging. Sie betrachte es als ein Unglück für Brasilien, daß die Deutschen fortfahren, nach Nordamerika auszuwandern anstatt nach Brasilien.

Selbst die sonst deutschfeindliche New Yorker „Sun" meinte im Mai 1906, es wäre ein Segen für Brasilien, wenn die deutsche Einwanderung vermehrt werden könnte. „Der deutsche Ansiedler ist eine fleißige und arbeitsame Seele; er trägt in jedem Lande, das er sich als Heimat erwählt, nicht allein zur örtlichen Entwicklung, sondern auch zur Entfaltung des allgemeinen Handels bei. Die Gefahr, mit der die deutschen Kolonien in Brasilien die amerikanische Suprematie in dem west-

lichen Erdteile bedrohen sollen, verdient keine ernstliche Beachtung."

Mehrfach entsandte die Union Agenten nach Südamerika mit dem Auftrage, über die Verhältnisse der deutschen Bevölkerung daselbst zu berichten. Zu diesem Zweck ging Ende 1903 auch der Sollicitor des Staatsdepartements, Penfield, nach Brasilien. Er faßte seine Beobachtungen dahin zusammen: Die deutschen Kolonisten in Südbrasilien stehen jeden Sondergelüsten fern und sind jeder teuto-brasilianischen Politik abhold. Die Union habe durchaus keinen Grund zur Eifersucht. Der deutsche Einfluß sei in Brasilien gestiegen, habe aber keine politische Bedeutung.

Ende 1902 anerkannte Stefan Boucal in der „North American Review" nach allerlei politischen Ausfällen gegen die Deutschen in Brasilien, daß die Union im Grunde genommen keine Veranlassung habe, die überaus glücklichen und gut verwalteten deutschen Kolonien in Brasilien, diese Oase der Emsigkeit und des Gewerbfleißes inmitten einer großen Wüste von Intrigen und Korruption, mit feindseligen Augen zu betrachten, allein die Monroelehre gebiete eine andere Auffassung!

Auch ein Mann wie der Staatssekretär Root, allerdings vordem ein versatiler Anwalt der New Yorker Hochfinanz, konnte sich nicht enthalten, auf seiner Rundreise durch Südamerika als Vertreter der Union im Herbst 1906 die Brasilianer vor dem Deutschtum zu warnen: Es sei hohe Zeit, gerüstet zu sein, damit den Deutschen jede Lust vergehe, sich selbständig zu machen. Gleichwohl äußerte derselbe Politiker nach seiner Rückkehr, um die Union für Brasilien zu interessieren, in Kansas City am 20. November 1906: Tausende von Deutschen ließen

sich bereits in Südbrasilien nieder. Die Deutschen seien in Brasilien höchst willkommen und dort ebenso nützliche und gute Bürger wie in Nordamerika; er hoffe, daß noch viele Deutsche nach Brasilien gehen und mit ihren Bürgertugenden an dem Aufbau ihres Adoptiv-Vaterlandes weiter arbeiten würden.

Um die beständigen Verdächtigungen Deutschlands durch die deutschfeindliche Presse der Union zu entkräften, erklärte Ende 1901 der deutsche Botschafter in Washington namens der Reichsregierung, daß sie nicht beabsichtige, in Südamerika oder in den westindischen Gewässern Kohlenstationen zu erwerben oder dort sonst in irgend welcher Weise Fuß zu fassen.

Auch der Reichskanzler Fürst Bülow trat am 19. März 1903 mit größter Entschiedenheit der Behauptung entgegen, daß Deutschland Absichten auf Südamerika hege. In einer Unterredung mit dem Vertreter des leitenden deutschen Organs in Buenos Aires, der „Laplata-Zeitung" fügte der Reichskanzler noch hinzu: „Es ist falsch, daß wir die Einwanderung nach Brasilien fördern. Wir fördern überhaupt die Auswanderung nach irgend einer Gegend der Welt grundsätzlich nicht; das würden unsere Militärs und unsere an Arbeitermangel leidenden Landwirte auch gar nicht gestatten. Es bestehen aber in Brasilien seit Jahrzehnten starke deutsche Kolonien, die nicht durch uns, sondern durch die eifrigen Bemühungen der früheren brasilianischen Machthaber geschaffen worden sind. Da entspricht es nur dem Gesetze der Anziehungskraft, wenn Angehörige und Freunde von Kolonisten, die durch ihre Arbeit zu einem gewissen Wohlstande gelangt sind, ihre Schritte auch dorthin lenken. Dasselbe ist in noch viel stärkerem Maße bei der Auswanderung

nach den Vereinigten Staaten der Fall. Wir wollen auch in Brasilien keinen Staat im Staate bilden, und wir erwarten, daß die Deutschen drüben nützliche Glieder ihrer neuen Heimat werden; diese Lehre hat der Bruder des Deutschen Kaisers den Deutschen Nordamerikas gepredigt, und das gilt für die Deutschen der ganzen Welt. Richtig aber ist es, daß es unseren Wünschen entspricht, wenn die Deutschen in Brasilien, wie überall, ihre Muttersprache nicht vergessen und die Anhänglichkeit an die alte Heimat nicht verlieren. Wer schnell das Land vergißt, das seine Vorfahren Jahrhunderte hindurch geschützt und genährt hat, wird ein unzuverlässiger Einwohner der neuen Heimat sein. Umgekehrt wird derjenige, dessen edelste Empfindungen, Treue, Dankbarkeit und Pietät, wacherhalten werden, seiner neuen Heimat ein verläßlicher Bürger sein."

Ein ausgezeichneter Kenner Brasiliens, der frühere deutsche Gesandte in Rio de Janeiro, Dr. Krauel, empfahl in einem Vortrage über „deutsche Interessen in Brasilien" vom Jahre 1900 das Studium der deutschen Kolonien und Kolonisten daselbst zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Lage, anstatt phantastischen Träumen über eine engere politische Verbindung Deutschlands mit den Deutsch-Brasilianern nachzuhängen. Den wirtschaftlichen Eroberungen würden dann moralische folgen, politische seien ausgeschlossen.

Die vorläufig noch erfolglosen Bestrebungen, die deutsche Auswanderung von Nord- nach Südamerika abzulenken, sind keineswegs politischen Hintergedanken entsprungen.

Die deutsche Einwanderung nach Südamerika wird wegen ihres großen sozialen und wirtschaftlichen Wertes

in der Union hoch geschätzt, während man die weit zahlreichere italienische Einwanderung nicht beachtet. Aber gerade weil sie so hoch eingeschätzt wird, findet die deutsche Einwanderung besondere Anfeindung, und diese Anfeindung erklärt sich aus einer noch nicht genügend gewürdigten Schwäche der Union. An Kapitalien überreich, um ihre Macht und ihren Einfluß auszudehnen, besitzt sie nicht im Überfluß, was man das kostbarste Kapital genannt hat. Trotz ihrer großen Bevölkerung ist die Union außerstande, ihren Ausdehnungsdrang durch Entsendung von Auswanderern und Kolonisten zu betätigen. Nur nach dem benachbarten Kanada ist eine verhältnismäßig geringe Auswanderung junger Landwirte zu bemerken, die dort günstigere Erwerbsbedingungen zu finden hoffen. Kolonisten in größerer Zahl hat die Union nicht abzugeben, ja es fragt sich, ob sie überhaupt die Kraft besitzt, zu kolonisieren. Sind doch die früheren mexikanischen Gebietsteile nach ihrer Angliederung an die Union im großen und ganzen spanisch-amerikanisch geblieben. Die Auswanderung aus der Union ist gering und hat nach den Philippinen abgenommen. Nur Unternehmer, Kapitalisten und Abenteurer gehen hinaus und nur mit der Absicht, nach gemachter Beute möglichst bald wieder zurückzukehren. Für ein stilles, bescheidenes Arbeiten als Ansiedler ist der Mann der Union nicht geschaffen. Immer und überall tritt er nur als Unternehmer auf ohne, aber in den meisten Fällen mit Kapital und drängt ungestüm vorwärts nach Gewinn.

Auf Betreiben der Unionsregierung bildete sich Mitte Mai 1902 in New York eine Kapitalistengruppe mit der Aufgabe, zunächst die drei Südstaaten Brasiliens mit Kolonisten zu besiedeln. Jährlich sollten 100 000 der über-

schüssigen, auch der zurückgewiesenen europäischen Einwanderer von der Union nach Brasilien weitergesandt werden. Dieser Plan ist natürlich auf dem Papier geblieben.

Nach der Auffassung vieler Unionspolitiker bildet Südamerika eine natürliche Ergänzung zu dem Gebiet der Union. Mit Hilfe von Unternehmern und Kapitalien aus der Union soll Südamerika, dessen Bevölkerung nicht genüge, wirtschaftlich rascher aufgeschlossen werden. Nach Ausbau ihrer Eisenbahnen werden Argentinien und Brasilien ihre großen natürlichen Reichtümer ungleich umfangreicher als bisher ausbeuten können und dann vermutlich größere Anziehungskraft auf die europäische Auswanderung üben. Unter diesen Umständen befürchten die Unionspolitiker, es werde die europäische Auswanderung nach der Union aufhören und sich vollends nach Südamerika richten, insbesondere Deutschland könne mit seinem Bevölkerungsüberschuß Südamerika wirtschaftlich aufrichten, es zum reichsten Lande der Erde machen und sich daselbst überwiegenden Einfluß, wenn nicht gar die Oberherrschaft verschaffen. Angesichts solcher Möglichkeiten möchten die Unionspolitiker rechtzeitig die „Kontrolle" über Südamerika erlangen, um nach Maßgabe ihrer Interessen die Entwickelung jener Staaten leiten zu können.

Tatsächlich haben sich bereits Stimmen erhoben, die auf Grund der Monroelehre eine Abdrängung der europäischen, besonders der deutschen Einwanderung aus Südamerika fordern. In diesem Sinne äußerte sich u. a. Henderson, bis 1902 Sprecher des Kongresses, und es fanden sich englische Blätter, die aus Haß gegen Deutschland die Anwendung der Monroelehre gegen die deutsche

Einwanderung für begründet erklärten. In einem Aufsatz unter dem Titel: „Deutsch-Amerika“ vom April 1900 schilderte die Londoner „Morning Post“ mit den üblichen Übertreibungen die Tätigkeit und Erfolge der Deutschen in Guatemala und bemerkte, die deutschen Unternehmungen in Mittelamerika seien nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch von großer Bedeutung. „Verhältnisse, wie sie in Guatemala bestehen und über kurz oder lang in anderen Teilen des spanischen Amerika eintreten werden, hatte Monroe allerdings nicht im Auge. Aber es ist offenbar, daß die neue Lage der Dinge ebensosehr dem Geiste der berühmten Präsidentenbotschaft zuwider ist, als ob sie das Ergebnis einer anerkannt aggressiven Politik wäre. Man kann annektieren und aufsaugen, ohne daß man die Diplomatie oder Gewalt zu Hilfe nimmt.“

Sollte die Union jemals beabsichtigen, die Monroelehre als ein Mittel zur Verdrängung europäischer Einwanderer, Kapitalien und Arbeit aus Mittel- und Südamerika anzuwenden, so würden diese Länder die Monroelehre als einen Hemmschuh für ihre Entwickelung zu beklagen haben. Denn die Kraft der Union an Kapitalien und vollends an Menschen reicht nicht entfernt aus, um die gewaltigen Ländermassen Südamerikas für die Zivilisation zu gewinnen.

Im Falle einer so bedenklichen Erweiterung der Monroelehre würden folgerichtig überall in Amerika europäische Einwanderer nicht mehr zugelassen werden dürfen, weder im Süden noch im Norden. Die Beteiligung europäischen Kapitals an Unternehmungen in Amerika wäre unstatthaft. Es müßten die südamerikanischen Staaten darauf verzichten, was sie bisher unbestreitbar in ihrem eigensten Interesse getan haben, deutsche Lehrmeister für

Heer und Verwaltung, für die Technik und andere Wissenschaften zu berufen. Ferner würde es den Amerikanern verwehrt sein, an europäischen Hochschulen ihre Ausbildung zu erweitern. Schließlich dürften wohlhabende Amerikaner nicht mehr Sommerreisen nach Europa unternehmen, was in den letzten Jahren jährlich weit über 100 000 Bürger der Union getan haben. Erst dann wären die äußersten Vertreter der Monroelehre zufriedengestellt.

Indessen wird diese Erweiterung der Monroelehre nicht leicht durchführbar sein, so lange die südamerikanischen Staaten die fremde Einwanderung gestatten, ja sogar begünstigen.

In den Augen vieler Unionspolitiker war die europäische Einwanderung nach Südamerika zu einer europäischen Gefahr herangewachsen. Nunmehr werden diese Politiker, nachdem die Zuwanderung von Japanern begonnen hat, auch von einer entsprechenden gelben Gefahr zu reden haben.

Chinesische Arbeiter waren schon früher in mittel- und südamerikanischen Staaten anzutreffen, kamen aber politisch nicht in Betracht. Anders treten die Japaner auf. Schon seit Jahren wandten sie ihre Aufmerksamkeit der mittel- und südamerikanischen Küste des Stillen Meeres zu und knüpften zunächst mit Mexiko und Chile freundliche Beziehungen an.

In Mexiko und in den südlicheren Staaten besteht keine Abneigung gegen die gelbe Einwanderung. Mexiko fördert sie, um mit ihrer Hilfe die wirtschaftliche Hebung des Landes zu beschleunigen. Von Mexiko aus suchen die japanischen Kulis in die Union einzudringen, seitdem ihnen die Einwanderung über San Francisco verwehrt wird.

Durch einen Handelsvertrag von 1906 hat Kolumbien die japanische Einwanderung gestattet.

Dem Anschein nach will Japan den Hauptstrom seiner Auswanderer nach Brasilien lenken.

Keine zweite Regierung hat die Auswanderung nach Brasilien so planmäßig, umsichtig und opferwillig organisiert wie die japanische. Im Jahre 1900 bestellte sie einen Vertreter für Brasilien und ließ sich genau über die wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Landes unterrichten.

In der Kolonialschule zu Tokio wird bei dem Unterricht die Gründung japanischer Siedelungsgesellschaften in Südamerika besonders berücksichtigt.

Brasilien begünstigt die japanische Einwanderung und will mit ihrer Hilfe den Anbau von Reis in großem Maßstabe durchführen.

Ende 1906 verständigte sich der brasilianische Staat Sao Paolo mit Japan über die Einwanderung von 12 000 japanischen Arbeitern binnen Jahresfrist zur Verwendung auf den Kaffeepflanzungen.

Japan wird in Brasilien wie sonst in Mittel- und Südamerika nicht nur als Auswandererstaat, sondern noch mehr als Ausfuhrstaat hervortreten und seinen Absatz auf Kosten Europas wie der Union erweitern.

Graf Okuma, der nationalistische japanische Politiker, empfahl seinen Landsleuten, in Mittel- und Südamerika neue Ansiedlungsgebiete zu suchen, und forderte zugleich die Entsendung einiger japanischer Kriegsschiffe, um beständig an jenen Küsten zu kreuzen, wo japanische Ansiedler in beträchtlicher Anzahl wohnen.

Zwischen Japan und Amerika haben japanische Gesellschaften schon längst regelmäßige Dampferverbindungen eingerichtet, vermehren und verbessern sie und

drängen die Union auch auf diesem Gebiete zurück, wo sie allerdings bisher nur ungenügenden Unternehmungsgeist betätigt hat.

Für die Union ist die gelbe Gefahr in Südamerika unzweifelhaft weit bedenklicher als die vermeintliche europäische Gefahr. Die gelbe Rasse hat größeren Menschenüberfluß, ist genügsamer, erzeugt billiger und hält weit fester an ihrer Eigenart als die europäische Zuwanderung.

Vom europäischen Standpunkt betrachtet ist das Auftreten der gelben Rasse in Südamerika insofern nicht ganz unerwünscht, als dadurch den allamerikanischen Bestrebungen ein neuer, sehr ernsthafter Gegner erwächst.

Sollte die Union den Versuch machen, die Monroelehre zu einer Handhabe gegen die nichtamerikanische Einwanderung nach Südamerika anzuwenden, so würde voraussichtlich Japan entschiedenen Einspruch dagegen erheben.

Über diesen Einspruch wird die Union nicht hinweggehen können, denn dahinter steht eine Macht, auf die sie Rücksicht nehmen muß.





Europäisch-amerikanische Kapitalkonkurrenz.

Ernsthafter als die politische ist die wirtschaftliche Seite der Monroelehre mit ihren allamerikanischen Folgerungen.

Erstaunliche Fortschritte, ja Eroberungen hat die Union im übrigen Amerika gemacht mit Hilfe ihrer gewaltigen Kapitalsüberschüsse, durch den Wagemut und die Skrupellosigkeit ihrer Kapitalisten und nicht zuletzt durch die weitgehende Förderung der Unionsregierung.

Bis um die Wende des Jahrhunderts war in den amerikanischen Staaten außerhalb der Union überwiegend englisches, daneben aber auch deutsches, französisches, belgisches, holländisches und spanisches Kapital angelegt.

Nach halbamtlichen Angaben stellten sich die deutschen Kapitalsinteressen in Grundbesitz, Industrie, Eisenbahnen und Handel Ende 1904 für ganz Amerika auf 5 bis 6, für Mittel- und Südamerika allein auf 2,8 bis 3,4 Milliarden Mark.

Die deutschen Kapitalsinteressen in Amerika sind im wesentlichen auf die anerkennenswerte Tätigkeit des Handels wie des Mittel- und Kleinkapitals zurückzuführen. Wie in Ostasien und anderwärts, so hat auch in Amerika das deutsche Großkapital versagt, wo es sich um schöpferische Unternehmungen auf nationaler Grundlage han-

delte. Für Staatsanleihen und Aktienausgaben ist es zu haben, weil hier bei raschem Umsatz guter Gewinn ohne Wagnis herausspringt. Sonst hält es sich zurück, obschon oder vielleicht weil es sich im wesentlichen in Aktienbanken organisiert und zuletzt in einigen Großbanken zentralisiert hat. Diese Klagen finden sich selbst in amtlichen Berichten.

Am bedenklichsten hat sich die Unfähigkeit des deutschen Großkapitals in Argentinien gezeigt. Erste Berliner Banken verleiteten zu Ende der achtziger Jahre die deutschen Sparer zum Ankauf argentinischer Staatspapiere in Höhe von mehr als 300 Millionen Mark. Nach der Zahlungseinstellung Argentiniens im Jahre 1892 sanken diese Papiere auf ein Drittel ihres Wertes. Dabei waren die deutschen Banken nur die Hintermänner englischer Unternehmer gewesen und hatten, was sie auch sonst vielfach versäumten, nicht einmal dafür gesorgt, daß bei der Verwendung der in Deutschland aufgenommenen Anleihen für Eisenbahnen usw. deutsche Techniker und Industrieerzeugnisse bevorzugt wurden. So verloren alle Teile, die Deutschen in der Heimat an Kapital, die Deutschen in Argentinien an Einfluß und die deutschen Industriellen hatten das Nachsehen.

In seinem Streben nach banktechnischen Geschäften mit raschem und sicherem Gewinn hat das deutsche Großkapital bisher, von wenigen Ausnahmen abgesehen, für fruchtbringende, erfolgversprechende, weitausschauende Unternehmungen (Eisenbahnen, Häfen, Bergwerke, Fabriken, Pflanzungen) in Verbindung mit deutscher Intelligenz und deutscher Arbeit im Auslande kein Verständnis betätigt, aussichtsvolle Anerbietungen preisgegeben und den deutschen Interessenten, Technikern, Kaufleuten, Kolo-

nisten usw. im Auslande nicht jene Unterstützung zugewendet, wie sie Engländer und Franzosen und vor allem die Unternehmer aus der Union von ihrem nationalen Großkapital erwarten und erhalten. So erklärt sich die beklagenswerte Tatsache, daß namentlich in Südamerika trotz der eifrigen Tätigkeit des deutschen Handels der deutsche Unternehmergeist von Engländern, Franzosen und selbst von Belgiern, vor allem aber von der Union her überflügelt und zurückgedrängt wird. An den aussichtsvollen Eisenbahn-, Siedelungs- und Bergwerkskonzessionen in den südamerikanischen Staaten, wie namentlich in Mexiko, konnten sich die Deutschen, obwohl sie überall als tüchtige Geschäftsleute angesehen sind und in besserem Rufe stehen als die Spekulanten aus der Union mit ihren oft zweifelhaften Gründungen, nicht beteiligen, weil das Großkapital daheim versagte. Für eine kubanische Anleihe wurden Mitte 1904 an der Frankfurter Börse 32 Millionen Mark gezeichnet. Handelt es sich aber um Eisenbahnbauten in Argentinien oder zur Unterstützung deutscher Ansiedlungen in Brasilien, dann sind die deutschen Börsen nicht zu haben, mögen die Eisenbahnen so nützlich und gewinnverheißend als nur möglich sein. Von der Erkenntnis, daß sie im Auslande auch nationale Aufgaben haben und aussichtsvolle Unternehmungen mit deutschen Kräften in eigener Verwaltung durchführen müssen, sind die Leiter der deutschen Großbanken noch weit entfernt.

Mit der Gründung deutscher überseeischer Banken wird wenig erreicht, wenn die alte Unfähigkeit fortdauert. Auch in Mexiko ist solche Bank begründet worden, und trotzdem sind dort seither die Deutschen, die niemals politische Händel mit Mexiko hatten, durch die Franzosen

verdrängt worden, deren Großkapital sich an hervorragenden Bankunternehmungen in bedeutendem Umfange beteiligte, Baumwollspinnereien errichtete, Bergwerke eröffnete usw. Die französischen Kapitalsanlagen in Amerika werden auf über 2 Milliarden Mark geschätzt.

Mit der Zunahme der italienischen Einwanderung in Brasilien und Argentinien hat auch italienisches Kapital die Konkurrenz aufgenommen und in Südbrasilien ein ganzes Netz italienischer Banken begründet.

Weitblickend und wagemutig, außerdem das erste am Platze, hat das englische Kapital auch in Amerika zahllose Unternehmungen auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens durchgeführt, hauptsächlich auch in Südamerika. Manche Verluste hat es erlitten, aber sie waren im Vergleiche zu dem Gewinn nur verschwindend. Noch heute übersteigen in Südamerika die englischen Kapitalsinteressen alle anderen. In Brasilien hat sich das englische Kapital unter Rothschilds Führung eine geradezu herrschende Stellung errungen. Die meisten Eisenbahnen in Brasilien und Argentinien wurden von Engländern gebaut, selbstverständlich von englischen Technikern und mit englischen Materialien. Auch in Uruguay, Peru, Ecuador und Bolivien überwiegt englisches Kapital.

Als Kapitalsmacht und Gläubigerstaat ist die Union mit ihren Angehörigen im übrigen Amerika verhältnismäßig spät hervorgetreten, aber um so tatkräftiger, ungestümer, grundsatzloser und erfolgreicher. Große Kapitalien aus der Union fließen überall zu, wo sich in Amerika günstige Aussichten bieten, zunächst in die Nachbarstaaten. In Grundbesitz und Fabriken Kanadas sollen mehr als 2 Milliarden Mark Kapitalien aus der Union angelegt sein.

In Mexiko arbeiteten nach halbamtlichen Berichten von Mitte 1907 annähernd 3½ bis 4 Milliarden Mark Kapitalien aus der Union, und zwar vorzugsweise in Eisenbahnen, ferner in Bergwerken, Ackerbauunternehmungen, Fabriken, Banken usw. Das Übergewicht der Kapitalisten aus der Union empfanden die Mexikaner besonders im Eisenbahnverkehr. Die mexikanischen Eisenbahnen wurden fast ausschließlich von Unternehmern und Kapitalisten aus der Union erbaut und standen derartig unter ihrem Einfluß, daß die mexikanischen Frachtsätze in erster Reihe den Interessen der Union dienten. Vielfach waren die Frachten für Sendungen innerhalb Mexikos höher als die Frachten für die Einfuhr der Union nach Mexiko. Mit den billig herangeführten Erzeugnissen der Union konnte die mexikanische Industrie nicht mehr recht konkurrieren. Da schritt Präsident Diaz ein und ließ zunächst die Mehrzahl der Nationalbahnaktien ankaufen, sicherte sich später überwiegenden Einfluß auf die Zentralbahn und erlangte dadurch die Verfügung über die Feststellung der Frachtsätze auf den wichtigsten Bahnen. So unterdrückte Präsident Diaz noch rechtzeitig das Aufkommen übermächtiger Eisenbahntrusts, wie sie in der Union so lebhaft beklagt werden.

Tatkräftig und erfolgreich dringt der Kapitalismus aus der Union auch in den übrigen amerikanischen Staaten vor. Mit Vorliebe wirft er sich in Kolumbien und Bolivien, Peru, Ecuador, Guatemala und Venezuela auf den Bau von Eisenbahnen in Verbindung mit Landspekulationen und Bergwerksunternehmungen. In Chile sucht er sich der Salpeterlager zu bemächtigen. Selbst in Argentinien spielt der Kapitalismus der Union bereits eine große Rolle und will dort wie in Brasilien

neue Eisenbahnen anlegen, Hafenbauten ausführen, Bergwerke erwerben usw.

Anfang 1906 überließ die Regierung des brasilianischen Staates Maranhao einer Gesellschaft aus der Union ein Gebiet von 35 000 Quadratkilometern zur Ausbeutung von Gold, Silber, Kupfer und Blei. Auch bildete sich in Chicago ein Syndikat zur Finanzierung von Eisenbahnen in Brasilien. Bereits sind wichtige Bahnen von Kapitalisten aus der Union übernommen worden.

Mit ihren Kapitalsreserven sei die Union stets bereit, so versicherte Staatssekretär Root auf seiner südamerikanischen Rundreise vom Herbst 1906 in Buenos Aires, anderen Ländern beizustehen. Durch das Eingreifen von Unionskapital werde Argentinien bald seine Schulden abtragen, seine reichen Hifsmittel entwickeln und gleich der Union eine Gläubigernation werden.

„Geldmacht ist Weltmacht!“ sagt man in der Union und handelt danach. Für das Moltkesche Wort: „Die Börse hat in unseren Tagen einen Einfluß gewonnen, der die bewaffnete Macht für ihre Interessen ins Feld zu rufen vermag! Mexiko und Ägypten sind von europäischen Heeren heimgesucht worden, um die Forderungen der Hochfinanz zu liquidieren!“ lassen sich viele neue Belege aus Amerika beibringen. Der Aufstand auf Kuba ist durch die Zucker- und Tabakspekulanten in der Union gefördert, wenn nicht hervorgerufen, der Krieg gegen Spanien durch die Armeelieferanten der Union angezettelt, der erste Venezuelastreit mit England von 1895 durch Übergriffe von Spekulanten aus der Union herbeigeführt worden. In den inneren und äußeren Streitigkeiten der meisten amerikanischen Staaten spielt der rollende Dollar mit. Soll doch selbst der Bürgerkrieg

in Chile von 1891 durch Kapitalisten aus der Union genährt, ja veranlaßt worden sein.

Bricht in einem mittel- oder südamerikanischen Staat eine Revolution aus, die nicht selten von Interessenten aus der Union gewünscht wird, so ist es die erste Sorge des neuen Machthabers, die Gunst des Vertreters der Union zu gewinnen, dessen Stellung in der Regel für den Verlauf der Bewegung maßgebend ist.

Übermächtig ist in der Union der Kapitalismus gegenüber der Korruption in Parlament und Verwaltung und aufs innigste verquickt mit der Politik. Von den maßgebenden Staatsmännern läßt er sich benutzen und stellt sich in ihre Dienste, fordert aber als Gegenleistung um so ausgiebigere Begünstigung seiner Interessen. Von der Tagespresse innerhalb und außerhalb der Union wird die öffentliche Meinung beeinflußt, zunächst im Sinne der Allgemeinheit, d. h. der Union und ihrer Bestrebungen und sodann im Interesse der beteiligten Kapitalisten, die sich gern in den Mantel patriotischer Bestrebungen hüllen lassen. Viel angewendet wird der Trick, die europäischen Kapitalisten vor Kreditgewährung und anderen Unternehmungen in Mittel- und Südamerika zu warnen und die dortigen Verhältnisse als aussichtslos hinzustellen. Bewußt oder unbewußt wird von obenher mitgewirkt und durch Beschränkung des notwendigen Schutzes infolge Erweiterung der Monroelehre die Verscheuchung des europäischen Kapitals noch verstärkt. Dagegen haben die Kapitalisten der Union auf den ausgiebigsten Schutz ihrer Regierung wie der zuständigen Gesandtschaften und Konsulate zu rechnen, ja sie werden von ihren Behörden zu allerlei Unternehmungen angeregt und mit dem ganzen amtlichen Einfluß unterstützt. So verdrängt man all-

mählich die europäische Konkurrenz und schafft freie Bahn für den Kapitalismus der Union in ganz Amerika, für das Monopol dieses Kapitalismus in allen amerikanischen Staaten.

Mit Hilfe des Kapitalismus hofft die Union noch immer mehr zu erreichen. Nachdem der Plan einer allamerikanischen Bank in New York mit Zweiggeschäften in allen Hauptstädten Amerikas als aussichtslos vorläufig aufgegeben werden mußte, hat man die Gründung von Banken durch Kapitalisten der Union in den wichtigsten Städten Mittel- und Südamerikas empfohlen, und wenn es nach den Wünschen des Staatssekretärs Root ginge, so würden zu diesem Zweck wie überhaupt bei Anlage von Unionskapitalien im Auslande staatliche Beihilfen gewährt werden.

In einem Bericht vom Frühjahr 1906 äußerte das österreichisch-ungarische Konsulat zu Rio de Janeiro, es scheine, als ob die Union durch die Kapitalsanlagen ihrer Angehörigen sich Handelsvorteile sichern wolle. Hatte man es hier wirklich, wie das Konsulat meinte, mit einem planmäßigen Vorgehen zu tun?

Noch sind die südamerikanischen Staaten finanziell von Europa, namentlich von England, abhängiger, als von der Union, aber mit dem Vordringen der Kapitalien aus der Union verschiebt sich das Verhältnis zum Schaden europäischer Interessen. Ohnehin sind in Mittel- und Südamerika alle Kreise, die aus der Union Kapitalien erhalten haben oder irgendwie davon abhängig sind oder noch Kapitalien erwarten, die gegebenen Freunde der Union und ihrer allamerikanischen Bestrebungen, die in der nicht zu unterschätzenden Kapitalskraft der Union ein wichtiges Bindemittel finden.



Allamerikanische Zollverbandsbestrebungen.

In politischer Hinsicht konnte die Monroelehre leicht durchgeführt werden. Die Union war ihr Träger; sie handelte ohne Zustimmung oder Beteiligung der übrigen Staaten, sie hatte ernstliche Angriffe nicht zu fürchten und endlich war Europa uneinig.

Auf wirtschaftlichem Gebiet gestaltet sich die Verwirklichung der Monroelehre sehr erheblich schwieriger, weil dazu ein Einvernehmen mit allen oder wenigstens mit den meisten amerikanischen Staaten erforderlich ist. Trotz mehrfacher Anläufe ist es noch nicht gelungen, über die widerstreitenden Interessengegensätze ein Einvernehmen zu erzielen.

Die erste Anregung zur Gründung eines allamerikanischen Zollvereins ging zu Anfang der achtziger Jahre von dem damaligen Staatssekretär Blaine aus. Ende 1882 erließ er an alle selbständigen amerikanischen Staaten die Einladung zu einem allamerikanischen Kongreß. Dieser Kongreß wurde aufgegeben, da Peru und Chile, in erbittertem Krieg begriffen, ablehnten. Blaine trat zurück. Sein Nachfolger suchte zunächst durch Verträge dasselbe Ziel zu erreichen und vereinbarte Anfang 1883 mit Mexiko den zollfreien Austausch der beiderseitigen Naturerzeugnisse.

Im Jahre 1884 setzte die Union einen Ausschuß nieder, um ihre Handelsbeziehungen zu den südlichen Republiken und Vorschläge zu ihrer Erleichterung zu prüfen. Im wesentlichen befürwortete der Ausschuß den Abschluß von Handelsverträgen unter gegenseitigen Zugeständnissen und die Herstellung unmittelbarer Dampferverbindungen zwischen Nord- und Südamerika.

Diese Vorschläge fanden im Süden günstige Aufnahme. Im Senat der Union wurde man dadurch ermutigt, Anfang 1886 auf den Blaineschen Gedanken eines allamerikanischen Zollvereins zurückzugreifen und zu dessen Verwirklichung einen allamerikanischen Kongreß zu berufen. Dieser Kongreß sollte schon im Oktober 1887 zusammentreten, verzögerte sich aber durch die Präsidentschaftswahlen. Ernsthafter betrieben wurden die allamerikanischen Zollvereinsbestrebungen, als Blaine unter Präsident Harrison im Jahre 1889 wieder das Staatssekretariat übernahm. Ende 1889 trat in Washington der erste allamerikanische Kongreß zusammen, dem 1901 der zweite in Mexiko und 1906 der dritte in Rio de Janeiro folgten.

Blaines nächstes Ziel war die Erschließung neuer Märkte im Süden für die Industrie der Union. Er verwies auf das Vordringen der europäischen Mächte in Asien und Afrika und lenkte die Aufmerksamkeit der Union auf Südamerika.

Damals erscholl zuerst der Ruf: Amerika den Amerikanern! Eine Formel, die von Anfang an mehr wirtschaftlichen als politischen Inhalt hatte. Von seinen allamerikanischen Zollbestrebungen erwartete Blaine eine Belebung des allamerikanischen Gedankens überhaupt,

eine Stärkung der wirtschaftlichen und die Festigung der politischen Vormachtstellung der Union.

Der Gedanke, ganz Amerika zu einem einzigen Zollgebiet zusammenzufassen, war überraschend einfach und klar. Bald mußte man aber erkennen, daß die Verwirklichung dieses Gedankens sich sehr verwickelt und schwierig gestaltete.

Für die Interessen der Union wäre es am vorteilhaftesten gewesen, wenn alle amerikanischen Staaten ihren hohen Zolltarif angenommen und nach Maßgabe der Unionsinteressen bei der Verdrängung der nichtamerikanischen Waren mitgewirkt hätten. Indessen verhielten sich gegen die Übernahme des Zolltarifs der Union die übrigen amerikanischen Staaten von vornherein ablehnend, um nicht von der Union auch wirtschaftlich umklammert, kontrolliert und monopolisiert zu werden. Undurchführbar erschien selbst der Union ein Zollbund nach dem Vorbilde des alten deutschen Zollvereins mit gemeinschaftlichem Zolltarif, einheitlicher Zollverwaltung und Verteilung der Einnahmen nach der Kopfzahl der Bevölkerung. Vorbedingung einer solchen Gemeinsamkeit ist eine gewisse Gleichartigkeit der Kultur und Zivilisation. In dieser Hinsicht bestehen aber zwischen den nord-, mittel- und südamerikanischen Staaten weitgehende Verschiedenheiten. Überdies befürchtete man in Südamerika von einem allamerikanischen Zollparlamente Gefahren für die eigene Unabhängigkeit.

Erfolglos war auch die wiederholte Anregung eines südamerikanischen Zollvereins nach deutschem Vorbilde. Schon Bolivar hatte an einen wirtschaftlichen Zusammenschluß der spanisch-amerikanischen Staaten gedacht. Ende 1903 wurde der Plan von Manuel Herrero wieder auf-

genommen mit einer Spitze gegen die Union, „gegen die Gefahr der Aufsaugung durch den demokratischen Koloß, der das Erweiterungswerk bereits im Norden des Festlandes begonnen hat“. Unter den modernen Verkehrsverhältnissen seien überall die Völker einander näher gerückt, und so dürfe es auch in Mittel- und Südamerika zwischen ihnen keine Unterschiede mehr geben. Der Vorschlag war aussichtslos angesichts der Uneinigkeit und Eifersucht unter den südamerikanischen Staaten. Immerhin wird Argentinien das hundertjährige Jubelfest seiner Selbständigkeit im Jahre 1910 durch Veranstaltung einer lateinisch-amerikanischen Ausstellung in Buenos Aires begehen.

Auch ein allamerikanischer Zollbund mit Freihandel im Innern erwies sich nicht durchführbar. Nach einem Vorschlage von Mitte 1890 wollte die Union alle Erzeugnisse der amerikanischen Staaten zollfrei einlassen, wenn die wichtigsten ihrer Erzeugnisse nach den anderen amerikanischen Staaten zollfrei eingeführt werden könnten, vorausgesetzt, daß die Warenbeförderung mit Schiffen erfolgte, die in Amerika gebaut würden. Auch dieser Vorschlag fand keinen Anklang.

Nicht zweckmäßig erschien den Unionspolitikern eine Anregung des Generals Wilson von Ende 1902. Danach sollte die Union zur Herstellung ihres Handelsübergewichts in Amerika zunächst eine handelspolitische Vereinigung mit Kanada und Mexiko anstreben.

So versuchte man wiederholt, einen allamerikanischen Zollverband durch Gegenseitigkeitsverträge anzubahnen. Im Jahre 1891 schloß die Union Gegenseitigkeitsverträge in den Grenzen von Abschnitt 3 des Mac Kinleytarifes mit verschiedenen Staaten, namentlich mit Brasilien, ab

und bewilligte darin Vorzugszölle für gewisse Rohstoffe, vor allem Zollfreiheit für Kaffee, während Brasilien seine Zölle für Gummiwaren, Uhren, Lacke, Farben, Mehl und Milch um 20 Prozent ermäßigte. Diese Verträge befriedigten in Brasilien usw. nicht, weil sie die Zollerträge, die Haupteinnahmen daselbst, verminderten, ohne die Einfuhr zu verbilligen, und wurden bald wieder aufgehoben. Argentinien hatte sich dagegen ablehnend verhalten, weil die Union die verlangte Zollfreiheit für Wolle nicht bewilligen zu können glaubte.

Einschneidender als die Gegenseitigkeitsbegünstigungen von 1891 und vorübergehend auch von 1904 war das Vorzugszollverhältnis, das zwischen der Union und Brasilien am 1. Juli 1906 in Kraft trat. Nach dem brasilianischen Zollgesetz haben Anrecht auf eine Zollermäßigung von 20 Prozent für gewisse Erzeugnisse alle jene Länder, die Kaffee zollfrei einlassen und mehr als 4 Millionen Sack jährlich beziehen. Bei geringerer Abnahme vermindert sich die Zollermäßigung auf die Hälfte. Da nun Kaffee von allen europäischen Ländern mit mehr oder minder hohen Zöllen belegt wird, so sahen sie sich von der brasilianischen Zollvergünstigung ausgeschlossen. Tatsächlich war sie nur für die Union berechnet, die Kaffee zollfrei einläßt und davon jährlich mehr als 15 Millionen Sack bezieht. Brasilien soll diese Vorzugszölle erst unter einem gewissen Druck der Union bewilligt haben. Abschnitt 3 des Dingleytarifs gibt dem Präsidenten der Union das Recht, die Zollfreiheit für gewisse süd- und mittelamerikanische Erzeugnisse, namentlich Kaffee, gegenüber solchen Staaten aufzuheben, die Waren aus der Union mit zu hohen Zöllen belegen. Auch verwies die Union auf Portorico, Hawaii und die Philippinen, wo

der Kaffeebau glänzend gedeihen würde, wenn sie zu seinem Schutz Kaffeezölle einführen sollte.

Die brasilianischen Vorzugszölle beziehen sich auf Farben, Tinten (außer Schreibtinte), Uhren, Gummiwaren, Lack, Wagen und Gewichte, Windmühlen, Klaviere, Schreibmaschinen, Eiskästen, verdichtete Milch und Weizenmehl, also meist auf Erzeugnisse, die bis dahin vorzugsweise aus Europa, auch aus Deutschland, nach Brasilien kamen.

Die brasilianischen Vorzugszölle wurden zunächst bis Ende 1906 bewilligt, später aber aufrechterhalten, angeblich, um weitergehenden Forderungen der Union vorzubeugen.

Vorläufig haben die europäischen Staaten noch keine Vergeltungsmaßregeln ergriffen, obwohl sie wertvolle Abnehmer Brasiliens sind, namentlich Deutschland für Kaffee, Tabak usw.

Durch die brasilianische Zollbegünstigung für Mehl aus der Union wurde die argentinische Mehlausfuhr nach Brasilien (1905: 103000 Tonnen) schwer geschädigt. Argentinien zögerte, Maßregeln gegen Brasilien zu ergreifen, und verhandelte mit der Union in der Hoffnung, Zollfreiheit für argentinische Rindshäute zu erlangen.

In der Absicht der Unionspolitiker liegt es offenbar, Vorzugszollverhältnisse nach brasilischem Vorbilde auch mit anderen, womöglich mit allen, amerikanischen Staaten zu vereinbaren.

Mäßige Vorzugszölle im nachbarlichen Grenzverkehr für gewisse Erzeugnisse waren in früheren Zeiten nicht selten, sind aber durch die verbesserten Verkehrsverhältnisse beseitigt worden. Was die Union anstrebt, ist etwas Anderes, ist ein System von Vorzugsverhältnissen zur

Ausgestaltung eines allamerikanischen Zollverbandes. Der Weg scheint gangbar zu sein, ist aber äußerst umständlich und schwierig. Zahllose Interessengegensätze sind dabei unter einen Hut zu bringen und wo das nicht gelingt, da hat die Union zu befürchten, daß die unbefriedigten Staaten Rückhalt an Europa suchen oder damit drohen.

Auf Grund der Monroelehre behauptet man in der Union eine Art von Vorrecht über die Märkte der übrigen amerikanischen Staaten. So äußerte Präsident Harrison am 19. April 1891 seine Unzufriedenheit darüber, daß die europäischen Staaten den ganzen Handel der südlichen Republiken an sich ziehen. „Dieser Handel," sagte er, „ist von Rechts wegen unser, und zwar sowohl wegen der Nachbarschaft und wegen der bequemen Verbindung, wie auch wegen der Sympathie, die den Erdteil, in dem es keine Monarchie gibt, miteinander verbindet."

Diese Auffassung ist seither in der Union vielfach hervorgetreten. Mit Mißbehagen beobachten weite Kreise den lebhaften Güteraustausch zwischen Südamerika und Europa und erblicken darin eine unerträgliche Beeinträchtigung der Interessen der Union.

Ein halbamtliches Organ der Unionsregierung, die „Tribuna", bezweifelte in einem Aufsatz unter dem Titel „Nachlässiger Monroeismus" den Nutzen der Monroelehre, wenn sie die Europäer nicht daran verhindern könne, den Handel der Union im Süden zu verdrängen. Es sei eine schmachvolle Tatsache, daß die Union von Isthmus bis zum Kap Horn, ja selbst nördlich der Landenge, von europäischen Bewerbern aus dem Felde geschlagen werde. Selbst nach Mexiko liefere die Union nur ein Drittel der Einfuhr dieses Landes. Venezuela und Kolumbien beziehen mehr von England als von der

Union. Je weiter nach Süden, desto schlimmer lägen die Dinge für die Union. Es sei eine schimpfliche Tatsache, daß England an Argentinien allein mehr verkaufe, als die Union auf dem ganzen südamerikanischen Festlande absetze.

Diese Tatsache ist durchaus nicht schimpflich, sondern natürlich. Nordamerika und Südamerika ergänzen sich nicht wie etwa Afrika und Europa, sondern sind vielfach Konkurrenten, namentlich die Union und Argentinien. Beide führen überwiegend dieselben Lebensmittel und Rohstoffe aus, Getreide, Fleisch, Häute usw., deshalb hält sich ihr gegenseitiger Güteraustausch in engen Grenzen. Beide suchen Absatz für ihre Ausfuhr auf den europäischen Märkten, und so hat sich ihr Güteraustausch mit Europa ausgiebiger gestaltet. Dasselbe gilt mehr oder minder von den übrigen südamerikanischen Staaten, auch von Brasilien trotz seiner großen Kaffeeausfuhr nach der Union.

Europa ist weitaus der kaufkräftigste Abnehmer für die Ausfuhr und deshalb auch der leistungsfähigste Lieferant für die Einfuhr aller amerikanischen Staaten, einschließlich der Union.

In der Regel wird von den allamerikanischen Zollverbandspolitikern übersehen, daß die Union selbst mit ihrer Ausfuhr ganz überwiegend nach Europa neigt, denn von einer Gesamtausfuhr von 7400 Millionen Mark in 1905/6 sandte sie für mehr als 5000 Millionen Mark, also mehr als zwei Drittel nach Europa (für 2427 Millionen Mark nach England, für 974 Millionen Mark nach Deutschland usw.), dagegen nur für 1492 Millionen Mark nach Amerika und außerdem für 660 Millionen Mark nach den übrigen Erdteilen. Ein Reich, das mit seiner

Ausfuhr so überwiegend auf Europa angewiesen ist, kann es nicht unnatürlich finden, daß bei den anderen Staaten desselben Erdteils die gleichen Verhältnisse obwalten.

Nach den Aufstellungen der Union stellte sich ihr Güteraustausch mit den wichtigsten amerikanischen Staaten wie folgt:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	insgesamt	aus d. Union	insgesamt	nach d. Union
	in Mill. Mark:		in Mill. Mark:	
Kanada (1905)	1100	695	932	321
Mexiko (1905)	365	210	504	344
Argentinien (1905)	831,2	117,2	1308,3	63,4
Brasilien (1904)	527,9	58,8	803,5	404,9
Chile (1904)	240,6	21,4	330,9	47,0
Peru (1904)	87,8	15,6	82,7	7,6
Uruguay (1903)	108,8	9,2	162,1	7,1

An dem Außenhandel Kanadas und Mexikos, wie aller mittelamerikanischen Staaten, ist die Union stark beteiligt, schwach dagegen an dem Außenhandel der südamerikanischen Staaten.

		Einfuhr aus	Ausfuhr nach
		Südamerika in Mill. Mark:	
England	1890:	268,3	517,3
	1900:	534,7	433,9
Deutschland	1890:	300,1	139,1
	1900:	489,6	188,3
Frankreich	1890:	334,0	236,6
	1900:	396,9	104,3
Union	1890:	355,3	147,8
	1900:	371,7	152,4

Für Südamerika sind England, Deutschland und Frankreich, ein jedes für sich, wertvollere Abnehmer als die Union. Insgesamt kauften sie von Südamerika im Jahre 1900 viermal so viel als die Union!

Deutschland bezieht jährlich für 370 Millionen Mark landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Argentinien, darunter für über 100 Millionen Mark Wolle, ferner für 170 Millionen Mark aus Brasilien, darunter für 100 Millionen Mark Kaffee, endlich für 160 Millionen Mark aus Chile, darunter für 110 Millionen Mark Salpeter.

Englands Ausfuhr nach Südamerika ist wesentlich deshalb um vieles größer, weil englisches Kapital in Südamerika mit hohen Beträgen in Eisenbahn- und anderen Unternehmungen angelegt worden ist und bei allen Lieferungen die Bevorzugung der englischen Industrie verlangt.

Argentiniens Außenhandel in Millionen Mark:

	Einfuhr aus		Ausfuhr nach	
	1901:	1906:	1901:	1906:
Insgesamt	456	1080	672	1168
davon England:	145	380	119	178
Deutschland:	67	153	85	157
Frankreich:	39	106	114	143
Italien:	58	96	17	28
Belgien:	34	49	54	102
Ordre nach Europa:	—	—	119	382
Europa:	343	784	508	985
Union:	62	157	37	53

An dem Außenhandel Argentiniens ist die Union nur in geringem Maße beteiligt, und ihr Anteil hat nicht ganz Schritt gehalten mit der Steigerung des Gesamthandels. Dagegen ist der Anteil Deutschlands größer, als er nach der vorstehenden argentinischen Statistik erscheint, da nicht unerhebliche Mengen der deutschen Einfuhr auf fremden Schiffen eingehen und die Aus-

fuhr auf Ordre nach Europa meist für Deutschland bestimmt ist.

Brasiliens Außenhandel in Millionen Mark:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1902:	1906:	1901:	1904:
Insgesamt	465	664	1050	1070
davon England:	131	188	148	168
Deutschland:	53	97	168	144
Frankreich:	41	61	135	52
Portugal:	33	43	7	12
Italien:	17	22	11	10
Belgien:	11	28	81	37
Österreich-Ungarn:	9	10	32	29
Europa:	295	449	582	452
Union:	57	76	495	520

Für Brasilien und seine beiden Hauptausfuhrerzeugnisse (1906 Kaffee für 440, Gummi für 210 Millionen Mark) ist die Union ein ebenso wichtiges Absatzgebiet geworden wie Europa.

Im Interesse aller amerikanischen Staaten liegt es, für ihre Einfuhr an Industrieerzeugnissen die unbeschränkte Konkurrenzfreiheit zwischen Europa und der Union, wie sie bisher bestand, aufrecht zu erhalten, um sich die preiswürdigsten Bezugsquellen zu sichern.

Von einem allamerikanischen Zollverband hat die vertrustete Großindustrie der Union greifbare Vorteile zu erwarten. Sie hofft, die mittel- und südamerikanischen Märkte unter Ausschluß der europäischen Konkurrenz kontrollieren und monopolisieren zu können. Unerfindlich ist indessen, was die Landwirte und sonstigen Rohstofferzeuger in der Union wie in den übrigen amerikanischen Staaten von einem amerikanischen Zollverband zu er-

warten oder zu erhoffen haben. Wo, wie in Argentinien und in den meisten anderen südamerikanischen Staaten, das Gedeihen der Gesamtheit von der Lebensmittel- und Rohstofferzeugung abhängt, könnte diese Grundlage des wirtschaftlichen Lebens durch einen allamerikanischen Zollverband bedenklich erschüttert werden.

Bisher waren die allamerikanischen Zollverbandsbestrebungen der Union nicht erfolglos. Zunächst führten sie zu einer sorgfältigeren Pflege der Handelsbeziehungen der Union mit den südlicheren Staaten, namentlich auch unter Präsident Roosevelt, der sich nachdrücklich dafür einsetzte. Die allamerikanischen Kongresse haben zwar noch nicht große Ergebnisse erzielt, noch nicht die angestrebte Vereinheitlichung von Münze, Maß und Handelsgesetzgebung zustande gebracht, aber sie haben doch eine gewisse Annäherung der amerikanischen Staaten in die Wege geleitet, sie sind zu einer ständigen Einrichtung geworden und werden alle vier Jahre stattfinden. Verhandelt wird in englischer Sprache, obwohl sie nur in der Union die Staatssprache ist. Vertreter der europäischen Kolonien sind bisher noch nicht herangezogen worden. Anfang 1891 wurde in Washington ein Handelsamt für die amerikanischen Republiken gegründet, dem Andrew Carnegie Ende 1906 3 Millionen Mark zur Errichtung eines eigenen Gebäudes überwies. Dieses Handelsamt hat durch Erteilung von Auskünften über die Lage der Märkte im Süden, über die Leistungsfähigkeit der Industrie der Union usw. wertvolle praktische Kleinarbeit für die Förderung des gegenseitigen Güteraustausches geleistet.

Während des ersten allamerikanischen Kongresses von 1889 veranstaltete man für die Vertreter der amerikanischen Staaten eine vierzigtägige Rundreise durch die

wichtigsten Städte der Union. Auf der Weltausstellung zu Chicago von 1893 zeigte man ihnen, was die Industrie der Union zu leisten vermochte.

Handelsabgesandte aus der Union bereisten mit staatlicher Unterstützung die südamerikanischen Staaten, um dort die Ansicht zu verbreiten, daß alles, was bisher Europa lieferte, ebenso gut und ebenso billig aus der Union bezogen werden könne. Nachdem die Industrie der Union sich in vielen Erzeugnissen selbst auf den europäischen Märkten konkurrenzfähig erwiesen hat, wird sie es sicher auch in Südamerika werden.

Im übrigen sind die Geschäftsleute der Union weiterblickend, sie suchen ihren Gewinn erst in künftigen Geschäften, liefern wertvolle und hübsche Mustersammlungen unentgeltlich und werden sich auch den Wünschen der Abnehmer besser anzupassen wissen.

Zuweilen wissen die klugen Spekulanten der Union die Monroelehre zur Geltung zu bringen. In einem Abkommen haben die beiden größten Elektrizitätsgesellschaften Europas und Amerikas, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin und die General Electric Company in New York, den Weltmarkt in zwei Interessengebiete eingeteilt. Dabei wußte es die amerikanische Gesellschaft durchzusetzen, daß ihr auch Mittel- und Südamerika als ausschließliches Geschäftsgebiet überwiesen wurden. Die deutsche Gesellschaft verzichtete auf die aussichtsvollen und aufnahmefähigen südamerikanischen Märkte. Eine solche Kurzsichtigkeit läßt sich nicht einmal vom geschäftlichen Standpunkt rechtfertigen. In politischer Hinsicht könnte sie bedenklich werden, falls ähnliche Abkommen auch von anderen großen Industriegruppen

abgeschlossen werden sollten. Elektrizitätswerke in Südamerika, die von Deutschen angelegt wurden, sind vielfach in die Hände von Kapitalisten aus der Union übergegangen.

Wären die europäischen Geschäftsleute so klug und weitblickend wie ihre Berufsgenossen in der Union, so würden sie in Südamerika den Anbau solcher Erzeugnisse fördern, die Europa bisher von Nordamerika beziehen mußte. Dazu gehört in erster Reihe die Baumwolle. Europa würde einen wachsenden Teil seines Bedarfs an Baumwolle aus Südamerika beziehen, sich von der Union unabhängiger machen und Brasilien wie Argentinien in ein Konkurrenzverhältnis gegen die Union drängen.

Auf die außerordentlichen Fortschritte der Union in den lateinischen Ländern Amerikas hat Staatssekretär Dernburg in seiner Rede vom 11. Januar 1907 hingewiesen. Alle die Bestrebungen der Union nach Handelsverträgen mit Vorzugszöllen, nach Schiffahrtsverbindungen tragen jenes ausschließliche Gepräge, wie es der Unionspolitik eigentümlich ist. Dernburg glaubt an das stete Steigen des wirtschaftlichen Einflusses der Union auf ganz Amerika zum Schaden Europas. Nach seiner Meinung ist diese Erscheinung nur deshalb noch nicht fühlbar geworden, weil Süd- und Mittelamerika selbst sich aufsteigend entwickeln und ihre Einfuhrbedürfnisse außerordentlich vermehrt haben. Dernburg nannte das Vorgehen der Union großzügig, zielbewußt, erfolgreich.

Es ist ein gutes Recht der Union, neue Märkte für ihren Überschuß an Industrieerzeugnissen zu suchen, zunächst auch in Mittel- und Südamerika. Ist es aber folgerichtig, daß dieselbe Union, die nicht nur in Ost-

.u erlangen. Tatsächlich sind die
.mmenfassung großer, sich selbst ge=
zurückgetreten.
·u wie die größerbritischen Zoll=
· in erster Reihe durch wirtschaft=
·gt worden, mit wirtschaftlichen
·sreichend zu begründen. Ge=
·urch politische Hintergedanken,
·ormacht nach Stärkung ihrer
·ichen Standpunkt aus ist der
·d der Union nicht notwendig
·amerikanischen Staaten nicht

·hren Trusts die mittel= und
in wirtschaftliche Fesseln
· Folgen nicht ausbleiben und
·nischen Staaten Strömungen
·elbar vor dem Unabhängig=
·nionsstaaten zum Ausbruch
·englischen Handelsmonopols
·den Waffen griffen, um sich

·Aufschwung der Union und
·n Jahre 1837 sprach er von
·nischer Bestrebungen, warnte
des Schutzzolles. Wenn in
·h den Satz verwirrt würden,
·nug sei, wenn sich Amerika ab=
·ist die Frucht des Verfalles".
·upt von einer „amerikanischen
·n sie nicht in der Konkurrenz der
·arkt zu suchen, sondern in ihren

minder die Absicht der Unionsregierung, Maßregeln gegen die Übermacht der großen Trusts zu ergreifen.

Für die europäischen Staaten empfiehlt es sich nicht, wie die Union auf den mittel- und südamerikanischen Märkten Vorrechte oder Vorzugszölle anzustreben. Das wäre aussichtslos und würde von der Union als unerträglich empfunden werden. Auch erhebliche Zollermäßigungen sind von den mittel- und südamerikanischen Staaten nicht zu erwarten, weil sie, mit Brasilien und Argentinien an der Spitze, annähernd die Hälfte ihrer gesamten Einnahmen aus den Zöllen ziehen.

Dagegen müssen die europäischen Mächte gegenüber den mittel- und südamerikanischen Staaten auf der Gleichberechtigung und Meistbegünstigung bestehen. Gleichberechtigung und Meistbegünstigung sind für alle Teile nützlich und notwendig und stehen mit den liberalen Überlieferungen der Union völlig im Einklang. Ist man in der Union, wie man dort glaubt, den europäischen Staaten wirtschaftlich überlegen, so wird es ihr im freien Wettbewerb und ohne Vorzugszölle gelingen, die mittel- und südamerikanischen Märkte für sich zu erobern.

In seiner Botschaft an den Kongreß vom Oktober 1901 anerkannte Präsident Roosevelt, daß auf Grund der Monroelehre die Union ausschließliche Beziehungen des Handelsverkehrs mit irgend einem anderen amerikanischen Staat nicht verlangen kann.

Immerhin war die Monroelehre nicht ohne Rückwirkung. Seit dem Hervortreten der allamerikanischen Bestrebungen hat, abgesehen von der Union selbst, kein amerikanischer Staat es gewagt, Tarifverträge mit einem europäischen Staat abzuschließen.

Dagegen hat Präsident Roosevelt versucht, die Monroelehre unter gewissen Umständen auf handelspolitische Abmachungen auszudehnen. Nach einer seiner Botschaften wird die Union es nicht dulden, daß die amerikanischen Staaten wider ihren Willen zu irgend welchen Abmachungen in betreff ihres Handels gezwungen werden. Bei Streitigkeiten mit amerikanischen Staaten wäre es möglich, daß der siegreiche europäische Staat, da er kein Land erwerben darf, sich durch Handelsabmachungen schadlos zu halten sucht. Auch das soll in Zukunft verwehrt sein. Von Fall zu Fall würde sich darüber die jeweilige Unionsregierung die Entscheidung vorbehalten und nach ihrem Ermessen abgeben. Diese Erweiterung der Monroelehre ist wohl ausgesonnen.

Blaine war der Meinung, daß die Union, um gedeihen zu können, die südamerikanischen Märkte beherrschen müsse. Er sah zwar den außerordentlichen Aufschwung der Industrie in der Union voraus, rechnete aber nicht mit der Möglichkeit, daß die Industrie der Union auch auf andern als den südamerikanischen Märkten konkurrenzfähig auftreten würde. Seitdem der gewaltige Aufschwung der Union eine starke Steigerung ihres Ausfuhrbedürfnisses hervorgerufen und zugleich ihre Konkurrenzfähigkeit auf allen Teilen des Weltmarktes erhellt hat, kann die Beherrschung der südamerikanischen Märkte nicht mehr als ein Lebensbedürfnis ihrer Industrie angesehen werden. Und seitdem die Union neue Märkte für ihre industriellen Überschüsse vor allem in Europa, aber auch in Ostasien, suchte und fand, hat sie selbst ihre allamerikanischen Abschließungsbestrebungen durchkreuzt. Ein Amerika, das sich abschließt, hat in Europa und Ostasien nichts zu suchen. Das internationale

Geschäft beruht auf dem Güteraustausch. Wo man keine Einfuhr will, muß man auf die Ausfuhr verzichten.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Möglichkeit großer Zollverbandspläne lebhaft erörtert. Den Anstoß dazu hatten die allamerikanischen Zollverbandsbestrebungen gegeben, die zuerst Mitte der achtziger Jahre hervortraten. Als Gegenströmung entstand in Kanada später der größerbritische Zollverbandsgedanke, der dann von Chamberlain unternommen wurde. Damals glaubte man in Europa allgemein an das Zustandekommen eines allamerikanischen und eines größerbritischen Zollverbandes, man besorgte, daß diese beiden großen Verbände sich wirtschaftlich selbst genügen und von den übrigen Staaten abschließen würden. Seither hat man aber in der Richtung auf dieses Ziel greifbare Fortschritte noch nicht gemacht. Wo Vorzugszölle eingeführt wurden, genügten sie nicht, um den fremden Handel abzudrängen. Solche Vorzugszölle werden immer nur in sehr beschränktem Maße erhoben werden, da die örtlichen Interessen, namentlich aufstrebende Industrien, aber auch niedergehende Landwirte, nicht nur einen gewissen Schutz beanspruchen, sondern auch alle fremden Monopole ablehnen. Diese Widerstände sind so groß, daß sie die größerbritischen wie die allamerikanischen Zollbestrebungen verhindern werden, das letzte Ziel, einen nach außen hin völlig abgeschlossenen Zollverband, zu erreichen.

Beiden Gebilden widerstrebte die ganze weltwirtschaftliche Entwicklung der Neuzeit mit ihrem Drange nach Ausgestaltung des internationalen Güterverkehrs unter Überwindung künstlicher Schranken, mit dem Bedürfnis der starken Staaten, über die eigenen Grenzen, ja über den eigenen Erdteil hinaus freien Spielraum für wirt-

schaftliche Betätigung zu erlangen. Tatsächlich sind die Bestrebungen nach Zusammenfassung großer, sich selbst genügender Zollverbände zurückgetreten.

Die allamerikanischen wie die größerbritischen Zollverbandspläne sind zwar in erster Reihe durch wirtschaftliche Erwägungen angeregt worden, mit wirtschaftlichen Interessen aber nicht ausreichend zu begründen. Gekräftigt wurden sie erst durch politische Hintergedanken, durch das Streben der Vormacht nach Stärkung ihrer Stellung. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist der allamerikanische Zollverband der Union nicht notwendig und für die mittel- und südamerikanischen Staaten nicht vorteilhaft.

Sollte die Union mit ihren Trusts die mittel- und südamerikanischen Staaten in wirtschaftliche Fesseln schlagen, so würden politische Folgen nicht ausbleiben und in den mittel- und südamerikanischen Staaten Strömungen hervorrufen, wie sie unmittelbar vor dem Unabhängigkeitskriege in den ersten Unionsstaaten zum Ausbruch kamen, als sie den Druck des englischen Handelsmonopols unerträglich fanden und zu den Waffen griffen, um sich davon zu befreien.

Friedrich List sah den Aufschwung der Union und Amerikas voraus. Schon im Jahre 1837 sprach er von der Möglichkeit allamerikanischer Bestrebungen, warnte aber vor Übertreibungen des Schutzzolles. Wenn in Amerika die Gemüter durch den Satz verwirrt würden, daß Amerika sich selbst genug sei, wenn sich Amerika abschließen wolle, „dann reift die Frucht des Verfalles“.

Soweit sich überhaupt von einer „amerikanischen Gefahr“ sprechen läßt, ist sie nicht in der Konkurrenz der Union auf dem Weltmarkt zu suchen, sondern in ihren

Bestrebungen, auf den Märkten Mittel- und Südamerikas eine Vorzugsstellung zu erlangen und den Mitbewerb aller übrigen Länder von dort auszuschließen.

Nehmen diese Bestrebungen greifbare Form an, so werden sie zweckmäßig und wirksam nur durch ein Zusammengehen aller europäischen Staaten abgewehrt werden können.





Allamerikanische Verkehrspläne.

Nach einer Verfügung der Newyorker Postverwaltung vom Frühjahr 1907 ist die Post von Newyork nach Rio de Janeiro, Buenos Ayres usw. über Europa zu leiten, und zwar mit den deutschen Postdampfern. Auf dem unmittelbaren Wege von Newyork nach Buenos Aires haben die Postsachen 5870 Seemeilen zurückzulegen, auf dem neuen Umwege über die Nordseehäfen dagegen durchschnittlich 9000 Seemeilen. Weshalb bevorzugt die Newyorker Postverwaltung diesen großen Umweg? Weil die Dampfschiffahrtsverbindungen zwischen Nord- und Südamerika selten, unregelmäßig und langsam sind und nicht entfernt mit dem häufigen, regelmäßigen und raschen Dampferdienst konkurrieren können, der zwischen den Nordseehäfen einerseits mit Nordamerika und andererseits mit Südamerika besteht.

Trotz aller Bemühungen hat die Unionsregierung eine Verbesserung der Schiffahrtsbedingungen zur Erleichterung des Güteraustausches mit Südamerika noch immer nicht durchsetzen können. Der Dampferverkehr der Union mit Südamerika ist unregelmäßig und ungenügend. Selbst in mexikanischen Häfen sind die englischen Dampfer zahlreicher. Dagegen hat sich der Schiffsverkehr zwischen Mittel- und Südamerika und Europa außerordentlich

lebhaft entwickelt. So trafen 1906 in Buenos Aires ein: englische Schiffe von 2,4 Millionen Tonnen, italienische und deutsche von je 0,5, französische von 0,3 Millionen Tonnen-Gehalt usw., aus der Union dagegen nur acht Schiffe mit 8500 Tonnen.

Da die Fortschritte des europäischen Handels in Mittel- und Südamerika zu einem nicht geringen Teil auf die Ausgestaltung der Schiffahrtsverbindungen zurückzuführen sind, so wurde in der Union schon seit Jahren die Errichtung wöchentlicher staatsunterstützter Dampferverbindungen mit der Ostküste wie mit der Westküste Südamerikas verlangt. Für diese Forderung trat Präsident Roosevelt in einer Sonderbotschaft vom 23. Januar 1907 ein und bemerkte: Südamerika müßte eigentlich mit der Union in den engsten Handelsbeziehungen stehen, habe aber mit ihr kaum einen unmittelbaren Verkehr, sondern beschränke seine Handelsbeziehungen fast nur auf Europa. Südamerika müsse dem Großhandel der Union gewonnen werden.

Indessen lehnte Ende Februar 1907 das Repräsentantenhaus den Gesetzentwurf über die staatliche Unterstützung von Dampfschiffahrtsverbindungen u. a. auch mit Mittel- und Südamerika ab.

Seit Herbst 1906 läßt der Brasilianische Lloyd einen Teil seiner Dampfer die Häfen zwischen Rio de Janeiro und New York anlaufen.

Allamerikanischen Bestrebungen soll auch eine allamerikanische Eisenbahn dienen.

Seit 1889 wird der Plan erörtert, ohne daß erhebliche Fortschritte zu verzeichnen wären. Die ganze Strecke von New York nach Buenos Aires hat eine Länge von 16·460 Kilometern. Davon war etwa die Hälfte

vorhanden und für die Überlandbahn zu benutzen, meist in Nordamerika. Bald werden die betreffenden Strecken des Eisenbahnnetzes der Union und Mexikos bis Guatemala weitergeführt worden sein. Auch dieser Fortschritt wäre nicht bedeutsam, denn es bleibt noch immer das längste und schwierigste Stück von Guatemala über die Anden durch Ecuador und Peru nach Bolivien und Argentinien zu bauen, ein Stück von über 6000 Kilometer Länge durch Gegenden von großem Reichtum, die aber mit ihren gewaltigen Höhenzügen bedeutende technische und mit der Unfriedlichkeit ihrer Bevölkerung auch politische Schwierigkeiten bereiten. Außerdem fehlt es dort an Steinkohlen. Der Bau dieser Strecke dürfte mindestens eine Milliarde Mark beanspruchen. Von Süden aus soll man mit Anschlußbahnen entgegenkommen, aber die Anschlußstrecken haben vielfach verschiedene Spurweiten, die zwischen 0,75 und 1,6 Meter schwanken, so daß selbst nach Vollendung der Bahn ein Durchgangsverkehr nicht leicht herzustellen sein wird. Um etwaige Invasionen möglichst zu erschweren, möchte man im Süden die Spurweite der Schienen in ihrer Verschiedenheit erhalten.

Für den Bau der allamerikanischen Bahn hat sich eine Gesellschaft gebildet, außerdem ist ein ständiger, allamerikanischer Eisenbahnausschuß in Washington eingesetzt worden. Indessen ist der Enthusiasmus für die Sache verflogen, und man hört so viel wie nichts von ihrem Fortgange. Man wird zufrieden sein, wenn es gelingt, in absehbarer Zeit von Norden her die Bahn bis Panama weiter zu führen.

Als auf dem ersten allamerikanischen Kongreß von 1889 der Plan einer allamerikanischen Bahn in die

Öffentlichkeit gesetzt wurde, knüpfte man daran in der Union große Hoffnungen. Durch die Bahn werde die Union ein entschiedenes Übergewicht über die südamerikanischen Staaten gewinnen und die europäischen Erzeugnisse von den südamerikanischen Märkten verdrängen. Man setzte dabei voraus, daß mit Hilfe der allamerikanischen Eisenbahn Erzeugnisse der Union billiger und rascher als europäische auf südamerikanische Märkte gebracht werden könnten. Der europäische Verkehr mit Südamerika werde dann zum größeren Teil durch die Union gehen.

In Wirklichkeit sind die Eisenbahnfrachtsätze, mögen sie noch so niedrig bemessen werden, namentlich bei langen Strecken, gegenüber den Seefrachten unvergleichlich hoch.

Überdies wird die allamerikanische Bahn fast in ihrer ganzen Länge, zum Teil in nächster Nähe, von dem Seewege flankiert und konkurrenziert. Große Gütermassen werden zwischen Nord- und Südamerika niemals auf dieser teuren Bahn befördert werden.

Die allamerikanische Eisenbahn ist ein Prunkstück, eine Reklame für den allamerikanischen Gedanken. In der Theorie nimmt sie sich stattlich aus, für die Praxis ist sie minderwertig.

Allem Anscheine nach betreibt man den Bau mehr aus politischen und strategischen als aus wirtschaftlichen Gründen. Wie eine Riesenklammer soll sie ganz Amerika unter selbstverständlicher Führung der Union zusammenfassen. Auch ist es möglich, daß etwaige Truppenbeförderungen durch die Bahn vor den Fährlichkeiten des Seeweges gesichert werden — doch wem zum Nutzen?

Als ein Hilfsmittel für die Förderung ihrer allamerikanischen Bestrebungen betrachtet die Union auch

den Panamakanal. Im Verkehr mit dem fernen Osten wird der Suezkanal für Europa stets größere Bedeutung behalten und schon deshalb von der Schiffahrt bevorzugt werden, weil der Weg über Suez eine stattliche Reihe wichtiger Häfen berührt und dort zahllose Frachtgelegenheiten bietet, während die Straße über den Panamakanal diese großen Vorteile nicht aufzuweisen hat, sondern nur gewaltige Wasserwüsten kreuzt. Der Panamakanal vermehrt nachdrücklich den politischen Einfluß der Union im amerikanischen Mittelmeer und stärkt ihre ganze seestrategische Stellung.

Immerhin wird auch der Panamakanal europäischen Interessen wichtige Dienste leisten können, nicht zuletzt neben dem Suezkanal als ein Konkurrenzweg, der außerhalb des englischen Machtbereiches steht. Auch im Verkehr mit den amerikanischen Küstenländern des Stillen Meeres wird der Panamakanal für Europa von Vorteil sein. Die Schiffahrt durch die Magellanstraße oder durch das Kap Horn war schwierig und umständlich. Nach Vollendung des Panamakanals wird die amerikanische Westküste auch den Europäern näher gerückt werden.

Ende 1906 hat Mexiko ein Verkehrswerk fertiggestellt, das geeignet erscheint, den Güteraustausch zwischen den Häfen des Atlantischen und Stillen Meeres wesentlich zu erleichtern und nachhaltig zu vermehren. Mitte 1902 wurde der englische Unternehmer Sir Westman Pearson von der mexikanischen Regierung beauftragt, die Eisenbahn über die Landenge von Tehuantepec zu einer leistungsfähigen Bahn ersten Ranges auszubauen. Diese Bahn war schon im Jahre 1882 angelegt, aber von vornherein schlecht ausgeführt und zuletzt unbrauchbar geworden. Anfang 1907 in Betrieb gesetzt, führt die neue

Bahn, nur 310 Kilometer lang, von Coatzacoalcos an der atlantischen Seite nach Salina Cruz am Stillen Meer und gestattet für wertvollere Güter eine rasche und billige Versendung zwischen dem Atlantischen und Stillen Meer. Gleichzeitig wurden die beiden Endpunkte der Bahn, Coatzacoaclos und Salina Cruz, durch Ausbaggerungen, Molenbauten und Wellenbrecher mit praktikablen Hafenanlagen versehen. Salina Cruz besitzt sogar ein ansehnliches Trockendock.

Um dem neuen Überlandweg einen größeren Verkehr zuzuführen, ist auch der Welthafen Veracruz angeschlossen worden. Zu diesem Zweck wurde die Veracruz-Pacificbahn angelegt, die bei der Station Santa Lucrecia in die Tehuantepecbahn einmündet.

In seinem Vertrage mit der mexikanischen Regierung hat sich Sir Westman Pearson anheischig gemacht, die Tonne Güter von 1000 Kilo mit der Tehuantepecbahn von einem Hafen zum anderen, also vom Atlantischen zum Stillen Meer und umgekehrt, einschließlich der Ein- und Ausladung für 4,20 Mark zu befördern. Dagegen erhebt die Panamaeisenbahn bei geringerer Leistungsfähigkeit 21 Mark für die Tonne auf ihrer kleinen Strecke. Für die Fahrt durch den Panamakanal ist eine Gebühr von 4,20 Mark für die Tonne in Aussicht genommen worden.

Anfang 1907 stellten sich die Frachtsätze nach der Westküste Südamerikas durch die Mangellanstraße etwas niedriger als über Panama. Von Liverpool nach Callao, dem Hafen für Lima, wurden befördert Nähmaschinen und andere Maschinen durch die Magellanstraße um 4,74 Mark und über Panama um 5,00 Mark für 100 Kilogramm, Druckpapier durch die Magellanstraße

um 3,80 und über Panama um 3,74 Mark für 100 Kilogramm, Baumwollwaren und elektrotechnische Gegenstände durch die Magellanstraße um 5,50 und über Panama um 5,76 Mark. Auffälligerweise waren die Frachtsätze von New York nach Callao über Panama um 10 bis 20 Pfennig für 100 Kilogramm höher als auf demselben Wege von Liverpool nach Callao.

Für den Massenverkehr zwischen den beiden Küstenländern der Union hat die neue Verbindung, soweit es sich um eilige Güter handelt, großen Wert; denn der Weg von New York nach San Franzisko über Tehuantepec ist mit 7700 Kilometern erheblich kürzer als über Panama mit 10 030 Kilometern und entsprechend rascher auch die Fahrt. Trotz eines Zeitaufwandes von zwei Tagen für den Umschlag lassen sich die Güter über die Landenge von Tehuantepec um vier Tage schneller befördern, als dereinst durch den Panamakanal. Nordamerikanische Dampfer verkehren bereits zwischen Coatzacoalcos und New York und zwischen Salina Cruz und San Franzisko. Die Hawai-Dampfergesellschaft hat ihren Verkehr (hauptsächlich Zucker) von Hawai nach Newyork über die neue Linie geleitet und verfrachtet in 30 bis 35 Tagen, während früher die Fahrt über das Kap Horn 70 bis 80 Tage in Anspruch nahm. Ohne Zweifel werden auch die großen deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaften dem neuen Weltverkehrswege die erforderliche Beachtung zuwenden und nach Bedarf regelmäßige Verbindungen zwischen den deutschen Häfen und den amerikanischen Küstenländern des Stillen Meeres über die Tehuantepecbahn ins Leben rufen. Denn wenn auch der neue Weg zunächst die nordamerikanischen Pacificbahnen konkurrenziert und den Frachtverkehr zwischen der Ost- und West-

küste Nordamerikas erleichtert, so sind doch die Vorteile, die er dem europäischen und insbesondere dem deutschen Handel namentlich mit den südamerikanischen Küstenländern und selbst mit den Inseln des Stillen Meeres zuwendet, erheblich größer. Viele Güter werden es vermeiden, den zeitraubenden und gefahrvollen Umweg um das Kap Horn zu machen, da sie trotz des doppelten Umladens auf der Tehuantepecbahn rascher und billiger nach und von der südamerikanischen Küste des Stillen Meeres gelangen können.

Was aber den weltwirtschaftlichen Wert des neuen Weges noch wesentlich erhöht, ja ihm eine gewisse weltpolitische Bedeutung verleiht, ist der wichtige Umstand, daß überhaupt eine Konkurrenz gegen den Panamakanal geschaffen wird. Als Herrin dieses Kanals gedachte die Union ihre Vorherrschaft über Mittelamerika hinaus zu erweitern und Mexiko wie die südamerikanischen Staaten ausschlaggebend zu beeinflussen. Durch den neuen Überlandweg sichert Mexiko sich selbst wie allen anderen Staaten eine verkehrspolitische Unabhängigkeit, die unter Umständen von Bedeutung werden kann.





Die Weltpolitik der Union.

Unvergleichlich ist das Aufsteigen der Union in verhältnismäßig kurzer Zeit aus kleinen Anfängen zu einer wirtschaftlichen Kraft und politischen Macht allerersten Ranges.

Mit begreiflichem Stolz blickt die Bevölkerung der Union auf ihre Entwicklung. H. Edmonds hat Ende 1906 in der „Review of Reviews" ausgerechnet, daß die Union im Jahre 1916 bereits 105, im Jahre 1926 130, im Jahre 1936 155 und im Jahre 1950 200 Millionen Einwohner zählen werde, daß sie mit ihren Bodenschätzen selbst 570 Millionen Köpfe leicht ernähren könnte usw. Dieser Optimist übersieht den bedenklichen Rückgang der Geburten in den altansässigen Kreisen, der allerdings durch die Zunahme der Einwanderung reichlich ersetzt wird. Außerdem übersieht er den Raubbau des landwirtschaftlichen Großbetriebes, der zwar den Reichtum der Union begründet hat, aber ihren Boden schließlich erschöpfen muß. Ob dann die bisherige Leistungsfähigkeit noch aufrecht zu erhalten oder gar zu steigern sein wird?

Die Überlegenheit der Union beruht auf der Gunst ihrer Lage und ihres Bodens. Präsident Roosevelt hat dagegen versucht, sie auf die Rassenmischung ihrer Angehörigen zurückzuführen.

Von jeder europäischen Nation habe die Unionsbevölkerung einen Teil ihres Blutes und ihrer Charakterzüge bezogen. Mit dieser Blutmischung sei eine beispiellose Entwicklung von statten gegangen. Deshalb stünden die Angehörigen der Union als weiße Mischrasse, die alle guten Eigenschaften in sich vereinige, auf höchster Höhe. Man wird darüber noch Erfahrungen abzuwarten haben. Eine wahllose Mischung verschiedener Rassen führt zu Rückschritten und nicht zu Fortschritten der Mischrasse.

Erklärlich und berechtigt ist der Stolz der Bevölkerung auf ihr Land. Breit und fruchtbar liegt es zwischen zwei Meeren, reich an den wichtigsten Rohstoffen, an Kohlen und Erzen, unerschöpflich in der Erzeugung von Getreide, Baumwolle, Petroleum usw., zugleich eine für Europa unentbehrliche Bezugsquelle, endlich industrialistisch hoch entwickelt. Sollte dieses Land wirklich einmal, was seine Führer behaupten, zum Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lebens der Menschheit werden?

Der Erweiterungsdrang der Union ist so alt wie sie selbst. Aus den 13 kleinen Staaten, die sich im Jahre 1774 unabhängig machten, ist im Laufe des 19. Jahrhunderts durch Angliederung weiter Nachbargebiete ein gewaltiges Reich entstanden, und zwar nicht unter Verletzung, sondern im Rahmen der Monroelehre. Von hervorragenden Politikern ist ausgesprochen worden, daß die Monroelehre von Anfang an, wenn auch unter dem Deckmantel einer Abwehr europäischer Einmischungen, dem Erweiterungsdrang der Union Vorschub leisten sollte. Nicht aus der Monroelehre sei die Ausdehnungspolitik hervorgegangen, sondern umgekehrt aus der Ausdehnungspolitik die Monroelehre.

Nirgends ist die Vaterlandsliebe so lebhaft, wie in

dem Völkergemisch der Union. Bis in das Wolkenzelt wird das Sternenbanner erhoben. In diesem Völkergemisch finden sich aber kosmopolitische Unterströmungen. Unter dem Sternenbanner erblüht das Heil für alle Völker. Die Union kann und soll die ganze Erde mit ihrem Geist erfüllen, alle Völker zu sich heraufziehen, was sie im Grunde ihres Herzens aufs sehnlichste wünschen. Dieser Auffassung kann man in der Union oft begegnen.

Wie die Europäer allmählich zum Christentum bekehrt wurden, so sollen die zurückgebliebenen Völkerschaften in Mittel- und Südamerika, aber auch in der ganzen alten Welt durch die Union mit politischer Freiheit und wirtschaftlichem Wohlsein beglückt werden.

Schon zu Washingtons Zeiten bestand unter dem Einfluß des Puritanertums bei den Politikern der Union ein „providentielles" Gefühl.

„Gott hat uns zu den Meisterorganisatoren der Welt gemacht, damit wir Ordnung einführen, wo das Chaos herrscht. Aus allen von unserer Rasse hat er das amerikanische Volk zu der auserwählten Nation bestimmt, um in der Wiedergeburt der Welt die Führung zu übernehmen. Er hat uns den Geist des Fortschritts verliehen, damit wir auf der ganzen Erde die Kräfte der Finsternis überwältigen. Er hat uns zu Adepten im Regieren gemacht, damit wir wilde und greisenhafte Völker beherrschen. Dies ist die göttliche Mission Amerikas . . . Mit ehrwürdigem Herzen schreitet das amerikanische Volk hoffnungsfroh in die Zukunft und will das Werk treu ausrichten, das Gott ihm befohlen hat." So sprach Mitte 1900 im Senat zu Washington der Senator Beveridge, derselbe, der Ende 1906 auch für die Angliederung Kubas die göttliche Vorsehung ins Feld führte.

Auch die allamerikanischen Bestrebungen wurden zuweilen als ein Ausfluß der göttlichen Mission der Union hingestellt. Manche sprechen auch von einer Schicksalsbestimmung, wenn sie die Heranziehung fremder Gebiete in den Machtbereich der Union befürworten.

Man betrachtet sich als das auserwählte Volk der Zukunft.

Oft genug sprach Mac Kinley von der göttlichen Bestimmung Amerikas, überall die seligmachende amerikanische Kultur und Zivilisation zu verbreiten.

Bei dem Begräbnis des kubanischen Rebellenführers Garcia Ende 1898 in Washington sagte sogar der katholische Erzbischof Ireland: „Amerika hat die große Mission, allen Nationen bürgerliche und religiöse Freiheit zu geben." Der Glaube an die große Mission unseres Volkes, erklärte Roosevelt im Jahre 1898 als Gouverneurskandidat, ist mächtig in unseren Herzen.

Mit solchen Auffassungen ist ernsthaft zu rechnen; sie zeigen das unerschütterliche Vertrauen der Unionspolitiker auf die Zukunft, auf die Überlegenheit, auf die Unüberwindlichkeit ihres Reiches, sie können unter Umständen zu einer Gefahr für den Weltfrieden werden.

In ihrem Selbstvertrauen werden die Unionspolitiker bestärkt durch die Anerkennung ihrer Überlegenheit an Reichtum und Kapital in den Lobpreisungen europäischer Schriftsteller, durch den Wettbewerb der Mächte um die Freundschaft der Union, durch die Uneinigkeit Europas.

Tatsächlich sind nicht nur die europäischen Börsen von dem Geldmarkt der Union, sondern auch in stark gestiegenem Grade die ganzen Erwerbsverhältnisse der europäischen Staaten abhängig von dem Ausfall der

Ernten und von dem Auf und Nieder des Geschäftsganges in der Union.

Ein Gladstone sagte von der Union, sie werde in der Zukunft den Engländern das Handelsübergewicht entreißen, im großen Haushalt der Erde das Hauptwerkzeug bilden und die nützlichsten Dienste leisten.

Hat doch selbst Oskar Peschel den Völkern Europas die Möglichkeit vor Augen geführt, daß sie aus dem geschichtlichen Vordergrund zurücktreten müßten, wenn dermaleinst Amerika sich höhere Aufgaben stellen sollte.

Anfang der 80er Jahre äußerte Sir Charles Dilke: „Englisches Blut und englische Sprache müssen mit Gottes Hilfe für immer und ewig auf dem ganzen Erdenrunde herrschend bleiben.“ Doch knüpfte er an diesen chauvinistischen Ausspruch die Bemerkung: „Wenn England jemals von einer anderen Macht überragt werden sollte, dann kann dies nur von einer solchen sein, welche die englische Sprache spricht, also von Englands eigenen Kindern.“

Das Äußerste in Bewunderung der Union leistete der englische Flottenfachverständige T. A. Brassey, als er Mitte 1904 versicherte, in zehn Jahren werde die Oberseeherrschaft von England auf die Union übergegangen sein, weil die Union bedeutend mehr Linienschiffe baue als England.

Wie dem auch sein mag, das alte Europa steht der jugendfrischen Union uneinig gegenüber. Die Meinung der Unionspolitiker über Europa ist im Durchschnitt so gering wie ihre Kenntnis europäischer Verhältnisse. In ihren Augen ist Europa ein Land des Despotismus, wo die Völker mit wenigen Ausnahmen in einer Art von Knechtschaft leben. Für die Tatsache, daß in einer Republik

ebenso große politische und oft weniger wirtschaftliche Freiheit herrschen kann als in einer Monarchie, hat man drüben kein Verständnis. Die Überhebung wendet sich gegen alle Staaten und Völker, die samt und sonders als mehr oder minder rückständig angesehen werden.

Hand in Hand damit geht eine Geringschätzung der europäischen Völker. Man sieht auf sie herab wie auf Spanien, und es gibt in der Union gebildete Leute, die im Ernste glauben, ein Expeditionskorps der Union genüge, um Deutschland zu erobern.

Unmittelbar nach den Siegen über Spanien erlaubte sich das „New York Journal" des Herrn Politzer aus Ungarn folgende Androhung:

„Es ist nicht unmöglich, daß ein Tag kommen wird, wo es uns, der großen Republik, geeignet erscheint, unsere auf unerschöpflichen Reichtum und Kraft gegründete Autorität zur besseren Wohlfahrt der Menschheit in Europa geltend zu machen. Unsere Macht wird mit den Jahren zunehmen und nach einem halben Jahrhundert, wenn unsere Bevölkerung dreihundert Millionen zählt, ist Europa auf Gnade und Ungnade zu unseren Füßen. Denn die Staaten, die unsere Union bilden, sind vereinigt, die Staaten Europas dagegen sind getrennt, stehen sich in ihren Interessen, Nationalstolz, Vorurteilen und so weiter feindselig gegenüber ..." Und weiter hieß es: „die große Republik wird Europa peitschen, auf Abschaffung der stehenden Heere, der Kriegsflotten dringen, jeden Streit schlichten und den Krieg verbieten ..."

Im Senat begründete Anfang 1901 Hawley, Mitglied des Heeresausschusses, die Notwendigkeit einer größeren Heeresstärke mit der Möglichkeit, „daß wir mit irgend einer europäischen Macht in Krieg verwickelt

werden. Wer kann's wissen. Dort drüben ist alles durcheinander, und man soll dort mit großer Eifersucht unseren Reden lauschen, daß wir den Dänen eine Insel abkaufen und andere Landerwerbungen machen wollen." Damals meinte Lodge, es sei für alle Fälle gut, ein starkes Heer zu besitzen. Daß ein Streit mit Europa zu einem Siege Amerikas führen werde, stand für ihn außer Zweifel.

Trotz der Uneinigkeit Europas geben sich manche Unionspolitiker den Anschein, als ob sie an ein geeinigtes Europa bereits glaubten. Im Senat sprach Lodge, ein Vertrauensmann des Präsidenten Roosevelt, am 27. Februar 1905, als es galt, Stimmung für die Flottenvermehrung zu machen, von der Eventualität einer Koalition europäischer Großmächte gegen die Union, um sie in Stücke zu reißen.

Wird von den europäischen Mächten jede feindliche Absicht gegen Amerika bestritten, dann zieht man daraus den Schluß, Europa hege Furcht vor der Union und ihrer Macht.

Auf Grund der Monroelehre entwickelte die Union den Allamerikanismus. Als sie nach den Siegen über Spanien zum Bewußtsein ihrer Macht gelangt war und aus einem binnenländischen Staatswesen durch die Angliederung Hawais, der Philippinen usw. sich zu einer Weltmacht aufgeschwungen hatte, ging sie zum Imperialismus über und steckte sich außer der Oberherrschaft über ganz Amerika noch weitergehende Ziele. Die Ernsthaftigkeit ihrer Politik bekundete sie durch starke Flottenrüstungen.

Die nächsten Ziele des Imperialismus hat Herr Foß, der Vorsitzende des Marineausschusses im Repräsentantenhause, Anfang 1907 angedeutet. Während der

nächsten beiden Menschenalter werde sich die Entwicklung der Union nach dem Süden, also nach Mittel- und Südamerika, und über das Stille Meer hinaus, also nach dem fernen Osten, richten. Die Geschichte dieser Entwicklung wird nach der Versicherung des Herrn Foß noch romantischer werden als die Völkerwanderung quer durch die Union von 1850 bis 1895.

Auf dem Stillen Meer will die Union als größter und entwicklungsfähigster Uferstaat mit dem wertvollsten und eisenbahnreichsten Küstenbesitz die Oberseeherrschaft erringen und in Ostasien die tonangebende Macht werden.

Schon im Jahre 1900 hatte Senator Beveridge erklärt: „Der Stille Ozean ist unser Meer!" Dieser Ausspruch erlangte die Billigung der leitenden Kreise. Anfang Mai 1903 äußerte Präsident Roosevelt: „Im Laufe des neuen Jahrhunderts muß das Stille Meer unter den Einfluß der Union kommen, der allein die Herrschaft darüber gebührt!"

In einer Rede zu San Franzisko vom Mai 1903 sprach Präsident Roosevelt nicht mehr vom Stillen Meer, sondern von dem „Amerikanischen Ozean".

Nach Roosevelt haben viele Politiker, wie noch im Frühjahr 1907 der Vorsitzende des Flottenausschusses im Repräsentantenhause, die Eroberung des Stillen Meeres verlangt, zunächst durch den Handel, nicht durch das Schwert. Zu diesem Zweck müsse die Union eine starke Flotte auf dem Stillen Meere haben, damit jeder Angriff auf sie zu einem äußerst gefährlichen Unternehmen werde.

Und noch weiter gehen die Aspirationen der Unionspolitiker. Die Union soll mehr werden als eine Welt-

macht, sie soll die Weltmacht sein, das weltbeherrschende Reich, zunächst mit ihrem Geist als Schiedsrichter und Friedensstifter wie 1905 in Portsmouth, sie soll die moralische und schließlich auch die politische Obergewalt über die Erde gewinnen.

Schon vor hundert Jahren versicherte Präsident Jefferson, daß die angelsächsische Rasse zur Herrschaft der Welt berufen sei. Roosevelt spricht nicht von der angelsächsischen Rasse, sondern von dem Amerikanertum, dem er die Weltherrschaft zuweist. Die Union von heute will sich nicht mit einer Weltstellung neben oder unter England begnügen, sie will die erste Rolle spielen. Die Union wird keinen Augenblick davor zurückschrecken, sagte W. P. Duffield in der „New Liberal Review" von 1902, gegebenenfalls England zu verdrängen und sich an dessen Stelle zu setzen, so englandfreundlich sie sich auch gebärden mag.

Mitte 1905 konnte man in der gelben Presse lesen, Roosevelt sei der rechte Mann, um den Yankeeboy zum Klassenprimus in der Völkerschule zu machen. Das amerikanische Volk erhalte nur die gebührende Stellung, denn es sei allen anderen Nationen weit überlegen.

In seiner Botschaft vom Dezember 1902 wies Roosevelt auf das unbegrenzte Gedeihen der Union hin und sagte: „Wir sind entschlossen, unsere zukünftige Rolle in der Welt zu einer noch größeren zu machen. Wir haben mit großen Problemen im Auslande zu tun."

Ende Oktober 1902 sprach er in Detroit die Hoffnung aus, das amerikanische Volk zum mächtigsten auf Erden erstehen zu sehen. In Indianapolis sagte er kurz darauf, wir müssen notgedrungen die erste Geige spielen.

Wie die erste französische Republik, so hält sich die Union für die einzig berufene Trägerin und Beschützerin der Freiheit in Amerika und darüber hinaus und berauscht sich an dem Gedanken: wir sind dazu bestimmt, alle Völker zu befreien. Wir sind die Hüter und Beschützer der Freiheit in der ganzen Welt. Wir werden allen Völkern freie Regierungen und freie Einrichtungen vermitteln, wir werden diese Welt regulieren in weiser, freundschaftlicher und selbstloser Weise.

Zunächst dachte man dabei an Amerika. In seiner letzten Botschaft sagte Mac Kinley: „Das amerikanische Volk, fest verschanzt hinter der Freiheit, nimmt seine Freiheitsliebe überall mit hin, wo es auf der Welt erscheint, und verstößt als irrig und verächtlich die Lehre, nach der es heißt: „Wir gehen unserer eigenen Freiheiten verlustig, indem wir der Freiheit der anderen dauerhafte Grundlagen sichern." Unsere Einrichtungen leiden keinen Schaden, wenn sie sich räumlich ausdehnen. Weder die großen Entfernungen noch das tropische Klima vermögen den ihnen innewohnenden Freiheits- und Gerechtigkeitssinn zu schwächen. Unsere Nation wird zeigen, daß sie fähig ist, jeden neuen Staat zu verwalten, der ihr zufällt. Von der Furcht Gottes geleitet, werden die Amerikaner jede Gelegenheit ergreifen, um den Ausspruch Tennysons zu bewahrheiten: „Er setzte die Grenzen der Freiheit noch weiter hinaus."

Diesen Äußerungen und Auffassungen fehlt, so scheint es, durchaus der animus injuriandi, dahinter steckt vielmehr ein naives Überselbstbewußtsein. Als Oberweltmacht will die Union mit ihrem Geist alle Völker gewinnen und keine Mühen und Kosten scheuen, um Kriege zu verhüten und dem Weltfrieden zu gebieten.

Diese Auffassung brachte Herr Carnegie zum Ausdruck, als er bei der Gründung des Stahlröhrentrusts verkündete:

„Amerika beherrscht die Welt mit seinen Stahlerzeugnissen. Es diktiert heute unmittelbar oder mittelbar die Preise aller Eisen- und Stahlwaren sämtlicher zivilisierten Länder. Die amerikanische Stahlindustrie ist trotz höherer Löhne infolge des Reichtums an Erzen und Kohle sowie durch ihre ausgezeichneten und praktischen Erzeugungsmethoden und die Konzentrierung der ineinander greifenden Betriebe heute nicht nur in der Lage, sich jede fremde Konkurrenz auf dem amerikanischen Festlande vom Halse zu halten, sondern auch mit allen europäischen Ländern, das älteste stahlerzeugende England und das gewaltig fortgeschrittene Deutschland inbegriffen, erfolgreich zu konkurrieren. Ich kenne die Verhältnisse auf beiden Seiten des Ozeans genau und habe sie erst neuerlich wieder gründlich studiert; ich bin fest davon überzeugt, daß die Vereinigten Staaten in fünfundzwanzig Jahren mehr Stahl und Stahlwaren erzeugen werden, als die ganze übrige Welt zusammengenommen. Wir werden die besten und billigsten Gewehre, die besten und billigsten schnellfeuernden Geschütze, die besten, billigsten und schnellsten Dampfer der Welt haben und dadurch früher oder später der Welt den Frieden gebieten. Es wird der Stahl, der die Kriege der Neuzeit so blutig, fürchterlich und entsetzlich machte, dem Kriege den Krieg zu erklären, den Krieg besiegen und aus der Welt schaffen. Das ist der Gruß der Union an das neue Jahrhundert."

Auf Grund ihrer beneidenswert günstigen geographischen Lage zwischen zwei Meeren, im Besitze

weitester Bewegungsfreiheit, ohne eifersüchtige oder gefährliche Nachbarn und als Vormacht Amerikas hat die Union einen gewissen Anspruch auf eine umspannende Weltstellung. Das verhältnismäßig schmale Atlantische Meer, von Humboldt mit einem Tal verglichen, erleichtert ihr jedweden Verkehr mit Europa, dem sein Schwerpunkt ohnehin zuneigt. Hier nähern sich die Küsten aneinander, während sie auf der anderen Seite durch die gewaltige Breite des Stillen Meeres und noch mehr durch die Rassengegensätze auseinander gehalten werden. Auf den beiden größten und wichtigsten Meeren des Erdteils kann die Union ihre Schiffe entsenden, ihre Interessen durchsetzen und sich zu einer Weltmacht ersten Ranges entwickeln, wenn sie sich eine entsprechende Kriegsflotte schafft.

Die Großsprecherei der Union ist nicht leicht zu nehmen, so lange sie von einem Mann der Tat, wie Präsident Roosevelt, geführt wird. Oft hat er gemahnt, keine Worte zu brauchen, die man nicht bereit sei, mit Taten zur Geltung zu bringen.

Meisterhaft versteht es Roosevelt, das Volk hinzureißen, das Selbstbewußtsein anzufachen und den Wagemut anzuspornen.

Er ist der eifrigste Befürworter der Erhebung der Union zu einer Seemacht ersten Ranges. Er will die stärkste und beste Flotte der Welt schaffen. Er betrachtet die Flottenvermehrung als den Hebel der amerikanischen Weltpolitik. Mit unermüdlichem Eifer hat er die Bedeutung der Flotte vorangestellt und ihre Verstärkung mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit gefordert. Zahllose Aussprüche von ihm liegen vor. Nach der Vernichtung der russischen Flotte durch die Japaner erklärte

er: „Eine Flotte erster Klasse, jeder gegnerischen Verbindung gewachsen, ist die sicherste und billigste Bürgschaft des Friedens. Die Union muß die Flotte auf dem höchsten Punkt der Leistungsfähigkeit erhalten oder sie muß aufhören, danach zu streben, eine große Nation zu sein. Die Union ist durch ihre Machtstellung dazu verpflichtet, ihre Flotte aktionskräftig zu erhalten, damit für keinen Feind eine Aussicht besteht, sie zu demütigen. An der Marine Abstriche zu machen, ist ein Verbrechen gegen die Nation. Von der Kriegsflotte hängt das Wohl und Wehe der Union ab. Zu Lande ist sie unbesiegbar. Nur auf dem Wasser kann sie geschlagen werden."

Marinesekretär Morton sagt am 8. November 1904: „Im Weißen Hause zu Washington waltet ein Mann, der für uns den Besitz der besten und stärksten Flotte der Welt anstrebt."

„Eine starke Kriegsflotte ist notwendig," versicherte derselbe Marinesekretär im Londoner „Standard" von 1905, „da die modernen Kriege durch Flotten entschieden wurden und da diejenige Macht die stärkste ist, die auf der See herrscht."

Längst gehen die Flottenrüstungen der Union über das Maß dessen hinaus, was zu ihrer Verteidigung erforderlich ist. Die Ausgaben der Union für die Kriegsflotte stiegen von rund 115 Millionen Mark in 1895/6 auf rund 420 Millionen Mark in 1907/8.

Nach einer oft gehörten Auffassung wird die Flotte der Union praktisch verdoppelt werden, wenn einmal der Panamakanal ausgebaut worden ist und einen raschen Verkehr zwischen den beiden Meeren ermöglicht.

Diese Ansicht ist mehrfach bestritten worden, so im Mai 1907 von dem Vorsitzenden des Heeresausschusses

im Repräsentantenhause. Nach der Vollendung des Panamakanals werde das amerikanische Mittelmeer ein internationaler Verkehrsmittelpunkt werden. Vor allem müßten sich Handel und Schiffahrt der Union entwickeln, und deshalb sei dort eine verstärkte Flotte erforderlich.

Ende 1901 verlautete, die Union wolle Kohlenstationen auch an den südamerikanischen Küsten, ja sogar rund um die Erde anlegen. Doch hat sie davon Abstand genommen.

Auf einem Kriegervereinsessen vom Oktober 1906 äußerte ein sonst so einsichtsvoller Mann wie der damalige Flottensekretär Bonaparte: „Man gebe uns drei Monate Zeit und wir brauchen uns vor keinem Bündnis von Mächten zu fürchten, man gebe uns sechs Monate und jede Gefahr ist vorüber."

Inzwischen hält die gelbe Presse Umschau in der Welt, ob nicht irgendwo der Union ein Nebenbuhler erstehen könnte. In Betracht zieht sie nur England, Rußland, Japan und Deutschland. Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn usw. werden für minderwichtig angesehen. Mit England hofft man unter allen Umständen auszukommen, wünscht aber keinesfalls dessen Machtstärkung. Die Niederlagen Rußlands in Ostasien riefen in der Union zwar große Freude hervor, aber die Siege Japans trübten diese Freude.

Deutschland wird von der gelben Presse wegen seiner angeblichen Kolonisationsgelüste in Südamerika angefeindet, außerdem aber auch als ausdehnungslustige, allzustark gewordene Vormacht des europäischen Festlandes, als ein unbequemes Hindernis für das Streben der Union nach Weltherrschaft. Selbst in hohen politischen und militärischen Kreisen der Union gab man um die Wende

des Jahrhunderts vor, an einen Krieg gegen Deutschland zu glauben.

Den Anregungen und Bemühungen des Deutschen Kaisers ist es gelungen, die Verstimmungen zurückzudrängen, die eine Zeitlang zwischen Deutschland und der Union bestanden und in der Presse der Union besonders durch englische Einflüsse genährt und verschärft wurden. Interessengegensätze zwischen Deutschland und der Union sind nicht vorhanden und nicht zu besorgen, schon weil Deutschland in Amerika keine Kolonien besitzt.

Seit der Zuspitzung des Verhältnisses zu Japan ist in der Union das Gerede von der europäischen und von der deutschen „Gefahr" vollends in den Hintergrund gerückt worden. Man spricht nur noch von Japan und der gelben Gefahr, und wird zu ihrer Abwehr auf die Dauer eine gänzlich veränderte Frontstellung einnehmen müssen.

Das Verhalten der Unionspolitiker zu der übrigen Erde hat eine gewisse Ähnlichkeit mit der Stellung, die englische Politiker früher und vielleicht noch jetzt zu dem europäischen Festlande einnahmen. Wie diese englischen Politiker, so wünschen die Unionspolitiker in bezug auf die nichtamerikanische Erde ein gewisses Gleichgewicht herbei und nicht etwa das Erstehen einer hervorragend starken Konkurrenzmacht, damit sie selbst die Entscheidung in den Streitigkeiten zwischen mehr oder minder mittelstarken Staaten in der Hand behalten. Immerhin sind die Unionspolitiker harmloser als die englischen. Wie erinnerlich, hat England oft in die Händel der europäischen Festlandsstaaten sich eingemischt, die Gegensätze verschärft und kriegerische Verwicklungen geschürt, aus denen es als tertius gaudens Vorteile zog. Von der-

artigen Einmischungen haben sich die Unionspolitiker, wenigstens gegenüber Europa, vorläufig fern gehalten und sich damit begnügt, Hoffnungen und Wünsche zu hegen, die auf eine allgemeine Schwächung aller nichtamerikanischen Staaten hinausliefen. Insbesondere haben die Unionspolitiker andere Staaten nicht zu Kriegen gegeneinander angereizt, um sie zu schwächen und dabei zu erstarken.

Bricht aber einmal ein europäischer Krieg aus, dann wird die Union sich dazu berufen fühlen, den Schiedsrichter oder, freundlicher gesagt, den Friedensstifter zu spielen.

Gegen den Imperialismus und den Weltmachtsdrang der Unionspolitiker sind drüben ernste und gewichtige Einwände erhoben worden, ohne indessen den Beifall der Mehrheit oder auch nur stärkeren Anklang zu finden. Immerhin deuten die erhobenen Bedenken an, welche Gefahren der Imperialismus der Union mit seiner Weltmachtspolitik bei weiterem Fortschreiten zu besorgen hat.

Einzelne politische Doktrinäre beklagten die Verletzung der Monroelehre durch die Besitzergreifung der Philippinen und durch die Einmischung der Union in Ostasien.

Darüber hat man sich leicht hinweggesetzt. Die Monroelehre beziehe sich ausschließlich auf das gegenseitige Verhältnis zwischen Europa und Amerika, lasse der Union demnach völlige Bewegungsfreiheit, um sich an den Bestrebungen aller Nationen zur Verbreitung der Zivilisation auch im fernen Osten zu beteiligen.

Diese Auffassung ist von Kapitän Mahan in Jahre 1903 des näheren begründet worden. Er anerkannte, daß die Monroelehre die Nichteinmischung der Union in

die Angelegenheiten der europäischen Mächte einschließt, er räumte ferner ein, daß unter Europa nicht bloß dieser Erdteil im engeren Sinne zu verstehen sei, er erstreckte die Pflicht der Nichteinmischung auch auf solche Gebiete, wo sich durch Nachbarschaft, Geschichte oder Besitz ein Vorrecht europäischen Einflusses und europäischer Interessen begründet hat, d. h. auch in Afrika, in der Levante und Indien mit den dazwischen liegenden Ländern. Dagegen nahm er Japan, China und das Stille Meer von der Rückwirkung der Monroelehre aus. Dort habe die Union sich einmischen können, ohne aus der Monroelehre bei ehrlicher Auslegung hinauszugehen.

Läßt man diese Auffassung gelten, obwohl sie willkürlich ist und bestritten werden kann, so bleibt noch immer die Tatsache bestehen, daß die Union Ende der neunziger Jahre und später durch ihr Einschreiten zugunsten der Armenier in der Türkei, zugunsten der Juden in Rußland und Rumänien in europäische Angelegenheiten eingegriffen und die Grenzen der Monroelehre überschritten hat.

Nachdem die Union Weltmacht geworden, meinte Cary Coolidge im Aprilheft der „Revue de Paris" von 1907, sei es zweifelhaft, ob sie sich auf die Dauer der Einmischung in rein europäische Angelegenheiten enthalten könne. In der Tat ist die Union als Weltmacht über die Monroelehre hinausgewachsen und genötigt, überall da einzugreifen, wo ihre Interessen in Frage stehen.

Noch weiter ging der Senator H. Cabot Lodge, der anläßlich der Algecteraskonferenz ausführte, daß es keineswegs der Monroelehre widerspräche, „wenn die Vereinigten Staaten mit europäischen Mächten Verträge schlössen, die Handel und Schiffahrt beträfen, oder die

die Bedingungen der Kriegsführung verbesserten oder den Weltfrieden förderten." Dazu bemerkt Dr. Hans Plehn in seinem inhaltvollen Buch „Nach dem englisch-japanischen Bündnis" (Berlin 1907), das diese und andere weltpolitische Fragen sachkundig erörtert: „Das ist nun schon ein ziemlich weites Programm; denn welche politische Aktion ließe sich schließlich nicht unter dem Gesichtspunkte betrachten, daß sie den Weltfrieden förderte?"

Um für alle Fälle gesichert zu sein, hat George H. Bates, ein Bevollmächtigter der Union auf der Berliner Samoakonferenz, die Grenzen der Monroelehre auf das Ausgiebigste erweitert und ihren Anhängern in seiner Schrift „Einige Streiflichter zur Samoafrage" nachgewiesen, daß die Monroelehre den europäischen Mächten nicht allein Eroberungen in Amerika verwehrt, sondern überhaupt alles, was den Frieden und die Sicherheit Amerikas gefährden könnte. Nach dieser Auslegung behält die Monroelehre der Union das Recht vor, sich überall einzumischen, wo es ihr zweckmäßig erscheint.

Somit wäre der Union jeder Erweiterungsdrang gestattet, nötigenfalls auch in der von ihr gegründeten Negerrepublik Liberia in Afrika, während allen übrigen Mächten dieselbe Bewegungsfreiheit zunächst in Amerika, später aber auch in etwaigen anderen Interessengebieten der Union versagt bliebe.

Einen Vorstoß gegen die Monroelehre unternahm im Herbst 1906 Professor Burgeß von der Columbia-Universität in New York, der erste Austauschprofessor in der Union, der an der Berliner Universität Vorlesungen hielt. Er erklärte die Monroelehre für veraltet und für unnütz nach der Reorganisation der europäischen Völker und angesichts der Großmachtsstellung

der Union, erweckte aber in seiner Heimat entschiedenen Widerspruch.

In seinem Buche über „Amerikanische Fragen der Dieplomatie" beklagte John C. Henderson die Entwicklung der Monroelehre zu einer Art Fetisch für nationale Anbetung. Die Regierung der Union sollte als Wächter und Beschützer ganz Amerikas anerkannt, jede europäische Kolonisation irgendwelcher Art ausgeschlossen werden. Aus einem Recht des Selbstschutzes soll sie zu einem Recht für die Erweiterung der Union erweitert werden, Kuba und andere westindische Inseln zu nehmen und den mittelamerikanischen Kanal als einen Kanal der Union auf fremdem Boden zu bauen. Henderson fürchtete für die Zukunft Gefahren aus der Monroelehre. Je mächtiger die Union und je unersättlicher ihre Eroberungspolitik werde, desto maßlosere Forderungen erhebe sie auf Grund der Monroelehre. Mit der Zeit müsse sie allzuoft zur Rechtfertigung von Handlungen dienen, an die der Urheber der Monroelehre nicht im entferntesten dachte. Kein Kulturstaat werde die Erweiterung der Monroelehre anerkennen oder sie im Interesse der Sicherheit der Union für geboten erachten. Wäre die Union berechtigt, jede fremde Kolonisation in Amerika zu hindern, so hätte sie auch das Recht, Kanada zu nehmen, das die Union auf einer ununterbrochenen Grenzlinie von 5000 Kilometern bedrohe. Die Monroelehre sei inhaltslos geworden, seitdem keine Macht mehr das Gebiet der Union gefährde. Die Monroelehre übe einen bösen Einfluß auf das amerikanische Urteilsvermögen und setze es außer stand, etwaige Gefahren an den gegenwärtigen Verhältnissen abzumessen.

Auch Henry Watterson vom „Courier Journal" in Louisville, ein demokratischer Führer, wies Ende 1902

darauf hin, daß die Voraussetzung der Monroelehre als Schutzwehr gegen Europa gar nicht mehr vorhanden sei. Die Union möge Mittelamerika mit dem Panamakanal nehmen, dagegen Deutschland und England in Südamerika gewähren lassen. Durch europäische Siedelungen in Südamerika würde die Union nicht bedroht. Die Union brauche Märkte und solle ihre auswärtige Politik nach gerechten Grundsätzen von Geben und Nehmen, Leben und Lebenlassen umformen.

Roosevelts Gegner bei der Präsidentschaftswahl von 1904, der Richter Parker, bekämpfte in Übereinstimmung mit einer großen Volksminderheit die neue Lehre, wonach die Amerikaner eine militärische Nation seien, mit dem Beruf, auf Eroberungen auszugehen. Nach den Überlieferungen der Väter soll Amerika ein Zufluchtsort für die Bedrückten der ganzen Erde sein. Will die Union auf andere Länder günstig einwirken, so soll sie nicht Kriege führen und Annektionen verüben, wie auf den Philippinen, sondern wie ehedem für die Selbstregierung eintreten, sie soll sich nicht in die Streitigkeiten anderer Länder einmischen und als Großmacht überall dabei sein wollen. Parker wünschte Frieden mit aller Welt, wies den Chauvinismus zurück und verlangte die peinliche Achtung der Rechte anderer Nationen. Die „Politik der Abenteuer" wurde verurteilt. Aber die Volksabstimmung entschied für Flottenvermehrung und Imperialismus.

Auch die Allamerikanisten im engeren Sinne äußerten Bedenken. Besser als durch Flottenrüstungen ließe sich nach ihrer Meinung Allamerika sichern durch die allamerikanische Eisenbahn, mit deren Hilfe Truppen nach allen Richtungen hin, namentlich nach Südamerika, geworfen werden könnten, falls ein feindlicher Angriff von

europäischer Seite zu befürchten wäre. Allein diese Allamerikanisten sind längst überflügelt worden.

Als Karl Schurz sich Ende 1893 gegen den Imperialismus wandte, rechnete er zu seinen Folgen und Gefahren die Angliederung Kubas, San Domingos, Portoricos und der anderen Inseln, weil sie alle eine beherrschende Lage für den Handel der Union haben, weil sie ihr alle bedrohlich erscheinen, wenn sie in fremdem Besitz verbleiben. Segeln wir erst einmal in diesem Fahrwasser, sagte Schurz, so werden wir kaum nördlich des Meerbusens von Darien Halt machen und eine Unmenge von Gründen haben, um selbst dort nicht stehen zu bleiben.

Nachdrücklich bekämpfte Karl Schurz im Jahre 1898 die Besitzergreifung Kubas und der Philippinen. Er befürchtete als Folge die Eroberung der mittelamerikanischen Staaten und Mexikos, weil es auf der schiefen Ebene des Imperialismus kein Halten mehr geben würde. Er riet dazu, sich mit Handelsbegünstigungen zu begnügen, er rief den Stolz der Amerikaner an. Welchen unsterblichen Ruhm würde die Nation bei allen Völkern sich erwerben, wenn sie ihre ungeheure Macht nicht mißbrauche und den Inseln die Freiheit geben wollte. Dadurch werde die Macht der Union unwiderstehlicher werden, als eine zehnfache Verstärkung der Flotte. Eine große Flotte ist nach der Auffassung von Schurz ein gefährliches Spielzeug für die Union, da sie dazu verlocke, Meinungsverschiedenheiten mit auswärtigen Regierungen durch Waffengewalt auszutragen. Schon in der damals vorhandenen Kriegsflotte beklagte Schurz ein Anzeichen der Tendenz zu chauvinistischer Ausdehnungspolitik.

Endlich befürchtete Schurz die Verkümmerung demo-

kratischer Einrichtungen in tropischen Breiten, die Entartung der germanischen Rasse daselbst, die Schwierigkeit der Einfügung tropischer Länder in den Verband der Union. Aber er predigte tauben Ohren.

Am bedeutsamsten waren die Warnungen des früheren Staatssekretärs John Hay. Bei Lebzeiten galt er als Imperialist. Aber Mitte 1905 veröffentlichte der „Sun" einen Brief aus seinem Nachlaß. Darin mißbilligte Hay die Übernahme der Finanzverwaltung San Domingos, die die Grenzen des Zulässigen weit überschreite, wandte sich gegen die ganze Erweiterungspolitik der Imperialisten und erklärte, es sei am besten, wenn sich die Union mit Mittel- und Südamerika überhaupt nicht mehr befasse!

Alle diese Bedenken fanden bei den Wahlen nur die Zustimmung von Minderheiten und kamen nicht zum Durchbruch.

In der öffentlichen Meinung der Union hat sich unzweifelhaft eine einschneidende Wandlung vollzogen. Deutlich tritt diese Wandlung hervor, wenn man liest, was Andrew Carnegie in seinem Buch über „Amerika, ein Triumph der Demokratie" vom Jahre 1886, der Union nachrühmte: „Kein Land habe eine Lage, die so sehr die Versuchung einer aggressiven Kriegsführung nahe lege, wie die Union. Wäre sie von einem Monarchen geleitet, so würde er den Militarismus hervorrufen, stehende Heere und zahlreiche Kriegsschiffe schaffen und das Land in endlose Streitigkeiten verwickeln. Dergleichen hielt damals Carnegie in bezug auf die Union für ganz undenkbar. Mehrfach sei die Union auf Streitigkeiten eingeschritten, aber an die Besitzergreifung des betreffenden Landes habe sie nie gedacht. Damals (1885) waren an einem Punkt der Panamaeisenbahn Unruhen

ausgebrochen. Von der Union wurden sie unterdrückt. Dann zog die Union ihre Streitkräfte zurück. Welch ein Gegensatz zu dem monarchischen England, das sich kurz vorher aus ähnlichem Anlaß am Suezkanal eingemischt und sich dort festgesetzt hatte. So rief damals Herr Carnegie, der inzwischen Imperialist geworden ist und sich durchaus befreundet hat mit der Tatsache, daß die Union sich schließlich am Panamakanal dieselbe Stellung erobert hat wie England am Suezkanal. Niemals werde die Union Bahnen betreten, sagte damals Herr Carnegie, die unvermeidlich zu Kriegen führen müssen, niemals sich in die Angelegenheiten anderer Länder einmischen. Noch heute besitzt die Union weder eine Monarchie noch eine Aristokratie. Es besteht kein Mangel an Landgebiet für ihren Bevölkerungszuwachs und dennoch ist sie zu jener Politik des Imperialismus und Militarismus übergegangen, die Carnegie damals als eine ausschließliche Eigentümlichkeit der Monarchien brandmarken zu können glaubte, heute aber unterstützt und rechtfertigt.

Seit einer Reihe von Jahren beherrscht in der Union der republikanische Imperialismus die Massen. Wird diese Herrschaft andauern? Wird der Imperialismus zu weltpolitischen Wirren führen? Kann die Union jene Kriegstüchtigkeit entwickeln, die man von ihr vielfach erwartet oder befürchtet? Läßt sich ihre Bevölkerung zu einer disziplinierten, aufopferungsfähigen, kampfgeübten im Frieden oder im Kriege selbst erziehen? Wird ihre Abneigung gegen den Militarismus zunächst durch die Flottenverstärkungen überwunden werden? Oder wird der Imperialismus von einer Gegenströmung vorübergehend oder dauernd abgelöst werden, wenn die Ausgaben für Flotte und Heer weiter anschwellen?

In ihren auswärtigen Beziehungen haben Volksregierungen fast niemals Mäßigung gezeigt. Für die Richtigkeit dieses Satzes hat die Union schon manche Belege beigebracht. Weniger als je läßt sich die alte demokratische Lehre aufrecht erhalten, wonach die Völker von Natur friedliebend sind und nur die Fürsten die Schuld tragen, wenn ein Krieg ausbricht. Als die Union sich zu dem Kriege gegen Spanien vorbereitete, bestritt ein freisinniges Blatt, die Berliner „Nation", die politische Notwendigkeit dieses Krieges und schrieb in der Annahme, er werde nicht erklärt werden: „Wir machten damit am Ende des neunzehnten Jahrhunderts die Erfahrung, daß der alten Frivolität der Kabinettskriege sich in unseren Tagen die Frivolität der Kriege der demokratischen Straßenpolitiker an die Seite stellt."

Die starke Stellung der Union wird wesentlich gehoben durch die Uneinigkeit der europäischen Mächte. Diese Uneinigkeit blieb bestehen während aller Vorgänge in Amerika im Laufe des letzten Jahrhunderts, mochten sie auch noch so empfindlich auf Europa zurückwirken. Eine Beseitigung dieser Uneinigkeit ist nicht abzusehen. Das Aufsteigen der Union wird die europäischen und südamerikanischen Staaten zur Nacheiferung anspornen. Starke Mächte werden sich neben der Union zu behaupten wissen. Im fernen Osten ist eine solche Macht bereits entstanden und hat die Union genötigt, ihre ungestüme Erweiterungs- und Weltmachtspolitik zu mäßigen.

Inwieweit die vielbeklagte Geldkorruption in Parlament und Verwaltung die Kraftentwicklung der Union nach außenhin nachteilig beeinflußt, kann erst die Zukunft lehren.

Bei Beurteilung der Menschen und Dinge in der

Union sind die Einflüsse der Parteitaktik nicht außer acht zu lassen. Mit der Politik der Ausdehnung, des Imperialismus, der Weltherrschaft gewinnt man leicht die Massen, und so treten ehrgeizige und tatkräftige Männer für diese Politik ein, darunter viele auch in leitender Stellung, die des nötigen Verantwortlichkeitsgefühls entbehren, wiewohl sie die Überzeugung haben mögen, nicht nur ihrer Partei, sondern auch zugleich dem Vaterlande zu dienen.

Wird der Imperialismus der Union mit seinem Militarismus und Marinismus die Demokratie nicht schädigen, nicht am Ende zerstören? Wird er die Union nicht gerade auf solche Bahnen führen, die nach ihrer Meinung die Rückständigkeit Europas verursachen? Wird er nicht schließlich eine gemeinsame Abwehr aller übrigen Völker herausfordern müssen, obwohl vorläufig dazu keine Aussichten vorhanden sind?





Die Union und England.

Das Verhältnis Englands zu der Union ist eigentümlich. So wie England der Union, steht etwa ein ehrwürdiges Familienoberhaupt seinem Schwiegersohn gegenüber, der sich selbständig gemacht, noch allerlei Ansprüche an das Familiengut erhebt und sich gelegentlich auf die Hinterfüße stellt. Von Zeit zu Zeit kommt es zu Reibungen. Dann besinnt man sich wieder auf die Familienverwandtschaft. Ein ernstes Zerwürfnis ist ausgeschlossen. Aber der Schwiegersohn fühlt sich als der Stärkere und ist sicher, daß er über kurz oder lang die Erbschaft übernehmen wird.

Ein Rückblick auf die Beziehungen zwischen England und der Union zeigt, wie die beiderseitigen Gefühle zueinander zwischen feindseliger Kälte und wärmster Verbrüderung geschwankt haben, zeigt zugleich, daß bloße Sprachgemeinschaft und Rassenverwandtschaft zwar großen Einfluß üben, aber Konkurrenzkämpfe und Eifersüchteleien nicht zu unterdrücken vermögen.

In der Union kann man noch heute nicht die Haltung der Engländer während des Bürgerkrieges von 1862 bis 1865 vergessen. Damals stand die ganze öffentliche Meinung in England auf Seite der Sklavenhalter und Gladstone glaubte die Unabhängigkeit der Südstaaten bereits für gesichert annehmen zu können.

Dagegen sind in England die Sympathien für die Union merklich herabgestimmt worden nach dem Erwerb der Philippinen und durch die Überzeugung, daß in der Union die Begeisterung, die der Krieg gegen Spanien anfachte, nur erheuchelt war, um Eroberungszwecke zu verhüllen.

Während des Burenkrieges machte sich wieder in der Union eine stärkere Abneigung gegen England bemerkbar.

Die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen England und der Union werden im allgemeinen überschätzt. Die allamerikanischen Zollverbandsbestrebungen mußten in England besonders beunruhigen, weil es von allen europäischen Völkern die größten Handels- und Kapitalsinteressen in Mittel- und Südamerika hat. Eine Rückwirkung der allamerikanischen ist in den später hervorgetretenen größerbritischen Zollverbandsbestrebungen zu erblicken. Sollten die beiden weitausschauenden Zollverbandspläne ihrer Verwirklichung näher geführt werden, so wäre allerdings eine erhebliche Verschärfung der vorhandenen wirtschaftlichen Gegensätze zu erwarten. Sir Charles Dilke erklärte einmal die Union, wenn sie sich mit Südamerika verbinde, für den gefährlichsten Konkurrenten Englands wie Deutschlands, ja ganz Europas und befürwortete eine Koalition gegen die Union.

Eine Quelle vielfacher und ernster Interessengegensätze ist für beide Reiche die Monroelehre. Mit ihren Rückwirkungen berührte sie England am meisten, das auch im Jahre 1827 dagegen Verwahrung einlegte. Schiemann hat einmal von der Geschichte der Monroelehre gesagt, sie sei die Geschichte der politischen Niederlagen Englands.

Tatsächlich hat England seit dem Aufsteigen der Union

eine Politik weitgehender Nachgiebigkeit bekundet, namentlich durch seinen Rücktritt von dem Bau des mittelamerikanischen Kanals und durch seine Zugeständnisse in verschiedenen Streitigkeiten zwischen Kanada und der Union, doch ist es ihm nicht gelungen, den leitenden Politikern der Union in bezug auf die wichtigsten Fragen die gleiche Nachgiebigkeit einzuflößen.

„Jeder wahre Patriot muß den Tag herbeisehnen, wo nicht eine einzige europäische Macht auch nur einen Fuß breit von unserem amerikanischen Boden inne hat." Dieses Verlangen stammt aus den „Allamerikanischen Idealen" Roosevelts und schlummert in den Herzen aller Politiker der Union. Auch Kapitän Mahan sprach in der „National Review" vom Februar 1903 die Zuversicht aus, daß alle Besitzungen der europäischen Mächte auf dem nordamerikanischen Festlande und in dessen Umgebung früher oder später der Union zufallen müssen. Doch nicht mit Waffengewalt hofft man zum Ziele zu kommen. Wie man annimmt, werden die europäischen Besitzungen in Amerika eines Tages wie überreife Früchte der Union in den Schoß fallen. Nur wenn England seine amerikanischen Besitzungen hart behandeln sollte, halten es die Imperialisten für eine Pflicht der Union, sich ins Mittel zu legen.

Canada als europäische Kolonie erscheint vielen Unionspolitikern wie ein Zeitverstoß und die Angliederung dieses großen Gebiets an die Union nur eine Frage absehbarer Zukunft. Mit Bezug auf Canada äußerte Roosevelt in seinem Buche über Amerikanismus: „Solange ein Kanadier ein Kolonist bleibt, befindet er sich in einer untergeordneten Stellung gegenüber seinem Vetter in England und in den Vereinigten Staaten. Der Eng-

länder sieht doch eigentlich auf den Kanadier herab als auf einen, der seine untergeordnete Stellung zugibt, wie das auch nur natürlich. Der Amerikaner betrachtet seinerseits den Kanadier mit der gutmütigen Herablassung, die ein freier Mann für einen Mann fühlt, der nicht frei ist."

Zwischen Canada und der Union bestehen vielfach schon innigere Beziehungen als zwischen Canada und dem Mutterlande. Canadas Güteraustausch mit der Union ist umfangreicher als mit England. In den letzten Jahren war auch die Einwanderung von Menschen und Kapitalien aus der Union nach Canada größer als aus England. Gleichwohl ist in Canada die Strömung, die früher für den Anschluß an die Union bestand, zurückgetreten, und man schätzt dort vor allem die eigene Selbständigkeit. Canada wird der Union angegliedert werden, sobald es selbst das Verlangen danach äußert.

Als Staatssekretär Root 1907 Canada besuchte, fand er die liebenswürdigsten Worte für das Nachbarland und zugleich für England. Man blicke auf Canada nicht mit Eifersucht, sondern mit Bewunderung und Hoffnungen.

Nach der Vollendung des Panamakanals wird man in der Union unangenehmer als zuvor die englische Nachbarschaft im amerikanischen Mittelmeer verspüren. England hat sich auf Jamaika in Port Royal, auf den Bahama- und Bermudainseln starke Seefesten geschaffen.

Mahan nennt in seinem Werk über „das Interesse Amerikas an der Seemacht" Jamaika die entscheidende Stellung für die Überwachung der Landenge. Der westindische Inselbesitz Englands sei ein Trittstein zur Überwachung des ganzen vorliegenden Erdteils.

Im Frühjahr 1906 verlangte die Newyorker

„World" die Einverleibung Jamaikas wie der übrigen englischen Besitzungen in den Staatenverband der Union.

Nach dem Erdbeben auf Jamaika vom Herbst 1906 forderte der Konsul der Union seine Landsleute auf, den günstigen Zeitpunkt zu benützen, um den Handel der Insel in ihre Hände zu bringen und die wirtschaftliche Abhängigkeit der Insel von der Union endgültig zu besiegeln. Damals klagten englische Blätter über den steigenden Einfluß von Angehörigen der Union auf Jamaika und besorgten den Verlust dieser Insel.

Die englischen Kolonien in Amerika bedeuten für die Union eine gewisse Einengung ihres Machtbereichs, Hindernisse in ihrem Streben nach Oberherrschaft über ganz Amerika und vor allem eine auf die Dauer unerträgliche Verneinung der Monroelehre.

Mißlingen mußte der Versuch, die Daseinsberechtigung der englischen Kolonien in Amerika theoretisch zu bestreiten. In einer Drahtmitteilung an den Botschafter der Union in London vom 20. Juli 1895 während des Venezuelastreites meinte Staatssekretär Olney, „daß die Entfernung von 3000 Seemeilen jede dauernde politische Verbindung zwischen einem politischen und einem amerikanischen Staat unnatürlich und unzweckmäßig macht." Diese Auffassung ist später von der Union selbst über den Haufen geworfen worden, als sie die Philippinen nahm, obschon sie von San Francisco 6250 Seemeilen entfernt liegen. Maßgebend für den Besitz von Kolonien sind nicht die Entfernungen, sondern die Verkehrsmittel und die Seegeltung.

Wiederholt wurde von englischer Seite eine Annäherung, ja sogar ein Bündnis mit der Union ange-

regt. In einer Rede vom 9. November 1899 sagte Lord Salisbury den „lieben Vettern jenseits der Atlantic" große Liebenswürdigkeiten. Er versicherte, daß die Sympathien zwischen ihnen beständig gewachsen seien, er begrüßte den Eintritt der Union in die Weltpolitik als eine Erleichterung für England.

Mitte 1905 meinte der damalige englische Premierminister Balfour auf einem Essen zu Ehren des neuen Gesandten der Union, die Union solle aus ihrer Isolierung heraustreten und sich an der europäischen Politik beteiligen. Er berief sich dabei auf die angelsächsische Solidarität.

Um dieselbe Zeit hatte Senator Lodge, ein Vertrauensmann des Präsidenten Roosevelt, eine Reise nach England und Frankreich gemacht und war mit großer Begeisterung für beide Länder zurückgekehrt. Damals wurde auch in der Union viel von einer Verbrüderung mit England gesprochen und geschrieben. In Heer und Flotte der Union, bei den oberen Zehntausend und an der Börse, vor allem aber in der gelben Presse, namentlich soweit sie unter englischem Einfluß steht, kamen oft mehr oder minder lebhafte Sympathien für England zum Ausdruck.

Allein die englische Annäherung fand in der Union nicht das genügende Entgegenkommen. Aus alter Überlieferung erhob man Widerspruch gegen jede Bündnispolitik. Von der demokratischen Presse wurde geltend gemacht, England und Frankreich seien die ungeeignetsten Teilhaber, weil beide nur an sich dächten und mit Hilfe der Union nur ihre Herrschaft in Afrika und Asien weiter ausdehnen wollten. Die Engländer hätten der Union immer nur dann Freundschaft erwiesen, wenn sie ihre

Hilfe benötigten, sonst aber stets Unannehmlichkeiten bereitet. Was könne England der Union bieten?

Unmittelbar vor seinem Tode veröffentlichte der frühere Präsident Harrison in der „North American Review“ (Februar 1901) unter dem Titel „Nachdenkliches über Tagesfragen“ eine Art von politischem Testament und warnte darin vor dem damals viel erörterten Gedanken eines angelsächsischen Bündnisses zur Beherrschung der Erde, insbesondere vor zu großer Freundschaft mit England. Wohl hielt er ein Freundschaftsverhältnis mit England für wünschenswert, schon im Hinblick auf die Gemeinsamkeit der Sprache, vieler Einrichtungen usw. Man dürfe aber daraus nicht folgern, daß die Sympathie Amerikas jeder englischen Regierung gehören müsse. Amerika schulde den Engländern keine Dankbarkeit. Wenn man das Fazit der Zeit von 1774 bis 1898 ziehe, so werde sich wenig Veranlassung zur Dankbarkeit für Amerika finden, wohl aber vieles, das man lieber vergesse als sich daran erinnere. Der Historiker könne vor dem spanisch-amerikanischen Kriege von 1898 auch nicht ein einziges Beispiel finden, wo englische Anmaßung sich durch Freundschaft zu Amerika oder selbst nur durch sympathische Haltung für die Union zu Zeiten der Not habe bewegen lassen.

Harrison erinnerte an die feindselige Haltung Englands im Bürgerkriege. Damals habe sich englische Habsucht über Blutsverwandtschaft, Überlieferung und Menschlichkeit hinweggesetzt, um aus den Baumwollstaaten Vorteile zu ergattern. Fast sei es damals zu einem offenen Bündnis zwischen England und den Südstaaten gekommen.

Weitaus die stärksten Gegner eines jeden Zusammengehens mit England sind in der Union die Iren, diese

alten erbitterten Feinde der Engländer. Nach ihrer Angabe zählen sie in der Union 18 Millionen Köpfe. Entscheidend ist ihr Einfluß bei den Wahlen. Aus ihren Kreisen sind zum großen Teil berufsmäßige und die geschicktesten Politiker hervorgegangen. Die Iren üben in 26 der wichtigsten Staaten der Union ein politisches Übergewicht. Im Senat waren sie oft ausschlaggebend. Schon in dem Unabhängigkeitskriege soll die Hälfte des amerikanischen Heeres aus Iren bestanden haben. Wenn im April 1898 ein Krieg zwischen der Union und England anstatt mit Spanien ausgebrochen wäre, dann würden sich, so schrieb im November 1898 die Newyorker Wochenschrift „Colliers Weakly", die irischen Amerikaner am eifrigsten in Reih und Glied gestellt haben.

So oft in der Union ein Bündnis mit England befürwortet wird, erheben die Iren lebhaften Widerspruch. Als während des Besuches der britischen Flotte Ende 1905 allerlei Verbrüderungsfestlichkeiten in der Union abgehalten wurden, veranstalten die Iren laute Gegenkundgebungen. Damals war in der Presse zu lesen, daß es zur Verkündung eines Bündnisses zwischen England und der Union gekommen wäre, wenn die Iren nicht so entschiedenen Einspruch dagegen erhoben hätten.

Anfang 1907 wurde sogar von den Iren ein Zusammengehen mit den Deutschen gegen diesen Bündnisgedanken angeregt. Stille Verbündete zu diesem Zweck sollen sie nach irischer Versicherung längst gewesen sein. Während des Burenkrieges leiteten sie gemeinsam Sammlungen für die Buren ein. England ist gar nicht das Mutterland der Union, schrieb die „National Hibernian" Ende 1905: „Ganz Europa hat ein Anrecht auf diese Bezeichnung, aber Deutschland und Irland haben mehr

Menschen herüber geschickt und haben mehr zum Aufbau der Vereinigten Staaten beigetragen, als alle anderen Länder zusammengenommen. Mehr als die Hälfte der Bewohner dieser Republik haben heute irisches oder deutsches Blut in ihren Adern, und das amerikanische Volk sollte, anstatt fälschlich als anglo-sächsisch angesehen, deutsch-irisch genannt werden." Tatsächlich beruht der Aufbau des Mischvolkes der Union wesentlich auf der deutschen und irischen Einwanderung.

Nirgends kennt man besser als in England den großen Einfluß der Iren in der Union auch auf die äußere Politik. Alle Bestrebungen der englischen Politiker, sich die starke Union zum Freunde zu machen, haben keine Aussicht auf Erfolg, solange die Iren in der Union die Todfeinde der Engländer bleiben. Nicht zuletzt mit Rücksicht darauf bewilligte man in England die Landbill für Irland. Man hoffte durch Beseitigung der Gegensätze zwischen Irland und England auch die Beziehungen mit der Union zu verbessern. Indessen ist dieses Ziel nicht erreicht worden und scheint überhaupt unerreichbar zu sein. Denn die Iren ähneln auch darin den Polen, daß sie niemals zu befriedigen sind. Je größere Zugeständnisse man ihnen macht, desto weitergehende Forderungen stellen sie. Durch die Landbill sind die Iren weder in Irland noch in der Union zufriedengestellt worden. Ende 1904 beschloß der Vereinigte Irenbund von Nordamerika, das alte Ziel, die nationale Unabhängigkeit Irlands unverrückt im Auge zu behalten und das Recht Irlands auf ein eigenes, unabhängiges Parlament entweder durch Abstimmung oder durch das Schwert zu behaupten.

Entschiedene Feinde eines Bündnisses der Union mit

England sind selbstverständlich die Deutsch-Amerikaner, weil die Spitze eines solchen Bündnisses sich unmittelbar gegen das alte Vaterland richten würde. Als Anfang 1905 das Bündnis wieder lebhaft erörtert wurde, drohten große deutsch-amerikanische Zeitungen mit dem Übergang aller Wähler deutscher Abstammung in das gegnerische demokratische Lager.

Auch unter den Imperialisten der Union besteht keine Neigung, sich brüderlich mit England in die Weltherrschaft zu teilen, weil man sich stark genug fühlt, selbst die Weltherrschaft zu übernehmen.

Ein Stein des Anstoßes sind für England die Flottenrüstungen der Union. England benötigt eine starke Flotte, um seinen ausgedehnten Seehandel, seinen Kolonialbesitz und vor allem die Bevölkerung des Mutterlandes vor der Gefahr des Ausgehungertwerdens zu schützen. Zu welchem Zweck will sich die Union eine große, ja noch eine stärkere Flotte als England schaffen? Commander Bradley A. Fiske antwortete auf diese Frage in einem preisgekrönten Aufsatz der „Proceedings of the United States Naval Institute" vom März 1905: „Um eine ebenso hohe Stellung zu erlangen, wie sie sich England mit Hilfe seiner starken Flotte errungen hat, um die ganze, in höherem Maß den Krieg herausfordernde Politik der Union zugunsten des Volkes zu unterstützen."

Die Flottenrüstungen der Union sind bedeutend umfangreicher und kostspieliger als die deutschen und mit ihren letzten Zielen geeignet, die englische Obersee-herrschaft zu gefährden. Nach englischer Auffassung verträgt das Meer nur einen Herrn, dieser Herr muß England sein und bleiben. Für die Oberseeherrschaft will

England bis zum äußersten kämpfen und mit ihr stehen oder fallen. England ist deshalb eifersüchtig gegen die Flottenrüstungen anderer Mächte, weil dadurch seine Oberherrschaft beeinträchtigt werden muß. In der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts hat England sogar das Aufkommen anderer Seemächte zu verhindern gewußt. Nur vor den Flottenverstärkungen der Union verschließt es die Augen und macht gute Miene, obwohl man sich in England klar sein muß, daß die Union noch weit selbständiger und rücksichtsloser als bisher vorgehen wird, auch gegenüber England, wenn es ihr gelungen ist, sich eine Kriegsflotte von ausreichender Stärke zu schaffen.

Die Aspirationen der Unionspolitiker sind zunächst auf das Stille Meer gerichtet. Ende April 1902 erklärte Schatzsekretär Shaw in Pittsburg, daß die Union die ganze westliche Halbkugel einschließlich der vom Stillen Meer bespülten Länder und Inseln überwachen wolle. Amerikanischer Wohlstand und amerikanische Tatkraft, dazu der Besitz von Hawai, von den Philippinen und vom Isthmuskanal, sowie die größte Handelsflotte der Welt, die zu verlangen die Vereinigten Staaten bestrebt sein müßten, würden die Herrschaft im Stillen Meer von der britischen auf die amerikanische Flagge übertragen. Nach Vollendung des Panamakanals kann die Union, die sich beeilte, das größerbritische Kabel von Canada nach Australien durch ein besonderes Kabel von San Francisco nach Japan zu konkurrenzieren, auf dem Stillen Meer eine verkehrspolitisch günstigere Stellung einnehmen, als sie England besitzt.

Präsident Roosevelt weiß, weshalb er immer wieder aufs neue die stärkste Flotte fordert, damit die Union

von keinem Feinde gedemütigt werden kann. Es fragt sich nur, wer wird in fünfzig Jahren die stärkste Macht zur See sein, England oder die Union? In Washington glaubt man mit Bestimmtheit, England trotz seines großen Vorsprungs zu überholen.

Die Beziehungen zwischen der Union und England konnte das englisch-japanische Bündnis nicht freundschaftlicher gestalten. Zunächst versteht man es in der Union nicht vom Standpunkt der weißen Rasse aus und hält es mit liberalen Politikern Englands wie mit Douglas Story in dem Buche „Morgen im Orient" von 1907 für einen verhängnisvollen Fehler, durch das Bündnis die Gleichberechtigung der Japaner mit den weißen Völkern anerkannt zu haben. Bei Abschluß des Bündnisses mit Japan ließen sich die Engländer keineswegs von unfreundlichen Absichten gegen die Union leiten, sondern von dem richtigen Gedanken, diese neue Großmacht, die leicht hätte gefährlich werden können, zum Freunde zu machen und möglichst zu nützen. Fraglich ist freilich, ob die ehrgeizigen und rassenbewußten Japaner für die Erhaltung der britischen Kolonien in Asien gegebenenfalls große Anstrengungen machen würden. Das Bündnis war das Schwungbrett zu dem Aufsteigen Japans. Ohne das Bündnis mit England hätte Japan den Feldzug gegen die Russen nicht unternommen und mit seinen Siegen die herrschende Stellung auf dem Stillen Meer nicht erlangt, die japanische Gefahr nicht hervortreten können. Die Unionspolitiker müssen bezweifeln, ob die Freunde ihrer Feinde wirklich zu ihren Freunden gezählt werden können.

Im Jahre 1895 schien ein Krieg zwischen England und der Union möglich. Im Laufe der alten Grenz-

streitigkeiten zwischen Venezuela und Britisch-Guyana hatten die Engländer die Grenzen auf Kosten Venezuelas weiter nach Westen vorgeschoben, um die Goldfelder jenseits des Essequibo an sich zu ziehen. Da vielfach die Besorgnis bestand, daß England nach der Mündung des Orinoco trachte, um das ganze nördliche Südamerika unter seinen Einfluß zu bringen, so schritt die Union ein und beanspruchte für sich das Recht der schiedsgerichtlichen Entscheidung über den Grenzstreit mit der Androhung, andernfalls die Sache Venezuelas zu der eigenen machen zu wollen. Erst nach langem, ernstem Widerstreben fügte sich England.

Damals war es kein Geringerer als Roosevelt, der die Möglichkeit eines Krieges mit England erörterte, falls es seinen Anspruch auf venezolanisches Gebiet nicht aufgeben sollte: „Einen solchen Krieg würden wir bedauern, aber unendlich mehr Englands als unsertwegen. Wie die Kriegsaussichten auch laufen mögen, wie groß der Schaden und der augenblickliche Verlust für die Vereinigten Staaten auch sein mag, schon die Tatsache, daß England schließlich notwendigerweise Canada verlieren wird, macht diesen Krieg für England zu einem Unglück."

In der Tat muß England unter allen Umständen einen Krieg mit der Union vermeiden, nicht nur, um den Verlust Canadas und der Westindischen Inseln zu verhüten, sondern auch deshalb, weil es die großen Zufuhren der Union an Lebensmitteln und Rohstoffen nicht entbehren kann.





Die Union und Japan.

Ernste Gegensätze haben sich zwischen der Union und Japan herangebildet. Zwei grundverschiedene Rassen stehen sich gegenüber, beide selbstbewußt bis zum Chauvinismus. Und zwei Reiche treten gegeneinander hervor, beide erweiterungskräftig und im Konkurrenzkampf um dasselbe große Ziel.

Das unmittelbare Nebeneinander der beiden Rassen in Kalifornien, aber auch auf den Sandwichinseln und auf den Philippinen, hatte die Gegensätze Ende 1906 auf das äußerste verschärft. In der Union war die japanische Einwanderung schon 1900 auf 86 000 Köpfe gestiegen und hatte später trotz des Krieges noch zugenommen. Ende 1906 schätzte man die Zahl der Japaner in der Union auf 170 000, wovon 70 000 auf Hawai, 2000 auf den Philippinen und annähernd 100 000 in der Union selbst, meist in San Francisco und Kalifornien. Als Arbeiter und im Kleingewerbe, auch im Gartenbau verdrängten sie allmählich die Weißen. Viele von ihnen wurden wohlhabend und reich.

Mit großer Besorgnis verfolgte man in der Union die Japanisierung der Hawaischen Inseln, scheute sich aber, Maßregeln dagegen zu ergreifen, da eine Ausweisung der Japaner aus Hawai zu den schärfsten Verwicklungen hätte

führen können. Von Hawai drangen die Japaner nach Kalifornien vor, wo sie ebenso verhaßt und verrufen sind wie die Chinesen. Ende 1904 verlangte der nordamerikanische Arbeiterbund die Ausschließung der Japaner aus dem Gebiete der Union durch besonderes Gesetz, und als die Regierung zögerte, diesem Verlangen zu entsprechen, um Japan nicht zu brüskieren, beschlossen die nordamerikanischen Arbeiterverbände Ende 1905, eine nachhaltige Bewegung gegen die japanische Einwanderung einzuleiten, damit das „Einfallstor für die gelbe Rasse“ geschlossen wird. Ob infolge dieser Agitation oder auch noch aus anderen Gründen, genug, die Abneigung der weißen Bevölkerung in San Francisco gegen die Japaner trat stärker hervor und kam zum Ausdruck durch den dortigen Schulrat, der den japanischen Kindern Ende 1906 den Besuch der öffentlichen Schulen von San Francisco verbot.

Japan legte dagegen Verwahrung ein und verlangte für seine Angehörigen zunächst in Kalifornien volle Gleichberechtigung. In Übereinstimmung mit der ganzen Bevölkerung verweigerte es aber der Gouverneur des Staates Kalifornien, diese Gleichberechtigung zu bewilligen, auch auf die Gefahr hin, mit der Bundesregierung und mit dem Präsidenten Roosevelt in Widerspruch zu geraten. Bekanntlich stehen die Einzelstaaten der Union gegenüber der Bundesregierung in Washington weit selbständiger und unabhängiger da als die deutschen Einzelstaaten gegenüber der deutschen Reichsregierung.

Die Abneigung der Union gegen Japan wurde noch verschärft, als sich herausstellte, daß die chinesische Verrufserklärung gegen nordamerikanische Waren, die Ende 1905 wegen der Zurückweisung chinesischer Kulis begann,

von japanischen Beratern eingegeben, organisiert und von japanischen Interessenten benützt wurde, um die Kaufleute der Union aus Ostasien zu verdrängen und sich selbst an ihre Stelle zu setzen. Nach einem Bericht des Konsuls der Union in Hongkong von Anfang 1907 sollen die Japaner sogar Waren aus der Union angekauft, mit japanischen Firmenzeichen versehen und als japanische Erzeugnisse auf den chinesischen Markt gebracht haben.

Nach langwierigen Verhandlungen erfolgte Ende Februar 1907 zwischen der Union und Japan eine Verständigung über die Behandlung der japanischen Staatsangehörigen auf dem Gebiete der Union. Grundsätzlich wurde die Gleichberechtigung der Japaner anerkannt, praktisch aber empfindlich zu ihren Ungunsten durchlöchert. Japanische Staatsangehörige müssen fortan zu den Schulen der Weißen in Kalifornien zugelassen werden, wenn sie unter 16 Jahren sind und englisch sprechen, also nur in Ausnahmefällen. Andere Japaner haben sich mit besonderen Schulen zu begnügen. Wie bemittelte oder gebildete Chinesen, so dürfen auch japanische Kaufleute, Reisende, Studenten usw. auf Gleichberechtigung in der Union Anspruch erheben. Dagegen hat die Unionsregierung im Einvernehmen mit Japan die Einwanderung japanischer Kulis verboten, sie also den chinesischen Kulis gleichgestellt. Japan verzichtete vorläufig auf die Ausstellung von Pässen für seine Kulis zur Auswanderung nach den Gebieten der Union.

Ist Japan bestrebt, seine Auswanderung nach der Union möglichst einzudämmen, dann werden die schroffen Gegensätze zwischen den Weißen und Gelben, wie sie nun einmal in Kalifornien bestehen, gemildert werden. Vorläufig sind sie zurückgedrängt worden, können aber jeder-

zeit, wie die Ausschreitungen vom 21. Mai 1907 gegen die Japaner in San Francisco gezeigt haben, wieder hervortreten. Die gegenseitige Gereiztheit ist geblieben, das Verlangen der Japaner nach Anerkennung der Gleichberechtigung der gelben Rasse nicht erfüllt worden.

Mit Rücksicht auf die Rassengegensätze und im Interesse der heimischen Arbeiterbevölkerung kann die Unionsregierung eine unbeschränkte Masseneinwanderung der Gelben aus Ostasien nicht zulassen. Verlangt Japan und mit ihm vielleicht auch China für die Gelben unbedingte Einwanderungsfreiheit nach der Union, die eine Überschwemmung, ja eine Eroberung der amerikanischen Westküste durch die Gelben zur Folge haben müßte, dann wird der Kampf ausgekämpft werden.

Inzwischen war der Staat Kalifornien bestrebt, die Japaner weiter zurückzudrängen. Ein Gesetz vom Frühjahr 1907 bestimmt, daß kein Ausländer länger als fünf Jahre kalifornischen Grundbesitz inne haben darf, wenn er nicht Bürger der Union wird. Auch dürfen Ausländer Grundbesitz auf länger als ein Jahr nicht pachten. Dieses Gesetz richtete sich mittelbar gegen die Japaner. Denn um dieselbe Zeit verbot das Handelsdepartement in Washington die Naturalisation von Japanern, die wie die Chinesen als Asiaten behandelt werden sollen, so daß auch bereits eingewanderte Japaner das Bürgerrecht nicht erwerben können.

Von der Union abgedrängt, lenkt Japan seine Auswanderung nach anderen amerikanischen Staaten, zunächst nach Mexiko, von wo Japaner angeblich in großen Scharen über die Landgrenze sich in die Union einschmuggeln, ferner nach Peru, Chile usw., und sucht daselbst zugleich engere Handelsbeziehungen zu knüpfen. So unternimmt

es, ohne feindselige Absichten zu bekunden, einen mittelbaren Vorstoß gegen seinen großen Nebenbuhler auf dem Stillen Meer, gegen die Union, und untergräbt durch sein Auftreten die allamerikanischen Bestrebungen.

Erschwert wird die dauernde Verständigung der beiden Mächte durch ihre Konkurrenz auf dem Stillen Meer.

Als die Union nach der Eroberung von Kalifornien im Jahre 1853 durch Entsendung eines Geschwaders unter dem Kommodore Perry Japan zur Öffnung seiner Häfen zwang, später die japanischen Bestrebungen in Korea durchkreuzte und trotz des schärfsten Einspruches der Japaner Mitte 1897 Hawai besetzte, war sie noch von dem Gefühl ihrer unbedingten Überlegenheit erfüllt. Japan und China galten der Union als friedliche, schwächliche, untergeordnete Staaten. Zeitweilig war die Union bemüht, das europäische Übergewicht aus dem Stillen Meer durch engere Beziehungen mit Japan und China zurückzudrängen. In diesem Sinne suchte Präsident Grant auf seiner Weltreise von 1877/8 zu wirken. Zehn Jahre später schlug der Vertreter der Union in Peking die Verkündung der Monroelehre für Ostasien vor, um ein moralisches Gewicht in den chinesischen Angelegenheiten zu erlangen. Noch Staatssekretär Hay glaubte, daß sie die Union als Vormacht willig anerkennen würden. An Liebenswürdigkeiten ließ man es trotz der Rassengegensätze nicht fehlen.

Nach der Besitzergreifung der Philippinen, vor den Siegen Japans über Rußland, erhob die Union als größter Uferstaat Anspruch auf die Vorherrschaft über das Stille Meer.

Damals vollzog sich die überraschende tiefgreifende Wandlung in Ostasien.

Japans Hervortreten als Großmacht und zugleich als Vormacht in Ostasien, mit dem gewaltigen Menschenüberschuß der gelben Rasse hinter sich, ausdehnungskräftig und ausdehnungslustig, erregte die ernstesten Besorgnisse in der Union. Ein Freund des Präsidenten Roosevelt, Mr. John Hays Hammond, meinte Ende April 1905, Japan werde durch die wirtschaftliche Stellung, die es nach seinen Siegen in Korea und in der Mandschurei gewonnen, der gefährlichste Nebenbuhler der Union in Ostasien werden. Japan sei die einzige Nation, die in jenem Teile der Erde ernstlich mit der Union um die Vorherrschaft konkurrieren könnte.

Bei der Friedensvermittlung von Portsmouth übte man von Washington einen Druck auf die japanischen Forderungen. Japan mußte auf die erhoffte Kriegsentschädigung verzichten. Man gedachte, ihm den weiteren Ausbau seiner ohnehin starken Kriegsflotte zu erschweren. Dadurch entstand in Japan eine Verstimmung gegen die Union.

Seither rechnete man in beiden Reichen mit der Möglichkeit eines kriegerischen Zusammenstoßes und betrieb mit überraschendem Eifer die Rüstungen zur See.

Schon Seward, gestorben 1871, prophezeite, daß am Gestade des Stillen Meeres der große Kampf zwischen dem Angelsachsentum und der mongolischen Kultur ausfochten werden würde.

Anfang 1904, als die gelbe Presse auf Ostasien hinwies, wo die Union Eroberungen unternehmen könne, verkündete der Präsident der Universität von Kalifornien, daß der Schauplatz des nächsten großen Weltkrieges in Kalifornien zu suchen sein werde.

Mitte März 1905 äußerte Mr. Hull, der Vorsitzende des militärischen Ausschusses im Senat zu Washington, gegenüber den Absichten der Japaner auf die Philippinen, daß die Regierung der Union die Lage als drohend betrachte und daß innerhalb 15 Jahren ein Krieg mit Japan bevorstehe, falls nicht etwa die Union die Philippinen aufgäbe. Diese Prophezeiung bestätigte ein Jahr später auf einem Festessen der Veteranen des spanisch-amerikanischen Krieges in Washington der vielgenannte Kapitän Hobson.

In Japan fanden diese Stimmen lauten Widerhall. Eine Flugschrift des japanischen Professors Jonizu von 1905 stellte die Union als den gefährlichsten Gegner Japans hin. Die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung der Union verlange dringend nach den ostasiatischen Märkten. Im Gefühl ihrer Macht würden die Politiker der Union rücksichtslos vorgehen und die Herrschaft auf dem Stillen Meer beanspruchen. Mit der Vollendung des Panamakanals werde ein großer wirtschaftlicher Kampf entbrennen. Japan müsse sich darauf vorbereiten und dürfe sich den Rang auf dem Stillen Meer nicht streitig machen lassen.

Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die von der Union der japanischen Einwanderung gemacht wurden, schrieb die japanische Zeitung „Yonodsu Tschoho" im Mai 1905: „Es dürfte die Zeit kommen, da ein japanischer Kommodore Perry (Vergeltung für 1853) an das Goldene Tor von San Francisco klopft!"

Auch andere japanische Politiker haben einen Krieg mit der Union für unabwendbar erklärt. So Anfang 1907 der japanische Dampfschiffahrtsdirektor Tokugoro. In

der Zeitschrift „Taigo“ wies er auf das große Hindernis der japanischen Ausdehnungspolitik im Westen hin, auf die Union, die weit mächtiger sei als Rußland. Man dürfe sich durch die Siege nicht einschläfern lassen, sondern müsse sich auf einen unvermeidlichen Krieg vorbereiten. Angesichts des Panamakanals müsse man eine der Union gewachsene Kriegsflotte haben. Tokugoro wünschte sogar den möglichst baldigen Ausbruch des Krieges, da es vorläufig noch der Unionsflotte an hinreichender Besatzung und der Besatzung noch an der nötigen Disziplin fehle. Die Verständigung wegen des kalifornischen Schulstreites erachte er nicht für endgültig, sondern nur für einstweilig.

Vorläufig kann Japan den Anspruch auf die Vorherrschaft im Stillen Meer mit Erfolg bestreiten. An Panzern ist die Union überlegen, auch an Kapitalskraft, um sich neue Panzer zu bauen, aber ihre Flotte schwimmt mit den größten Schiffen auf dem Atlantischen Meer, und müßte, um nach Francisco zu gelangen, über 13 000 Seemeilen zurücklegen, fast so viel wie die russische von Kronstadt nach Japan. Dagegen steht die japanische Flotte geschlossen da, findet auf den Hawaii-Inseln einen wichtigen Stützpunkt, ist wohldiszipliniert, in Krieg und Sieg bewährt und hat hinter sich ein unvergleichliches Landheer. Wie man in der Union berechnet hat, kann die japanische Flotte in 25 Tagen an der kalifornischen Küste erscheinen, während die großen Kriegsgeschwader der Union dazu etwa zwei Monate benötigen. Erst nach der Vollendung des Panamakanals wird auch die Union rascher und stärker im Stillen Meer auftreten und die Seeherrschaft der Japaner aussichtsvoller bestreiten können. Im Frühjahr 1907 hat sie ihre beiden Geschwader auf dem Stillen

Meer unter einem einheitlichen Kommando mit Honolulu als Stützpunkt zusammengefaßt.

Gegenüber Japan befindet sich die Union, so lange ihr Anspruch auf die Oberherrschaft über das Stille Meer ein theoretischer bleibt, in Verteidigungsstellung. Die fremde Einwanderung lehnt sie ab. Was sie besitzt, will sie behalten. Von einem Siege über Japan hätte sie nichts zu erhoffen, weder Geld noch Land.

Dagegen würde es den Japanern nicht an Siegespreisen fehlen. Auf dem nordamerikanischen Festlande könnten sie sich nicht halten, vielleicht aber in Panama festen Fuß fassen und von den Philippinen und Hawaii-Inseln Besitz ergreifen.

Von Anfang an waren die Philipppinen ein Schmerzenskind der Union. Ursprünglich hatte man zu Washington geglaubt, in den Philippinen einen Stützpunkt für die Oberherrschaft in Ostasien zu gewinnen. „Wer die Philippinen beherrscht," sagte Senator Beveridge, „wird die Welt beherrschen. Halten wir die Philippinen, so wird die Union diese weltbeherrschende Macht sein." Nach den japanischen Siegen sah man von Washington die Philippinen anders an, erkannte in ihnen einen verwundbaren Punkt, rechnete mit der Möglichkeit, daß sie von Japan aus gefährdet werden könnten, und war bemüht, auf den Philippinen festeren Fuß zu fassen durch die Pazifizierung ihrer Bewohner und durch Befestigungen.

Nach den Berechnungen der Opposition wurden für die Philippinen bis 1906 bereits über 4 Milliarden Mark verausgabt, obschon die geplanten Befestigungen noch nicht hergestellt werden konnten.

Die Zukunft der Philippinen ist ungewiß. Die

Philippinos selbst denken mit einiger Wehmut an die gute alte Zeit der spanischen Herrschaft zurück, streben nach möglichster Unabhängigkeit und hoffen diesem Ziele als Schutzgebiet der Union durch langsame Lockerung des schmalen Bandes näher zu kommen. Trotz aller vorhandener und berechtigter Unzufriedenheit erscheint der Mehrheit die Herrschaft der Union doch als das kleinere Übel, und sie ist nicht geneigt, die Japaner als Befreier zu begrüßen. Immerhin klagen die Philippinos darüber, daß sie von der Union als eine minderwertige Rasse angesehen und handelspolitisch geschädigt werden.

In der Union hat man angeregt, den Philippinen eine ziemlich unabhängige Selbstverwaltung einzuräumen, oder sie an Japan gegen Geld oder andere Zugeständnisse abzutreten.

Ein anderer Vorschlag will die Neutralisierung der Philippinen, die aber doch schließlich nur von der Union selbst verbürgt werden kann, so daß alles beim alten bleiben würde. Die Union möchte auf die Philippinen verzichten, obwohl sie davon eine Erschütterung ihrer Stellung wie ihres Ansehens in Ostasien befürchtet, wenn sie Bürgschaft dafür erhalten könnte, daß die Inselgruppe nicht unter japanischen Einfluß gelangt.

Wie der Flottenkriegsrat der Union beschlossen hat, sind die Philippinen im Falle eines Krieges mit Japan vorerst aufzugeben. In der Tat lassen sie sich wegen der ungenügenden Befestigungen und der weiten Entfernung schwer gegen japanische Angriffe verteidigen.

In Ergänzung seines Friedensvertrages mit Rußland und seines Bündnisvertrages mit England vereinbarte Japan im Frühjahr 1907 einen Vertrag mit Frankreich, wonach beide Reiche gegenseitig sich ihren

Besitzstand in Asien verbürgen. Dieser Vertrag rief in Frankreich große Genugtuung hervor, weil man dort von den japanischen Erweiterungsgelüsten, wie sie von dem japanischen General Kodama geäußert worden waren, den Verlust von Indochina befürchtet hatte. Schon waren in Frankreich Stimmen laut geworden (näheres in meinen „Weltpolitischen Neubildungen“ Seite 278 ff., Verlag des Allgemeinen Vereins für Deutsche Literatur), die mit Rücksicht auf die schwierige Verteidigung Indochinas das gänzliche Aufgeben dieser Kolonie befürwortet hatten.

Die Gefahr einer kriegerischen Eroberung Indochinas durch Japan hat Frankreich beseitigt, aber die nicht minder große Gefahr einer friedlichen Eroberung Indochinas durch die japanische Einwanderung hervorgerufen. Bislang hatte Frankreich in Indochina die Japaner wie die übrigen Asiaten behandelt und ihre Einwanderung nicht gestattet. In dem französisch-japanischen Abkommen vom Frühjahr 1907 sicherten sich beide Reiche gegenseitig auch in bezug auf die Behandlung ihrer Angehörigen die Meistbegünstigung zu, insbesondere Frankreich den japanischen Beamten und Untertanen in Französisch-Indochina. Französisch-Indochina hat nahezu achtzehn Millionen Einwohner. Darunter befinden sich nur wenige Tausend Franzosen. Frankreich ist gänzlich außer stande, Indochina zu französieren, schon weil es ihm an dem erforderlichen Menschenmaterial fehlt. Eine Assimilierung der gelben Rasse steht vollends nicht zu erwarten seit den Siegen der Japaner über die Russen. Auch unter den Chinesen entwickelt sich ein gewisses Nationalbewußtsein und wird von den Japanern gefördert. Bisher scheint die japanische Einwanderung nach Indochina noch schwach gewesen zu sein. Von Japan her

wurde sie nicht begünstigt, weil eine Gleichstellung der Japaner mit den weißen Einwanderern noch nicht vereinbart worden war. Nachdem die japanische Regierung durch das neue Abkommen die meistbegünstigte Behandlung ihrer Angehörigen in Indochina erwirkt hat, kann sie die Auswanderungslustigen, die von der nordamerikanischen Union zurückgewiesen werden, nach Indochina lenken, wo sie keinerlei Beschränkungen zu befürchten haben.

Unter gleichen Umständen steht der Abschluß eines Verbürgungsvertrages zwischen Japan und der Union nicht in Aussicht, da die Union den Japanern die unbeschränkte Einwanderung nicht gestatten kann.

Maßgebend für die künftige Entwicklung ist die Haltung der leitenden Kreise in Japan. Bisher haben sich die japanischen Politiker klug und vorsichtig benommen. Indessen scheint es, als ob in Japan jüngere Elemente mit ungestümeren, kriegslustigen, alljapanischen Neigungen allmählich emporgekommen sind, und das Äußerste würde in Aussicht stehen, falls es diesen jüngeren Elementen gelingt, sich durchzusetzen.

In Washington beurteilt man wohl die Lage nicht ganz richtig, wenn man glaubt, Japan werde sich von einem Kriege durch Geldmangel abhalten lassen. So meinte im Frühjahr 1907 Herr Foß, der Vorsitzende des Flottenausschusses im Repräsentantenhause: „Unser Ehrgeiz und unser Handel werden aufeinanderstoßen, aber Japan ist jetzt zu arm zum Kriegführen. Es hat alles, was es besaß, ausgegeben und wird sich keine neuen Sorgen aufladen.“

Vorläufig hat in beiden Reichen die bessere Einsicht gesiegt und den offenen Bruch verhütet. Ein Krieg zwi=

schen der Union und Japan steht nicht zu befürchten, wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, die von den Japanern als eine Verletzung ihrer Nations- oder Rassenehre betrachtet werden könnten, oder wenn nicht etwa Japan nach Beendigung seiner Rüstungen den Krieg erzwingen will.

Sollte es gleichwohl zu einem Kampfe um die Oberherrschaft über das Stille Meer kommen, so wird dieser Kampf unentschieden bleiben, da der siegreiche Teil mit denjenigen Mächten von Seegeltung zu rechnen hat, die mindestens die Gleichberechtigung und volle Freiheit auf dem Stillen Meer und die Aufrechterhaltung der bestehenden Zustände beanspruchen.

Inwieweit das englisch-japanische Bündnis auf die Spannung zwischen der Union und Japan eingewirkt hat oder noch einwirken wird, läßt sich nicht ermessen.

Im Kriegsfalle würde England nur dann zu gunsten Japans einzuschreiten haben, wenn die Union japanisches Gebiet besetzen sollte. Von dem liberalen Ministerium in England ist anzunehmen, daß es im Interesse des Friedens wirken wird. In seiner Gefolgschaft überwiegen die Weltfriedensfreunde. Wohl mag es in England Politiker geben, denen zuzumuten ist, was Peez, dieser kritische Kenner der englischen Geschichte, in begreiflichem Mißtrauen andeutete, daß sie Japan, nachdem es Rußland niedergeschlagen hat, benützen wollen, um auch die Union zu demütigen, daß sie also die Taktik des tertius gaudens von der europäischen auf die Weltpolitik zu übertragen suchen. Indessen gehören diese Kreise in England gegenwärtig nicht zu den leitenden. Tatsächlich wurde unter dem liberalen Ministerium die Zurücksendung der chinesischen Kulis aus Britisch-Südafrika beschlossen. In Kanada,

Australien und Neu-Seeland aber bestehen gegenüber der gelben Rasse genau dieselben Anschauungen wie in der Union. Eine Parteinahme Englands zu gunsten Japans würde in diesen Kolonien lebhaften Widerspruch hervorrufen.

In dem hervorgetretenen Gegensatz zwischen der weißen und gelben Rasse und in dem Ringen, das sich daraus zwischen der Union und Japan künftig entwickeln wird, können die Völker der weißen Rasse nicht im Zweifel sein, welchem Reiche sie ihre Sympathien und nötigenfalls ihre Unterstützung zuzuwenden haben. Die Interessensolidarität der weißen christlichen Völker ist stärker als die weltpolitischen Schachzüge, die sich darüber hinwegsetzen, und wird zum Durchbruch kommen, wenn die Völker der gelben Rasse über ihre Grenzen hinaus Vorstöße unternehmen.

Im deutschen Volke kann es nur Befriedigung erregen, daß die befreundete Union die gelbe Gefahr erkannt hat und besonnen auf ihre Abwehr bedacht ist.



Blicke auf das Welttheater.

Bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts lag der Schwerpunkt der Weltherrschaft in Europa. Auch die strittigen Fragen außereuropäischer Politik im näheren Orient, am Kongo usw. wurden, wiewohl zuweilen erst nach blutigem Ringen, von den europäischen Großmächten entschieden durch das sogenannte Konzert der Mächte, das auf einem gewissen Gleichgewichtsverhältnis begründet war. Die Anfänge dieses Gleichgewichtsverhältnisses liegen Jahrhunderte zurück. Nachdem der Gedanke der Universalmonarchie mit Kaiser Karl V. in den Hintergrund getreten war, erstanden Frankreich und Österreich, zwei Mächte von gleicher Stärke, die um die Vorherrschaft kämpften, bis England mit seinem Aufsteigen als See-, Handels- und Kolonialmacht unter Cromwell ein Gleichgewichtsverhältnis schuf. Es blieb erhalten, als die Zahl der Großmächte im achtzehnten Jahrhundert sich durch Preußen und Rußland vermehrte, es überlebte die starken Erschütterungen durch Napoleon I. und die Störungsversuche Napoleons III., es wurde neu gestaltet nach der nationalen Einigung Deutschlands und Italiens, es bestand fort auch nach der Gruppierung der Festlandmächte in dem Dreibund der achtziger und in dem Zweibund der

neunziger Jahre. Eine starke Verschiebung des überlieferten Gleichgewichtsverhältnisses erfolgte erst durch das Aufkommen großer europäischer Mächte.

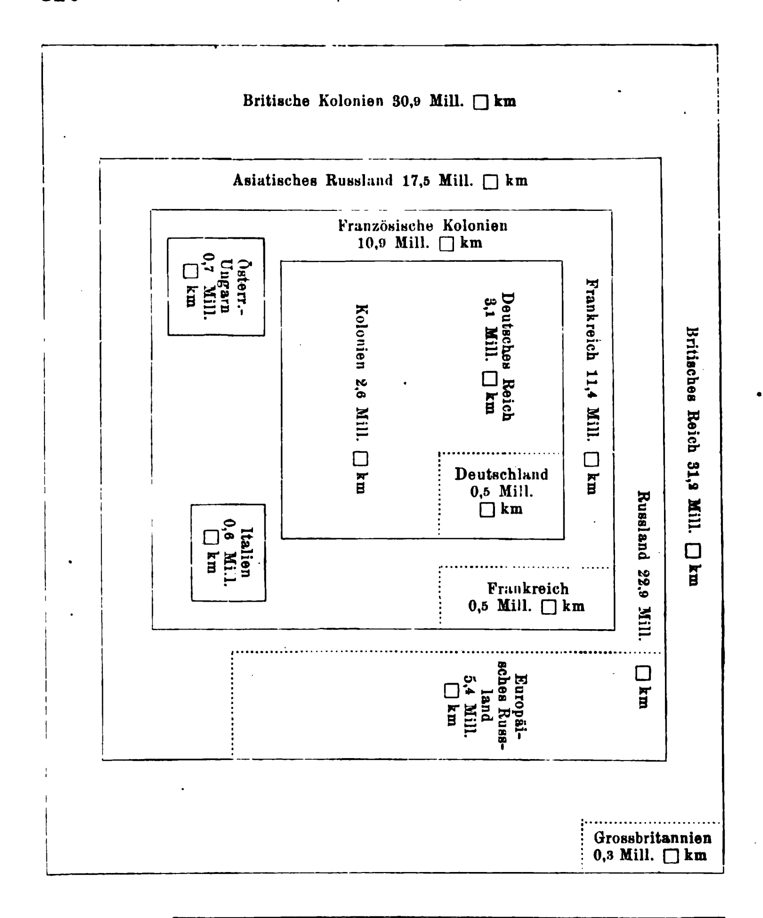
Von der europäischen Vorherrschaft befreite sich die nordamerikanische Union und setzte sich als Weltmacht ersten Ranges kühn über das alte Europa mit seinem Gleichgewichtsverhältnis hinweg. Auch Japan wurde eine Großmacht und wird als Weltmacht angesehen werden müssen, wenn es ihm gelingen sollte, China in seine Gefolgschaft zu bringen. Gegenüber diesen Neugestaltungen versagt das alte System des Gleichgewichts der europäischen Mächte, und als wirkliche Faktoren der Weltpolitik kommen nur noch in Betracht die nordamerikanische Union, England als erste See- und Kolonialmacht, nach seiner noch nicht absehbaren Wiederaufrichtung das Russische Reich, endlich — doch nicht zuletzt — mit wachsenden überseeischen Interessen und zugleich als Schwerpunkt des europäischen Festlandes, vielleicht einmal als dessen Kristallisationspunkt im Falle eines Zusammenschlusses der verschiedenen Staaten gegenüber den größeren Weltmächten, das Deutsche Reich, „nach außen hin begrenzt, das Innere unbegrenzt".

* * *

Der Landbesitz ist die oberste Vorbedingung, die Grundlage für jede Betätigung des Volkslebens; er bleibt nach Peez der letzte und höchste Ausdruck für die politische Macht. Freilich fallen dabei Lage, Art und Fruchtbarkeit des Landes ins Gewicht. Nicht das weiteste ist auch das mächtigste Reich. Auf beschränktem Raume können da-

gegen mit Hilfe von Industrie und Handel nahezu unbeschränkte Werte erzeugt werden. Innerhalb ihres verhältnismäßig engen Gebietes haben zuerst England, später Deutschland, aber auch andere europäische Staaten mit zunehmender Leistungsfähigkeit eine außerordentliche Anhäufung von Kraft und Reichtum geschaffen. Von dem Ideal des geschlossenen Staates, der tunlichst nur verbrauchen will, was er erzeugt, und nur erzeugen will, was er verbraucht, mußten sie freilich immer mehr abrücken. Die große Bedeutung überseeischer Interessen erfaßte England unter Cromwell, dem Schöpfer der berühmten Schiffahrtsakte, und begründete nach Niederwerfung der Spanier und Holländer, während die europäischen Festlandsstaaten gegeneinander den Dreißigjährigen Krieg, den Spanischen Erbfolgekrieg, den Siebenjährigen Krieg, die Napoleonischen Kriege ausfochten, weite Kolonien in allen Teilen der Erde. Noch im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts wurde das britische Reichsgebiet von 12,6 auf 27,8 Millionen Quadratkilometer erweitert. Auch Frankreich erwarb große Kolonialgebiete, zum Teil unter günstigen Verhältnissen, wie in dem benachbarten Nordafrika, wo nur noch Marokko fehlt, um ein zukunftsreiches Kolonialreich abzurunden. Noch glücklicher liegen die Verhältnisse für Rußland und die nordamerikanische Union, die ihre Interessensphären erweitern konnten und erweitern können in unmittelbarem Anschluß an das Mutterland, ohne in überseeische Fernen gehen zu müssen. Zuletzt erschien Deutschland, als die Erde schon nahezu aufgeteilt war, und schuf sich trotz der nach allen Richtungen hin ungünstigen Lage Schutzgebiete, die es zu entwickeln trachtet.

Nach ihrem Landbesitz zeigen die Mächte das Bild:



Kolonien 0,3 Mill. □ km

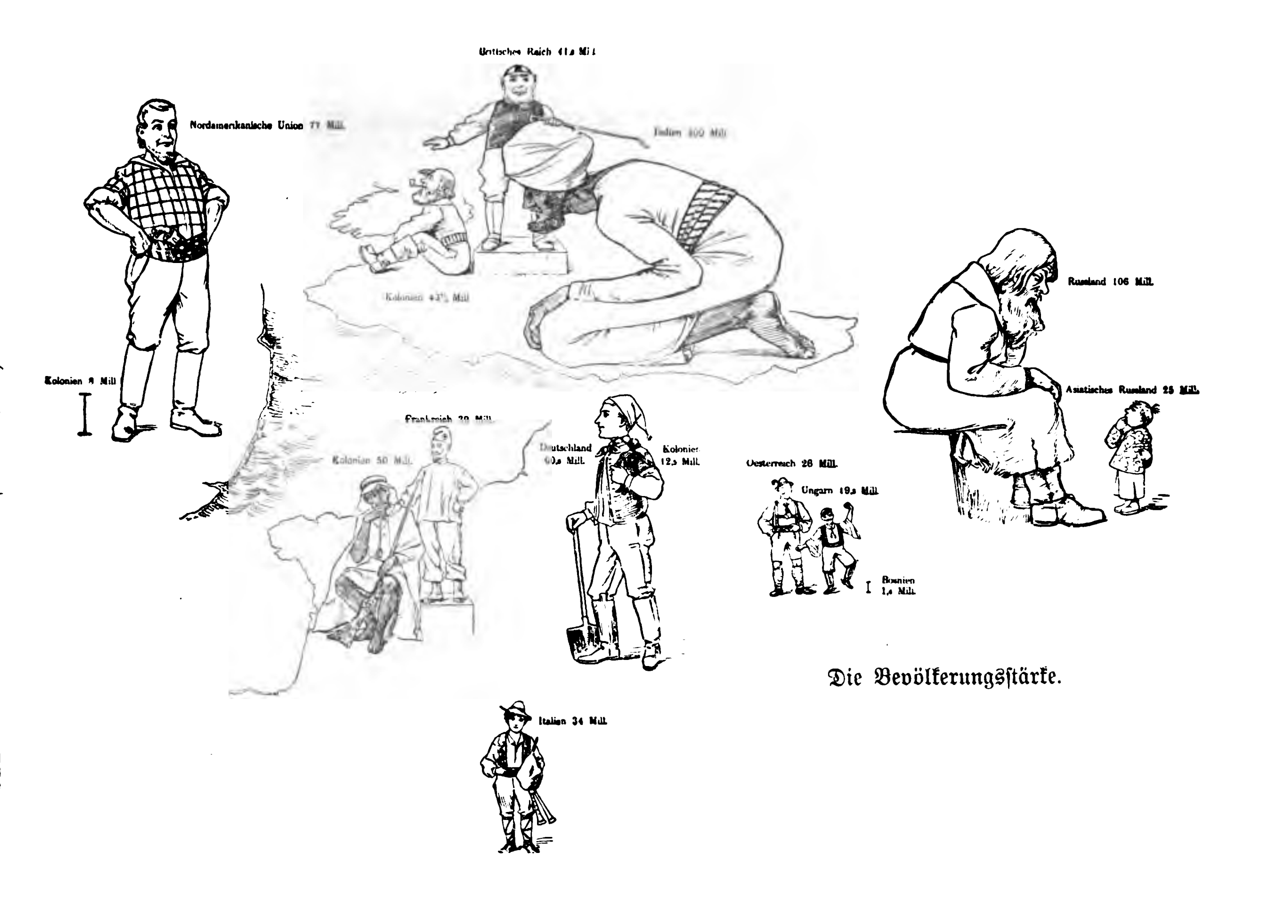
Nordamerikanische Union 9,7 Mill. □ km

Der Landbesitz.

Ist der Landbesitz die Grundlage der Macht eines Staates, so wird diese Macht betätigt durch die Bevölkerung, durch ihre Zahl und Fruchtbarkeit, durch ihre Eigenart und Tüchtigkeit. Der Zahl nach haben sich im letzten halben Jahrhundert bedeutsame Verschiebungen vollzogen: Um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts zählte Rußland 59,2 Millionen Köpfe. Nächst ihm war Frankreich mit 35,7 Millionen der volkreichste europäische Staat. Erst mit 35,5 Millionen folgte Deutschland in seinen heutigen Grenzen, sodann Österreich-Ungarn mit 30,7, Italien mit 23,6 und die Nordamerikanische Union mit 23,2 Millionen Köpfen. Heute ist nächst Rußland Deutschland der volkreichste Staat in Europa, hat Frankreich, das hinter Großbritannien zurückgeblieben ist, weit überholt und wird nur noch von der großen Republik jenseits des Atlantischen Meeres übertroffen. Diese Verschiebungen des Bevölkerungsreichtums sind von Einfluß auch auf die politische Stellung der Mächte, zunächst Deutschlands und Frankreichs. Anfang 1866 hatten die beiden Reiche mit je 38 bis 39 Millionen Seelen eine gleich starke Bevölkerung. Im Beginn des neuen Jahrhunderts war Frankreich mit 39 Millionen von Deutschland mit 60 Millionen Köpfen weit überflügelt worden und kann nicht mehr daran denken, ohne Verbündete gegen den überlegenen Nachbar zu kämpfen.

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts hatten die großen Mächte folgendes Bevölkerungsverhältnis aufzuweisen:

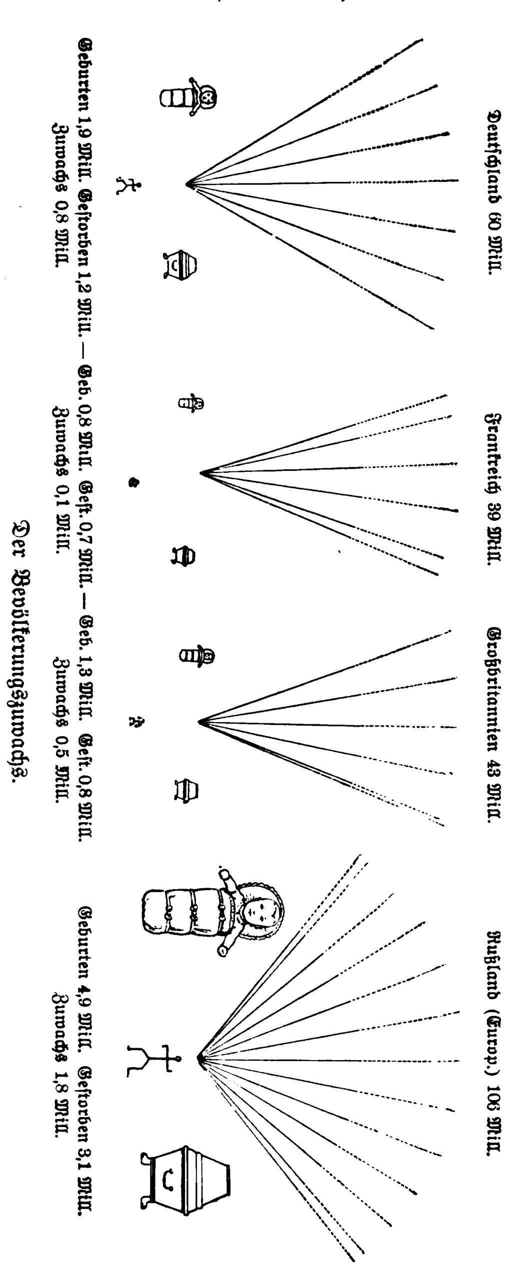
Bevölkerung in Millionen:	Mutterland:	Kolonien:
1. Deutschland	60	12
2. Großbritannien	42	346
3. Rußland	106	23
4. Union	76	9
5. Frankreich	39	50
6. Oesterreich-Ungarn	46	—
7. Italien	32	—



Die Bevölkerungsstärke.

In der Hauptsache erfolgt die Vermehrung der Bevölkerung durch den Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen. Deutschland indes verdankt in den letzten Jahrzehnten das Anwachsen seiner Bevölkerung weniger der Vermehrung der Geburten als der Verminderung der Sterbefälle. Seit dem Jahre 1875 ist in Deutschland die Zahl der Geburten von 42,3 für je 1000 Einwohner auf 33 in 1905, aber auch die Zahl der Sterbefälle von 29,3 auf 19,8 zurückgegangen. In den slavischen Ländern des Ostens ist die Zahl der Geburten größer; in Rußland erhebt sie sich auf 48,0 für je 1000 Einwohner. In den anderen größeren Staaten aber stellt sie sich niedriger als in Deutschland; sie beträgt in Italien 32,6, in England 28,0 und sinkt in Frankreich auf 20,5, so daß in diesem Lande der Geburtenüberschuß nur 0,9 Köpfe ausmacht gegen 13,2 in Deutschland. Die Auswanderung aus Deutschland war 1906 auf 31 000 Köpfe gesunken, dagegen in Italien auf 726 000 (vorwiegend Wanderarbeiter auf Zeit), in Österreich-Ungarn auf 294 000 und in Rußland auf 220 000 Köpfe gestiegen, während in Großbritannien 262 000 Auswanderer im Jahre 1905 ermittelt wurden. Bei den übrigen europäischen Staaten fällt die Auswanderung nicht ins Gewicht. Mehr als eine Million geht jährlich nach der nordamerikanischen Union.

Nach außen hin kommt die Macht eines Staates am unmittelbarsten durch die Organisation seiner Wehrhaftigkeit, durch Heer und Flotte, zum Ausdruck. Die Wehrhaftigkeit erwächst aus der Zahl der Bevölkerung, beruht auf ihren soldatischen Tugenden und wird gestaltet durch die Organisation. Nach diesen drei Richtungen hin nimmt Deutschland unbestritten eine erste

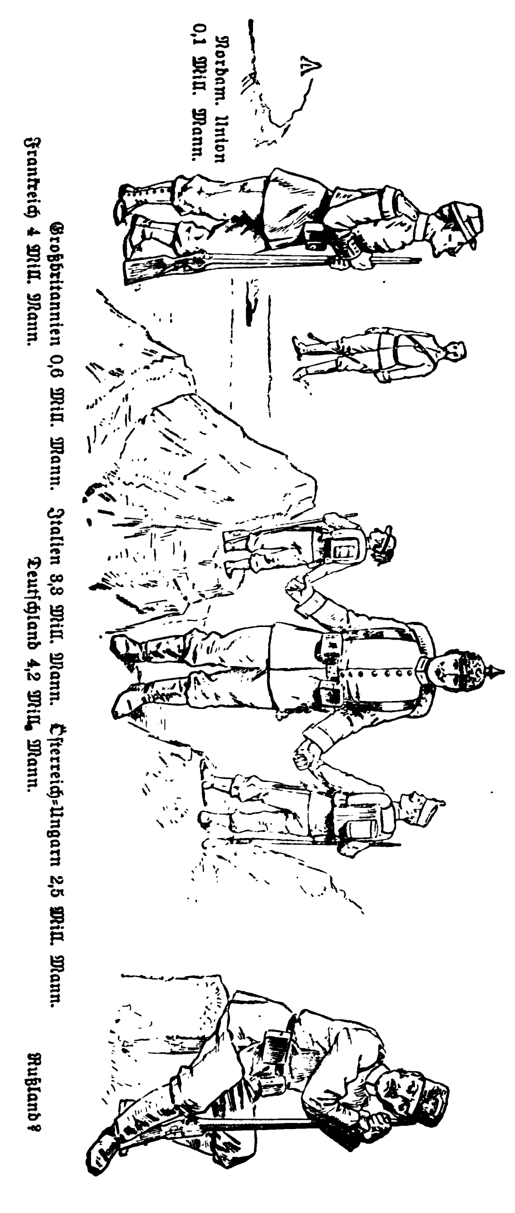


Der Bevölkerungszuwachs.

Stelle ein. Auf Grund der Mitteilungen eines Sachverständigen konnte ich über die Kriegsstärke der Landheere Ende 1906 in „Reclams Universum“ zwei zuverlässige Angaben veröffentlichen. Die deutsche Feldarmee wird 1 460 000 Mann, die französische 1 465 000 Mann stark sein; doch sind von der französischen 200 000 Mann für Besatzungen in Abzug zu bringen, ferner die Truppen in Algier und Tunis, die bei Ausbruch eines Krieges wahrscheinlich noch verstärkt werden müßten. Im übrigen müssen Schätzungen genügen, die einen sehr weiten Rahmen ziehen und alle mehr oder minder einexerzierten, zum Teil vielleicht sogar auch noch die bloß einexerzierbaren Mannschaften umfassen. Immerhin kommt das Reservoir der vorhandenen, verfügbaren oder heranzuziehenden Kräfte zur Anschauung.

An Reserven scheint Frankreich auf Grund seiner Heeresorganisation dem Deutschen Reiche ebenbürtig zu sein. Indessen ist die Zahl der militärisch ausgebildeten Männer in Deutschland erheblich größer als in Frankreich. Deutschland zählt 8,4 Millionen Männer von 20 bis 40 Jahren, Frankreich dagegen nur 5,8 Millionen Männer gleichen Alters. Deutschlands Überlegenheit für diese Gruppe ist genau dieselbe wie bei der Gesamtbevölkerung. Deutschland hat zwar mehr Kinder bis zum fünften Jahre (7,4 Millionen) aufzuweisen als Frankreich (3,3 Millionen), dagegen Frankreich mehr ältere Leute über 65 Jahre (3,5 Millionen) als Deutschland (2,7 Millionen.)

Ein ganz anderes Bild ergibt sich, wenn man die Mächte nach ihren Streitkräften zur See bemißt. Da erscheint England als die stärkste Seemacht, für sich allein annähernd ebenso stark wie die Seestreitkräfte aller übrigen



Die Heeresmacht.

europäischen Mächte zusammengenommen, an Größe der Panzer ihnen sogar überlegen. England verfügte Ende Mai 1907 über moderne Panzerschiffe von 1,6 Millionen Raumtonnen Wasserverdrängung, die übrigen europäischen Staaten zusammengenommen nur über 1,5 Millionen Tonnen, außerdem besitzen Panzerschiffe die Union mit 0,5 und Japan mit 0,3 Millionen Tonnen Wasserverdrängung.

Auf Grund seiner übermächtigen Flotte behauptet England die Oberherrschaft zur See, wird aber sichtlich beunruhigt durch das rasche Anwachsen anderer Flotten, da es befürchten muß, daß seine Kräfte an Menschen und Geld nicht genügen werden, um die überlieferte Überlegenheit auf die Dauer erhalten zu können.

Für Heer und Flotte haben alle Staaten erhebliche Aufwendungen zu machen.

Ausgaben 1906	Heer	Flotte	Ins- gesamt	Auf den Kopf der Bevölkerung In Mk.
	In Millionen Mark			
1. Großbritannien	607	650	1257	29
2. Rußland	809	225	1034	7
3. Deutschland	742	252	994	16
4. Frankreich	573	260	833	20
5. Nordamerika	300	418	718	8
6. Österreich-Ungarn	418	96	514	11
7. Italien	235	111	346	10
8. Japan	109	83	192	4

Seit Anfang der neunziger Jahre haben England, die Union und Japan ihre Ausgaben mehr als verdoppelt. Auch in den anderen Staaten sind sie gestiegen. Allein die Erhöhungen der Ausgaben für Heer und Flotte

wurden in den meisten Staaten noch mehr oder minder weit übertroffen durch das Anwachsen des Volksreichtums, durch das Steigen der Einkommen und durch die Bevölkerungsvermehrung. In Deutschland-Preußen werden die Lasten für Heer und Flotte verhältnismäßig am wenigsten empfunden, weil die Staatsschulden geringer und die Einnahmen aus staatlichen Erwerbsanstalten, aus Eisenbahnen, Domänen, Forsten, Bergwerken, größer sind als anderwärts.

* * *

Auf der Weltbühne ist die Handlung lebhafter geworden durch den Imperialismus und die Ausdehnungspolitik der meisten großen Staaten. Deutschland, aber noch weit mehr Frankreich, die nordamerikanische Union und England haben ihr Gebiet durch neue Erwerbungen vergrößert und sind darauf bedacht, das Errungene festzuhalten und womöglich noch zu erweitern.

Im Vordergrunde steht England. Als es noch das Zünglein an der Wage des europäischen Gleichgewichts in der Hand hielt, war es stolz auf seine glänzende Vereinsamung. Vom englischen Standpunkte aus verschob sich das europäische Gleichgewicht bedenklich durch das Aufsteigen Deutschlands, vollends seit es im Dreibunde als stärkste Macht die führende Stellung einnahm. Um dem Deutschen Reich und seinem vermeintlichen Trachten nach der europäischen Suprematie das Wasser abzugraben, glaubte man in England, aus der Vereinzelung heraustreten und selbst die Suprematie erringen zu müssen. Vordem hatten die kleineren Staaten Anschluß an den Dreibund gesucht, nunmehr war England bemüht, fast alle eu-

ropäischen Staaten mit Einschluß Italiens an sich heran zu ziehen, selbst Staaten, die es sonst gering schätzte, wie Portugal und Spanien, ja sogar kleine Staaten wie Schweden und Norwegen. Zunächst suchte es ein gewisses Gleichgewicht wiederherzustellen, indem es Frankreich stärkte, Italien stützte und Rußland finanzierte. Den befreundeten Staaten verhieß es mit seiner Flotte ausgiebigeren Schutz, als ihn der Dreibund gewähren konnte, und erschien als überlegener Konkurrent, denn in die weltpolitischen Fragen kann die Flotte wirksamer eingreifen als das Landheer, wie denn überhaupt die Weltpolitik mehr Seepolitik ist.

Was sich England zum Ziele gesetzt hat, wird schwer zu erreichen sein. Zweckmäßiger wäre es gewesen, sich mit der stärksten Macht, mit Deutschland, zu verständigen. Das konservative Ministerium hat den Weg dazu nicht gefunden. Das liberale Ministerium wäre eher geneigt, dem Deutschen Reiche die Hand zu bieten, und verbürgt zunächst das Streben nach Anbahnung und Aufrechterhaltung freundlicher Beziehungen.

Ein Ringen um die Suprematie in Europa besteht nicht. Sollte es von England hervorgerufen werden, so muß es durchaus nicht notwendig zum Kriege führen. Solange das liberale Ministerium am Ruder bleibt, wird der Friede gesichert sein. Denn zu seinen getreuesten Stützen gehören gerade die englischen Weltfriedensfreunde, die keineswegs von Abneigung gegen Deutschland erfüllt sind.

Die Engländer sind nicht entfernt so impulsiv wie die Franzosen, und deshalb auch nicht so leicht zum Kriege geneigt. Nur durch bedenkliche Zwischenfälle könnten sie dazu gereizt werden. Immerhin ließen sie sich auch nach

dem Zwischenfall an der Doggerbank durch einen Schiedsspruch beruhigen. Ein ernster Zwischenfall, der zu einem Kriege Englands gegen Deutschland führen könnte; ist kaum ersichtlich und würde wahrscheinlich erst dann eintreten, wenn in einem Kampfe mit Frankreich Deutschland wiederum entscheidende Siege erringen sollte.

Mit seiner starken Flotte hat England zwar ein gewichtiges Machtmittel in der Hand, aber mehr ein Machtmittel der Drohung als der Tat. Gegen große Landheere kann auch die stärkste Flotte nichts ausrichten.

England ist an zu vielen Punkten der Erde engagiert und besorgt, daß gerade da, wo es große Landinteressen zu verteidigen hat, namentlich in Ägypten und Vorderasien, die Flotte nicht genügen könnte. Nachdrücklich widerstrebt es dem Ausbau von Eisenbahnen in der Richtung nach Ägypten, wird ihn aber auf die Dauer nicht verhindern können und muß zusehen, wie dadurch die Behauptung jener Länder durch bloße Seemacht erschwert, seine Stellung daselbst geschwächt wird.

England besitzt die stärkste Flotte. Immerhin drängt sich die Frage auf, ob sie nicht ebenso überschätzt wird, wie bis vor wenigen Jahren Rußlands Heer, von dem einmal ein russischer General sagte: „Wisset ihr nicht, daß, wenn der Himmel einstürzen wollte, Rußland ihn mit seinen Bajonetten stützen könnte."

Sonderbar, für eine planmäßige Weltfriedensbewegung womöglich mit Einschränkung der Rüstungen auf Grund allgemeiner Vereinbarung treten vor allem England, Rußland und die Union ein, dieselben Mächte, die am eifrigsten ihre Rüstungen betreiben und außerdem in den letzten Jahren blutige Kriege geführt haben, England gegen den Mahdi und gegen die Buren, die Union gegen

Spanien und Rußland gegen Japan. Dagegen haben sich die anderen Mächte, denen man den Vorwurf macht, daß sie die Weltfriedensbesprechungen nicht für aussichtsvoll halten, durch die Tat friedensfreundlicher gezeigt, sie haben den Frieden aufrechterhalten und ihre Rüstungen nicht so eifrig betrieben wie England, Rußland und die Union. Den leitenden Staatsmännern dieser Mächte wird es nicht leicht werden, den auffälligen Widerspruch zwischen ihren Worten und Taten zu erklären.

Vielleicht findet die Friedensbewegung eine gewisse Verwirklichung, wenn eines der großen Reiche so übermächtig geworden ist, daß es den Weltfrieden gebieten kann. Allem Anschein nach hoffen die ehrgeizigen Politiker in Washington, die Union zur ersten Macht als Schiedsrichter und Friedensstifter für alle Staaten der Erde erheben zu können.

Rasch und leicht ist die Union aufgestiegen, ungestört von feindlichen oder starken Nachbarvölkern. Nach Erringung ihrer Unabhängigkeit hatte sie weder schwere Kämpfe zu führen, noch starke Widerstände zu überwinden. Eine ernste Probe ihrer inneren Kraft wird sie noch zu bestehen haben. Auch die Engländer konnten sich auf ihrer Insel ungestört von feindlichen Nachbarn entwickeln. Aber sie haben doch wiederholt ernstlich um den Sieg kämpfen müssen, während der Union alles nahezu ohne Kampf zufiel.

Unter ungleich schwierigeren Verhältnissen hatte Deutschland um seine Unabhängigkeit zu streiten. Jahrhunderte hindurch waren seine weiten offenen Grenzen durch feindliche oder überlegene Nachbarreiche gefährdet. Zahlloser Angriffe hatte es sich zu wehren, und lange

Zeit war es ein Herd fremder Ränke und Interessen, bevor es sich zu konsolidieren vermochte.

Diesem herben und harten Kampf ums Dasein verdankt Deutschland seine Größe, seine Stärke, seine Heeresorganisation, die allgemeine Wehrpflicht.

Was die allgemeine Wehrpflicht bedeutet, weiß man auch in Ländern, wo sie nicht besteht. In seinem Aufruf von Anfang 1905 sagte der Nationalverband zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England, daß Berufsheere oft Werkzeuge des Angriffs seien, Nationalmilizen aber niemals. Und zutreffend war, was er ferner hervorhob: In Ländern mit allgemeiner Wehrpflicht ist die Friedenspartei unvergleichlich stärker als in England. Es gibt keine bessere Bürgschaft des Friedens als die allgemeine Wehrpflicht, weil sie jedem Bürger die Teilnahme und zugleich die Verantwortlichkeit für den Krieg mit auferlegt. Im Hinblick auf die Weltfriedensbestrebungen äußerte der preußische Kriegsminister von Einem im Frühjahr 1907: „Allgemeine Wehrpflicht von ganz Europa angenommen, ist eine Bürgschaft für den Frieden. Eine Nation, die in ihrer ganzen männlichen Bevölkerung verteidigt wird, wird sich niemals leichtfertig in einen Krieg stürzen. Ein Volk in Waffen wird heutzutage stets danach trachten, den Frieden zu halten."

Das möge man da beherzigen, wo man, statt die allgemeine Wehrpflicht zu erfüllen, eine mehr oder minder gefährliche Soldatenspielerei betreibt, wo man es vorzieht, Kriege durch Söldnerheere führen zu lassen. Weder in England noch in der Union wagt man es, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen.

England darf schon deshalb nicht dazu schreiten, weil eine Massenauswanderung nach der Union eintreten

könnte, wenn dort nicht ebenfalls die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wird. Im tiefsten Grunde seines Herzens ist sicher Präsident Roosevelt ein Freund der allgemeinen Wehrpflicht, kann sie aber mit Rücksicht auf die Volksstimmung unmöglich in Vorschlag bringen, obwohl er mit seinen Beratern die Schaffung eines angemessenen Landheeres in die Wege leitet.

Für die anderen Staaten hat es einen gewissen Vorteil, daß England und die Union keine allgemeine Wehrpflicht kennen: Denn mit der Waffe der allgemeinen Wehrpflicht würden diese beiden Reiche militärisch weit stärker sein und politisch noch anspruchsvoller auftreten. So müssen sie sich damit begnügen, im Kriegsfalle die Werbetrommel zu rühren. Die Mobilisierung sinkt für sie zu einer bloßen Geldfrage herab.

* * *

Noch zu Ende des vorigen Jahrhunderts war Frankreich angriffslustig und der Hauptpunkt der Beunruhigung, weil es sich mit dem Frankfurter Frieden noch nicht abgefunden hatte. Damals galt England als der stille Teilhaber des Dreibundes. Heute ist Frankreich nicht mehr angriffslustig. Die Hauptreibungsflächen haben sich verschoben, sie sind überseeisch, weltpolitisch geworden und mehr kolonialer Natur. Solche Reibungsflächen bestehen keineswegs nur in Afrika, sondern auch im fernen Osten und im Stillen Meer.

Gegensätze sind vorhanden, doch müssen sie nicht notwendig zu kriegerischen Verwicklungen führen. Mit Rücksicht auf die unabsehbaren Folgen scheuen große Weltmächte die Austragung von Interessengegensätzen durch

Waffengewalt und schreiten nur da zum Äußersten, wo sie von vornherein überlegen zu sein glauben.

Weltpolitische Gefahren von unabsehbarer Tragweite würde ein Krieg zwischen europäischen Völkern hervorrufen. Denn an einem solchen Kriege müßte die Union bis zur Übermacht heranwachsen und könnte schließlich sich zum Amt des Weltschiedsrichters emporschwingen. Gibt es in England Politiker, die darauf hinarbeiten, Deutschland einzukreisen, durch eine Kette von Bündnissen niederzuhalten und schließlich niederzuwerfen, dann würde unter den Rückwirkungen eines europäischen Krieges, wie er auch ausfallen möge, die englische Weltmacht die schwerste Beeinträchtigung zu besorgen haben.

Auch ein Krieg zwischen Weißen und Gelben, etwa zwischen der Union und Japan, würde unter allen Umständen äußerst unfriedlich auf die Weltlage einwirken. Als Siegerin würde die Union noch mehr wie bisher in ein militärisches Fahrwasser gedrängt werden, mit ihren Rüstungen aber erst recht fortfahren, falls das Kriegsglück gegen sie entscheidet. Ein jeder Krieg schlägt Wunden, die erst ein langer Friede zu lindern und nicht immer zu heilen vermag.

* * *

Vielfacher Anfeindung begegnet seit seinem Wiedererstehen das neue Deutsche Reich. Das alte politisch ohnmächtige Deutschland war überall beliebt, das neue politisch mächtige Deutsche Reich ist unbeliebt. Einst rühmte man und liebte man allerwärts das Land der Dichter und Denker und nun klagt man, daß dieses schöne Land nicht mehr vorhanden, daß es in ein Land der

Kasernen umgewandelt worden sei. Der nordamerikanische Kapitän Mahan hat in seinem Werk über „Das Interesse Amerikas an der Seemacht in Gegenwart und Zukunft" vom Jahre 1897 diese Klagen formuliert. Er beanstandet den deutschen Imperialismus. Durch das Vordringen seiner Handels- und Kolonialinteressen gerate Deutschland überall auf der Erde mit anderen Mächten in Reibungen. Er erwähnt die Zwistigkeiten mit Spanien wegen der Karolinen, mit England wegen der Teilung Neuguineas, ferner wegen der Samoainseln, endlich den Gegensatz zwischen deutschen und nordamerikanischen Interessen im westlichen und Stillen Meer wie in Mittel- und Südamerika. Mahan behauptet, daß dieses Vordringen Deutschlands mehr dem nationalen Temperament als einer zielbewußten Politik der Reichsregierung entspringe, erachtet diese Erscheinung für gefährlich und hebt den „aggressiven militärischen Geist" hervor, der für das Deutsche Reich charakteristisch sei. Was Mahan damals dem Deutschen Reiche mit Unrecht zum Vorwurf machte, trifft heute in erhöhtem Maße für die nordamerikanische Union zu, die durch das Übergreifen ihrer Handels- und Kolonialinteressen, vor allem aber durch ihre imperialistischen Bestrebungen und Ziele überall auf der Erde mit anderen Mächten zusammenstößt, wiewohl diese Mächte, mit alleiniger Ausnahme Japans, vorläufig in rücksichtsvoller Reserve verharren und gütliche Verständigung herbeizuführen suchen.

Mahan übersieht, was Treitschke richtig erkannt und ausgesprochen hat, daß große und kraftvolle Völker überhaupt nicht geliebt werden und immer mit Mißtrauen, Eifersucht und Feindseligkeit zu rechnen haben. Große Völker betrachten sich gegenseitig wirtschaftlich und po-

litisch als Konkurrenten und zwar schärfer als je, seitdem sie die Notwendigkeit erkannt haben, durch Kolonien oder Interessensphären sich größeren Spielraum für die eigene Ausdehnungskraft zu schaffen. Wohlwollen wird immer nur gegenüber solchen Völkern bestehen, die schwach oder konkurrenzunfähig sind. Reibungen zwischen Großmächten liegen in der Natur der Dinge.

Die Abneigung gegen Deutschland, wie sie namentlich das konservative Ministerium Balfour-Chamberlain-Lansdowne mit der imperialistischen Presse bekundete, entsprang verschiedenen, zum Teil sogar persönlichen Ursachen und wurde verschärft durch die deutschen Flottenrüstungen. Im Frühjahr 1905 verlangte der englische Admiral a. D. Fitzgerald, Deutschland solle seine Kriegsflotte nicht nach seinem Ermessen und nach seinen Bedürfnissen verstärken, sondern nur in gewissen Grenzen und mit Rücksicht auf England und seine Oberseeherrschaft. Dieses Verlangen erschien selbst dem konservativen Ministerium zu weitgehend, denn es hätte schließlich auch auf andere Reiche, auf die nordamerikanische Union und Frankreich, angewendet werden können, die eine stärkere Kriegsflotte als Deutschland besitzen und daher die englische Oberseeherrschaft mehr gefährden könnten. Von jenem sonderbaren Verlangen war seither nichts mehr zu hören, bis es von einem früheren deutschen Diplomaten wieder hervorgezogen wurde. Ende 1906 meinte in einem freisinnigen Berliner Blatt Herr von Brandt, der frühere deutsche Gesandte in Peking, daß Deutschland „mit jener Flottenvermehrung über ein gewisses Maß hinaus England immer mehr in die Arme unserer wahrscheinlichen und möglichen Gegner treibe.“ In England glaube man nun einmal, Deutschland wolle die Oberherrschaft zur

See an sich reißen. Es sei ein verhängnisvoller Fehler gewesen, diese Möglichkeit, diesen Gedanken aufkommen zu lassen. Herr v. Brandt verlangte schließlich, daß dieser Fehler möglichst schnell wieder gut gemacht werde.

Sollte Herrn v. Brandt wirklich unbekannt geblieben sein, was von deutscher Seite wiederholt versichert worden ist, was Fürst Bülow selbst unzweideutig ausgesprochen hat, was die Tatsachen und Verhältnisse zur Genüge bestätigen, daß Deutschland weit entfernt davon ist, die Oberherrschaft zur See anzustreben? Zum Schutze seiner hochentwickelten Seeschiffahrt, seiner vielfachen überseeischen Interessen und nicht zuletzt seiner Staatsangehörigen und Nationsgenossen im Auslande ist das Deutsche Reich genötigt, sich eine starke Flotte zu schaffen. Dieser Notwendigkeit kommt es durch entsprechende Rüstungen nach. Deutschlands Flottenrüstungen entspringen einem Bedürfnis des Deutschen Reiches und Volkes, sie sind keineswegs gegen England gerichtet, und sie würden nicht minder notwendig sein, auch wenn es auf der Erde kein England gäbe.

Denkt man sich in England die Einschränkung der Seerüstungen etwa in Gestalt eines Abkommens zur Aufrechterhaltung der bestehenden Machtverhältnisse, dann dürfte dieser Vorschlag bei keiner Nation von Seegeltung auf Annahme zu rechnen haben, denn er würde einzig und allein den Engländern zugute kommen und ihre Oberseeherrschaft festlegen.

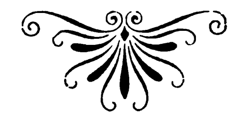
Nachdem das alte europäische Gleichgewichtsverhältnis inmitten der weltpolitischen Neubildungen erschüttert worden ist, muß es das Ziel aller friedliebenden Mächte sein, an Stelle des alten europäischen ein neues weltpolitisches Gleichgewichtsverhältnis zu schaffen, das im wesent-

lichen den Charakter eines Gleichgewichtsverhältnisses zur See tragen wird. Dieses Ziel liegt in der Logik der ganzen Entwicklung. Die heutige Lage der Seemächte läßt sich mit einer Kinderstube vergleichen. England ist der Vater. Aber die Jungen wachsen heran, werden stark und stämmig, wollen selbständig sein und die Obergewalt des Vaters nicht mehr anerkennen. Wird der Vater auf die Dauer und für alle Zeit seine Obergewalt behaupten? Nach der Natur der Dinge und ihrer Entwicklung wird man diese Frage verneinen müssen. England wird seine Obergewalt zur See nicht behaupten. Fraglich ist nur, ob das künftige Gleichgewicht zur See im blutigen Ringen oder im friedlichen Wettbewerb durchgesetzt werden wird.

Von der internationalen Lage Deutschlands äußerte Fürst Bülow am 14. November 1906, sie würde leichter und gesicherter sein, wenn Deutschland nicht inzwischen die überseeische Politik eingeleitet hätte: „Was heutzutage unsere Situation kompliziert und erschwert, das sind unsere überseeischen Beziehungen und Interessen. Wären wir in dieser Richtung nicht engagiert, wenn wir nicht in dieser Beziehung verwundbar wären, würden wir auf dem Kontinent nicht allzuviel zu fürchten haben. Dann wäre es auch leichter, als es heute ist, Reibungen und Friktionen mit England zu vermeiden."

In die Bahnen einer überseeischen Politik, zur Kolonialpolitik wurde Deutschland auch noch gedrängt durch die Zunahme seiner Bevölkerung, durch den Aufschwung seiner Industrie, durch die ganze innere Kraft seines Volkes. Zur Kolonial- und Weltpolitik sind die Deutschen berufen, auch als das zahlreichste Volk, als die einheitlichste Nation.

Unter deutscher Weltpolitik ist selbstverständlich nicht zu verstehen, daß Deutschland überall dabei sein, sich in alle Streitigkeiten einmischen muß. Aufgabe deutscher Weltpolitik kann es nur sein, deutsche Interessen allerwärts auf der Erde zu verteidigen, zu schützen, zu fördern, die Deutschen im Auslande, den deutschen Welthandel und die deutschen Kolonien, damit sich das deutsche Volk nach allen Richtungen hin zur Geltung bringen und seine Stellung unter den Völkern behaupten kann. Und die Deutschen werden vorwärts kommen, wenn sie auf ihre nationale Kraft vertrauen, wenn sie sich den Optimismus bewahren, der allein zu ruhmreichen Taten anspornt, und wenn sie mutig in die Zukunft blicken, was sie auch bringen mag an Gefahren, aber auch an neuen großen Aufgaben und Hoffnungen.



521. Maschinensatz und Druck der Deutschen Buch- und Kunstdruckerei, G. m. b. H.,
Zossen—Berlin SW. 68.







WIDENER
BOOK DUE
SEP 10 1991

